

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

179



Kulturelle Reproduktion

Kaspar Maase, Bernd Jürgen Warneken, Paul Willis

W.F. Haug: Marktsozialismus?

P. Juquin, F.O. Wolf: Perestrojka im Westen

Israelische Araber zwischen Sozialismus und Islam

Das Argument

Zeitschrift für Philosophie
und Sozialwissenschaften

Herausgegeben von Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

1988/89 geschrieben unter anderen

Günther Anders, Gerhard Armanski, Etienne Balibar, Theodor Bergmann, Volker Braun, Noam Chomsky, Cynthia Cockburn, Irene Dölling, Helmut Fleischer, André Gunder Frank, Donna Haraway, Gerhard Hauck, Karlheinz A. Geißler, Heiner Goebbels, Stuart Hall, C.H. Hermanson, Klaus Heinrich, Jutta Held, Eckard Holler, Pietro Ingrao, Mechthild Jansen, Bob Jessop, Heiner Keupp, Helga Königsdorf, Annette Kuhn, Georges Labica, Eberhard Lämmert, Norman Levine, Claus Leggewie, Sven-Eric Liedman, Alain Lipietz, Utz Maas, Wolfgang Nitsch, Joachim Perels, Ruth Rehmann, Karen Ruoff, Klaus Segbers, Su Shaozhi, Christian Sigrüst, Dorothee Sölle, Peter Paul Zahl, Rainer Zoll

Redaktion

Volker Gransow, Sibylle Haberditzl, Frigga Haug, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Thomas Laugstien, Nora Räthzel, Jan Rehmann, Jo Rodejohann, Werner van Treeck, Thomas Weber, Frieder O. Wolf, Gerhard Zimmer

Autonome Frauenredaktion

Sünne Andresen, Frigga Haug, Kornelia Hauser, Barbara Ketelhut, Jutta Meyer-Siebert, Eva Stäbler, Ellen Woll

Korrespondierende Redaktionsmitglieder

Georg Auernheimer, Claudia Gdaniec, Karl-Heinz Götze, Michael Krätke, Dieter Kramer, Hans-Jürgen Pandel, Ulrich Schmitz, Erich Wulff

Redaktionsanschrift: Onkel-Tom-Straße 64a, 1000 Berlin 37, Tel.: (030) 813 50 24

Verlagsleitung: Georg Stenzaly

Umschlag: Johannes Nawrath

Argument-Verlag, Rentzelstraße 1, 2000 Hamburg 13, Tel.: (040) 45 60 18 u. 45 36 80

Auslieferung für Buchhandel

Rotation, Mehringdamm 51c, 1000 Berlin 61, Tel.: (030) 692 79 34

Abonnement-Auslieferung

Interabo, Wendenstraße 25, Postfach 103245, 2000 Hamburg 1, Tel.: (040) 23 09 92

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1990 in 6 Hefen (alle 2 Monate). Jahresumfang 1056 (ca. 980 + LXXVI) Seiten. — Einzelheft 14,- DM; Stud., Schüler, Erwerbslose 11,- DM. Jahresabo 72,- DM zzgl. Versand; Stud. etc. 57,- DM zzgl. Versand. — Kündigung des Abos nur zum Jahresende bei Einhaltung einer Dreimonatsfrist. — Die Redaktion bittet um Mitarbeit, haftet aber nicht für unverlangt eingesandte Texte und Rezensionsexemplare. Aufsätze sollen höchstens 20, Rezensionen 2 MS-Seiten haben (1 1/2zeilig, 60 Anschläge, 2-fache Ausfertigung). Autoren, die mit MS-DOS PC arbeiten, tragen zur Verringerung unserer Satzkosten bei, wenn sie uns zusätzlich zu 2 Ausdrucken eine 5 1/4- oder 3 1/2-Zoll-Diskette schicken. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. Das Argument wird regelmäßig von den folgenden sozialwissenschaftlichen Dokumentationsdiensten und Informationsbanken ausgewertet: Bulletin Signalétique 521, Literaturdokumentation zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Politische Dokumentation, Social Science Citation Index, Sozialwissenschaftliches Literaturinformationssystem. — Copyright © Argument-Verlag GmbH. Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten. — Konten: Postgiroamt Berlin West 5745-108. Bank für Gemeinwirtschaft Berlin (BfG) 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11. — Satz: Barbara Steinhardt. Druck: Fuldaer Verlagsanstalt. — Jan./Febr. 1990. — Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 3.

Inhalt

Editorial	1
Günther Anders: Cartesianismus am Krankenbett	7

Kulturelle Reproduktion

Paul Willis Erziehung zwischen Reproduktion und kultureller Produktion	9
---	---

Kaspar Maase Kultureller Selbstausschluß Zur Debatte über Lesen und neue Medien	29
---	----

Bernd Jürgen Warneken Bürgerliche Emanzipation und aufrechter Gang Zur Geschichte eines Haltungsideals	39
--	----

* * *

Wolfgang Fritz Haug Marktsozialismus? Vorfragen zum »ökonomischen Mechanismus« eines demokratischen Sozialismus	53
--	----

Pierre Juquin und Frieder O. Wolf Die Perestrojka im Westen ist überfällig!	65
--	----

Jan Rehmann Die vorweggenommene Kapitulation. Manifest der »Radikalen Linken«	73
--	----

Gisela Hänel-Ossorio Armut ist weiblich	81
--	----

Jörg Michael Vogl Thatcherismus—Kohlismus. Parteistrukturen im rechten Block	89
---	----

Matthias Morgenstern Israelische Araber zwischen Sozialismus und Islam	99
---	----

<i>Kongreßberichte</i> DKP-Erneuerung; Perestrojka; Arbeiterkultur; Gewerkschaften und Neue Technik	111
---	-----

<i>Besprechungen</i> Nietzsche; Peter Weiss; Sozialwissenschaftliche Theorie und Praxis; Schulerverziehung; 1789 und die Frauen; Sozialismus und deutsche Frage	123
---	-----

VerfasserInnen; Zeitschriftenschau; Summaries	165
---	-----

Besprechungen

Philosophie

<i>Sloterdijk, Peter</i> : Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik (<i>H. Fallschessel</i>)	123
Bruder Nietzsche? Wie muß ein marxistisches Nietzsche-Bild heute aussehen? (<i>S. Dornuf</i>)	124
<i>Schweppenhäuser, Gerhard</i> : Nietzsches Überwindung der Moral. Zur Dialektik der Moralkritik in »Jenseits von Gut und Böse« und in der »Genealogie der Moral« (<i>K. Sprenger</i>)	126

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Hättich, Manfred, und Paul Dietmar Pfitzner (Hrsg.)</i> : Nationalsprachen und die Europäische Gemeinschaft. Probleme am Beispiel der deutschen, französischen und englischen Sprache (<i>U. Ammon</i>)	127
<i>Spillner, Bernd (Hrsg.)</i> : Angewandte Linguistik und Computer (<i>H.W. Giese</i>)	129
<i>Söllner, Alfons</i> : Peter Weiss und die Deutschen. Die Entstehung einer politischen Ästhetik wider die Verdrängung (<i>A. Honold</i>)	130
<i>Garber, Klaus</i> : Rezeption und Rettung. Drei Studien zu Walter Benjamin (<i>L. Jäger</i>)	132
<i>Berlau, Ruth</i> : Jedes Tier kann es. Erzählungen (<i>K. Hauser</i>)	133

Soziologie

<i>Elias, Norbert</i> : Die Gesellschaft der Individuen (<i>W. Seppmann</i>)	134
<i>Ritsert, Jürgen</i> : Das Bellen des toten Hundes. Über Hegelsche Argumentationsfiguren im sozialwissenschaftlichen Kontext (<i>A. Scherr</i>)	137
<i>Beck Ulrich, und Wolfgang Bonß (Hrsg.)</i> : Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens (<i>A. Scherr</i>)	138
<i>Cobet, Christoph (Hrsg.)</i> : Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950 (<i>R. Waßner</i>)	140
<i>Zinser, Hartmut (Hrsg.)</i> : Religionswissenschaft. Eine Einführung (<i>K. Zinniel</i>)	141
<i>Stolz, Fritz</i> : »Grundzüge der Religionswissenschaft« (<i>M. Baumann</i>)	142

Erziehungswissenschaft

<i>Schmoldt, Benno (Hrsg.)</i> : Schule in Berlin — gestern und heute (<i>N. Franck</i>)	143
<i>Hahn, Kurt</i> : Erziehung und die Krise der Demokratie. Reden, Aufsätze, Briefe eines politischen Pädagogen (<i>B. Schwiedrzik</i>)	144
<i>Duchrow, Ulrich, und Rainer Eckertz (Hrsg.)</i> : Die Bundeswehr im Schulunterricht. Ein Prozeß gegen Indoktrinierung (<i>R. Schellhase</i>)	145
<i>Rolff, Hans-Günter</i> : Bildung im Zeitalter der neuen Technologien (<i>N. Franck</i>)	146
<i>Lichtenberg, Hans-Jürgen</i> : Männer für Mädchen — Die Darstellung des anderen Geschlechts in der Jugendzeitschrift »Mädchen« (<i>M. Barre</i>)	147

(Fortsetzung Seite X)

Editorial

Den Jahrgang 1990 beginnt diese Zeitschrift mit veränderter Aufmachung, Veränderungen in der Redaktion und Überlegungen zur Anpassung der Aufgabenstellung an die veränderte Situation. Zum Zeichen, daß wir *politisch* unangepaßt bleiben, zeigen wir Flagge: Die Umschlagfarbe des gesamten Jahrgangs ist rot.

Die Mauer ist auch fürs *Argument* gefallen. Residierte die Redaktion bislang in einer abgelegenen Enklave, so findet sie sich nun plötzlich auf eine Art Drehscheibe versetzt. Wir orientierten uns international, waren aber national isoliert, denn der von der Staatssicherheit geprägte »sozialistische« Sicherheitsstaat schloß uns aus. Mit einem programmatisch praktizierten »sozialistischen Pluralismus«, der sich im Konzept eines *Pluralen Marxismus* niederschlug, hatten wir uns Feindschaften, Veröffentlichungsverbote, Blockaden eingehandelt. Die wenigen Exemplare der Zeitschrift und der Sonderbände, die in die DDR gelangten, wurden, wie wir jetzt erfahren, intensiv gelesen. Selbst in den Köpfen mancher Denkpolicisten scheint es gekribbelt zu haben. Aber die alte SED verwehrte Mitarbeit aus ihrem Einflußbereich — und dieser endete nicht an der Mauer.

Als wir Ende der siebziger Jahre das »Argument-Projekt« formulierten, war unsere Stellung innerhalb der Linken bestimmt durch die dreifache Frontstellung gegen linkes Sektierertum, rechtssozialdemokratische Ausgrenzung und autoritären Staatssozialismus. Nichts davon stimmt mehr. Die Gegenpositionen an der ersten dieser Fronten sind schon vor Jahren zumeist ins »Postmarxistische« übergegangen, zum Teil aber auch in konkrete demokratische Reformpolitik bei den Grünen; die Sozialdemokratie ist, in Reaktion auf die Bonner Wende von 1982 und die Konkurrenz der Grünen, nach links offener geworden; der ostdeutsche Sicherheitsstaat wurde im Oktober 1989 überrannt von einer demokratischen Revolution. Die Konstellation, in der wir unsere Position bestimmten, gehört also der Geschichte an. An Realität gewonnen hat die »rot-grüne« Perspektive, in die wir uns vor zehn Jahren eher antizipatorisch einordneten. Inzwischen kämpft das Projekt einer demokratischen »Perestrojka« des Sozialismus ums Überleben, während auf der andern Seite eine neue »radikale Linke« sich zu formieren beginnt.

Zu den Funktionen, die wir dieser Zeitschrift zudachten, gehört die Mitarbeit an der »Erneuerung des Marxismus« gegen die alten Regimes, das des Marxismus-Leninismus im Osten mit seinem autoritären Etatismus, aber auch gegen das Regime bloßer linker Gewohnheit im Westen. Heute droht nicht mehr bloß das Veralten marxistischer Theorie, herrscht nicht mehr bloß Krise des Marxismus, sondern allenthalben scheint dessen Tod beschlossene Sache und wird das »endgültige Ende des Sozialismus« verkündet. Daß die Zeichen für das Gorbatschowsche Erneuerungsprojekt auf Sturm stehen, gibt dieser Propaganda mehr Gewicht als gewöhnlich.

In dieser Situation erfahren unsere Projekte einen mehrfachen Bedeutungswandel: das *Neue Wörterbuch des Marxismus*, die kritische Ausgabe der *Gefängnishefte* Antonio Gramscis, die Althusser-Ausgabe und möglicherweise eine

weiterzuführende Mariátegui-Ausgabe. Wo vormalig im Namen des ML gemauert wurde, tauchen heute befreundete, aber schwache Kräfte auf. Unsere Projekte lassen sich nun einbringen in eine Zusammenarbeit von Intellektuellen aus beiden deutschen Staaten (falls denn der schwächere der beiden sich wird halten können).

Was ansteht, ist die kollektive Verarbeitung der riesigen Erfahrungsmasse, die durch den Zusammenbruch des autoritären Staatssozialismus aufgebrochen ist. Nicht weniger dringlich sind die Versuche, die neuen Entwicklungen im Westen, die kapitalistische Dynamik, die neuen Herrschaftsprojekte und Unterwerfungsideologien zu analysieren, die nun Aufwind haben.

Wir können nicht versprechen, daß eine konsistente Bearbeitung dieses Materials und dieser Prozesse im *Argument* gelingen wird. Auch werden die bisherigen Fragestellungen kontinuierlich weiterbearbeitet. Aber wir werden diese Zeitschrift dafür bereithalten, einen Funktionswandel, falls er sich anbietet, mit Willen und Bewußtsein zu vollziehen. Am Redaktionstisch warten Plätze darauf, eingenommen zu werden.

Veränderungen in der Redaktion

Die Redaktion tagt nur einmal im Monat; desto wichtiger ist ihre Arbeitsfähigkeit. Wir haben folgende Strukturveränderungen beschlossen: Die Rubrik »Ständige Mitarbeiter« wird aufgelöst. Viele tauchen wieder auf in der neu eingeführten Liste von MitarbeiterInnen der letzten Hefte, andere als »Korrespondierende Mitglieder« der Redaktion. In diese Kategorie sind auch drei bisherige Redaktionsmitglieder übergewechselt, zwei weitere ganz ausgeschieden. Wir danken all denen, die auf die eine oder andere Weise jahrelang mit ihrem Namen für das linkspluralistische Programm dieser Zeitschrift gutgesagt oder gar die Redaktionslast mitgetragen haben.

Neu in die Redaktion eingetreten sind Volker Gransow, der seit Jahren u.a. über die DDR geforscht hat, Jan Rehmann, der aus dem »Projekt Ideologietheorie« kommt und über Gramsci arbeitet, und Gerhard Zimmer vom »Projekt Automation und Qualifikation«, der seit geraumer Zeit den erziehungswissenschaftlichen Rezensionsteil betreut. Wir bemühen uns nun um weitere Beitritte aus Ostberlin. Gleiches gilt für die Autonome Frauenredaktion, die über ihre Umgestaltung in ihrem nächsten Heft informieren wird.

WFH

Zum vorliegenden Heft

Eine Revolution wird durch »das Bewußtsein, den Willen, die Leidenschaft, die Phantasie von Dutzenden Millionen verwirklicht«, heißt es bei Lenin (Ausg. Werke II, 890). Deshalb sei die Geschichte der Revolutionen, ja die Geschichte im allgemeinen »stets inhaltsreicher, mannigfaltiger, vielseitiger, lebendiger, 'schlauer', als die besten Parteien ... es sich vorstellen« (ebd.). Aber das garantiert kein »happy end«. Abhängig von der »konkreten Situation« und der Artikulation der Kräfte, kann die Phantasie in der Faszination erlöschen, können die Kräfte der Entfesselung in neue Fesseln umschlagen, kann der notwendige Widerstand gegen das Alte die Form sein, sich in ein schlechtes Neues zu fügen.

Bezogen auf einen ganz anderen Gegenstand hat *Paul Willis* diesen Grundgedanken formuliert. In seiner »teilnehmenden« Untersuchung der schulischen Kultur englischer Arbeiterjugendlicher von 1977 hat er gezeigt, daß die spezifische Artikulation mit Antiintellektualismus, Sexismus und Rassismus ihren Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse zu der Form machte, sich in die für sie vorgesehenen subalternen Positionen einzufügen. Im vorliegenden Aufsatz präzisiert Willis seine Theorie der »kulturellen Produktion« und grenzt sie gegen funktionalistische Verkürzungen bei Althusser, Gintis/Bowles und Bourdieu ab, die in der Erziehung den Ort der Anpassung an die Systemerfordernisse sehen. Willis zeigt, daß Gewöhnung an subalterne Arbeitstätigkeiten durch das Zusammenspiel vieler Vorgänge an vielen sozialen Orten zustande kommt. Um den Vorgang zu begreifen, muß man das Verhältnis von »Subjekt« und »Struktur« aktiv und dialektisch fassen. Die herrschende Ideologie wird nicht einfach passiv einregistriert. Die Handelnden binden sich an Herrschaftsstrukturen, indem sie diesen und sich in deren Rahmen eine »Bedeutung«, einen »Sinn« geben. Die »Subjekte« bilden sich in den Kämpfen und im Widerstand gegen die herrschenden Strukturen heraus, und die »Strukturen« werden »in Kämpfen und im Widerstand gegen Herrschaft geformt und reproduziert«. »Kulturelle Produktion« nennt Willis die Aktivität, die in den Widersprüchen einer herrschenden Produktionsweise am Werk ist und diese Widersprüche bearbeitet. Der Ausgang ist nicht vorprogrammiert. Die Widerstandshandlungen können zwar zur Form von Anpassung werden, aber es gibt immer etwas *Unpassendes*, das Ansatzpunkte für eine emanzipatorische Politik bietet.

Kaspar Maase schließt mit dem Begriff des »kulturellen Selbstausschlusses« an Überlegungen von Willis an. Subalternität enthält immer ein Moment der Selbstverurteilung, indem in Vorwegnahme der statistisch wahrscheinlichen Biographie die Selektionsleistungen der herrschenden Verhältnisse in eigene Entscheidungen transformiert werden. »Das lernst Du ja doch nie!« Eine Politik, die dem in demokratischer Absicht nur ein »Ihr müßt mehr lesen!« entgegenhielte, würde lediglich die herrschende Einteilung von legitimer und illegitimer Kultur reproduzieren. Demokratisierung hieße nicht vor allem mehr Bildung, sondern Erweiterung der Möglichkeiten zur aktiven Gestaltung von Arbeits- und Lebensweise.

Die revolutionäre Bewegung in Osteuropa wurde mit der Metapher des »aufrechten Gangs« artikuliert (so etwa von Stefan Heym am 4. November 1989 in

Ostberlin). Bei Ernst Bloch steht sie für die Perspektive, »ohne Ausbeutung und Herrn zu leben« (Prinzip Hoffnung III, 1618). Ihr Symbolgehalt weist, wie *Bernd Jürgen Warnken* an vielfältigem historischen Material zeigt, zurück in die Epoche bürgerlicher Revolutionen. Als Element eines auch körpersprachlich ausgetragenen Symbolkampfes zwischen dem Ancien régime und dem Bürgertum, war der aufrechte Gang von vornherein mehrfach akzentuiert. Momente einer demokratischen Kultur sind darin ebenso artikuliert wie militaristische, nationalistische etc., die je nach den politisch-kulturellen Kräfteverhältnissen dominieren oder zurückstehen.

Werden die Völker in den ehemals staatssozialistischen Ländern die Chance nutzen (oder überhaupt noch haben?), den »aufrechten Gang« zu lernen oder werden sie sich nur einer neuen Macht beugen? Wechselt nur die Formen der Entfremdung, vom Kommandosystem zum stummen Zwang der Marktgesetze? Ist »Marktsozialismus« ein Widerspruch in sich? *Wolfgang Fritz Haug* stellt »Vorfragen zum 'ökonomischen Mechanismus' eines demokratischen Sozialismus«. Auch wenn sie nicht im Scheinwerferlicht der Aufmerksamkeit stehen, so stellen sich diese Fragen mit Dringlichkeit gerade auch dort, wo die kapitalistische Produktionsweise mit ihrer Dialektik von Produktiv- und Destruktivkräften die Lebensgrundlagen der ganzen Menschheit zu zerstören droht. *Pierre Juquin* und *Frieder Otto Wolf* halten deshalb auch eine »Perestrojka im Westen« für überfällig. Welches aber sollen ihre politischen und gesellschaftlichen Subjekte sein? — Die bundesdeutsche Linke ist in Folge der Umbrüche im Osten dabei, sich umzugruppieren. Neue Konfigurationen mit neuen Gruppen sind im Entstehen. *Jan Rehmann* untersucht eine davon, die »Radikale Linke«, und prüft deren »Manifest« auf die Frage hin, ob es Perspektiven einer »revolutionären Realpolitik« (Rosa Luxemburg) eröffnet.

Die Vorzüge und der Glanz der westlichen Welt haben derzeit eine mediale Omnipräsenz. Die Kehrseite unserer Gesellschaft, der Bodensatz, auf dem sie sich errichtet, wird den »armen Brüdern und Schwestern« kaum vorgezeigt. Der Beitrag von *Gisela Hänel-Ossorio* faßt die aktuellen Daten zur Lage der Frauen zusammen, zieht Schlüsse über deren Ursachen und skizziert die historischen Zusammenhänge, die die Armut der Frauen der Welt fort dauern lassen. — In unserer ständigen Rubrik *Europa-Analysen* vergleicht *Jörg Michael Vogl* die bundesdeutsche CDU mit den britischen Konservativen. Die Unterschiede erklären sich weniger aus den Programmen oder »Köpfen«, sondern aus den unterschiedlichen »Parteistrukturen«, die damit als Gegenstand in die Parteientheorie eingeführt werden. — Auf beiden Seiten des israelisch-arabischen Konflikts findet eine zunehmend religiöse Radikalisierung statt. *Matthias Morgenstern* zeigt (im Anschluß an seinen Beitrag zu den fundamentalistischen jüdischen Parteien in Heft 174), wie mit dem Aufkommen der religiösen Erneuerungsbewegungen im Nahen Osten auch unter den israelischen Arabern Umwälzungen stattfanden, die zum Niedergang der nichtzionistischen Linksparteien, vor allem der israelischen Kommunisten (1981 noch von 50 Prozent der arabischen Minderheit gewählt), führten.

ThW

DDR-Patenschaftsabos

Die Öffnung der Mauer hat lange gestaute Bedürfnisse freigesetzt. Zu unserer großen Freude gibt es auch einen richtigen Hunger nach Argumenten, also auch nach unserer Zeitschrift, unseren Sonderbänden und Büchern. Unsere Arbeiten für eine Erneuerung, Demokratisierung und Feminisierung des Marxismus haben sich als Vorarbeiten für heute aktuelle Fragen erwiesen.

Anfangs haben wir versucht, den vielen Nachfragen durch Geschenke nachzukommen. Jetzt sind wir am Rande dessen, was wir uns ökonomisch leisten können. Auch der Produktentausch stößt auf enge Grenzen. Dabei denken wir, daß die Umbrüche in den staatssozialistischen Ländern uns nicht nur von einem autoritär-bürokratischen Alptraum befreit haben, sondern zugleich auch jede progressive Alternative zum Kapitalismus in Gefahr bringen. Täglich erfahren wir eine Steuerung von Informationen in den Medien, deren überwältigende Einseitigkeit jede verfeinerte Vorstellung von der kulturellen Reproduktion des Kapitalismus zu verhöhnen scheint. Für die West-Linken ist es überlebensnotwendig, mit den Kräften einer demokratisch-sozialistischen Erneuerung im Osten zusammenzuarbeiten, zumal angesichts staatlicher Vereinigungstendenzen.

Unsere LeserInnen können helfen, indem sie Freunden oder Verwandten in der DDR (oder einem anderen RGW-Land) ein Jahresabo des *Argument* schenken. Sollten keine direkten Kontakte bestehen, ist die Redaktion gern bereit, ein Geschenkangebot an interessierte Menschen — und auf Wunsch den direkten Kontakt — zu vermitteln. Sehr willkommen sind auch Spenden, die wir als Bücherspenden weiterleiten können. Wir bitten daher, die diesem Heft beigelegte Geschenkabo-Karte ausgefüllt an den Argument-Verlag in Hamburg zu schicken. Ebendort können sich Interessenten aus der DDR um ein Patenschaftsabo oder eine Bücherspende bewerben.

Georges Labica
**DER MARXISMUS-
 LENINISMUS**
 Elemente einer Kritik

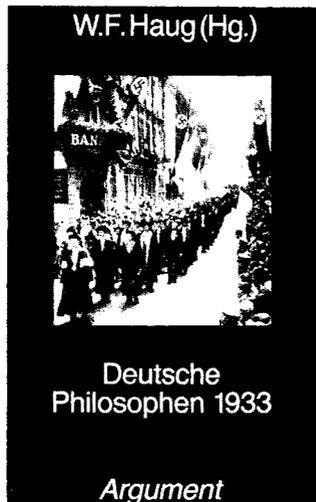
ARGUMENT

Georges Labica Der Marxismus-Leninismus Elemente einer Kritik

Wie hängen die stalinistischen Leiden mit dem Marxismus-Leninismus zusammen? Die offiziellen Lehrbücher schweigen sich darüber aus. Labica rekonstruiert die philosophischen und politischen Kämpfe, aus denen der Marxismus-Leninismus als staatlicher Offizialdiskurs hervorging. Die Analyse der historischen Konstellation von Philosophie, Wissenschaft, Partei und Staat liefert einen Schlüssel für das Verständnis heutiger Kontroversen im Marxismus.

144 Seiten, br., 18,- DM

Ideologische Mächte im deutschen Faschismus



Deutsche Philosophen 1933

Hg. von Wolfgang Fritz Haug
Ideologische Mächte im deutschen
Faschismus 3

AS 165, ca. 200 S., br.

Der Band besichtigt Interventionen deutscher Philosophieprofessoren (Gehlen, Litt, Rothacker u. a.) im historischen Moment »1933«. Welche soziale Rolle spielten die Interpreten des »Geistes« und der »Vernunft«, die Sachverständigen der »Werte« oder des »Verstehens«? Jenseits vom »Fall Heidegger« untersuchen die Autoren das Funktionieren des »normalen« Philosophiebetriebes und fragen, auf welche Weise auch eher unverdächtige Denker mittels ihrer spezifischen Kompetenzen zur ideologischen Konsolidierung des Nationalsozialismus beitragen konnten.

Thomas Laugstien

Philosophieverhältnisse im deutschen Faschismus

Ideologische Mächte im deutschen
Faschismus 4

AS 169, ca. 160 S.

Dieser Band, eine ideale Ergänzung zu den »Deutschen Philosophen 1933«, ist eine empirische Arbeit, die in der Analyse philosophischer Institutionen (Gesellschaften, Zeitschriften, Kongresse, Seminare) das Verhältnis von Philosophie und Faschismus untersucht. Darüber hinaus setzt sich der Autor auch mit Philosophen auseinander, die, wie etwa Heidegger und Spranger, aktiv für den autoritären Staat eingetreten sind.

Wolfgang Fritz Haug

Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts

Ideologische Mächte im deutschen
Faschismus 1

AS 80, 220 S.

Jan Rehmann

Die Kirche im NS-Staat

Ideologische Mächte im deutschen
Faschismus 2

AS 160, 160 S.

Jeder Argument-Sonderband DM
18,50 (DM 15,50 für Stud.)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Günther Anders

Cartesianismus im Krankenbett

(aus den Tagebüchern)

12. September 1989

»Welchen Bockmist Philosophen und Psychologen über das sogenannte 'psychologische Problem' verzapft haben!«, schrie ich meinen Leib an. »Auch Vater mit seiner These einer 'psychophysischen Neutralität der Person' und eines 'psychophysischen Parallelismus'! Welche seelische Veränderung soll denn parallel zu diesen schwellenden Gelenken in mir vor sich gehen?«

Keine Antwort! Er hört nichts, mein Leib! Offenbar hat er keine Ohren.

13. September

Da hab ich nun also seit einem Monat einen neuen Arthritis-Schub. Auf den alten Gelenk-Knollen von 1950 amüsieren sich, ohne mich gefragt zu haben, neue schmerzhaftere, und *wie* schmerzhaftere! Was sich diese fleißig akkumulierenden Zellen dabei denken mögen? Wenn überhaupt etwas. Dieser Idiotenleib!

»Hallo!«, ruf ich diesen an. Sogar mahnend rede ich auf ihn ein. Wie auf ein krankes Pferd. Natürlich wieder keine Antwort. Offensichtlich hat er nie etwas von Anders gehört. Und nie etwas von den Seiten, die der vollgeschrieben hat, und der das auch jetzt tut. In diesem Augenblick. Und das sogar mit seiner Hilfe tut! *Meine* Hand? Wirklich »meine«?

Die bleibt stumm.

Ein Dreck bin ich für die. Oder tut sie bloß so? Jedenfalls wuchert sie wortlos weiter. Wie irgendeine fremde und unerreichbare Tier- oder Kartoffelknolle! Als ein wahrhaftig »transzendentes« Stück Materie. Jedenfalls als eines, das restlos der Außenwelt zugehört! Nette Bescherung!

14. September, mittags

Schmerzen. Nichts als die. Mein cartesianischer Satz heute müßte lauten: »*Ich leide, also bin ich.*« Oder: »Also bin ich noch«.

Ich? Wirklich »*ich*«?

Beweist denn nicht mein Leiden müssen, mein Leiden, umgekehrt gerade die Übermacht des *Nicht-ich*? Beweist nicht mein Kaum-mehr-bei-mir-Sein mein *Nichtsein*?

(Zweifel. Dann zögernd):

Andererseits: »Ist nicht vielleicht eben diese Reflexion über meine Niederlage, dieses 'dubito ergo sum', dieses '*nego me, ergo sum*' doch noch, echt cartesisch, *meine* Reflexion?« (zögernd) »Doch noch ein Rest von mir? Bin ich nicht vielleicht durch sie *doch wieder* ich? Hab ich nicht doch, wenn auch nicht gerade triumphal, über die platte Tatsache meines Nicht-ich-Seins gesiegt? Oder beschwindelt sich da wer?

Auf dem Weg zur Emanzipation

Jutta Held (Hg.)



Frauen im Frankreich
des 18. Jahrhunderts:
Amazonen, Mütter
Revolutionärinnen

Argument

Frauen im Frankreich des 18. Jahrhunderts: Amazonen, Mütter, Revolutionärinnen

Hrsg. von Jutta Held

Die Entwicklung feministischer historischer Forschung hat es erreicht, daß die Geschlechterverhältnisse kein Randproblem mehr darstellen. Gerade das »Private« kann der Angelpunkt der Geschichte, der sozialen Umstrukturierungen sein.

Der Aspekt, unter dem in diesem Band vor allem die französische Geschichte des 18. Jahrhunderts befragt wird, erweist sich im Hinblick auf eben die »Geschlechterverhältnisse« als äußerst facettenreich und eröffnet interessante, bisher weitgehend verschwiegene Problembereiche. Es geht um die sozialen Veränderungen, Diskus-

sionen und Kontroversen, die in diesem Zeitabschnitt die Frauen betrafen.

Entdeckt wird in den Beiträgen, die in der Mehrzahl von namhaften amerikanischen Historikerinnen und Literaturwissenschaftlerinnen stammen, ein nur am Rande zur Kenntnis genommenes Wirkungsfeld von Frauen: ihre produktive Arbeit an der Seite des Mannes, sei es im Handwerksbetrieb, sei es als Land- oder Heimarbeiterin.

Thematisch spannt sich der Bogen von den »frondeuses« der Hocharistokratie, die die politische Opposition gegen den König führten, bis hin zu den Textilarbeiterinnen von Caux, Normandie und den revolutionären Frauen des Volkes von Paris. Ausschnitthaft wird auch die wohl hervorragendste kulturelle Leistung der Frauen angesprochen — die der literarischen Tätigkeit. Ein Beitrag unternimmt es, den Symbolwert der Frau und des weiblichen Körpers in der wissenschaftlichen Illustration herauszuarbeiten. Auf diese Weise werden sowohl die soziale Position der Frauen als auch die Diskussionen, deren Gegenstand sie waren, rekonstruiert.

Zeitlich reichen die Beiträge von der Regierungszeit Ludwig XIV. bis zur Französischen Revolution.

Zwei Aufsätze, die die Brücke zu Deutschland schlagen, lassen noch einen Blick auf die nachrevolutionären Verhältnisse zu.

AS 158, 11 Abb., 148 S., DM 18,50

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Paul Willis

Erziehung im Spannungsfeld zwischen Reproduktion und kultureller Produktion¹

In diesem Beitrag nutze ich die Gelegenheit, meinem Buch »Learning to Labour« (1977; dt.1979)² einen erneuten Besuch abzustatten. Ich werde im folgenden einige Argumente jenes Buchs im Lichte neuerer theoretischer Entwicklungen überprüfen und meine Argumente einordnen und weiterentwickeln. Ich will dabei versuchen, das Buch vor einem zwiespältigen und widersprüchlichen Schicksal zu bewahren: nämlich einerseits davor, daß es zu einem schlichten Widerstands-Paradigma aufgedonnert und entwertet wird, zu einem Buch, das den Oppositionsgeist oder die Klassengesinnung der Arbeiter feiert, sie romantisiert und sich unkritisch damit identifiziert³; andererseits davor, daß das Buch einem tiefsitzenden Pessimismus zugeordnet wird (wie er in den meisten aus den USA kommenden Reaktionen auf das Buch zu erkennen ist) — ein Pessimismus, der die Möglichkeit von Kampf und Veränderung ausschließt. Zugleich mache ich mich an eine Kritik der neueren Theorien über Erziehung und will dabei »Learning to Labour« und ähnliche Arbeiten in meine Variante der Cultural-Studies-Tradition einordnen und einige ihrer anhaltenden Stärken aufzeigen. (...)

Was folgt, ist von zwei entscheidenden Absichten bestimmt. Erstens will ich den »links-funktionalistischen« Aspekt meiner früheren Arbeit eingestehen und zugleich abschwächen: die überentwickelte Symmetrie und Ironie von »Learning to Labour«, wo das, was ich »Durchdringungen« (penetrations) genannt habe, allzu ordentlich ummantelt ist von dem, was ich als »Begrenzungen« (limitations) bezeichnet habe — so als ob sich Anpassung und Widerstand in untergeordneten Gruppen genau im Gleichgewicht befinden könnten, und als ob eine spontane Konstruktionszeichnung des Kapitalismus »von unten« möglich wäre. Zweitens will ich eine komplexere, durchdachtere und angemessenere Version eines anderen Aspekts meiner Arbeit propagieren — desjenigen Aspekts, der immer der wichtigste war und den ich heute als den Aspekt der *kulturellen Produktion* bezeichnen möchte: es geht dabei um die Bedeutungsprozesse, das »Machen«, das alternative Wissen, die Aktivität und Kreativität untergeordneter Gruppen, um die gesellschaftlichen Erwartungen, die sie erwecken — aber jetzt in einem mehr *internen* und *dialektischeren* Verhältnis zu den Strukturen einer kapitalistischen und patriarchalischen Gesellschaft.

Das Scheitern der sozialdemokratischen Bildungsoffensive und die Reproduktions-Theorie

Die Widersprüche und Illusionen der sozialdemokratischen »Landnahme« im Bildungswesen, der »Bildungsoffensive« (educational settlement), wie sie für die entwickeltesten westlichen Gesellschaften nach dem Kriege charakteristisch waren, sind in neueren europäischen und amerikanischen Arbeiten gründlich

analysiert worden. In England ging diese »Bildungsoffensive« davon aus, daß es sich bei der expandierenden kapitalistischen Nachkriegswirtschaft um eine im Grundsätzlichen günstige Erscheinung handele, die den meisten Leuten einen wohlhabenden, mittelschichtorientierten Lebensstil ermöglichen würde. Es gab zwar noch Probleme: Nischen der Armut, der Ungleichheit und des Scheiterns. doch diese galten als Überreste des primitiven präkeynesianischen kapitalistischen Systems. Solche Anachronismen würde man beseitigen können, ohne das Wesen des Kapitalismus grundsätzlich in Frage zu stellen. Höhere Besteuerung und die Expansion des Staates würden das gewiß erledigen. Das bevorzugte Instrument dieser Reformen war die staatliche Erziehung. Selbst potentiell oppositionelle Gruppen, etwa in der Arbeiterbewegung, waren sich darin einig, daß keine eigenständige, außerstaatliche Aktivität dazu notwendig sein würde (vgl. CCCS 1981).

Erziehung schien die Aussicht auf individuelle menschliche Entwicklung und gleichzeitig auf größere soziale Gleichheit zu eröffnen. Glücklicherweise waren beide Ziele miteinander vereinbar, denn sie würden das Wirtschaftssystem effektiver machen: schließlich gab es in einer expandierenden und hoch technisierten Gesellschaft einen Bedarf an hochqualifizierten Arbeitern. Es war also notwendig, »die Begabungsreserven auszuschöpfen«. Überdies würde man damit dem alles überragenden Ziel der sozialen Integration näherkommen, denn die Nachfrage der Individuen und die Nachfrage einer gesunden Wirtschaft würden so gleichzeitig befriedigt werden können.

Die scheinbare Kohärenz dieser Ziele war so groß, daß jedes Versagen von Bildungsmaßnahmen immer wieder als Fehler derjenigen angesehen wurde, an die sich diese Maßnahmen richteten.⁴ Das Versagen war der Fehler der Bildungsempfänger — ihrer Umwelt, ihres Hintergrunds, ihrer frühen Kindheitserfahrungen oder der sie umgebenden Kultur. Die »kompensatorische Erziehung« und das Interesse an »kultureller Deprivation« hatten beide das Ziel, die Fähigkeiten und Qualifikationen der ärmeren Kinder anzuheben, damit die »Benachteiligten« den allgemein üblichen Startplatz im Rennen des Lebens einnehmen könnten. Die Soziologie der Erziehung grub sich immer tiefere Gruben, indem sie ihre Tunnel immer weiter zurücktrieb in Familie, Kindheit, Individualpsychologie und isolierte Kultureffekte, um so die Quelle des »Versagens« zu identifizieren. Klassen und Klassenanalysen fanden nur Eingang, um eine gigantische Tautologie zu formulieren: Leute aus der Arbeiterklasse leiden unter Benachteiligungen im Hinblick auf Bildung und Kultur; Leute, die unter solchen Benachteiligungen leiden, gehören zur Arbeiterklasse. Es gab keine *Erklärung* dieser Vorgänge, auch keine Idee, wie sie mit der Ungleichheit der Klassenverhältnisse zusammenhängen könnten.

Wirtschaftskrise, reale Dequalifizierung in der Wirtschaft, Arbeitslosigkeit, Bildungs-»Realismus« und Rechtsruck haben die sozialdemokratische Bildungsoffensive ernsthaft in Frage gestellt (vgl. CCCS 1981). Etwas mehr kritisches Denken hätte aber auch so gezeigt, daß es keine Hoffnung auf die Vereinbarkeit von persönlicher Entwicklung und Gleichheit geben kann. Denn es ist ohne weiteres erkennbar, daß »persönliche Entwicklung« für einige nirgendwohin führt und für andere zu hoch privilegierten Positionen, während noch andere

diese Positionen durch nichts anderes erreichen als durch die Mühe der Geburt. Zwischen wirklicher Gleichheit im Leben — Gleichheit der Äußerungen und Möglichkeiten aller Menschen — und der bloßen Gleichheit der *Chancen*, diesem Banner der Bildungsreform, liegt eine ganze Welt.

Von den »Reproduktions«-Theoretikern ist behauptet worden, daß die sozialdemokratischen Ziele nicht auf Grund von Mängeln der Klientel verfehlt worden seien, sondern weil die Kinder aus der Arbeiterklasse scheitern *sollten*. In der Bildung gehe es nicht um Gleichheit, sondern um Ungleichheit. Der Hauptzweck der Erziehung, nämlich die soziale Integration in die Klassengesellschaft, könne nur erreicht werden, indem die meisten Kinder auf eine *ungleiche* Zukunft vorbereitet werden, und indem die *Untere*ntwicklung ihrer Persönlichkeiten gesichert wird. In der »Reproduktions«-Perspektive gibt es in der Wirtschaft nicht einfach Produktions-Rollen, die nur darauf warten, von den Erziehungsprodukten anständig ausgefüllt zu werden, in dieser Perspektive ist es umgekehrt: hier wird behauptet, daß die kapitalistische Produktion und die damit zusammenhängenden Rollen ganz bestimmte Bildungsergebnisse *erfordern*.

»Learning to Labour« läßt sich in diese allgemeine Perspektive einordnen (aber gleichzeitig — und das ist entscheidend — in die Perspektive der Cultural Studies; ich komme darauf zurück). In der Schule geht es zwar um vieles, was mit »Reproduktion« nichts zu tun hat, und der ethnographische Ansatz zeugt davon. Aber solange in einer von Ungleichheit geprägten Klassengesellschaft auf dem Schulwesen die Bürde von Auslese, Einordnung und Prüfung lastet, ist die Reproduktions-Perspektive relevant. Zur Entlarvung des sozialdemokratischen Programms hat mein Buch die qualitative Dimension hinzugefügt. Die Statistiken zeigen deutlich, in welchem ungeheuren Ausmaß Bildungsleistungen und Bildungsergebnisse zwischen den Klassen ungleich verteilt sind, aber das läßt sich auf eine Weise erklären, welche die Logik des ursprünglichen Ansatzes intakt läßt: Es handelt sich dann um das Versagen der Kinder aus der Arbeiterklasse samt ihrer Familien. In »Learning to Labour« werden zwei Dinge hinzugefügt: Erstens, daß diejenige Gruppe der Jugendlichen, die am meisten für die neuen Chancen mobilisiert werden müßte, Bildung am aktivsten zurückweist. Zweitens trägt das Buch dazu bei, klarzumachen, daß solche kulturellen Reaktionen alles andere als »ignorant«, »anachronistisch«, »pathologisch« und ausrottungsbedürftig sind, daß solche Kulturen vielmehr in manchen wichtiger Hinsicht *überlegen* sind, wenn es darum geht, die liberalen Wirkungsmechanismen zu begreifen. Die Kultur der »lads« beispielsweise, die ich in meinem Buch untersucht habe, enthält den Versuch, realistische Vorstellungen über die günstigsten Chancen dieser Gruppe in einer Klassengesellschaft zu entwickeln, während ihre Ratgeber sich längst im Knäuel der humanistischen Entwicklung verheddert haben.

Aber ich glaube, größere Bedeutung hatte das Buch dadurch, daß es den nächsten größeren Schritt im »Reproduktions«-Argument spezifiziert hat — nämlich wie Erziehung *konkret daran beteiligt ist*, das Gegenteil der sozialdemokratischen Hoffnung hervorzurufen, nämlich *Ungleichheit*. Die Skepsis gegenüber sozialdemokratischen Bildungszielen mag berechtigt sein, aber die Reproduktions-Perspektive bewegt sich zu schnell in Richtung auf eine einfache Um-

kehrung ins Gegenteil. Scheinbar gehorcht Erziehung einfach nur den Imperativen der kapitalistischen Wirtschaft; Hauptziel der Erziehung ist dann die permanente Einpassung von Mitgliedern der Arbeiterklasse in eine Zukunft, die von Ungleichheit geprägt ist. Erfahrungen und Tätigkeiten von Schülern werden hier zu einem bloßen Reflex der strukturellen Determiniertheit. Das Kapital verlangt es — also werden die Schulen es tun! Menschen werden zu Marionetten, zu Tölpeln, zu Zombies, in den tiefsten Empfindungen nach Belieben verführbar. Die Schule ist sogar das Hauptfeld dieses kosmischen Entwurfs. Aber nach allem, was man uns darüber berichtet, wie das konkret vor sich gehen soll, könnte die Schule genauso gut eine black box sein (vgl. Apple 1979).

Um aus dieser Sackgasse herauszufinden, um für eine Kritik der Reproduktionstheorie festeren Boden zu gewinnen, ist es nützlich, die Erziehungstheorie vorübergehend beiseite zu lassen und sich dem Ansatz und den allgemeinen Grundlagen der »Cultural Studies« zuzuwenden.

Die Perspektive der Cultural Studies

Die Flexibilität und die Reichweite der Cultural Studies beruht teilweise auf einem Eklektizismus und einer Vieldeutigkeit, die von einer Definition unvermeidlich eingeschränkt werden. Da ich jedoch ein Konzept von »Kultur« benötige, um den Boden für meine allgemeine Kritik der Reproduktionstheorien vorzubereiten, ist ein gewisses Maß an Definition erforderlich (dazu ausführlich Johnson 1982).

Ganz allgemein gesprochen, begreife ich das Projekt der Cultural Studies als ein spezifisches Interesse an einem bestimmten Moment der allgemeinsten gesellschaftlichen Prozesse, nämlich an denjenigen Vorgängen, in denen Menschen sich in der Produktion ihres gesellschaftlichen und materiellen Lebens *kollektiv selbst produzieren*. Diese Produktion steht immer im Verhältnis zu einer dominanten, in sich strukturierten Produktionsweise und vollzieht sich in antagonistischen und strukturierten gesellschaftlichen Verhältnissen — nicht zuletzt vollzieht sie sich für die Arbeiterklasse in einem antagonistischen, wenn auch zugleich reproduktiven Verhältnis zu den herrschenden Kulturen und dominanten ideologischen Praxen. Das kulturelle Moment daran betrifft, kurz gesagt, die spezifisch menschliche, kollektive Aktivität der *Bedeutungsgebung* (meaning making) — der *Sinngebung*, wenn man so will, und zwar in bezug auf eine strukturelle Verortung (location), nämlich in bezug auf die Position in einem sozialen Verhältnis und in einer Produktionsweise.⁵

Vielleicht ist es hilfreich, wenn man sich das Interesse an Kultur vorstellt als Konzentration auf eine der vielen Formen, in denen die gesellschaftlich Handelnden mit den sozialen Strukturen »verbunden« sind. Ich möchte hier drei Grundformen dieser Verbindung herausstellen. Im orthodox-marxistischen und ganz allgemein im strukturalistischen Denken besteht die erste und grundlegende »Verbindung« in der strukturellen und historischen *Determinierung* von Subjektivität und Kultur — plump gesagt besteht sie darin, daß man als Mitglied eines bestimmten sozialen Geschlechts, einer bestimmten Klasse, einer bestimmten Region geboren wird, daß man geformt und entwickelt wird zu einem

gesellschaftlichen Subjekt im Rahmen eines bestimmten kulturellen und ideologischen Netzes und einer bestimmten Sprachgemeinschaft, womit man eine Reihe von zukünftigen Möglichkeiten »ererbte«. Das ist mehr oder weniger fixiert. Wir können beispielsweise nicht *beschließen*, reich und männlichen Geschlechts und mit einem bestimmten »kulturellen Kapital« ausgestattet zu sein.

Die zweite übliche Verbindung ist zur ersten komplementär: Sie besteht darin, daß solche Akteure, nachdem sie einmal auf bestimmte Weise geformt worden sind, sich einrichten und sich angemessen verhalten — indem sie vorgegebene Klassen-Rollen in der Produktion beziehen, heiraten, als verantwortliche »Staatsbürger« des bürgerlichen Staates wählen und auf bestimmte Weise handeln, wie um die Strukturen, in die sie hineingeboren wurden, aufrechtzuerhalten und sie für die nächste Generation zu reproduzieren.

Was ich diesen beiden »Verbindungen« hinzufügen möchte, ist ein entscheidendes Moment — ein Moment, das sozusagen zwischen ihnen liegt, das aber zugleich unsere Vorstellung von den beiden Verbindungen verändern sollte. Dieses Moment ist das spezifische Interpretationsobjekt der Cultural Studies. Es besteht darin, daß die übermittelten symbolischen, ideologischen und kulturellen Ressourcen aktiv und kollektiv verwendet und erkundet werden, um so die »ererbten« strukturellen und materiellen Existenzbedingungen zu untersuchen, ihnen einen Sinn zu geben und positiv auf sie zu antworten. Einmal in eine bestimmte strukturelle Position und in eine bestimmte symbolische Gemeinschaft hineingeboren und davon geprägt — Vorgänge, in bezug auf die man keine Wahl hat —, versuchen die Menschen auch, eben diese Vorgänge zu verstehen, sie zu untersuchen und auf sie zu antworten, insbesondere in der Kollektivität ihrer teilweise unbewußten kulturellen Formen. In der ersten hier dargestellten Verbindung geht es eben nicht nur um »Determinationen«, sondern auch um Vorgänge, die *verstanden* werden müssen. Damit wird beispielsweise das traditionelle marxistische Konzept von Basis und Überbau und von den Determinationen, die von »der Ökonomie« ausgehend »nach oben« wirken, nahezu umgestülpt. Behauptet wird eine aktive menschliche Fähigkeit, die in entgegengesetzter Richtung verläuft. Behauptet wird eine aktive und kreative Antwort der Menschen auf das, was sie geformt hat und was sie formt — eine Antwort, die niemals im voraus spezifizierbar ist. In den Cultural Studies wird versucht, diese Bedeutungsgebung, diese Sinnggebung darzustellen und zu analysieren, den Vorgang des Konstruierens und den des Konstruiertseins, die Produktion von Bewußtsein und Gefühl und die umfassenderen, einordnenden kulturellen Formen. Natürlich können solche »Kreativität« und »Erfindungskraft« nicht die Gegebenheit und die strukturierende Macht der Geschichte, der sozialen Verortung und der ererbten und tradierten ideologischen und kulturellen Diskurse transzendieren. Und sie können »zu normalen Zeiten« auch nicht verhindern, daß es Aktionen und Verhaltensweisen gibt, durch welche die tradierten gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse aufrechterhalten und reproduziert werden. Ja, es kann sogar sein, daß durch einige dieser Absichten, dieser psychischen und kollektiven kulturellen Prozesse, durch das Gespür für Kontrolle und Identitätsbildung und durch die damit verbundenen vielfältigen und vielförmigen alltäglichen Entscheidungen und Kompromisse — daß hierdurch etwas von dem, was wir

»Struktur« nennen, überhaupt erst produziert und reproduziert wird. Das ist der Grund, warum die Perspektive der Cultural Studies so leicht in eine Reproduktions-Perspektive umkippt und in deren Enge und Pessimismus hineingezogen wird.

Im Rahmen dieser Definition lassen sich detailliertere und konkretere Aspekte der »kulturellen Ebene« angeben.⁶ Die »kulturelle Ebene« enthält relativ kohärente Systeme materieller Praxen und ineinandergreifende Symbolsysteme, die ihre bereichsspezifischen Besonderheiten und Ziele haben. Sie bilden das gewöhnliche Milieu der alltäglichen Existenz, das alltägliche Spektrum der gemeinsamen Betroffenheiten, Aktivitäten und Kämpfe; durch sie kommen die gesellschaftlichen Akteure zu einer kollektiven, vermittelten, gelebten Bewußtheit in bezug auf ihre Existenzbedingungen und ihr Verhältnis zu anderen Klassen.

Zu den charakteristischen Zügen dieses Milieus gehören: die »gelebte kollektive Bewußtheit« als konkrete Form des Widerstands; relativ rationale kollektive Antworten auf die jeweils gegebenen Dilemmata und Möglichkeiten; unbewußte und kollektive kulturelle Bedeutungen, die in ihrer Immanenz dennoch dazu beitragen, Handlungen zu orientieren und Subjektivität zu konstituieren; kollektive »Interpunktionen« der regulierenden Ideologien und der einengenden Kontroll- und Herrschaftstechniken; widersprüchliche und komplex artikulierte Diskurse und tradierte symbolische Formen und Praxen; komplexe ideologische Effekte, durch welche Bedeutungen reguliert werden — sowohl als in-puts als auch als out-puts von kulturellen Formen.

Im Rahmen der Cultural-Studies-Perspektive möchte ich hier jedoch am meisten den Begriff der *kulturellen Produktion* hervorheben.⁷ Dies ist das aktive Prinzip der »kulturellen Ebene«; das damit verbundene Konzept von sozialen Akteuren steht im Gegensatz zu deren Auffassung als passiven Trägern und Übermittlern von Strukturen und Ideologien. Die sozialen Akteure werden vielmehr als aktiv Aneignende begriffen; sie produzieren Bedeutungen und kulturelle Formen, indem sie mit Hilfe von Werkzeugen bestimmte Materialien in Produkte verwandeln. Dies geht ganz ähnlich vonstatten wie die materielle Produktion. Kulturelle Produktion ist der *Prozeß* des kollektiven, kreativen Gebrauchs von Diskursen, Bedeutungen, Materialien, Praxen und Gruppenprozessen, wodurch bestimmte Positionen, Verhältnisse und materielle Möglichkeiten erkundet, verstanden und kreativ besetzt werden. Bei unterdrückten Gruppen gehören dazu aller Wahrscheinlichkeit nach Formen der Opposition und, wie ich es in »Learning to Labour« genannt habe, die kulturelle »Durchdringung« von konkreten Orten (sites), Ideologien oder Regionen. Am Rande sei vermerkt, daß die Entdeckung dieser unterdrückten, informellen Formen zum Spezialgebiet einer qualitativen, ethnographischen, angemessenen, »lebendigen« Methode wird — über solche Vorgänge wird von der bürgerlichen Buchhaltung eben kein offizieller Bericht erstattet.

Der Begriff *kulturelle Produktion* insistiert also auf den aktiven, verändernden Aspekten von Kulturen und auf den kollektiven Fähigkeiten sozialer Akteure, nicht nur wie Theoretiker zu denken, sondern auch wie Aktivisten zu handeln. Lebenserfahrungen; individuelle Projekte und Gruppenprojekte; verborgenes,

verbotenes und informelles Wissen; private Ängste und Phantasien; die bedrohliche, anarchische Macht, die von Zusammenschlüssen ausgeht, die keinerlei Ehrfurcht kennen; die schmutzige, materielle Produktion all dieser Dinge — das sind nicht bloß interessante Zusätze, auch nicht die Resultate einer »strukturellen Verortung« mit offenem Ausgang und nicht einmal die private Erkenntnis der Strukturen, wie in Wrights »Private Troubles«. Diese Dinge sind vielmehr zentral; sie sind determiniert, aber auch selbst determinierend. (...)

Wir sind damit an einem Punkt angelangt, von dem aus wir zur Betrachtung der Hauptbeiträge zur Reproduktionstheorie zurückkehren können.

Das Bildungswesen als Ideologischer Staatsapparat: Althusser

Es war Althusser, der in seinem Aufsatz über die Ideologischen Staatsapparate (1977) Erziehung und Bildung *die* entscheidende Rolle in der gesellschaftlichen Reproduktion zuschreibt. Das Bildungswesen erzeuge die notwendigen Qualifikationen für die Produktion, die notwendig abgestuften Ideologien für die gesellschaftliche Arbeitsteilung, und es Sorge für die Bildung von Subjektivität mittels des berühmten »imaginären Verhältnisses der Individuen zu ihren realen Existenzbedingungen« (Althusser 1977, 133). Es wird darauf hingewiesen, daß im Bildungsbereich trotz der verwirrenden Bestrebungen, das Gegenteil durchzusetzen, fortwährend ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis hergestellt wird — zum Zwecke der Fortdauer der kapitalistischen Gesellschaftsformation. Aber das ist in gewisser Weise eine Tautologie. Der bloße Augenschein lehrt bereits, daß der Kapitalismus fortbesteht und daß die meisten Kinder zur Schule gehen. Ergo sind Schulen an der Schaffung desjenigen gesellschaftlichen Verhältnisses beteiligt, das Bedingung ist für das Funktionieren des Kapitalismus. Für eine erklärende Darstellung, die solchen Formalismus und Rationalismus vermeidet, braucht man einen Begriff von der tatsächlichen Bildung von Klassen — sicherlich im Verhältnis zueinander; aber nichtsdestoweniger hat jede ihre eigene profane materielle Existenz. In Althusser's impliziter Vorstellung, wie dieses Verhältnis von seiten der Arbeiterklasse praktiziert wird, figuriert die Arbeiterklasse als völlig beherrscht und als bloße Trägerin der Strukturen des Kapitalismus. Die Arbeiterklasse wird bei Althusser geformt, ohne daß er ein Wort über deren eigene kulturelle Produktion verliert.

Teil des Problems ist hier die strukturalistische Vorstellung, die Ökonomie bestehe aus vorgegebenen leeren Stellen oder Plätzen (vgl. Althusser/Balibar 1972, Bd.2, 242; Anm.d.Übers.), die einfach ausgefüllt werden — von Akteuren, die mit der richtigen Ideologie und Subjektivität ausgestattet sind. Die Struktur erscheint hier keineswegs als das Ergebnis von Auseinandersetzungen und Kämpfen um Bedeutungen und Definitionen — und auf seiten der Arbeiterklasse ist eine Quelle dieser Kämpfe das, was ich »kulturelle Produktion« nenne; die Struktur ist hier vielmehr eine hypostasierte Gegebenheit in einer gänzlich ungesellschaftlichen Welt. Die absolut vorgegebenen Umrisse dieser »Plätze« müssen von Akteuren ausgefüllt werden, die über keine gemeinsamen kollektiven Prinzipien von Veränderung und Kontinuität verfügen. Ohne eine Vorstellung davon, daß Strukturen sowohl ein umkämpftes Medium wie ein Ergebnis des sozialen

Prozesses sind, wird Reproduktion zu einer mechanischen Unvermeidlichkeit. Eine *vorgegebene* und *vorbestimmte* Struktur von Klassenverhältnissen und eine entsprechende Produktionsstruktur wird dann einfach ersetzt. Tätigkeit (agency), Kampf, Veränderung — all das, was zumindest teilweise dazu beiträgt, daß gewissermaßen eine »Ausgangs-Struktur« geschaffen wird — werden in die je schon existierende Vorgegebenheit der leeren Plätze verbannt.

Die Korrespondenz zwischen Ökonomie und Erziehung: Bowles und Gintis

Bowles und Gintis bewegen sich im Rahmen eines ähnlichen Paradigmas. Wir werden hier jedoch nicht mit der ideologischen Arbeitsweise der Ideologischen Staatsapparate konfrontiert, sondern mit dem strukturalistischen Prinzip der »Entsprechung« oder »Korrespondenz« zwischen Erziehungswesen und Ökonomie (Bowles/Gintis 1978). Selbst die Rhetorik einer Autonomie des Reichs der Bildung wird aufgegeben. Unumschränkt herrscht ihre Majestät, die Ökonomie — und dies im eigenen Gewand. Die »Gewöhnung« an den Erziehungsprozeß ist genau dieselbe wie die »Gewöhnung« an die Produktion — das eine Verhältnis bereitet direkt das darauf folgende vor. Das Prüfungswesen fügt solcher Sozialisation zur Ungleichheit die Legitimation hinzu. Wir haben hier die Ontologie von der ausgelieferten Klasse in ihrer ausgeprägtesten Form; kulturelle Formen und materielle Erfahrungen werden hier in Kategorien der unmittelbaren Manipulation dargestellt, als vom Kapital angerufen und begründet. Man fragt sich, wo die Individuen, Klassen oder Gruppen herkommen sollen, die dem schönen Aufruf zu einer sozialistischen pädagogischen Praxis, mit dem Bowles und Gintis ihr Buch abschließen, auch nur zuhören, geschweige denn ihn verstehen. Aus der Welt der »Korrespondenz« können sie bestimmt nicht kommen. Die beiden Hälften der Analyse passen nicht zusammen.

Der Begriff der »Korrespondenz« übergeht die Möglichkeit des Widerstands und verfehlt damit die Konstituierung der Arbeiterklassenidentitäten, welche — zumindest teilweise — von ihrem ideellen Ausdruck in der bürgerlichen Vorstellung getrennt sind. Der Begriff der »Korrespondenz« übergeht, daß die Arbeiterklasse auf ihr Verhältnis zur herrschenden Klasse unabhängig einwirkt; er übersieht so Bewußtsein und Kultur als konstitutive Momente des gesellschaftlichen Prozesses. Menschliches Handeln wird hier als Ergebnis ganz unmenschlicher und abgetrennter Strukturen aufgefaßt. Die Untersuchung ist deshalb nicht in der Lage, das massive und gegenwärtig ganz offensichtliche Nichtzusammenpassen von Ökonomie und Bildung zu begreifen; und so wird es überflüssig, sich mit einer Realanalyse dessen zu befassen, was in Schulen vor sich geht.

Eine Untersuchung wie die von Bowles und Gintis kann leicht eine Menge konventioneller statistischer Arbeiten und bürgerlicher Apologien zu diesem Gebiet übernehmen, denn die Untersuchung bekräftigt in gewisser Weise das, woran diese Leute glauben: daß es nämlich möglich ist, gesellschaftliche Anforderungen korrekt zu identifizieren und ihnen effektiv nachzukommen. Dagegen muß man die offenkundige Tatsache halten, daß die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Gruppe untereinander uneins sind, sowohl bezogen auf industriell-instrumentelle Ziele als auch auf humanistische Entwicklungsziele für die

Gesellschaft, und daß die »Autonomie«, der »Professionalismus« und die Beteiligung der Universität an der Formulierung von »Bildungsinteressen« alternative Einschätzungsgrundlagen liefern können. Überdies sind die »Bedürfnisse des Kapitals« meist sowieso widersprüchlich.

Ich behaupte, daß die kulturelle Produktion der verschiedenen beherrschten Gruppen dafür sorgt, daß eine direkte Prägung der Schüler durch gesellschaftliche Anforderungen auch dann unmöglich wäre, wenn die Anforderungen konsistent definiert würden. Dies verweist darauf, daß selbst eine minimale Gewöhnung an Arbeit tatsächlich erst durch das Zusammenspiel vieler Vorgänge an vielen sozialen Orten (*sites*) erreicht wird — dazu gehört nicht zuletzt die Bildung des sozialen Geschlechts in der Familie und die Produktionserfahrung selbst. Dies verweist auch darauf, daß die Schule nur ein Ort in einer Kette von weiteren Orten ist, die alle in viele verschiedene Formen von »Reproduktions«-Kämpfen verwickelt sind — dazu gehören nicht zuletzt die Bildung des sozialen Geschlechts und der nachfolgenden Generation. Wir dürfen niemals zu früh den Schluß ziehen, die Schule sei der Hauptort für die Zurichtung all dieser warmen, konkreten, mit einem sozialen Geschlecht ausgestatteten Körper, die dann tatsächlich in die Produktion eintreten, und noch weniger dürfen wir den vollzogenen Übergang in die Produktion rückwärtslesen als Ergebnis einer in den Schulen sich vollziehenden *Klassen*-Logik.

Das Bildungswesen als Ort kultureller Willkür und symbolischer Gewalt: Bourdieu

Unter diesem Gesichtspunkt stellt Bourdieus Untersuchung in Teilen einen echten Fortschritt dar (vgl. Bourdieu/Passeron 1971 u. 1973). Wir werden hier mit einer »kulturellen Ebene« bekannt gemacht — zumindest in Hinsicht auf die herrschende Klasse —, und es wird gezeigt, daß sich diese Ebene tatsächlich von der Ökonomie unterscheidet und ihr gegenüber eine gewisse Autonomie hat. Das, was man sich letztlich als Scheinautonomie vorstellen kann, ist in Wirklichkeit das zentrale Merkmal der Erziehung. Durch ein kohärentes Feld von Regeln und durch eine Reihe von Verhältnissen, die sich selbst als eigenständig und objektiv darstellen, wird genau diejenige Kultur verherrlicht und »officialisiert«, die in Wirklichkeit das Eigentum der herrschenden Klasse ist. Je höher man im Bildungssystem kommt, um so mehr wird diese Kultur deshalb zur selbstverständlichen Voraussetzung. Sie ist Bedingung für den Erfolg. Darüber hinaus wird eben diese Kultur als legitime und objektive Kultur proklamiert. Schüler aus der Arbeiterklasse scheitern nicht, weil sie zur Arbeiterklasse gehören, sondern weil sie nicht über die »objektiven« Qualifikationen und über die »objektive« Sprache verfügen, die für den Erfolg notwendig sind. Sie werden nicht »ausgekühlt«⁸, sie werden »aus-codiert«! Das kulturelle Kapital ist zum wirklichen Kapital geworden; Mangel an Kapital — wenn man nämlich nur die eigene Arbeitskraft besitzt und sonst nichts — wird zum Mangel an *kulturellem* Kapital. Während die Produktionsbeziehungen schnell den gesellschaftlichen Ausschluß, die Ungleichheit und die Erbllichkeit zeigen, die mit dem wirklichen Kapital verbunden sind, garantiert die Erziehung die scheinbare Gleichwertigkeit, Unab-

hängigkeit und frei geborene Gleichheit des symbolischen Kapitals. Die Erziehung mystifiziert sich selbst, indem sie verschleiert, wie sie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zur Grundlage hat und sie zugleich reproduziert. Ihre Majestät, die Ökonomie, steht gern beiseite, solange die Erziehung ihr diesen Dienst erweist.

Wir haben hier einleuchtende Elemente einer wirklich autonomen Konzeption der Funktionsweise von Prüfungen und Legitimationsprozessen. Wir erhalten überdies eine detaillierte und plausible Darstellung, wie entscheidende ideologische Verkehungen und Mystifikationen bewirkt werden, ohne daß Bourdieu dabei implizit auf eine Theorie des falschen Bewußtseins zurückkommt.

Natürlich basiert diese Bildungstheorie auf den Grundlagen von Bourdieu umfassenderem System: Die Machtgruppe übt (offenbar in jeder Gesellschaft) ihre Macht aus, um — mittels »kultureller Willkür«, verstärkt durch »symbolische Gewalt« — Bedeutungen aufzuzwingen, und sie tut dies auf eine Weise, durch welche das zugrunde liegende Machtverhältnis verschleiert wird. Dies konstituiert eine doppelte Gewalt: die des Aufzwingens und die des Verschleierns. Und dies ist eine wichtige Grundlage für die Erzeugung des »Habitus«, eines dauerhaft installierten Erzeugungsprinzips regulierter Improvisationen (vgl. Bourdieu 1979); der Habitus liefert Dispositionen für Handlungen, die letztlich diejenigen Ausgangsstrukturen und die Machtverhältnisse reproduzieren, welche die Grundlage der ursprünglichen symbolischen Gewalt sind.

Aber wenn man diese allgemeine Theorie näher überdenkt, lassen sich einige Fehler erkennen, die den Wert der Bereichstheorie über Erziehung einschränken. Seltsamerweise sieht man das Problem der Analysen von Althusser und von Bowles und Gintis wiederkehren wie ein Gespenst — nämlich daß der Kultur ein fast völlig abgesonderter Bereich zugewiesen wird; und da die Erziehung eine Komplizenrolle bei der Aufrechterhaltung der Kultur spielt, erscheint die Ökonomie — wenn auch hinter der Szene — als das grundlegende, festliegende Universum und die Kultur als eine Hinzufügung. »Die Ökonomie« tritt hier nicht auf als eine bestimmte Produktionsweise voller Widersprüche, sondern als eine abstrakte Menge von Machtverhältnissen, die zu jeder Art von Gesellschaft scheinbar gleichermaßen passen. Diese Macht wird als etwas Gegebenes genommen, und Kultur wird dann sehr überzeugend hinzugefügt, um die Reproduktion der Macht zu demonstrieren. Aber die ursprüngliche Produktion der Macht ist mythisch; letztlich handelt es sich um eine Voraussetzung, die es dem Spiegelkabinett der Kultur ermöglicht, überhaupt zu existieren und zu reflektieren. Wir haben es hier mit einer vorgegebenen Machtstruktur zu tun, die dann kulturell reproduziert wird. Was aber ist mit der *Herausbildung* der Machtstruktur, mit der das Ganze gewissermaßen »anfängt«? Welche Rolle spielt Tätigkeit in dieser »Reproduktion«, wenn die Machtfrage bereits erledigt ist, ehe wir mit der Analyse überhaupt begonnen haben?

Ich behaupte, daß wir einen Begriff von strukturierten und dauerhaften Machtverhältnissen überhaupt nur dann gewinnen können, wenn wir über einen materialen Begriff der kulturellen Produktion verfügen, die in den Widersprüchen einer herrschenden Produktionsweise am Werk ist und diese Widersprüche bearbeitet. Bei allem Reichtum des Bourdieuschen Systems — Widerstand, Tätigkeit,

Kampf, Differenzen sind aus der Geschichte verbannt. Kapital wird, selbst für die Mächtigsten, zum trägen Besitz — zu formeller Macht, zu Geld und zu symbolischem Reichtum —, statt zu einem Gesamt von umkämpften gesellschaftlichen Verhältnissen, das in der gesamten Produktionsweise am Werk ist.

Der Kern von Bourdieus Bildungstheorie betrifft natürlich die bürgerliche Kultur, und hier gibt es, wie gesagt, Fortschritte. Aber selbst hier, an seinem stärksten Punkt, leidet das System daran, daß jeder Begriff von kultureller Produktion (in meinem Sinne) fehlt. Unter dem massiven Gewicht von homogener symbolischer Gewalt und kultureller Willkür ist das Problem der Unterschiede zwischen Bürgerkindern und der Widerstände von Bürgerkindern unzugänglich. Genau so wenig sind die Stadien der »Akkulturation«, ihre charakteristischen Motive, ihre subjektiven und inneren Widersprüche mit dem allgemeinen Begriff des »Habitus« erfaßbar.

Diese Schwierigkeiten und Unangemessenheiten werden sehr viel klarer, wenn wir Bourdieus Schema nicht auf die herrschende Übertragung und Kultur, sondern auf die untergeordnete Kultur und Übertragung beziehen. Die Argumente zur kulturellen *Legitimation* der herrschenden Kultur sind vielleicht hinreichend klar. Aber selbst wenn die Beherrschten akzeptieren, daß sie kein Recht auf *kulturelle* Privilegien haben, ist dies immer noch keine ausreichende Argumentation dafür, daß sie zugleich ihre *gesellschaftliche* Unterprivilegierung und ihre *ökonomische* Ausbeutung akzeptieren. Warum sollten sie die Dominanz des kulturellen Kapitals überhaupt eher akzeptieren als die Herrschaft des realen Kapitals? Man könnte genausogut sagen, daß sie auch kein reales Kapital haben, oder daß eine Ideologie zur Verfügung steht, die die freien Kapazitäten zur Akkumulation sowohl von realem Kapital als auch von symbolischem Kapital betrifft, und an der alle Gefallen haben. Aber dies hindert die Beherrschten nicht daran, gegen die Macht des realen Kapitals Widerstand zu leisten. Wir suchen immer noch nach einer Erklärung, warum die »Machtlosen« ihr ungleiches Schicksal offenbar überwiegend akzeptieren. Platt gesagt: Daß die Beherrschten ihre kulturelle Minderwertigkeit akzeptieren, kann niemals die geeignete Grundlage für ihre allgemeine Unterwerfung unter die Ausbeutung sein, auch wenn es eine mögliche Bedingung dafür sein könnte. Wie verstehen und akzeptieren die »Machtlosen« dann überhaupt ihre Position? Welche Rolle spielen sie in der »Reproduktion«?

Unglücklicherweise hat Bourdieus Reich der Kultur für die Beherrschten nicht dieselbe Erklärungskraft wie für die Herrschenden. Die Beherrschten werden bei ihm tatsächlich zu den Enteigneten. Nach allem, was mit »Kultur« als einem abgetrennten und unabhängigen Bereich bezeichnet wird, bedeutet der Begriff hier in Wirklichkeit bürgerliche Kultur. Die Beherrschten haben demnach keine Kultur. Ihre »Kultur« ist anscheinend ein bloßes Übertragungsmedium, das hinter dem Rücken ihrer »objektiven« Lebenschancen wirksam ist. Die Beherrschten disqualifizieren sich selbst, weil sie niemals eine Chance gehabt haben. Wo bleibt hier die Autonomie der Kultur? Für die bürgerliche kulturelle Produktion war es — auf ihrer spezifischen Ebene — kein Hindernis, daß die Mitglieder des Bürgertums *jede* Lebenschance hatten! Ihre Majestät, die Ökonomie, betritt wieder energisch die Szene: Die Kultur der Unterdrückten ist identisch mit deren

struktureller Verortung in der Gesellschaft. Wir haben hier nicht einmal den Rahmen einer »Korrespondenz«. Weil weder die kulturelle Produktion und die kulturelle Übertragung der Herrschenden noch die der Beherrschten in der Produktionsweise, im Klassenkampf und in den Klassenauseinandersetzungen verwurzelt werden, und weil keine greifbaren, allgemein akzeptierten Elemente zur Verfügung stehen, die sich selbst mittels einer Ästhetik als »Kultur« der beherrschten Klasse darstellen würden, haben die Beherrschten eben auch keine relativ unabhängige Kultur und kein relativ unabhängiges Bewußtsein. Sie erkennen ihre Chancen, das ist alles. Für die Bourgeoisie ist Kultur etwa das Theater, aber für die Proletarier besteht Kultur darin, Wetten abzuschließen — in einem manipulierten Pferderennen, in dem sie selbst die Pferde sind. In der proletarischen Kultur müssen sämtliche Rollen vom Wirtschaftsleben gespielt werden! Bourdieu fehlt jeder Begriff von einer spezifischen und relativ unabhängigen kulturellen Produktion des Proletariats im Verhältnis zum materiellen Leben; angesichts dieser Tatsache ist es nicht überraschend, daß sein System zu einer radikalen Bildungspolitik nichts zu sagen hat. Es präsentiert letztlich eine düstere, geschlossene Weberianische Welt, aus der es kein Entrinnen gibt. Es gibt bei ihm keine theoretische Grundlage für eine Politik der Veränderung, für die Erzeugung von alternativem oder radikalem Bewußtsein.

Klassifikation und Rahmung pädagogisch vermittelten Wissens: Bernstein

In Bernsteins Äußerungen über Erziehungscodes und deren Verhältnis zur Produktion gibt es hierzu eine Reihe von deutlichen Hinweisen. Bernstein befaßt sich in dem Aufsatz »Zu einigen Aspekten der Beziehung zwischen Erziehung und Produktion« (1977) zwar nur mit dem Aspekt der »Korrespondenz« und nicht mit Legitimationsfragen (ganz zu schweigen von dem, was ich kulturelle Produktion nenne); wir werden hier jedoch zum ersten Mal mit der Möglichkeit von radikalen Brüchen zwischen Erziehung und Produktionssystem konfrontiert. Der Erziehungscod hat eine Tendenz zur Verbindung von schwacher »Klassifikation«⁹ mit schwacher »Rahmung«¹⁰, er tendiert also in Richtung auf einen »integrierten Code«¹¹; er speist jedoch ein Industriesystem, das zu starker Klassifikation und starker Rahmung tendiert, also in Richtung auf einen »Sammlungscode«¹² geht — insbesondere unter den Bedingungen von Thatcherismus und Reaganismus. Dieses Auseinandertreten widerspricht allem, was wir von der Korrespondenztheorie her hätten erwarten können; am ausgeprägtesten findet man es auf den »unteren« Ebenen der Erziehung (deren Entwicklung am stärksten in Richtung auf einen integrierten Code geht) sowie auf den »unteren« Ebenen der Industrie (die traditionell und bis heute durch starke Klassifikation und starke Rahmung gekennzeichnet sind): kurz, am ausgeprägtesten ist das Auseinandertreten von Erziehung und Produktion bei der Arbeiterklasse und dort vor allem im unteren Bereich — also genau für diejenigen, die das Hauptgebiet der Korrespondenz-Theorien darstellen.

Bernstein entwickelt diesen Gedanken nicht weiter, aber wenn Aspekte der Erziehung für das Produktionssystem dysfunktional sind, wenn sie also nicht von sich aus das gesellschaftliche Verhältnis hervorbringen, das für den Kapitalismus

Teilung von geistiger und körperlicher Arbeit — welche in der Tat ein Eckstein der Klassengesellschaft ist, aber eben nicht einfach durch Unterdrückung oder durch Teilnahme am Arbeitsprozeß hervorgerufen wird. Die Gegenschulkultur hat überdies den Effekt, daß theoretische »Leistungsschwäche« assoziiert wird mit »weltlicher« Frühreife. Diese »Weltlichkeit« zieht die »lads« an und setzt sie in Bewegung — aber zugleich in Richtung auf die Ausbeutungsverhältnisse der Erwachsenen. Sie wollen den Erwachsenen-Konsum und das Erwachsenen-Verhalten, und sie kriegen Jobs. Sie wollen gewissermaßen »die Welt« — auch wenn der Preis dafür ist, daß man sie verliert.

»Learning to Labour« umreißt auch, wie von der Gegenschulkultur einige unbemerkte, aber grundlegende Themen der Männlichkeit in das Selbstgefühl und in die experimentellen Formen und den körperlichen Ausdruck der Arbeitskraft aufgenommen werden. Es ist die Männlichkeit, die dem Widerstand in der Schule seine Schärfe gibt; durch sie wird die Identität abgerundet und ausgefüllt — eine Identität, die in einer sozialen Position angesiedelt ist, die von allen sonstigen Werten entleert ist. Die Männlichkeit ist es aber auch, die dazu beiträgt, daß geistiges Leben diskreditiert und Schwerarbeit akzeptiert wird, indem die Männlichkeit ihr eine verschobene Bedeutung und Würde verleiht. Diese Männlichkeit kann Frauen unterdrücken und zur Reproduktion der konventionellen Geschlechterrollen in der Familie führen. Kreative Kulturen findet man da, wo Stile der Anpassung gelernt werden, wo sie Halt und Form geben. Die Zukunft kann genau da liegen, wo diese Kulturen binden und fesseln.

Unter dem Gesichtspunkt der Cultural Studies ist die »Internalität« festzuhalten, in der einige Strukturen und einige wesentliche ideologische Architekturen des patriarchalen Kapitalismus erlebt und reproduziert werden. Reproduktionsprozesse und Widersprüche sind keine abstrakten Kräfte. Sie sind in das wirkliche Leben der Menschen dynamisch eingebettet; sie sind nicht einfach die Entsprechung oder der Reflex tiefer liegender Strukturen.

Nebenbei sei festgehalten, daß die meisten Aktivitäten trotz all ihrer oppositionellen oder reproduktiven Konsequenzen zugleich als Spaß und als spannend erlebt werden. Angesichts unserer Unfähigkeit, die Umriss einer sozialistisch gelebten Kultur zu liefern, einer vibrierenden, lustigen, unterhaltsamen Kultur, sollten wir mit unseren Einschätzungen vorsichtig sein. Wir sollten dieser kulturellen Produktion keine undialektische Rationalität aufzwingen, die zum sozialistischen Grabstein für all das wird, was Spaß macht. Wir sollten aus unserer Begegnung mit kultureller Produktion keinen verregneten Beerdigungs-Nachmittag machen, auf dem die Betroffenen sich mit entfernten Verwandten herumschlagen, die hinter dem Geld her sind — hinter dem Klassen-Erbe.

Einige neue Begriffe

Es ist vielleicht lohnend, einige Verbindungen zwischen kultureller Produktion und Reproduktion zu systematisieren und zu verallgemeinern. Ich schlage vor, diese Prozesse in vier Kategorien aufzuteilen, die alle wesentlich aufeinander bezogen sind und sich gegenseitig verstärken: *Abschließung* (locking), *Entwicklung* (destressing), *Transformation* und *Isomorphie*.

Den Ausdruck *Abschließung* könnte man verwenden, um damit auf die überraschenden Prozesse aufmerksam zu machen, in welchen Bedeutungen, Haltungen, Symbole und damit verbundene Verhaltensweisen, die sich auf die umgebenden systematisch betriebenen Praxen oder auf die positionszuweisenden Institutionen beziehen, fixiert werden — und zwar so, daß dies für andere Bereiche und Prozesse Konsequenzen hat, vielleicht sogar für solche, die erst noch in der Zukunft liegen. Eine kulturell erzeugte Konfiguration, die in ihrer Logik bezogen ist auf einen bestimmten sozialen Ort, wird dann in »abgeschlossener« Form auf andere soziale Orte übertragen — auf Orte, für die eine andere Konfiguration jedoch eher passend gewesen wäre. Die *abgeschlossene* Kultur organisiert für den neuen sozialen Ort ein ähnliches Verhalten wie für den Ausgangsort, so als ob er im wesentlichen mit ihm identisch wäre. Dies ermöglicht die verschiedensten reproduktiven Effekte. Ich denke in unserem konkreten Fall an die *Schule*, an die Anti-Haltung dort gegenüber geistiger Tätigkeit (anti-mentalism), an die Männlichkeit, daran, wie ein Bewußtsein von kultureller Identität durch eine spezifische Verbindung der Spaltung von geistiger und körperlicher Arbeit mit dem Geschlechterverhältnis zustande kommt; ich denke daran, wie all dies dazu beiträgt, auf körperliche Arbeit und Familie zu orientieren — Orientierungen, die in der Ausgangslogik nicht unmittelbar enthalten sind.

Mit *Entwichtigung* meine ich einen damit zusammenhängenden Effekt, nämlich wie der mehr oder weniger selbstbewußte Kampf gegen eine bestimmte Ordnung oder Institution und wie die spezifische Eigenart der in einem solchen Kontext geschaffenen kulturellen Formen dazu führen, daß zwar bestimmte Unterdrückungen identifiziert werden, vor denen man dann auf der Hut ist, daß aber möglicherweise zugleich andere Unterdrückungen und damit zusammenhängende Schicksale im Vergleich hierzu abgewertet werden — entwichtigt werden —, die letztlich gravierender sein können und überhaupt erst die entscheidende Falle darstellen. Plump gesagt: Wenn man gegen einige Dinge opponiert und erfolgreich Widerstand leistet, kann das heißen, andere Dinge zu akzeptieren — was genau so unterdrückerisch ist. Beispielsweise identifizieren die »lads« mit ihrer erfolgreichen kulturellen Produktion die Spannungen und Probleme der Schule, nicht aber die Unterdrückungen durch die soziale und geschlechtliche Arbeitsteilung. Viele Jugendliche konzentrieren sich darauf, den Druck der Staatsschule kulturell zu erwidern — es ist durchaus möglich, daß sie dies dazu bringt, genau das zu entwichtigen, was sie vielleicht am meisten beschäftigen sollte, nämlich ihre gesamte Zukunft in einer Klassengesellschaft!

Damit direkt verbunden ist das, was ich *Transformation* nenne. Das ist die Verwandlung ganz bestimmter — möglicherweise zukünftiger — Formen von Unterdrückung und Ausbeutung in die verschiedenen Kategorien einer unmittelbaren, lokalen und sinnlichen Kultur. Das ist, wenn man so will, eine Konsequenz der *Abschließung* dagegen, *entwichtigte* soziale Fragen wahrzunehmen und zu begreifen. Beispielsweise behandeln und begreifen die »lads« ihre Zukunft in der Klassenunterdrückung mit Hilfe von Strukturen, die bestimmt sind durch das Geschlechterverhältnis, durch die Betonung informeller Beziehungen (informality) und durch die Anti-Haltung gegenüber geistiger Tätigkeit. Dies sind Kategorien, die ihrem Leben Würde verleihen, Bausteine eines lebensfähigen

Lebensentwürfs, die für das Kapital jedoch kaum irgendwelche Bedeutung haben, von ihm sogar begrüßt werden oder ihm zumindest keinerlei Schaden zufügen. Die grundlegenden, entscheidenden Anforderungen des Kapitals werden erfüllt, wie auch immer die Kategorien aussehen mögen, in denen die Menschen dieses »notwendige« Verhalten begreifen. So ist es auch möglich, daß viele Mädchen sich ihre Zukunft — die häusliche Unterdrückung — in Kategorien des Liebesromans zurechtlegen und interpretieren und teilweise dann sogar so leben (vgl. CCCS 1978). Es ist möglich, daß sie eine Zukunft, die im wesentlichen eine Klassen-Zukunft ist, in der Hoffnung auf eine »angenehme Büroarbeit« und eine »gute Ehe« akzeptieren — eine Zukunft, die solchermaßen durch das soziale Geschlechterverhältnis und durch Sexualität vermittelt ist.

Die so hergestellte Verbindung zwischen Gegenwart und Zukunft könne als eine Art von kultureller Strukturgleichheit oder *Isomorphie* begriffen werden. Damit meine ich die erlebnismäßige und reale Verbindung zwischen kulturellen Formen, eine Verbindung, die einen humanen Übergang zwischen den sozialen Orten, in die man eingegliedert ist, ermöglicht. Einige grundlegende »Entscheidungen« in untergeordneten Gruppen, die selbstbeschränkend zu sein scheinen, ohne »Aspirationen«, sind keineswegs ein Votum für die gesellschaftliche Ordnung. Es sind Voten dafür, mit derselben Art von Leuten zusammenzusein, Voten für eine bestimmte Art von kultureller Solidarität. Es sind zum Teil Voten für eine Zukunft, die *familiär* und vertraut ist — und die »zufällig« unterdrückend ist. Arbeiterjugendliche beispielsweise wollen nicht so sehr die Jobs der Arbeiterklasse, sie wollen vielmehr mit den Leuten zusammen sein, die diese Jobs haben; sie wollen da sein, wo die Arbeiterklasse ist.

Diese Aufschlüsselung der kulturellen Produktion soll sie nicht wieder gänzlich in die Reproduktions-Perspektive rücken, und sie soll nicht in der konsequenten Wiederholung der Spaltung zwischen Pessimismus und Optimismus, Determinismus und Voluntarismus münden. Um es deutlich zu sagen: Mein Argument ist nicht, daß *Abschließung*, *Entwichtigung*, *Transformation* oder *Isomorphie* die Bedeutung von *Kämpfen* — und damit auch mögliche Veränderung und Entwicklung — aufheben, negieren oder total ironisieren. Ganz im Gegenteil. Es geht mir vielmehr darum, daß Kämpfe nur möglich sind in und mit den profanen und komplexen Materialien der Geschichte und der präexistierenden sozialen Verhältnisse und Diskurse. Es geht mir darum, daß soziale Kategorien und Diskurse nur durch Kämpfe leben und bestehen, nur durch die sozialen Verhältnisse, in denen und durch die es sie überhaupt erst gibt. Das »Schlimmste« an meiner Argumentation ist vielleicht, daß sie mit der notwendigen und einschneidenden Implikation verbunden ist, daß es keinen *reinen* Kampf der Unterdrückten gibt, keinen reinen Widerstand, daß es keinen Utopismus gibt, der nicht durch die Widersprüche und die gegensätzlichen Effekte seiner eigenen Produktion hindurch wirksam ist.

Schlußfolgerungen

Die Spezifizierungen und Ausarbeitungen, die ich um die Begriffe des Kampfes und der kulturellen Produktion herum vorgenommen habe, sind letztlich Aspekte

einer allgemeineren Auffassung über den grundlegenden Kampf in unserer Gesellschaft, den Klassenkampf, und über dessen Verhältnis zu einigen fundamentalen sozialen Kategorien und zur ideologischen Architektur einer kapitalistischen Gesellschaft.

Für mich ist heute entscheidend, daß einige wesentliche Strukturen des Kapitalismus nicht *gegeben* sind, und nicht einfach *von außen* aufgezwungen sind, möglicherweise gegen einen gewissen marginalen Widerstand. Diese Strukturen werden vielmehr in Kämpfen erzeugt und in der kollektiven Identitätsbildung der Subjekte und der Arbeiterklasse. Das heißt, daß die Struktur des Kapitals dem Alltagsleben einer Gesellschaft nicht äußerlich ist, daß sie nicht davon getrennt ist. Die Kämpfe finden nicht woanders statt, jenseits der Struktur.

Und genauso ist die Arbeiterklasse nichts, was vom kapitalistischen System getrennt und abgesondert wäre. Sie steht nicht auf heiligem Grund, der Unterdrückung und Ausbeutung durch das kapitalistische System gegenwärtig unterworfen und darauf wartend, erlöst zu werden und freigesetzt zu werden für seine Zerstörung. Die Arbeiterklasse ist in und durch die Strukturen einer kapitalistischen Gesellschaft geformt, und sie trägt durch ihre Kämpfe Wesentliches zur Erzeugung dieser Strukturen und Formen bei. Vielleicht gegen ihren Willen: Damit will ich sagen, daß die Arbeiterklasse notwendigerweise zumindest mit einem Fuß im System steht — sie kennt kein anderes —, und daß sie sich durch die Widersprüche des Systems und ihre eigene Selbstveränderung durcharbeiten muß, um eine Zukunft zu erreichen, die Punkt für Punkt aus der Erfahrung des Kapitalismus hervorgegangen sein wird. Die Kultur der »lads« beispielsweise ist eine Form des Klassenkampfes, vermittelt durch die Ausgleichsprozesse in der Schule und durch deren Erziehungsparadigma, und dennoch trägt diese Kultur durch die Anti-Haltung gegen geistige Tätigkeit dazu bei, die Teilung zwischen geistiger und körperlicher Arbeit hervorzurufen. Die subjektive Abkapselung der »lads« gegenüber der Arbeitswelt; ihre zynische Manipulation der Arbeitswelt, um möglichst viel Geld rauszuholen; ihre Hingabe an Konsum und Vergnügen, und später an die Gemütlichkeit im Allerheiligsten des proletarischen Heims — und zwar *mit Hilfe des Lohns*, aber möglichst weit entfernt von dem Ort, wo er verdient wird: all das sind auf ihre Weise energische und selbstbewußte Kämpfe für das Recht des »freien Arbeiters«, vom Kapital so unabhängig wie möglich zu sein. Aber zugleich macht dies eine Lohnarbeitszukunft subjektiv überhaupt erst möglich; und es trägt direkt bei zu den grundlegenden Teilungen zwischen Arbeit und Vergnügen, zwischen Arbeit und zu Hause, die für den Kapitalismus so charakteristisch sind und durch die hindurch das Patriarchat seine materiellen Formen annimmt.

Es geht mir unter anderem darum, daß unsere theoretische Perspektive nicht darin bestehen sollte, authentische »Klassensubjekte« gegen feindliche, sie umgebende, aber von ihnen getrennte symbolische und materielle Strukturen zu setzen — »Subjekte«, die sich entweder zu Helden der Arbeiterklasse aufwerten oder zu strukturabhängigen Arbeiterattrappen abwerten lassen, je nachdem ob man sie nun als diejenigen betrachtet, die von diesen Strukturen zerschlagen werden, oder als diejenigen, die selber diese Strukturen zerschlagen. In Wirklichkeit sind weder Struktur noch Täterschaft für sich begreifbar — sie bedürfen

einander. Meines Erachtens muß es hier so etwas wie ein dialektisches Verhältnis geben — nicht zwischen freien (wissenden und zentrierten) Subjekten und determinierenden (äußerlichen und objektiven) Strukturen, sondern zwischen *Subjekten, die sich in Kämpfen und im Widerstand gegen die herrschenden Strukturen herausgebildet haben*, und *Strukturen, die in Kämpfen und im Widerstand gegen Herrschaft geformt und reproduziert worden sind*. Die entscheidende Verbindung und die gemeinsame Grundlage zwischen den beiden Kategorien, zwischen »Subjekten« und »Strukturen«, ist der Kampf. Gerade weil einige subjektive und kulturelle Elemente »unsichtbar« zu sein scheinen — insbesondere für die herrschende Sichtweise — und zu reproduktiven Effekten führen können, sollte dies kein Grund sein, das spezifische Feld menschlicher Kämpfe zusammenzuwerfen mit dem abstrakten Funktionieren von Strukturen, die sich irgendwie selber denken und die verschiedenartigen Widerstände im Rahmen der Struktur zu funktionalen Positionen absorbieren.

Gerade weil strukturelle Kausalität und Formierung abstrakt und entlegen zu sein scheinen, weil in solchen Analysen »Subjekte« zuweilen wie Marionetten auf der Bühne der Theorie behandelt werden, sollte dies nicht dazu führen, daß die menschlichen Kämpfe und die sozialen Verhältnisse, die Materialien und die Geschichte, durch die hindurch der Kampf gelebt wird, mit autonomen, kreativen, humanen Individuen zusammengeworfen werden.

Und obwohl die Hauptachse meiner Analyse die Klasse ist, verweist der Begriff der kulturellen Produktion auf die Komplexität, in der viele Unterdrückungsstrukturen in Erfahrung und Kultur miteinander verbunden sind. Kulturelle Produktion bezeichnet nicht die Umrissformaler Kategorien, wie sie von Theoretikern entworfen worden sind, nicht »Rasse, Klasse, Geschlecht« und deren trockene, man könnte sagen, vegetative Fortpflanzung, sondern die profane, lebendige, eigentümlich fruchtbare, oftmals unkontrollierbare Verbindung dieser Elemente in realen Kulturen, in tatsächlichen kollektiven Lebensentwürfen, Entscheidungen und Veränderungen. Ein charakteristisches Merkmal dafür ist vielleicht, daß die Unterordnung unter eine Art der Herrschaft eine andere Art der Herrschaft aufdecken oder bekämpfen kann, und daß die dominante Platzierung in einer Art von »Diskursen« sowohl andere Arten von Unterordnung aufdecken kann als auch zugleich die ursprüngliche Unterdrückung oder noch weitere reproduzieren kann. Dies ist der eigentliche Stoff, aus dem das materielle und gesellschaftliche Leben immer wieder von neuem geschaffen wird, und erst danach kann er von den Theoretikern als »Rasse, Klasse, Geschlecht« klassifiziert werden. Nur wenn man diese engen kulturellen Verbindungen in verschiedenen Gruppen versteht, kann man tatsächlich herausfinden, was den verschiedenen Gruppen und Interessen gemeinsam ist (und *wie* es ihnen gemeinsam ist), und wie sie an gemeinsamen Fronten und in gemeinsamen Bündnissen mobilisiert werden könnten.

Wir sollten uns natürlich mit spezifischen Formen der Unterdrückung und mit den damit zusammenhängenden besonderen Kampf- und Solidaritätsformen befassen. Aber wir sollten uns auch mit der *Vielzahl von Beziehungen* zwischen den verschiedenen Unterdrückungsformen beschäftigen, nicht einfach als Herrschaftskategorien gefaßt, sondern als Kategorien, von denen aus — alle zu-

sammen genommen — Unterdrückung umkämpft ist. Ihre Verbindung trägt zur Gestaltung konkreter Subjekte und kultureller Formen bei, sie liefert den Spielraum für das Handeln, für Veränderung und für die Erkundung von Widersprüchen und Spannungen zwischen verschiedenen Arten der Unterdrückung. Dies ist gewissermaßen die andere Seite von *Abschließung* und *Transformation*. Es ist nämlich die Verbindung von ganz unwahrscheinlichen Elementen, wodurch so etwas wie Ausdruckskraft zustande kommt: durch den Gebrauch von beliebigen Diskursen und Materialien — derjenigen, die gerade erreichbar sind, um zu kämpfen, zu handeln und Bedeutungen irgendwelcher Art zu erzeugen. Es kann eine Solidarität geben, die teilweise der kulturellen *Isomorphie* entspringt: Isomorphie kann dazu führen, daß einiges an gesellschaftlicher Macht, an Ausdruck und Aufklärung — in welcher überraschenden Konfiguration auch immer — solchen Punkten zugewendet wird, die zuvor entwichtigt wurden. Beispielsweise ist es möglich, daß die Klassenunterdrückungen in der Schule und in der Fabrik durch die Strukturen der Männlichkeit hindurch bekämpft werden. Berufstätige Frauen können sich in ihre Weiblichkeit hüllen, um qualitative Forderungen in bezug auf die Arbeit zu stellen, für bessere Arbeitsbedingungen, für Produktsicherheit und Kinderbetreuung. Rasse ist eine eigenständige Unterdrückungskategorie; sie kann aber auch ein Prisma sein, durch das hindurch das Klassenverhältnis erfahren wird und »neue« Aspekte der Kapitalstruktur ans Licht gebracht werden — etwa die Versuche des Kapitals, eine internationale Arbeitsteilung zu schaffen, oder die Tendenz des Kapitals, die Arbeitskraft in den Metropolen zu spalten und in verschiedene soziale Schichten aufzuteilen, um in deren unterem Bereich fast so etwas wie eine Kaste zu schaffen. Schwarze leben eine Klassenerfahrung, die teilweise durch die Rasse organisiert ist; aber genau dies kann die Klassenstruktur zu Tage fördern und zugleich ein Reservoir von Bildern, Bedeutungen, Ressourcen und Kulturen liefern, um gegen die Klassenstruktur Widerstand zu leisten. Gegenwärtig sehen wir in der massiven Jugendarbeitslosigkeit eine spezifische Organisation der Altersstrukturen durch den Kapitalismus, aber wir sehen durch sie auch einiges ans Licht gebracht: die Tendenz des Kapitalismus zur Überproduktion und zur Produktion einer »Reservearmee« für die Arbeitenden. Und wahrscheinlich werden diese Dinge durch die Ressourcen der Jugendlichen, durch ihre kulturellen Formen weiter erkundet, offengelegt und bekämpft werden. (...)

Kämpfe und Auseinandersetzungen sind eine Existenzweise des »demokratischen« Kapitalismus. Gewiß gelingt es vielen Widerständen ganz und gar nicht, die grundlegenden sozialen Strukturen in Frage zu stellen — aber ihren Erfolg zu verlangen bedeutet, jeden Sonntagnachmittag eine epochale Wende zu fordern. Wir haben die Möglichkeiten einer mittleren Linie erkundet und zu sagen vermieden, daß Widerstandsaktionen, die nicht das herrschende System umstürzen, deswegen in der Stützung des Systems aufgehen. Widerstand kann eng zusammenhängen mit Anpassung, aber dies vollzieht sich *nicht* in einer Form, die unvermeidlich wäre, die geplant und gänzlich programmiert wäre als präexistierende Funktion der herrschenden Institutionen und der herrschenden Ideologie. Widerstand ist Teil des weiten Feldes einer allgemeinen menschlichen Praxis, wo Menschen geschaffen werden, indem sie kollektiv ihre Lebensbedingungen

schaffen, wobei es *immer* etwas Unpassendes gibt, immer ausgefranste Ränder und immer die Unvorhersagbarkeit des Verhältnisses zwischen dem, was an diesen Aktivitäten die Verhältnisse reproduziert und befestigt, und dem, was daran unzufrieden ist, widerständig und herausfordernd. Hier ist der Spielraum für Veränderung, für Politik, für das *Werden* — und nicht für den Utopismus oder die Verzweiflung.

Aus dem Englischen von Rolf Nemitz

Anmerkungen

- 1 Zuerst erschienen in: Gender, Class and Education. Hrsg. u. eingel. v. Stephen Walker u. Len Barton. Falmer Press, Barcombe, Lewis, Sussex 1983 (= Beiträge zur 5. Westhill Sociology of Education Conference 1982), unter dem Titel »Cultural Production and Theories of Reproduction«.
- 2 Ich habe mich an anderer Stelle näher mit den Kritiken an diesem Buch auseinandergesetzt. Vgl. meine Einleitung zur amerikanischen Ausgabe und meinen Artikel in Interchange, 1:4, Toronto, 1981.
- 3 Anm. d. Übers.: Da der deutsche Titel »Spaß am Widerstand« die romantisierende Lesart stark unterstützt, verwende ich im folgenden durchweg den englischen Titel.
- 4 Vgl. für England die Serie der offiziellen Bildungsberichte, vom frühen Bericht »Early Leaving« aus dem Jahr 1954 bis zum Plowden-Report von 1967.
- 5 Damit will ich nicht sagen, daß ein solcher Sinn kognitiv oder rational wäre oder in den Individuen angesiedelt. Er kann in den Strukturen angesiedelt sein, in den impliziten und gelebten Bedeutungen kultureller Formen (vgl. Willis 1981).
- 6 Ich verwende den allgemeinen Ausdruck »kulturelle Ebene« und beziehe mich damit sowohl auf spezifische *kulturelle Formen* als auch auf Sprache, praktisches Bewußtsein und individuellere Formen der Sinnggebung. »Kulturelle Formen« bezeichnet entweder Texte irgendwelcher Art oder eine relativ abgeschlossene Menge von Symbolen, Diskursen und Texten, die in Beziehung stehen zu den Routinetätigkeiten und zur Praxis einer bestimmten Menge von Akteuren an einem bestimmten sozialen Ort — z.B. Gegenschulkulturen, Betriebskulturen.
- 7 Vgl. auch Williams 1977. Die allgemeinen Ausdrücke können sich hier gleichermaßen auf die Kultur der Mittelschichten wie auf die der Arbeiterklasse beziehen. Die *kulturelle Produktion* der Arbeiterklasse ist jedoch wahrscheinlich von der Mittelschicht-Produktion qualitativ verschieden und erzeugt andere Arten von kulturellen Formen und andere Arten von Wissen. Zur Diskussion dieser Fragen vgl. Willis 1982.
- 8 Anm. d. Übers.: Anspielung auf Clarks klassischen Aufsatz zur technologisch-funktionalistischen Bildungssoziologie (Clark 1960).
- 9 Anm. d. Übers.: Klassifikation bezieht sich bei Bernstein (1976, 128ff.) auf die Binnen-Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Bereichen pädagogisch vermittelten Wissens. Bei starker Klassifikation sind die verschiedenen Unterrichtsinhalte durch starke Grenzen voneinander getrennt, bei schwacher Klassifikation nur durch schwache Grenzen.
- 10 Anm. d. Übers.: Mit Rahmung (framing) bezeichnet Bernstein die Außen-Abgrenzungen zwischen pädagogisch vermitteltem Wissen und dem sonstigen Wissen; insbesondere geht es um die Abgrenzung zwischen schulischem Wissen und dem gemeinsamen Alltagswissen von Schülern und Lehrern. »Rahmung« verweist damit auf den Entscheidungsspielraum, der Lehrern und Schülern darüber zur Verfügung steht, was im pädagogischen Verhältnis übermittelt und rezipiert wird. Bei starker Rahmung besteht eine scharfe Abgrenzung, bei schwacher Rahmung eine unklare Abgrenzung zwischen dem, was übermittelt werden kann, und dem, was nicht übermittelt werden kann (vgl. Bernstein 1976, 128ff.). »Starke Rahmung« entspricht in der Curriculumtheorie ungefähr dem Begriff des »geschlossenen Curriculums«; »schwache Rahmung« ungefähr dem »offenen Curriculum«.
- 11 Anm. d. Übers.: Unter einem integrierten Code versteht Bernstein jede Organisation pädagogisch vermittelten Wissens, die durch ein deutliches Bemühen um Verringerung der Klassifikationsstärke gekennzeichnet ist (vgl. 1976, 131).

- 12 Anm. d. Übers.: Sammlungscode ist Bernsteins Begriff für Curricula mit klarer Abgrenzung der Inhalte; in der Sprache der Curriculumtheorie entspricht das in etwa dem »additiven Curriculum«.
- 13 Bei der allgemeinen Betonung der kulturellen Produktion als Ausgangspunkt in »Learning to Labour« handelt es sich um einen theoretischen Ansatz von allgemeinerer Relevanz. Obwohl das Buch konformistischen Gruppen, ethnischen Gruppen oder Mädchen keine besondere Aufmerksamkeit schenkt, lassen sich die Unterscheidungen, die ich umrissen habe, auf all diese Gruppen und ihre verschiedenen Kulturen anwenden; sie verweisen, an einem konkreten Beispiel, auf ein allgemeines Merkmal, nämlich auf den durchgängig *unkämpften* Charakter der kulturellen und sozialen Reproduktion. Obwohl ich hierfür keine Daten geliefert habe — der *Ansatz*, den ich skizziert habe, blockiert eine solche Untersuchung nicht, er *ermöglicht* sie.

Literaturverzeichnis

- Althusser, L., 1977: Ideologie und Ideologische Staatsapparate. Hamburg
- Althusser, L. u. E. Balibar, 1972: Das Kapital lesen. Übers.v. Klaus-Dieter Thieme. Reinbek (frz. 1968)
- Apple, M., 1979: What Correspondence Theories of the Hidden Curriculum Miss. In: The Review of Education, Bd.5, Nr. 2
- Bernstein, B., 1977: Beiträge zu einer Theorie des pädagogischen Prozesses. Übers.v. Rolf Wiggershaus. Frankfurt/M. (engl. 1975)
- Bourdieu, P., 1979: Entwurf einer Theorie der Praxis. Übers. v. Cordula Pialoux u. Bernd Schwibs. Frankfurt/M. (frz. 1972)
- Bourdieu, P. u. J.-C. Passeron, 1971: Die Illusion der Chancengleichheit. Untersuchungen zur Soziologie des Bildungswesens am Beispiel Frankreichs. Übers. v. Barbara u. Robert Picht. Stuttgart (frz. 1964 und 1971)
- Bourdieu, P. u. J.-C. Passeron, 1973: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt. Übers. v. Eva Moldenhauer. Frankfurt/M. (frz. 1970 und 1972)
- Bowles, S., u. H. Gintis, 1978: Pädagogik und die Widersprüche der Ökonomie. Das Beispiel USA. Übers. v. Gerlinde Supplitt. Frankfurt/M. (USA 1976)
- CCCS (=Centre for Contemporary Cultural Studies), 1978: Working Class Girls and the Culture of Femininity. In: CCCS Women's Studies Group: Women Take Issue. London
- CCCS Education Group, 1981: Unpopular Education. Schooling and Social Democracy in England since 1944. London
- Clark, B.R., 1960: The »Cooling-Out« Function in Higher Education. In: American Journal of Sociology 65 (Mai 1960), 569-576
- Williams, R., 1977: Marxism and Literature. Oxford
- Willis, P., 1979: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Übers. v. Nils Thomas Lindquist. Frankfurt/M. (engl.: Learning to Labour. How Working Class Kids Get Working Class Jobs. London 1977)
- Willis, P., 1981: Profane Culture. Rocker, Hippies: Subversive Stile der Jugendkultur. Übers. v. Sibylle Koch-Grünberg. Frankfurt/M. (engl. 1978)
- Willis, P. 1982: Orders of Experience: the Differences of Working Class Cultural Forms. In: Social Text, 4

Kaspar Maase

Kultureller Selbstausschluß — ein ewiger Kreislauf?

Zur Debatte über Lesen und neue Medien

Mißbrauch treiben kann man nur mit dem, was gut ist.

Montaigne

»Wir amüsieren uns zu Tode!« — diese medienwirksame Provokation Neil Postmans hat auch in der Bundesrepublik den kulturpolitischen Nerv getroffen. Quer durch alle politischen und theoretischen Lager sorgt man sich, welche Veränderungen die neuen Unterhaltungsmedien in Lebensweise und Lebenskompetenzen der Menschen bewirken. Ein Kristallisationspunkt der Befürchtungen ist die Frage, ob Lesen und Lesefähigkeiten als Stützpfiler unserer Kultur zusammenbrechen und welche Folgen dies für die Substanz demokratischer Verhältnisse haben könnte. Schon kursieren Schätzungen: 23 Millionen funktionale Analphabeten in den USA und bis zu 3 Millionen in der Bundesrepublik (Franzmann 1989, 86). Wie geht die professionelle und auf einer langen Tradition beruhende Lese(r)forschung mit derartigen Herausforderungen um?

Der erste Blick läßt stutzen. Da ist mehr vom Fernsehen, von den modernen und künftigen Massenmedien, von Informations- und Kommunikationstechnologien die Rede als vom Gedruckten. Den Kulturwissenschaftler mutet das zunächst sympathisch an, als Gewinn an Lebensnähe. Unverkennbar hat sich die Perspektive verändert, aus der das Lesen im Gesamt der Kommunikationsverhältnisse betrachtet wird. Bis in die siebziger Jahre dominierte, in der Tradition der Kulturkritik, die Sorge, daß Bequemlichkeiten und Reize des Bildschirms der Lesekultur einen vernichtenden Schlag versetzen könnten; sie werde quantitativ zurückgedrängt (weniger Leser mit weniger Muße) und qualitativ trivialisiert (Prägung der Bedürfnisse durch die grobschlächtinge Effekthascherei der Kulturindustrie). War es die Tatsache, daß diese Wirkungen, zumindest für die Bundesrepublik, bisher keineswegs eindeutig nachzuweisen sind¹, war es die Einsicht, daß aus der Frontstellung gegen technisch vermittelte Massenkultur keine Gestaltungsimpulse für die Zukunft entwickelt werden können — inzwischen scheint der Haupttrend, sich auf die Bedingungen der »Informationsgesellschaft« einzustellen. Man erklärt nicht nur die friedliche Koexistenz von Print- und AV-Medien für möglich in der Hoffnung, die ökologische Nische der Gattung »Buchleser« zu verteidigen. Es entwickelt sich eine Haltung der »vorsichtigen Begeisterung« gegenüber den neuen IuK-Technologien (Boorstin 1984): Man könne auch sie für die Leseförderung nutzen; letztlich würden sie sogar die Schlüsselrolle der Kulturtechnik Lesen befestigen.

In diesem Zusammenhang greifen Leseforscher Ergebnisse von Untersuchungen zur sogenannten »Wissenskluft«-Theorie auf. Ausgangspunkt ist die empirisch erhärtete Feststellung: Das Anschwellen des Informationsstroms, der über die allen zugänglichen Massenmedien verteilt wird, verringert die Abstände zwischen den Wissensniveaus in der Bevölkerung nicht. Betrachtet man die Periode,

in der das Fernsehen in jeden Haushalt einzog, so wuchs eher der Informationsvorsprung der Gebildeten in bezug auf Fragen politisch-gesellschaftlicher Bedeutung, die in den Massenmedien intensiv erörtert werden. Dabei erwies sich immer wieder, daß die Lektüre von Druckmedien wie der Tageszeitung »größere Lernleistungen« (Saxer 1988, 280; Bonfadelli, Saxer 1986) erbrachte als die Nutzung elektronischer Medien.

Vor diesem Hintergrund wird nun Leseerziehung als »Basis einer allgemeinen Medienkompetenz« (ebd., 285) in den Mittelpunkt partizipationstheoretischer Überlegungen gerückt. Die »Informationsgesellschaft« verlange Wissen und die Fähigkeit, kompetent mit den Möglichkeiten der Neuen Medien umzugehen; diese Eigenschaften würden durch Lesen sehr viel stärker entwickelt als durch Fernsehen. Beim individuellen Fortkommen wie beim politischen Umsetzen von Interessen seien Vielleser gegenüber Fernsehkonsumenten eindeutig im Vorteil. Leseerziehung werde für eine demokratische Zukunft unverzichtbar.

Korrelationsstatistisch ist der genannte Zusammenhang nachweisbar. Gerade deswegen möchte ich die gängige Interpretation der Ergebnisse unter zwei Aspekten kritisch beleuchten. Erstens: Reproduziert sich in der Forschung über Lesen und Massenmedien die Entgegensetzung von legitimer und illegitimer (populärer) Kultur und damit der Herrschaftscharakter kultureller Verhältnisse? Zweitens: Wie verändert eine Perspektive, die von der Lebensweise der Lohnabhängigen ausgeht, das Denken des Zusammenhangs Lesen — Massenmedien — Demokratisierung?

Lesen im Spannungsfeld zwischen legitimer Kultur und Selbstausschluß

Die Arbeiten des französischen Ethnologen und Soziologen Bourdieu liefern wesentliche Anregungen für die Entschlüsselung kultureller Verhältnisse — zunächst am Material entwickelter kapitalistischer Klassengesellschaften. Sie helfen vor allem zu verstehen, wie sich Beziehungen der Ungleichheit und Herrschaft in und mittels der Kultur reproduzieren. Dabei spielt das Konzept der Legitimierung kultureller Willkür (Bourdieu/Passeron 1973) und des Kampfes um die Definition legitimer Kultur (Bourdieu 1982) eine wesentliche Rolle.

Der besondere Lebensstil einer Klasse, Schicht oder Gruppe ist Mittel der »Distinktion«, der Distanzierung von anderen Gruppen und der wechselseitigen Platzzuweisung; Lebensweisen produzieren und strukturieren den sozialen Raum, indem sie zur Gewinnung und Behauptung von Positionen beitragen. Ich greife einen Aspekt aus dem komplexen System der Positionskämpfe heraus. Die ökonomisch und sozial herrschenden und privilegierten Gruppen setzen ihre Kultur als die legitime durch; Kultur und Lebensweise der Volksklassen werden im herrschenden Diskurs als illegitim abgewertet — und diese Wertung ist im Kern auch von den subalternen Klassen (Gramsci) selber akzeptiert, die ihre eigene Kultur als defizitär und unwürdig empfinden.

Der Kampf um die Bestimmung legitimer Kultur ist keine Marginalie in einem ökonomisch und sozial begründeten System der Klassenherrschaft, sondern ein wesentliches Mittel zur Reproduktion von Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen. Im Kapitalismus hängt der Zugang zu Einfluß- und Entscheidungs-

positionen nicht nur von der Verfügung über ökonomisches und soziales Kapital ab, sondern zunehmend vom »kulturellen Kapital« (Bourdieu); es präsentiert sich in Form von Bildungs- und Ausbildungstiteln, aber auch in den unterschiedlichen Formen des Habitus und des Geschmacks. Wesentliche Dimensionen der Sozialstruktur werden heute durch die Verteilung der nachwachsenden Generation auf unterschiedliche Bildungswege reproduziert.

Bourdieu/Passeron und andere haben darauf hingewiesen, daß die Selektionsleistung des Bildungswesens, in erster Linie der Schulen, sich am Maßstab der legitimen Kultur vollzieht: Belohnt werden Dispositionen, die der legitimen Kultur (der herrschenden und privilegierten Schichten) angehören oder zumindest die Bereitschaft begründen, sich ihren Normen und Praktiken anzupassen, sie zu verinnerlichen und zum Element des eigenen Habitus zu machen. Mit Mißerfolg bestraft werden all jene, die nach anderen Kulturmustern handeln. »Legitimität« einer Kultur schließt dabei ein, daß die Selektionsergebnisse des Bildungssystems als natürlich, fraglos, gerecht akzeptiert werden, auch von der großen Mehrheit derer, die auf diese Weise ausgeschlossen werden; sie verfügen nach ihrem eigenen Urteil nicht über eine *andere*, sondern über *keine* oder nicht genügend Kultur, um für verantwortliche Aufgaben qualifiziert zu sein.

Das System der Reproduktion der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen und der sie begründenden Werte als legitim reicht weit über das Bildungswesen hinaus; es strukturiert das gesamte Feld der Lebensweisen. Hier wirkt auf seiten der Lohnarbeiter/innen ein Mechanismus des kulturellen Selbstausschlusses (vgl. das empirische Material bei Maase 1984): Aus den historischen Erfahrungen der subalternen Klassen und in Vorwegnahme der »statistisch wahrscheinlichen« Biographie werden die Selektionsleistungen der herrschenden Kulturverhältnisse in »eigenen Entscheidungen« exekutiert. »Das ist nichts für uns«, »Das lernst Du doch nie!«, »Dafür ist mir die Zeit zu schade«, »Wozu braucht man das!« usw. sind die Formeln des Klassenethos, die den kulturellen Selbstausschluß als Moment des subalternen Habitus einprägen. Zur strukturellen Gewalt der sozioökonomischen Verhältnisse tritt nicht nur die faktische Ungleichheit von Informationen, Wissen und auf ihre Nutzung bezogenen Kompetenzen, sondern zusätzlich noch die »symbolische Gewalt« kultureller Legitimität und des (Selbst-)Ausschlusses, die vorgefundene »Wissensklüfte« reproduziert.

Lesen als »reine Lektüre« (Bourdieu 1982, 780) literarischer und philosophischer Texte wie als Mittel zum außerberuflichen, selbstzweckhaften Wissenserwerb (innerhalb des legitimen Kanons) ist ein zentrales Element legitimer Kultur in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas — »Fernsehen« als Inbegriff der »Kulturindustrie« (Horkheimer/Adorno 1971) mit den Merkmalen (oder sollte man »Kainsmale« sagen?) Unterhaltung, Zerstreuung, oberflächlich-bequeme Informationsaneignung fungiert als Gegenpol.² Die Oppositionslinie Lesen/Fernsehen strukturiert das Feld der Kultur und der Lebensstile. Die meisten Freizeituntersuchungen verdecken diesen Sachverhalt eher, insofern sie die legitimen nicht von den illegitimen (als *Mittel* zur Zerstreuung oder praktischen Verwendung — Gebrauchsanweisung, Gesprächsstoff, Kochbuch, Modetip, Urlaubsführer, Prüfungsvorbereitung etc. — qualifizierten) Varianten des Lebens unterscheiden. Wo das empirische Material aber entsprechende

Kombinationen erlaubt, zeigt sich Lesen (reine Lektüre plus selbstzweckhafter Wissenserwerb) in hoher Korrelation mit anderen Tätigkeiten von großer Distinktionskraft, als zuverlässiger Indikator für einen »kulturell hochstehenden Lebensstil«. Wer so liest, besucht zugleich mit großer Wahrscheinlichkeit Oper, Theater, Konzert, Kunstmuseum, Vorträge, hört E-Musik usw. und gibt keinen oder seltenen, gezielt ausgewählten Fernsehkonsum an.

Die Zugehörigkeit zu einem dichten Netz »hochkultureller« Aktivitäten allein reicht noch nicht aus, Lesen (im genannten Verständnis) als Element, ja faktisch als symbolhafte »Leittätigkeit« legitimer Kultur zu bestimmen. Hinzu kommt die durchgängige Anerkennung seiner kulturellen Werthaftigkeit und Überlegenheit auch bei denen, deren Lebensweise am entgegengesetzten, am »Fernseh-Pol« des sozialen Raums verortet ist. In der Bundesrepublik wird Bücherlesen durchweg als eine der »wertvollsten« Freizeitaktivitäten (neben Theater- und Konzertbesuchen) angesehen; das Fernsehen rangiert ganz unten auf dieser Werteskala — und beides gilt auch für die große Mehrheit derer, die in ihrer Lebensweise selber ganz anderen, entgegengesetzten Präferenzen folgen, die reine Lektüre und selbstzweckhaften Wissenserwerb nicht kennen und den Großteil ihrer Freizeit mit Fernsehen und Video verbringen (vgl. Scheuch 1977, 169; Köcher 1988, W 2306ff.). Die selbstabwertende Anerkennung durch die, die nicht über sie verfügen, setzt den Schlußstein ins Gewölbe der legitimen Kultur.

Als Wissenschaftler/innen gehören wir selbstverständlich zur legitimen Kultur; nicht nur ist Lesen eine zentrale Tätigkeit unseres Berufs — da wir unsere Arbeitsergebnisse vor allem schriftlich publizieren, bildet die Bereitschaft anderer zum Lesen die Voraussetzung dafür, daß wir wahrgenommen und anerkannt werden. Daraus ergibt sich die Forderung nach ständiger methodischer Selbstprüfung, ob wir nicht die Maßstäbe unserer Kultur unreflektiert an eine andere Kultur anlegen, unsere als *die* Kultur mißverstehen und damit faktisch zur Verfestigung von Herrschafts- und Ausschlußverhältnissen beitragen.

So beruht die Wissenskluthypothese zwar auf einem empirisch erhobenen Sachverhalt. Aus den einschlägigen Untersuchungen greifen die Leseforscher aber nicht die Hinweise auf, daß sich darin unterschiedliche Kulturmuster ausdrücken, die für unterschiedliche Lebensanforderungen und Lebensweisen angemessen sind. Vielmehr wird ein Typ allgemeinpolitischen Informationsverhaltens selbstverständlich als einzig angemessener gesetzt und die Abweichung davon als Defizit bestimmt. Die Frage, in welcher sozialen Situation die Aneignung abstrakter, nicht auf praktische Handlungen bezogener Information über beliebige politische »issues« oder technologische Veränderungen überhaupt sinnvoll ist, wird nicht ernsthaft verfolgt. Darin kommt eine für viele Studien zu Bewußtsein und Verhalten von Lohnarbeiter/innen kennzeichnende Tendenz zur Geltung: Sie klammern objektive Bedingungen aus und machen die einzelnen für ihre Distanzierung von der institutionalisierten Politik verantwortlich (Werner 1981).

So gilt als entscheidendes Argument, das (legitime) Lesen eigne sich »besser zum Fortkommen in einer ... primär durch Geschriebenes strukturierten und tradierten Zivilisation« (Saxer 1988, 285). Darin stecken zwei Prämissen. Erstens wird das Motiv zum »Fortkommen« fraglos als allgemeingültig vorausgesetzt — während es doch für große Teile der Arbeiterklasse von ihren sozialen Erfahrungen

her völlig unangemessen oder zumindest nicht mit dem legitimen Lesen verbunden erscheinen muß. Zweitens ist zu fragen, ob unter den gegebenen Voraussetzungen unterschiedlicher Lebensweisen in der kapitalistischen Gesellschaft die Schlüsselstellung der Schriftkultur nicht Moment eines Herrschaftszusammenhangs ist und notwendig die Tendenz zu Privilegierung der Privilegierten und (Selbst-)Ausschluß der Ausgeschlossenen reproduziert.

Noch eine Anmerkung zur Anwendbarkeit des Konzepts der legitimen Kultur auf sozialistische Verhältnisse — am Beispiel der DDR.³ Der auswärtige Betrachter gewinnt den Eindruck, daß auch in der DDR Wort und Sprache mit ihrem Bildungsauftrag im Zentrum der »eigentlichen« Kultur stehen; die audiovisuellen Medien und das Unterhaltende scheinen trotz ihres Charakters als »Kultur für arbeitende Klassen, für werktätige Massen« (Hanke 1989, 582) im kulturellen Bewußtsein und in der kulturpolitischen Aufmerksamkeit weit darunter zu rangieren. Den Kulturhistoriker überrascht dies weniger, weiß er doch um die Trägheit von Traditionen auch unter gewandelten sozialen Verhältnissen. Hinzu kommt, daß wir es in der Kulturstrategie der DDR mit den Konzepten einer *deutschen* Arbeiterbewegung zu tun haben. Sie teilt das protestantisch-pietistische Erbe einer »der Schrift« und »dem Wort« verpflichteten, eher bilder- und sinnenskeptischen bis -feindlichen Lebensweise. Im Selbstverständnis der sozialistischen Bewegung als Kulturbewegung stand Aneignung literarisch fixierter Werte obenan — heißen die Dioskuren nun Goethe und Schiller oder Marx und Engels. Um es an einem Ort festzumachen: Der Leipziger Arbeiterbildungsverein wirkte wesentlich mit an der Prägung der Traditionslinie, die sich von August Bebel über Wilhelm Liebknecht zu Walter Ulbricht ziehen läßt — ein sozialistisch anverwandelt klassisch-bürgerliches Konzept der legitimen Kultur, in deren Kern wertbezogene, bildungs- und wissensvermittelnde Lektüre steht.

Lebensweise und Lesen in der Perspektive alltäglicher Demokratisierung

Aus der Sicht der Arbeiterbewegung müssen Ergebnisse und Thesen der Wissenskluftforschung höchst beunruhigend wirken. Wenn Interessenvertretung in den großen Zukunftsfragen eine neue Qualität wissenschaftlichen (Fach-)Wissens verlangt, dann sind hier zentrale Probleme jener »Reformalternative« (Huffschild/Jung 1988, Projekt Moderner Sozialismus 1989) berührt, die in der bundesdeutschen Linken gegenwärtig diskutiert werden. Dies gilt um so mehr, da im Mittelpunkt dieses Konzepts ein neuer, basisnaher Demokratietyp steht. Wenn habituelles Lesen allgemeine Medienkompetenz und damit den Abbau von Wissensküften voranbringt, muß man dann nicht Leserziehung und Leseförderung einen hohen gesellschaftspolitischen Stellenwert zuerkennen?

Mir scheinen einige Zweifel angebracht. Gerade *weil* die Studie von Bonfadelli/Saxer (1986) auf die Erhärtung entsprechender Thesen angelegt war, wiegen die eher problematisierenden Ergebnisse doppelt. Nach ihren Berechnungen hat die Häufigkeit des Fernsehkonsums keinen und die Intensität des Lesens nur einen höchst geringen *unabhängigen* Einfluß auf Lernverhalten und Wissenseignung (ebd., 152ff.). Unter den erfragten Variablen erklären vielmehr der Bildungshintergrund und eine lernorientierte Informationseinstellung sehr viel

mehr von den Unterschieden in Lesen und Medienrezeption. Lesen erscheint in erster Linie als »abhängige Variable«. Drastischer: Die These, daß eine Steigerung der Leseintensität von Individuen ihre Medienkompetenz erhöhen und die Wissensklüfte verringern werde, ist im wesentlichen falsifiziert. Korrelationen zwischen Lesehäufigkeit und Wissensorientierung verweisen nicht auf Kausalität, sondern auf Interdependenz, gegenseitige Stützung und Beförderung von Momenten einer Lebensweise.

Das gilt schon vor Beantwortung der Folgefrage, ob denn ein solcher Einfluß in Richtung Lesesteigerung überhaupt möglich ist. Aber auch hier äußern sich Bonfadelli/Saxer ziemlich skeptisch; sie sehen bei ihren 15jährigen Befragten schon einen derart »stimmigen Zusammenhang« von Lebensweise herausgebildet, daß »an den Chancen eines erfolgreichen Intervenierens durch medienpädagogische Maßnahmen gezweifelt werden muß« (ebd., 176). Diese Einschätzung deckt sich mit der Gesamtbilanz, die man aus einer Vielzahl engagierter kulturpädagogischer Initiativen und Kampagnen in der Geschichte der Bundesrepublik ziehen muß: Ihre Wirkung ist höchst begrenzt und — gemessen am Anspruch kultureller Demokratie — völlig ungenügend.

Die notwendige Veränderung im Paradigma deuten Bonfadelli/Saxer selbst an, wenn sie für die weitere Forschung ein schichtenspezifisches Herangehen befürworten. Aus der Perspektive des Lebensweiseansatzes schlagwortartig formuliert: Es geht um eine historisch-materialistische *Subjektperspektive*. Das einschlägige Zitat ist bekannt: »Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen.« (Marx, MEW 8, 115) Oft wurde das einschränkende »aber« in den Vordergrund geschoben; das mit den Feuerbach-Thesen entworfene Subjekt-Konzept, das erst den dialektischen vom mechanischen Materialismus unterscheidet (Haug 1984; Metscher 1988; Sandkühler 1988), blieb unentwickelt.

Für die Betrachtung jener Alltagszusammenhänge, deren Analyse das Wissen für kulturell eingreifende Strategien liefern muß, scheint mir das Marxsche Paradigma unverzichtbar: Die Individuen machen ihre Lebensweise, indem sie (bewußt und rational, aber auch traditional und undurchschauten kulturellen Mustern folgend) unter vorgegebenen Umständen handeln. Unterschiedliche Typen von Mediennutzung und Informationsgewinnung sind keine isoliert zu beeinflussenden Verhaltensformen, sondern Moment und Produkt ganzheitlicher Lebensweisen; ihre Veränderung in einem gesellschaftlich relevanten Ausmaß ist nur als Moment qualitativer Umwälzung der gesamten Lebensweise denkbar.

Unterschiedliche Lebensweisen sind jeweils konkret historisch zu verstehen als (Zwischen-)Ergebnis des Bemühens sozialer Gruppen, spezifische Lebensanforderungen mit den Mitteln vorgefundener Kultur und Tradition zu deuten und in festeren Mustern des Alltagshandelns so zu bewältigen, daß eine für die Individuen sinnvolle Lebensführung möglich wird (Maase 1988).⁴ Zunächst muß daher das Funktionieren der Lebensweisen verschiedener Gruppen der Arbeiterklasse aufgearbeitet werden: Welche Art von »Wissen« wird genutzt, um welche Anforderungen und Aufgaben zu bewältigen? Welche Art von »Medienkompetenz« und »Informationsverhalten« ist dafür funktional? Welche Widersprüche

und Unzufriedenheiten werden empfunden, welche Veränderungen erstrebt? Wie werden die aus gesellschaftswissenschaftlicher Sicht zentralen Umbrüche in Lebensanforderungen und Interessen erfahren? Welche Kenntnisse und Kommunikationsstrategien zur kollektiven Interessenvertretung sind von der gegebenen Lebensweise aus zu entwickeln?

Eine solche Forschungsperspektive »von unten und von innen« (D. Strützel) erfordert kontinuierliches Bemühen, die Vor-Urteile der legitimen Kultur, zu der Forscherinnen und Forscher gehören, zu reflektieren und zurückzudrängen. Dabei geht es nicht um schrankenlosen Relativismus, um das Aufgeben wissenschaftlich diskutierbarer Maßstäbe kulturellen Fortschritts; der humanistische Bezug auf die Erweiterung individueller Selbstbestimmungsmöglichkeiten im Horizont des gesamten Reichtums der Menschheit an Bedürfnissen, Tätigkeiten, Genüssen bleibt unverzichtbar. Ohne das Anknüpfen an Erfahrungen, Widersprüchen, Interessen, Fähigkeiten, Werten und Sinngebungen in der heutigen Lebensweise der Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter werden aber die schönsten Utopien einer lesenden Kulturgesellschaft bestenfalls Traum bleiben; im schlechtesten (und nächstliegenden) Fall werden sie anti-emanzipatorisch instrumentalisiert und beständigen die legitime Kultur.

Man kann wesentliche Aussagen der empirischen Kultur- und Leseforschung so zusammenfassen: *Lesemotive und Lesekompetenzen sind in erster Linie Produkte einer Lebensweise*, die gleichermaßen durch gehobene soziale Herkunft und entsprechende familiäre Sozialisation, Erfolg im Bildungswesen und eine um abstrakten Wissenserwerb zentrierte Medienkompetenz charakterisiert sind.⁵ Die individuelle Vergesellschaftung stabilisiert sich in einer sozial spezifischen Beziehung Lebensweise — Lebensanforderungen, in der habituelles Lesen, reine Lektüre und Wissensorientierung materielle, soziale und symbolische Gewinne abwerfen. Die Komplementärthese lautet: Das Lese- und Informationsverhalten in den nach dem Urteil der Forschung »buchfernen« Schichten ist unter ihren Lebensanforderungen und Traditionen funktional; es wirft ebenfalls — im einzelnen noch zu erforschende — soziale, psychische und symbolische Gewinne ab.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Lesen und Demokratisierung anders. Leseförderung ist untauglich, um gesellschaftliche Demokratie in individuellen Fähigkeiten zu verankern — umgekehrt wird Demokratisierung zum Mittel einer Veränderung von Lebensweise, die Kultur als individuelle Selbstbestimmungsfähigkeit fördert. Menschen entwickeln Lesemotive nicht im Ergebnis pädagogischer Beeinflussung; eine elementare Voraussetzung ist, daß die entsprechenden Tätigkeiten auch dauerhaft realisierbar sind und in der gegebenen Lebensweise und ihren Bedeutungssystemen als nutzbringend erfahren werden können. Dies gilt selbstverständlich auch für das Informations- und Medienverhalten, ganz speziell für den Wissenserwerb. Grundgedanke eines materialistischen Motivationskonzepts ist, daß die angezielten Tätigkeiten in der je konkreten Lebenssituation kognitiv und emotional als Erweiterung von Realitätskontrolle erfahrbar sein müssen (Holzkamp-Osterkamp 1976). Es liegt nahe, das gegenwärtige, von der Leseforschung nur als defizitär erfaßte Medien- und Informationsverhalten der Mehrheit der Lohnarbeiter/innen als Ausdruck der Wahrnehmung und Bewertung einer Lebenssituation

zu interpretieren, in der die von der legitimen Kultur als »Wissen« definierten Informationen und Kenntnisse sowie die mit der reinen Lektüre verbundenen Gewinne⁶ nicht als faktische Erweiterung von Realitätskontrolle erfahren werden. Ebenso nahe liegt die Frage, wie die Konstellation Lebensweise – Lebensanforderungen zu verändern wäre, damit ein aktives, neue Erfahrungen und Bedürfnisse erschließendes Informations- und Medienverhalten für die Lohnarbeiter/innen nützlich und emotional positiv bewertbar wird.

Pauschal formuliert: Aus kulturwissenschaftlicher Sicht ergibt sich die These, daß die Verhaltensanforderungen und Erfahrungsmöglichkeiten basisnaher alltäglicher Demokratisierung Impulse zur Veränderung und Erweiterung von Informationsmotiven und Mediennutzung geben. Wer real seine Arbeits- und Lebensbedingungen im eigenen Interesse beeinflussen kann, indem er sich aktiv bei ihrer Gestaltung engagiert, wer anhaltend mit der Herausforderung zur Meinungsbildung für anstehende Entscheidungen konfrontiert wird, der erlebt mit höherer Wahrscheinlichkeit, daß und wie Information und Wissen die individuelle Realitätskontrolle vergrößern. Es entstehen unter günstigen Bedingungen »entwicklungsfördernde Milieus« (Maase 1984, 252ff.) mit der Erfahrung, daß entsprechende Mediennutzung nicht nur für die Verfolgung äußerer Zwecke nützlich ist, sondern auch das persönliche Leben bereichert.

Demokratisierung verlangt aber auch von den Forscher/innen, die in »buchfernen« Milieus materialisierten Entscheidungen der Menschen als Subjekte ihrer Lebensweise ernstzunehmen. Welche Rolle visuelle und unterhaltende Mittel im Verhältnis zu Wort und Schrift spielen können für die Erweiterung der Lebenskompetenzen, darf nicht als Gegenstand von Glaubenskriegen behandelt werden, sondern ist unvoreingenommen zu prüfen. Bisher ist weder empirisch noch theoretisch oder gar praktisch ernstlich der Ansatz verfolgt worden, die in der Lebensweise der Lohnabhängigen heute dominierenden Medien, Kommunikations- und Informationsstrukturen auf ihre Potenzen für die Vermittlung benötigten Wissens zu testen. Die populäre, illegitime Kultur hat weder in der Wissenschaft noch in der Politik eine reelle Chance bekommen.

Ein so verstandenes Demokratisierungsprojekt könnte – wengleich mit einer Langfristperspektive, die manchen utopieverdächtig sein wird – eine Veränderung von Lebensweise und Kultur in der Arbeiterklasse einleiten, in der auch Funktionen des Lesens, die die legitime Kultur bisher monopolisiert, eine Rolle spielen. In diesem Sinn gilt auch für die Kultur: Der Name des Fortschritts ist Demokratie (vgl. Maase 1987).

Anmerkungen

- 1 Von 1968 bis 1988 ergeben Befragungen eine relevante Zunahme der Buchlesehäufigkeit (Köcher 1988, W 2276f.). Anzeichen sprechen allerdings für eine Trendwende bei den heutigen Kindern und Jugendlichen, die offenbar als erste wirkliche »Mediengeneration« mit Fernseher, Radio, Cassettenrecorder und Walkman in eigener Verfügung aufwachsen (vgl. Bonfadelli u.a. 1986).
- 2 In klassischer Weise präsentierte vor kurzem das für den Verlagsbereich zuständige Vorstandsmitglied des Bertelsmann-Konzerns die Topoi der legitimen Kultur – »ohne Lesen keine Kultur, ohne Kultur kein Mensch« – an einem klassischen Ort der legitimen Kultur, im Wochenendfeuilleton der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Argumente aus der Wissensklufforschung aufgreifend, wird dem Leser bestätigt, was er immer schon wußte: »Wer leseunfähig oder leseunwillig ist, der bleibt ... auf der Strecke.« »... eines läßt sich nicht wegdiskutieren: ... die verführerische Anstrengungslosigkeit des Konsums der Fernsehbilder.« »Längeres, konzen-

- triertes Lesen ... führt zu einer besonders effektvollen Organisation des Intellekts.« »Sprachfähigkeit, Schreibfähigkeit und Lesefähigkeit produzieren Kultur.« »In ganz wörtlichem Sinn ist Lesen Herausforderung, Realisation und Organisation des geistigen Lebens eines Menschen.« »Die Pflege der Sprachfähigkeit — und das heißt in komplexen Gesellschaften: die Fähigkeit, zu schreiben und zu lesen — bedeutet die Pflege der Möglichkeiten des Menschen.« (Wechsler 1989)
- 3 Die folgenden Überlegungen wurden vor den Umwälzungen geschrieben, in denen Volksbewegungen die morsche Fassade der DDR-Gesellschaft zum Einsturz brachten. Ob die damit sich eröffnenden Chancen, den Weg einer demokratisch-sozialistischen Umgestaltung einzuschlagen, genutzt werden, ist vielleicht auch am Umgang mit den hier skizzierten Problemen abzulesen.
 - 4 Mit der Frage, ob nicht für die Anforderungen unterschiedlicher alltäglicher Lebensräume unterschiedliche Medienkompetenzen und Wissenstypen funktional sind, ob also nicht statt der Bestimmung von *Defiziten* die Analyse von *Differenzen* im Vordergrund stehen sollte, zeigen sich auch in der Diskussion um die Wissensklufthythese parallele Überlegungen (vgl. Bonfadelli/Saxer 1986, 23f).
 - 5 Diese grobschlächtige Aussage ist unbedingt zu differenzieren. So können die genannten Charakteristika einander korrigieren und kompensieren (Bildungsorientierung und Bildungserfolg ermöglichen die Aneignung eines Habitus, der der legitimen Kultur mehr entspricht als das Herkunftsmilieu). Gemessen am Gleichheitsanspruch der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft, ist aber die Reproduktion kultureller Klassen- und Schichtgrenzen das wichtigste Ergebnis auch der aktuellen Studien (Maase 1984, 221ff., Bonfadelli/Saxer 1986, 165ff.; Köcher 1988, W 2277, W 2282, W 2291ff.).
 - 6 »Das Buch repräsentiert für weite Kreise der Bevölkerung in erster Linie irrelevante Werte und leistet keinen nennenswerten Beitrag zu relevanten Werten« (Köcher 1988, W 2308).

Literaturverzeichnis

- Bonfadelli, Heinz, u.a.: 1986: Jugend und Medien. Frankfurt/M.
- Bonfadelli, Heinz, Saxer, Ulrich: 1986: Lesen, Fernsehen und Lernen. Wie Jugendliche die Medien nutzen und die Folgen für die Medienpädagogik. Zug
- Boorstin, Daniel Joseph: 1984: Books in our future. Washington
- Bourdieu, Pierre: 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.
- Bourdieu, Pierre, und Jean-Claude Passeron: 1973: Grundlagen einer Theorie der symbolischen Gewalt. Frankfurt/M.
- Franzmann, Bodo: 1989: Leseverhalten im Spiegel neuerer Untersuchungen. In: *Media Perspektiven* 2
- Hanke, Helmut: 1989: Massenmedien im kulturellen Alltag. In: *Weimarer Beiträge* 35, H.4
- Haug, Wolfgang Fritz: 1984: Die Camera obscura des Bewußtseins. In: Projekt Ideologie-Theorie. Die Camera obscura der Ideologie, West-Berlin
- Holzkamp-Osterkamp, Ute: 1976: Motivationsforschung 2. Die Besonderheit menschlicher Bedürfnisse — Problematik und Erkenntnisgehalt der Psychoanalyse. Frankfurt/M.
- Horkheimer, Max, und Theodor W. Adorno: 1971: Dialektik der Aufklärung. Frankfurt/M.
- Huffschmid, Jörg, und Heinz Jung: 1988: Reformalternative. Ein marxistisches Plädoyer. Frankfurt/M.
- Köcher, Renate: 1988: Familie und Lesen. Eine Untersuchung über den Einfluß des Elternhauses auf das Leseverhalten. Archiv für Soziologie und Wirtschaftsfragen des Buchhandels LXII. Frankfurt/M.
- Maase, Kaspar: 1984: Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit. Frankfurt/M.
- ders.: 1987: Zwischenbilanz: Sieben Thesen zum Fortschritt. In: IMSF (Hrsg.), »Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage ...« — Die Linke und der Fortschritt, Frankfurt/M.
- ders.: 1988: »Persönlicher Sinn« und individuelle Existenznotwendigkeiten. Ein Diskussionsbeitrag zum Ansatz kulturwissenschaftlicher Lebensweiseforschung. In: *Weimarer Beiträge* 34, H.4
- MEW =Marx-Engels Werke, Berlin (DDR), 1953ff.
- Metscher, Thomas: 1988: Ontologie und Kulturtheorie im dialektischen Materialismus. In: IMSF (Hrsg.), Alltag — Lebensweise — Kultur. Frankfurt/M.
- Projekt Moderner Sozialismus — 53 Thesen, 1989 (hrsg. v. Susi Möbbeck, Fiete Saß, Birgit Zoerner). West-Berlin, Dormund
- Sandkühler, Hans Jörg: 1988: Art. »Materialismus«. In: Manfred Buhr (Hrsg.): Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert. Leipzig
- Saxer, Ulrich: 1988: Zur Theorie der wachsenden Wissenskluft und ihrer Tragweite aus politischer und sozialer Sicht. In: *Media Perspektiven* 5
- Scheuch, Erwin K.: 1977: Soziologie der Freizeit. In: Handbuch der empirischen Sozialforschung, hrsg. v. René König, Bd. II »Freizeit. Konsum«. Stuttgart
- Wechsler, Ulrich: 1989: Wer überhaupt liest, versteht auch die Bilder. Über Lesekultur und elektronische Medien. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 20.5.
- Werner, Harald: 1981: Das Staatsbewußtsein der Arbeiter in der BRD. In: Marxistische Studien. Jahrbuch des IMSF 4, Frankfurt/M.

Science Fiction und das Prinzip Utopie



Tom Moylan

das unmögliche verlangen

science fiction als kritische utopie
ca. 260 S., br., DM 28,—

Das Genre der SF-Literatur ist — vom Ruch des Trivialen längst befreit — vielfältig, um nicht zu sagen unüberschaubar geworden. Die gesellschaftlichen Konflikte der sechziger Jahre verhalfen zudem einer neuen Spielart utopischer Literatur zum Durchbruch: Mit den Mitteln der Science Fiction wurden Welten entworfen, die ihre Plausibilität aus der Spannung zur realen Gegenwart beziehen konnten. Genau um solche utopischen Entwürfe geht es Tom Moylan in seiner Analyse von vier Romanen (von Joanna Russ, Ursula LeGuin, Marge Piercy und Samuel Delaney), die, bereits in deutscher Übersetzung erschienen, hier wie in den USA Furore gemacht haben. Mit den Mitteln marxistischer, femini-

stischer und poststrukturalistischer Literaturwissenschaft analysiert Moylan die Diskurse einer kritischen Utopie, d.h. einer der Science Fiction verpflichteten Literatur, die nicht einfach die Gegenwart von einer goldenen oder düsteren Zukunft abhebt, sondern die den ProtagonistInnen in verschiedenen Welten verschiedene Erfahrungen ermöglicht. Kaum verwunderlich, daß drei der von ihm untersuchten Romane nicht nur von Autorinnen stammen, sondern direkt feministisch orientiert sind: Die gesellschaftlichen Widersprüche, an denen sich kritische Utopien entzünden, sind wohl nirgendwo so greifbar wie in der Situation der Frauen.

Moylans Buch richtet sich an eine Science-Fiction-Leserschaft, die, dem technizistischen Fetischismus abhold, an gesellschaftlichen Utopien interessiert ist, welche dem Denken und der Phantasie neue Spielräume ermöglichen. Insofern ist »das unmögliche verlangen« eine brisante Einführung in eine Spielart der SF-Literatur, deren politische Implikationen bisher kaum wahrgenommen worden sind.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Bernd Jürgen Warneken

Bürgerliche Emanzipation und aufrechter Gang

Zur Geschichte eines Haltungsideals

»Wir haben in den letzten Wochen unsere Sprachlosigkeit überwunden und sind dabei, den aufrechten Gang zu lernen«, sagte Stefan Heym am 4. November 1989 in Ostberlin. Die Rede vom »aufrechten Gang« war keine bloße Metapher: Heym sprach nicht zu einer Saalversammlung, sondern zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer Massendemonstration, die »aufgestanden« und durch die Straßen Ostberlins gezogen waren. Die Apostrophierung des »Aufrechten Gangs« könnte als Anrufung Ernst Blochs aufgefaßt werden, bei dem dieser Begriff immer wieder als Synonym für das Verhalten frei assoziierter Individuen auftaucht. Doch der politisch-emanzipative Symbolgehalt des aufrecht Stehens und Gehens ist älter; er deutet — auch bei Bloch — vor allem zurück auf die Epoche der bürgerlichen Revolutionen. Und auch damals war das Aufrechte nicht nur eine Sache der Metaphorik, sondern tatsächlich auch eine der auszuübenden Körperpraxis.

Der folgende Beitrag konzentriert sich auf die deutsche Geschichte des »Prinzips Aufrecht« in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts. Die Frage der aufrechten Haltung spielt im auch körpersprachlich ausgetragenen Symbolkampf zwischen Ancien régime und aufsteigendem Bürgertum eine wesentliche Rolle. Das Aufrechte ist Gegenstand einer Diskussion, die medizinische, pädagogische, philosophische und politische Ebenen in ausdrückliche Beziehung zueinander setzt; und es lassen sich — gewiß nur bei einer Avantgarde — auch entsprechende Veränderungen der Körpersprache konstatieren, in denen teilweise Prinzipien einer erst viel später, ja bis heute nicht eingelösten demokratischen Kultur des Körperverhaltens geprobt werden. Gleichzeitig zeigt sich dies Bürgerlich-Aufrechte von Anfang an als Konfiguration mehrerer und mehrdeutiger Körperprinzipien, die in der weiteren Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft entfaltet, auseinandergetrieben und doch immer wieder als scheinbar ein-sinnig artikuliert werden.¹

Das erlaubte Selbstgefühl

In seinem 1818 erschienenen Buch »Über Selbstkunde, Menschenkenntniß und den Umgang mit Menschen« schreibt Carl Nicolai: »Von dem Gehorsam ist wohl zu unterscheiden die Liebedienerei und der knechtische Sinn. Davon bleibe fern.« Seine Begründung ist naturrechtlich:

»Bei Eingehung der bürgerlichen Gesellschaft sollte und wollte der Mensch von seinen ursprünglichen, angeborenen Rechten nur so wenig als möglich opfern; jene Speichellecker mit knechtischem Sinn machen also die Natur zu Schanden, welche nach Freiheit strebt. (...) In jedem Verhältniß verleugne daher das Selbstgefühl nicht; es kann mitunter als eine Unbeugsamkeit, als eine Halsstarrigkeit dem Troß erscheinen, aber es ist eine hohe, die wahre Menschheit verkündende Würde« (T.2, 19f.).

Das körpersprachliche Vokabular in dieser Proklamation ist buchstäblich zu nehmen: Die »Intention auf aufrechten Gang«, die Ernst Bloch (1961, 212) als die Quintessenz der Naturrechtstheorien bezeichnet hat, ist in der Tat auch ein Haltungsprogramm. Carl Friedrich Bahrdt kommt z.B. in seinem »Handbuch der Moral für den Bürgerstand« von 1789 auch auf den körperlichen Habitus zu sprechen und empfiehlt dem Bürger, »im Tone, in Geberden, im Gange, in seinen Ausdrücken eine gewisse Würde« (196f.) zu zeigen; umgekehrt schließen sich Anstandslehrbücher für den werdenden Bürger an den aufklärerischen Emanzipationsdiskurs an, erlauben und fordern »eine gewisse Würde«, die »das erlaubte Selbstgefühl« ausdrücke:

»Tragen Sie sich gerade, ohne Hochmuth und ohne Schüchternheit, ohne Prätension und Egoismus; nur nie eine kopfhängende Stellung, aber auch kein Zurückwerfen des Kopfes.« (Siede 1797a, 35 u. 41)²

Wie Schiller in der Figur des sich ständig verbeugenden Sekretärs Wurm die »biegsame Hofkunst«, den »langsamen, krummen Gang der Kabale« karikiert, so reagieren aufgeklärte Bürger mit Abscheu auf ihnen zugemutete, aber auch auf ihnen dargebrachte Haltungen der Unterwürfigkeit. Gesellschaftsnachrichten, Reiseberichte, Autobiographien bieten dafür reichhaltiges Belegmaterial. Das »Journal des Luxus und der Moden« bezeichnet es 1787 (2. Bd., 89f.) als eine »asiatisch erniedrigende Mode, vor seinen Despoten Kniebeugungen und Kniefälle zu machen«. Johanna Schopenhauer (1958, 189f.) erzählt in ihren Lebenserinnerungen, wie sie in Bad Pyrmont auf die Bekanntschaft einer Herzogin verzichtet habe, da sie sich dabei kußbereit zu deren Rock oder wenigstens Hand herabbeugen sollte, was sie als »Zeichen leibeigener Knechtschaft« empört von sich wies. Wilhelm Tischbein (1922, 271) hebt in seinen Erinnerungen hervor, er habe sich als neuernannter Akademiedirektor in Rom gleich zu Anfang »alle die vielen Zeremonien von asiatischer Höflichkeit« verboten. Das Unbehagen gilt dabei nicht nur dem deutlichen körperlichen Ausdruck asymmetrischer Beziehungen, sondern auch dem ebenfalls als unwürdig empfundenen »Komplimentieren« unter prinzipiell Gleichen. Enttäuscht berichtet Georg Forster im Frühjahr 1790 von seiner Begegnung mit dem bekannten Amsterdamer Naturwissenschaftler Peter Camper: »(Er) machte Bücklinge die entsezlich tief waren, schien sie aber wohl so tief wieder zu erwarten.« (Forster 1898, 108)³ Aufklärerischer Kritik ausgesetzt sind aber auch bestimmte religiöse Unterwerfungshaltungen, so die »affektierte Selbsterniedrigung«, das »Kopfhängen« bei Pietisten (vgl. Duttenhofer 1787, 573 u. 580ff.) oder bestimmte Funktionen des Kniens im katholischen Ritus, die unter Feudalismusverdacht gestellt werden. Friedrich Nicolai (1785, 74) schreibt in seinem Reisebericht über Wien:

»Wer noch nicht so weit ist, um zu wissen, daß das allgemeine Kniebeugen und die militärischen Ehrenbezeugungen, welche dem Ansehen nach dem verwandelten Brodte erzeugt werden, eigentlich der verderblichen Macht der Hierarchie zu Ehren geschehen; der ist noch sehr weit zurück.«

Wie sehr der Ausdruck der Selbsterniedrigung dem aufgeklärten Geschmack zuwider sein kann, belegt eine Bemerkung des Philanthropen und Leibeserziehers G.U.A. Vieth von 1786: »Selbst das demüthige Kriechen eines Hundes preßt mir das Herz zusammen« (zit. n. Peters 1962, 222).

Ganz offenbar verstärkt sich die Frontstellung gegen Herrschafts- und Unterwerfungsgesten in den 1780er Jahren — die eben aufgeführten Belege beziehen sich alle aus dieser Zeit. Unter dem Einfluß der Französischen Revolution kommen die herkömmlichen Interaktionsrituale dann noch mehr in Mißkredit. Es wird auch diesseits des Rheins registriert, daß sich auf den Pariser Straßen und Promenaden statt ständischer Zeremonielle das knappe Grüßen, das Händeschütteln oder aber die brüderliche »accolade«, die Umhalsung, durchsetzen, und bald lassen sich auch hierzulande, wenn auch abgeschwächte Innovationen beobachten. 1799 schreibt ein Modeberichterstatter rückblickend:

»So wie in dem letzten Jahrzehend manche steife Bewegung verschwunden ist, um der leichtern Grazie den Platz zu lassen, so haben auch unsere Damen angefangen, die Verneigungen weniger langsam und tief zu machen.« (*Journal*, 14. Bd., 115)

Veränderungen zeigen sich auch bei der symbolischen Körperverkleinerung des Hutziehens. 1792 meldet der Pariser Korrespondent des »*Journal des Luxus und der Moden*«:

»Sonst grüßten wir uns, indem wir knechtisch vor einander den Huth abzogen; jetzt lassen wir freyen Franken den Huth sitzen, und grüßen indem wir blos die rechte Hand aufs Herz legen!« (Ebd., 7. Bd., 631)

Dasselbe unbotmäßige Grüßen ist kurz darauf auch in Deutschland zu finden. 1796 heißt es in einem Bericht aus Bad Nenndorf bei Hannover:

»Man sucht Freyheit und Gleichheit möglichst aufrecht zu halten und diejenigen nieder zu halten, die mit Anmaßungen nach Nenndorf kommen ... Man zieht bei Strafe vor Niemanden den Hut, sondern greift blos an denselben.« (Ebd., 11. Bd., 523)

Nicht zufällig handelt es sich hier um den Bericht aus einem Badeort: Die damals in Mode kommenden Badeaufenthalte gehören zu den Probestüben, auf denen Adel und gehobenes Bürgertum eine neue, Ständeschranken außer Kraft setzende Geselligkeit einüben.

Doch wie in Frankreich die nach 1789 auftauchenden strikt-symmetrischen Begrüßungsformen nach wenigen Jahren wieder aus der Mode kommen, so werden auch die bescheidenen deutschen Reformansätze auf diesem Gebiet bald wieder zurückgedrängt.⁴ Mit dem bürgerlichen Selbstbewußtsein wird das Fortbestehen hierarchischer Umgangsformen dabei durch einen Rückgriff auf die klassische »protestantische« Trennung in eine innere und eine äußere Würde vereinbar gemacht: Konventionelle Achtungsbezeugungen gefährden demnach als »bloß äußerliche« nicht die individuelle Moralität (vgl. z.B. Kraushaar 1804, 86f.; Pockels 1813, 160). Sehr tiefe Verbeugungen, steif-zeremonielles Wesen bleiben jedoch auch nach 1800 als »sklavisch« verpönt; die langfristige Entwicklung geht in Richtung der Verkürzung und Vereinfachung des Grußzeremoniells, wobei diese Tendenz freilich neben demokratischer Gesinnung noch einen anderen, wohl mächtigeren Verbündeten hat: die Ökonomie der zunehmend knapper werdenden Zeit.

Neues Gehen

Zur neuen Körperkultur gehört nicht nur aufrechte Haltung, sondern tatsächlich auch aufrechter Gang: Es entwickelt sich, wiederum insbesondere seit den

1780er Jahren, eine neue bürgerliche Bewegungskultur, in welcher das Gehen eine zentrale Rolle spielt (vgl. Warneken 1989).

Das beginnt bei der ontogenetischen Einübung des aufrechten Gangs, wobei aufgeklärte Mediziner und Pädagogen das Drinnensitzen und viele Getragenwerden von Kindern sowie die Gehschulung mit Gängelwagen und Gängelband einer grundsätzlichen Kritik unterwerfen. Wie eng Gehdiskurs und Aufklärungsdiskurs dabei ineinander verschränkt sind, zeigt ein Vergleich von Christian August Struves »Über die Erziehung und Behandlung der Kinder in den ersten Lebensjahren« von 1803 mit Kants »Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung?« von 1784. Struve kritisiert die Erzieher, die die Kinder in Laufzäunen und Gängelbändern halten — mit der Folge, daß das Kind, »immer gewohnt, geleitet, geführt, oder getragen zu werden, ... kaum seine Füße brauchen (lernt), und so gewöhnt sich der Mensch an fremde, sehr mißliche, oft fehlende Unterstützung«. So erzogene Kinder »wanken auf eine erbarmungswürdige Art hin und her, zittern vor jedem Abhang, stolpern und fallen über jeden Stein, halten sich ängstlich an die Kleider der Wärterinn.« Kant seinerseits spricht von den Vormündern, die dafür sorgen, daß die unmündig Gehaltenen »ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperreten, wagen durften«. Wer die ihm zur Natur gewordenen »Fußschellen einer immerwährenden Unmündigkeit« auf einmal abwürfe, »würde dennoch auch über den schmalesten Graben einen nur unsicheren Sprung tun, weil er zu dergleichen freier Bewegung nicht gewöhnt ist. Daher gibt es nur wenige, denen es gelungen ist, durch eigene Bearbeitung ihres Geistes sich aus der Unmündigkeit heraus zu wickeln, und dennoch einen sicheren Gang zu tun.« Struve spricht von denen, die dem Kind »unaufhörlich zu(rufen), es solle sich in Acht nehmen, es werde fallen. Dadurch wird das Kind ängstlich. (...) Aber durch Fallen, wofern das Kind nicht auf dem Steinpflaster gehen lernt, wird es sich nicht leicht beschädigen, ein kleiner Fall macht es vorsichtig.« Kant, analog:

»So zeigen (die Vormünder) ihnen nachher die Gefahr, die ihnen drohet, wenn sie es versuchen, allein zu gehen. Nun ist diese Gefahr zwar eben so groß nicht, denn sie würden durch einigemal Fallen wohl endlich gehen lernen«.

Struve: »(Die Kinder) dürfen sich nicht bei der Bewegung auf fremde Hilfe verlassen, sondern müssen so viel möglich, ihre eigenen Kräfte versuchen.«

Kant: »Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!«

Der Erziehung zum Gehen bedürfen aber nach aufklärerischer Meinung auch die Erwachsenen. Und auch hier ist der Körperdiskurs eng mit einem politischen verbunden. Nicht zu Hause zu bleiben, aber sich auch nicht tragen oder fahren zu lassen, wird nicht nur als Ausgleich für die zumeist sitzende Tätigkeit der bürgerlichen Kaufleute, Beamten, Intellektuellen propagiert, sondern zugleich als Symbol bürgerlicher Autonomie. Die bekannten Sentenzen Seumes, wonach Fahren Ohnmacht, Gehen Kraft zeige und der Gang »das Ehrenvollste und Selbstständigste in dem Manne« sei (1805, 7f.), sind nicht einsame Gedanken eines einsamen Fußreisenden, sondern schon zwanzig Jahre vorher Leitsätze der bürgerlichen Avantgarde. »O! zu Fuße! zu Fuße! da ist man sein eigener Herr!« heißt es 1786 im Bericht über einen Ausflug des Schnepfenthaler Philanthropins (Reisen 1786, 93), und wie Seume (1805, 8) über den König spottet, der »ohne allen

Gebrauch seiner Füße sich ins Feld bewegen läßt«, so häuft sich schon seit den 1780er Jahren der Spott über Adlige, die zu jeder Bewegung der Unterstützung bedürften, über Personen, die »vor einem Spatziergange von einer Stunde zurückbeben« und »ihren Kräften kaum zutrauten, von einem Hause zum andern in der Stadt, zu Fuße zu gehen« (Vieth 1970, 151f.). Der aufgeklärte Bürger soll Fußgänger sein: Das mindeste sind tägliche Spaziergänge bei jedem Wetter; besser noch, meinen die Philanthropen, sind Wanderungen, wobei es »zur Vollkommenheit eines guten Fußgängers gehört, daß er auch Berge nicht achte« (GuthsMuths 1970, 88), und wie das Volk zu Fuß statt mit der Kutsche zu reisen, gilt den Protagonisten der bürgerlichen Gehkultur nun nicht mehr als Armutszeugnis, sondern als Beweis von Unabhängigkeit und Unternehmungsgeist.

Mit den Unterschichten, die ebenfalls zu Fuß unterwegs sind, kann der bürgerliche Spaziergänger oder Wanderer gleichwohl kaum verwechselt werden. Seine Gänge sind wenn auch nicht quasi-feudaler Müßiggang, so doch Freizeitgänge nach getaner Pflicht, und seine Gehhaltung ist aufrecht nicht nur aus innerer Freiheit, sondern auch aus äußerer, aus Arbeitsfreiheit. Was er trägt, ist ein Symbol dafür, daß er nichts zu tragen braucht: ein Spazierstock. Das unterscheidet ihn von der Masse derer, die mit Kiepen, Körben, Säcken, Wassereimern beschwert die Straßen bevölkern — nicht umsonst ist damals »Lasttiere« ein verbreiteter Name für die arbeitenden Klassen —, hebt ihn ab von mit vorgebeugtem Kopf dahineilenden Handlungsgehilfen, Boten und Dienstmädchen.⁵ »Seht, wie der Mensch mitten unter allen niedrigen Geschöpfen, die ihn umringen, voll Selbstgefühls da steht«, ruft Zolligkofer (1784, 19) in seinen »Predigten über die Würde des Menschen« aus, »mit welchen weitreichenden Blicken er alles, was um ihn her ist, überschauet, sondert, ordnet, verbindet, umfasset«. Was Zolligkofer beschreibt, ist nicht nur der Unterschied von Mensch und Tier, sondern auch das Privileg des bürgerlichen Spaziergängers, der sich erhobenen Kopfes und streifenden Blicks, sinnend und beobachtend zugleich, die Welt aneignet.

Die kurze Fußreise der Bürgerinnen

Als Übung und Beweis körperlicher Tüchtigkeit, als Wanderabenteuer ebenso wie als Sichbewegen in der Straßenöffentlichkeit ist die neue Gehkultur eine Männerdomäne; die Bürgerinnen nehmen an ihr nur begrenzt und dann zumeist in Begleitung von Vätern, Kavaliern, Ehemännern teil.⁶ Dennoch sind Häuslichkeit, ja Verhäuslichung nicht alleinherrschendes oder unumstrittenes Charakteristikum des bürgerlichen Frauenalltags jener Epoche. Die sich vor allem in den ersten Jahren der Französischen Revolution regende Forderung, auch Frauen an den neuen bürgerlichen Freiheiten teilhaben zu lassen, beeinflussen auch die Gehdiskussion und die Gehpraxis. Im Oktober 1789 meldet das »Journal des Luxus und der Moden« (4.Bd., 521), »daß es in Paris und London von der Königin bis zum Fischweibe herab, jetzt neueste Mode sey, immer selbst zu Fuße zu gehen, und sich nicht mehr heben, tragen und fahren zu lassen, wenn man noch gehen kann«. 1792 wird aus Paris berichtet, daß »der Geschmack den unsre Damen am Männlichen finden so weit geht, daß viele von ihnen jezt vollkommene Männer-Schuhe tragen« und »die vornehmsten Damen sogar

affectiren, und ein Air civique darinn suchen, viel zu Fuße zu gehen« (ebd., 7.Bd. 589f.). Diese Veränderungen strahlen auch auf Deutschland aus oder, vorsichtiger gesagt, finden auch hier ihre Parallelen. Die Diskussion über mangelnde Körpertüchtigkeit und Gehfähigkeit von Frauen verstärkt sich, die philanthropische Pädagogik empfiehlt ihnen neben »munteren und bewegenden häuslichen Verrichtungen« — diese sollen, natürlich, zentral bleiben — auch »tägliche Bewegung im Freyen« und »kleinere Fußreisen« (GuthsMuths 1970, 273)⁷. Daß das Bewegungsbedürfnis und die Bewegungsfreiheit der Bürgerinnen tatsächlich zunehmen, zeigt am deutlichsten die Frauenmode: der teilweise Verzicht auf Schnürbrust und Korsett, der Trend zu leichterem, luftigerer Bekleidung und vor allem zu bequemeren, flacheren Schuhen. Auffallend ist dabei, wie explizit die Debatte um die Kleidungsveränderung als geschlechterpolitische Debatte geführt und wie direkt das Problem der weiblichen Gehweise mit dem der Frauenemanzipation verbunden wird. Ein Beleg hierfür ist der Artikel eines unbekanntem Autors über eine Adelshochzeit des Jahres 1802; er gibt nicht nur eine prägnante Analyse der praktischen und symbolischen Bedeutung von Gehweisen und »höflichen« Mann-Frau-Interaktionen, sondern stellt auch das seltene Dokument einer Männerreflexion dar, in der der Verlust patriarchalischer Privilegien als möglicher Gewinn auch für die Männer zumindest in Betracht gezogen wird⁸:

»Flache Sohlen geben Sicherheit und Bestimmtheit, der Gang wird selbstständiger, aber — es verliert die Figur etwas von dem Reitz der Weiblichkeit, den wir oft sehr hochschätzen. Es liegt in der Natur des Stärkern, gern das sich schwach ankündigende Wesen zu unterstützen. Dann fühlt der Mann seinen eignen Werth in der erhöhten Kraft und niemand kann läugnen, daß die hohen Hacken jedem Weibe ungesehene Fesseln anlegten, wodurch die Hüfte des Mannes ihm auf jedem Schritte nöthig wurde. Doch sollten die Männer auch wissen, daß wenn die Charakteristik der hohen Absätze ihrem Selbstgeföhle schmeichelt und hingegen die flachen Sohlen sie bey manchen Gelegenheiten unnütz machen und daher beleidigen, es auch wieder viele Momente im Leben giebt, wo der Bräutigam und der nachherige Gatte es traurig empfinden muß, wenn ohne seine Hüfte kein Schritt vorwärts geschehen kann. (...) Sollte also nun nicht mit Rechte bey dem Bräutigam, der die Garderobe seiner zukünftigen Braut mustert, die Frage entstehen, ob es besser für die individuelle Lage ihres beiderseitigen Wohlbefindens sey, daß die Pantöffelchen mit oder ohne Hacken geliefert würden? Vorausgesetzt, daß hohe Hacken auf sanfte hingebende nachfolgende Weiblichkeit, die jedoch nie ohne Führer schreiten kann oder flache Sohlen auf eine selbstständige sich allein nach Willkühr bewegende, aber daher auch nicht ewig blind folgende Sinnesart hindeuten sollten.« (*Journal* 17.Bd. 344ff.)

Die Feinheit solcher Beobachtungen korreliert freilich mit dem begrenzten Befreiungswert, den der Wandel zu einem etwas flacheren und ein wenig festeren Schuhwerk innerhalb der festgefügteten Geschlechterhierarchie bedeutet. In ihrer Symbolik deutlichere Innovationen, wie etwa das Hosentragen der revolutionären Republikanerinnen in Paris (Schmidt-Linsenhoff, Hrsg., 1989, 579), werden in Deutschland konsequent, und nicht nur von Männern, denunziert, und auch nur angedeutete Affinitäten zu Kleidung und Körpersprache französischer »Amazonen« der frühen 1790er Jahre immer wieder als »martialisch«, »drago­nerhaft« usw. abgelehnt (vgl. *Journal* 13.Bd. 298 u. 15.Bd., 457).

Bald werden dann auch die kleinen Schritte zu einer neuen weiblichen Gehkultur wieder zurückgedrängt. Noch 1801 spricht das »Journal des Luxus und der Moden« angesichts der Nachricht, daß im Ausland wieder längere Tail­len und

höhere Absätze aufkämen, die Hoffnung aus, daß, »im Falle die Engländer und Neufranken wirklich wieder anfiengen, ihren Weibern, Töchtern, Geliebten und Müttern Klötzchen unter die Füße zu schwatzen, um sie mitten im Laufe ihres Freiheitsgefühls zu hemmen«, die deutschen Frauen »sich solchem Unfuge entgegenseetzen« (ebd., 16.Bd., 409); doch fünf Jahre später begrüßt dasselbe Blatt (21.Bd., 731ff.) die Wiederkehr höherer Absätze, fragt rhetorisch: »Sind unsere Damen liebenswürdiger geworden, seit sie den freien, festen, trotzigem Gang der Männer annahmen?« und fordert: »An einer Frau muß alles weiblich seyn, ihre Kleidung muß in allen Stücken von der männlichen abweichen.« Das bescheiden-revolutionäre Zwischenspiel wird nach und nach beendet — es siegt, für lange Zeit, die Maxime des Philanthropen Basedow, die den Aufforderungscharakter der damals propagierten Theorien über die schwache Frauennatur in wünschenswerter Weise deutlich macht: »Die Frauen ... sind das schwächere Geschlecht und sollen es auch äußerlich zeigen.« (Zit. n. Göring, Hrsg., 178)

Hemmende und dynamische Disziplin

»Kinder! die aufrechte Bildung ist ein Vorrecht des Menschen, wodurch er sich vom Thiere unterscheidet«, ermahnt ein Schnepfenthaler Lehrer zwei krumm und schwerfällig dahertrottende Zöglinge. »O sinket in der Haltung, Stellung und den Bewegungen eures Körpers nicht zum Thiere herab!« Und die beiden, so liest man, »nahmen sich zusammen, spannten ihre erschlafften Nerven wieder an« und schritten alsbald »mit dem einnehmendsten und edelsten Anstande wieder einher« (Reisen 1786, 104). Aufrechter Gang ist nicht nur Ausdruck individueller Autonomie in der Interaktion, sondern auch einer bürgerlichen Ordnung im Innern, nämlich der Autonomie des Willens gegenüber dem eigenen Körper; er steht nicht nur gegen den Despotismus der Feudalgesellschaft, sondern auch gegen den »Despotismus der Begierden«. ⁹ Die gerade Stellung des Körpers, so sagt es die spätaufklärerische Anstandslehre ausdrücklicher als die sogar das Nennen von Tabus tabuisierende Benimmlliteratur des 19. Jahrhunderts, indiziert die Herrschaft der Vernunft nicht nur über das Faule, sondern auch über die Wollust. Aufrechter Gang heißt in diesem Zusammenhang auch: gleichmäßig und gerade seinen Weg zu gehen — im Unterschied zum sich neugierig Hin- und Herwenden, auch zum Liegen oder Sitzen, das nach verbreiteter Zeitmeinung die Sinnlichkeit, bei der Jugend gar die Onanie fördert, auch anders als das Körper und Seele erhitzende Rennen oder das stutzerhafte, den Körper anbietende Tänzeln. In Daniel Chodowieckis bekannten Kupferstichen von 1779/1780, die »Natürliche und affectirte Handlungen des Lebens« gegeneinanderstellen, ist die auffälligste Antithese das hingerissene Sichbiegen, das Trippeln oder Hüpfen und ausladende Gestikulieren der »haltlosen« Adligen und ihrer Nachäffer auf der einen, das aufrechte, »standhafte« Stehen und ruhige, »gesetzte« Gehen der bürgerlichen Vorbilder auf der anderen Seite. Johann Jakob Engels »Ideen zu einer Mimik« von 1782, die primär auf die Schauspielkunst abzielen, identifizieren den gebogenen als den Begierde offenbarenden Körper, zeigen den über sein Glas gebeugten Trinker, die neugierige Horcherin, die sich dem Schall, den witternden Wilden, der sich einem Geruch entgegenbiegt, und erklären alle diese

»lebhaftern Ausdrücke eigennütziger ... Neigungen und Triebe« als wider den Anstand gerichtet (Engel 1804, 116). Auf dem deutschen Theater — einem ganz wesentlichen »Versuchsfeld bürgerlicher Körpersprache« (Barta 1987, 86) — vollzieht sich damals tatsächlich ein Wandel von den oft outrierten Gebärden des französischen Klassizismus zu einer sparsameren und zurückhaltenderen Gestik (vgl. Maurer-Schmoock 1982).

Es ist weithin üblich geworden, in dieser neuen bürgerlichen Körperkultur primär eine verhängnisvoll-repressive Tendenz am Werk zu sehen, die an der Adelskultur vor allem humane Qualitäten wie Lebhaftigkeit, Lebensfreude, freizügige Erotik kritisiere (etwa wie bei Barta 1987). Gegenüber dieser Interpretationslinie hat kürzlich Viktoria Schmidt-Linsenhoff (1989b) eine notwendige Differenzierung angemahnt: Was aus männlicher Sicht als bloßer Zwang zum Selbstzwang erscheint, kann aus weiblicher Sicht auch die Einschränkung männlicher Bedrängungsgesten und das weibliche Recht auf Sichverweigern bedeuten. In der Tat steckt in dem Verbot »hitzigen« Betragens, »dreisten« Blickens und »tändelnder« Bewegung (vgl. Siede 1797a) auch eine Zurücknahme dessen, was heute »Anmach« heißt — wobei das Problem nicht nur in der Steigerung von Takt zu Prüderie, sondern auch darin liegt, daß Männern das Überschreiten dieser Anstandsgrenzen weit eher nachgesehen wurde als Frauen.

Eine weitere Differenzierung kommt hinzu: Die Steifheit und Verhaltenheit, die Chodowieckis beispielgebende Figuren fast durchweg zeigen, kann wohl nicht — wozu z.B. Ilsebill Barta (1987) tendiert — für das damalige bürgerliche Haltungsideal schlechthin genommen werden, insbesondere, so scheint es, nicht für das der 1780er und 1790er Jahre. Es dürfte sinnvoll sein, beim prinzipiell zutreffenden Befund einer »Disziplinierung des Körpers«, in Anlehnung an Foucaults Begriff der »produktiven Disziplin« (1976, 176), neben einer hemmenden eine dynamische Disziplinierung wirksam zu sehen — wobei aber wiederum die Geschlechterkulturen deutlich getrennt sind. Für die Körpersprache des bürgerlichen Mannes fordert die aufklärerische Anstandslehre nicht nur Bescheidenheit und Solidität, sondern auch den Ausdruck von »Kraft, Muth und Unverzagtheit«, ja »Geistes Kühnheit, Raschheit, Feuer, Unternehmungsgeist« (Siede 1797a, 22). Die Haltungsdisziplin soll die Triebe nicht nur zähmen, sondern auch sammeln, auf die Bewältigung von Aufgaben richten. An zeitgenössischen Reisebeschreibungen läßt sich ablesen, daß solche Maximen tatsächlich auch die aufklärerische Personenbeobachtung und -beurteilung beeinflussen: So bemerkt z.B. Johann Kaspar Riesbeck (1784, 284) tadelnd über die Münchner, daß sie »ohne alle Schnellkraft« seien; Ernst Moritz Arndt (1804, T.1, 72f.) vermißt bei den Nürnberger Männern »Kraft und Leben in den Gliedern und in dem Antlitz« — was er nicht zuletzt auf die obsoletere Nürnberger Zunftverfassung zurückführt — und lobt dafür das »Kühne und Rasche der Bewegung« bei den Brüsselern oder den Steyrern (ebd., T.3, 313 u. T.1, 373). Auch bei den Frauen wird Anstand und Schönheit nicht nur mit Zurückhaltung, sondern nicht selten auch mit »Raschheit« und »Lebhaftigkeit« verbunden. Aber zweifellos sind hier die Grenzen enger als beim Mann gezogen:

»Den Mann kleidet das unternehmende Wesen, das frei sich Ankündigende in seinem Anstande. Bei dem Frauenzimmer gefällt dies nicht.« (Siede 1797b, 21)

Die Perversion als Fortentwicklung

Die Frage nach der disziplinierenden Seite des Prinzips Aufrecht stellt sich nun aber noch in ganz anderer Weise, nämlich als Frage nach dem Verhältnis von aufrechter und strammer Haltung, von Erziehung zum aufrechten Gang und militärischem oder quasi-militärischem Drill. Es ist unbestreitbar, daß zwischen diesen beiden Haltungsnormen Ähnlichkeiten und Übergänge bestehen, daß sie aber gleichwohl in ihrer Bedeutung weit bis diametral auseinanderliegen. Man kann Ernst Bloch (1959, 1099) zwar zustimmen, daß »die echte, aufrechte soldatische Haltung ... der revolutionären nie ganz unverwandt« gewesen sei; das gilt gerade auch für die hier verhandelte Epoche, als — ganz manifest nach 1789 — bürgerliche Leibesübung auch an die Volksbewaffnung gegen die Feudalheere zu denken hatte. Doch auch bei solchen Zwecksetzungen der Körpererziehung darf der Punkt, an dem Selbstbehauptung mit Selbstunterdrückung zu operieren beginnt, nicht übersehen werden; vor allem aber ist, angesichts der Staats- wie der Klassenschranken der bürgerlichen Emanzipation, von Anfang an zu fragen, wo und inwieweit das Soldatisch-Stramme tatsächlich die kämpferische Form des Autonom-Aufrechten darstellt und wo es in die oktroyierte Selbstbeherrschung von Beherrschten umschlägt.

Was die aufklärerische Anstandslehre für das Benehmen in Gesellschaft betrifft, so ist sie, als antif feudale, gegenüber Befehlsspuren im körperlichen Habitus äußerst aufmerksam und prinzipiell kritisch. Wie Hegel von der Skulptur »Ungezwungenheit« fordert, damit nicht »Körper und Geist sich als etwas Verschiedenes, Auseinandertretendes zeigen und in das Verhältnis des bloßen Befehls von der einen und des abstrakten Gehorsams von der anderen Seite treten« (*Ästhetik*, o.J., 122), so lehnt auch sie den »steifen und gezwungenen Anstand« (Siede 1797a, 31) als eines freien Bürgers unwürdig ab. Ein widersprüchlicheres Bild bietet die aufgeklärte Pädagogik, die es nicht mit dem geselligen Umgang Erwachsener, sondern mit der Heranbildung von »Zöglingen« für bürgerliche Lebensanforderungen insgesamt zu tun hat. Auf der einen Seite ist sie — zumindest die philanthropische Erziehung — bekanntermaßen ein rousseauistischer Anwalt von Bewegungslust und Spieltrieb; sie kritisiert das Sitzen in der Schule als Dressurübung (Pestalozzi 1973, 24) und fordert schulische Freiräume für freie, auch spielerische körperliche Tätigkeit (ebd., 26). Auf der anderen Seite empfehlen und praktizieren Basedow, GutsMuths, Pestalozzi, Salzmann, Villaume und Vieth das Exerzieren; auch ist in der Beschreibung von Festzügen und Ausflügen philanthropischer Schulen immer wieder vom Marschieren in Reih und Glied die Rede (vgl. Bennett 1960, 55-59). Ein deutlicher Widerspruch also, der sich als deutsche Bestätigung der Feststellung von Philippe Ariès (1975, 381) nehmen läßt, seit den 1750er Jahren habe in den Schulen die militärische gleichzeitig mit der liberalen Idee Fuß gefaßt. Doch andererseits sollte nicht übersehen werden, daß das Exerzieren in den Philanthropinen dieser Zeit ganz offenbar nur die insgesamt vorherrschenden freieren Körperübungen und -spiele ergänzt: Das Einüben militärischer Haltungen und Bewegungen wird als Beitrag zur Herausbildung möglichst vielseitiger körperlicher Fähigkeiten verstanden (Bennett 1960, 65). Und zumindest in der Programmatik bleibt die

Grenze zwischen autonomem Sichaufrichten und befehlsmäßigem Aufgerichtetwerden deutlich gezogen. So postuliert Pestalozzi (1973, 38) zwar für Leibesübungen eine Ausgangsstellung, die »gerade, fest und aufrecht« sein soll, fügt aber hinzu:

»Der Lehrer muß sich, sowohl was Stellung, als was Bewegung betrifft, vor ordonanzmäßiger Steifheit hüten, er muß die Kinder frey behandeln, und ihnen einen gehörigen Spielraum lassen. (...) Die pädagogische Gymnastik unterscheidet sich vorzüglich auch dadurch vor der militairischen, daß sie liberal ist.«

Für »ungezwungene« Stellungen und Haltungen plädieren auch die Gymnastiklehren von Vieth und GuthsMuths aus den 1790er Jahren — ihre Haltungsideale stimmen durchaus zu der Maxime des Philanthropie-Freundes Kant, der in seinen 1803 edierten Vorlesungen zur Pädagogik fordert:

»Auch die Gymnastik soll die Natur nur lenken, darf also nicht gezwungende Zierlichkeit veranlassen. Disziplin muß zuerst eintreten, nicht aber Information [= Anweisung; Anm.d. Verf.]« (Kant, Über Pädagogik, 727f.)

Zur selben Zeit allerdings beginnt, im Kontext der napoleonischen Kriege, bekanntlich eine für die Geschichte der Leibesübungen in Deutschland entscheidende Veränderung. Derselbe GuthsMuths, der 1793 in seiner »Gymnastik für die Jugend« noch »Ungezwungenheit« und »Geschmeidigkeit« als Leitbegriffe für die Körperhaltung propagiert hatte, nimmt 1804 in die 2. Auflage seines Buchs ein Kapitel mit Drillübungen auf, das von einem preußischen Oberstwachmeister verfaßt ist. In seinem 1817 erscheinenden »Turnbuch für die Söhne des Vaterlands« — der Titel macht die nationalstaatliche Wende der Pädagogik deutlich — ist der Umbruch von der Aufrichtung zur Ausrichtung dann vollends vollzogen: »Die Grundbedingung des Kriegs ..., Verein, Ordnung, Zeitmaß, Wink, Befehl« wird den Turnübungen, wenn auch »im Gewande der heitersten Lust und Freude«, anempfohlen; zum Ideal wird die »regelmäßige, nach Zeit und Wink scharf abgemessene rasche Bewegung« (1817, XXXVIII u. XXIII). Ganz analog wandelt sich die Körpererziehung von Vieth: In Teil 2 seines »Versuchs einer Enzyklopädie der Leibesübungen« von 1795 wird noch die freie, unstilierte Haltung propagiert und — ein bezeichnendes Detail — das »Auswärtssetzen« der Füße beim Stehen als »nicht natürlich« bezeichnet; im Teil 3 des »Versuchs« von 1818 kritisiert er nur noch die »stark auswärts gerichtete Stellung, wie sie die französische Tanzkunst [sic!] erzwingt«, lobt dagegen ein »mäßiges Auswärtsstellen«, wie es »beim militärischen Exerzieren gelehrt« werde.¹⁰ In der Jahnschen Turnbewegung wird der autoritäre Gehalt des Stramm-Aufrechten anfangs noch sensibel registriert und abgelehnt; Jahn wendet sich gegen das »Verdrillen« und sieht immer noch »Selbsttätigkeit« und »Selbständigkeit« als Methode und Ziel der Turnkunst an (Jahn/Eiselen 1816, 300-303). Doch die subalterne Form des Aufrechten erobert — was hier nur noch skizziert werden kann — im 19. Jahrhundert immer mehr Terrain, durchdringt immer mehr Praxisbereiche und soziale Schichten: Die allgemeine Wehrpflicht, 1814 in Preußen eingeführt, bildet das Rückgrat dieser Entwicklung, die Ausbreitung des Schulbesuchs mit der häufig rigiden Stillsitz- und Aufstehordnung in den Klassenzimmern und einer entsprechenden Form des Turnunterrichts, Tendenzen zur Übernahme quasi-militärischer Handlungsrituale auch in der Arbeitswelt,

die freiwillige Fortsetzung des Drills im sich ausbreitenden Vereinssport kommen hinzu. Dies alles pervertiert den aufrechten Gang nicht nur praktisch, sondern beschädigt auch nachhaltig seine Idee. Denn der Diskurs, der die sich ausbreitende rigiden Haltungserziehung begleitet, bekennt sich keineswegs zu einer nachemanzipativen neuen Untertänigkeit, sondern gibt sich mehr oder weniger als Verwirklichung der philanthropisch-humanistischen Körperkonzeption der Spätaufklärung. Die »Orthobiotik« des schrecklichen Schreber, dessen martialische »Geradhalter« zwar nicht in die Serienproduktion, wohl aber in die Alpträume von Kindergenerationen eingehen, beruft sich auf Rousseau (vgl. Schreber 1839, 92f.) und sieht sich im Dienst der »Selbstbildung zur Humanität«, zu »freier vernünftiger Selbstbestimmung« (Schreber 1858, 24 u. 20); Pädagogen, Mediziner, Soldaten interpretieren die militärische und quasi-militärische Gehorsamshaltung als »natürlich« und als Ausdruck männlicher Würde. Exemplarisch dafür der Anatom Wilhelm Henke, der 1876 in seiner Tübinger Antrittsrede »Die aufrechte Haltung des Menschen« zunächst vom erstmals aufrechtgehenden Kind spricht, das dabei »triumphierend seiner Menschenwürde sich bewußt zu werden« scheine, und dann das militärische Exerzieren von Stehen und Gehen als »einen Wiederholungscursus in dieser edeln menschlichen Leibesübung« bezeichnet (Henke 1892, 1f.). Subalterne Selbstbeherrschung soll — und kann, insofern sie wieder zur Herrschaft über andere berechtigt — als Ausdruck von Männerfreiheit empfunden werden: »Halt dich aufrecht!« wird zum vielleicht verbreitetsten double bind der wilhelminischen Epoche.

Daß die Bedeutungsvielfalt von »Aufrechtem Gang« im Verlauf dieser Entwicklung immer mehr zur Bedeutungsambivalenz wird, drückt sich dann auch in einer Polarisierung des körpersprachlichen Widerstands gegen die autoritär-bürgerlichen Haltungszumutungen aus. Auf der einen Seite steht dabei die Übernahme des Prinzips Aufrecht durch solche Gruppen, deren Alltagsverhältnisse sie von seiner Realisation auszuschließen tendierten: Das gilt z.B. für die Arbeiterbewegung als Vertreterin der doppelt, durch körperlich belastende Arbeit wie tiefen sozialen Status niedergedrückten Klasse: »Hebt hoch die Stirn, trotz alledem! Geht kühn dem feigen Knecht vorbei!« heißt es bei Freiligrath, und beim Maiumzug, später bei Demonstrationen wird diese Umkehrung des proletarischen Alltags auch tatsächlich vollzogen. Auf der anderen Seite steht — in einer langen Tradition — der sich ostentativ lümmelnde Volkskörper, der das Ideal des Aufrechten als Appell zu fremdbestimmter Arbeit dechiffriert und das »Geh her da!« mit einem betont laschen Herbeitrotten beantwortet. Neben die Verweigerungshaltungen der Unterschichten treten dabei auch oppositionelle Körperkulturen anderer, vor allem natürlich jugendlicher Bevölkerungsgruppen. Als der Faschismus die Perversion des Aufrechten auf die Spitze trieb, setzte die »Swing-Jugend« in Deutschland der Strammheitszumutung eine schlaffe, lässige Tanz- und auch Alltagshaltung entgegen; in Österreich gingen zur gleichen Zeit die »Schlurfe« träge, mit über das Pflaster schleifenden Schuhen durch die Straßen — an den Emanzipationsidealen, die einmal mit der aufrechten Haltung verbunden waren, festhaltend, indem sie diese Haltung selbst verweigerten.

Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Aufsatz entstand im Zusammenhang des Projektseminars »Machtrituale. Zur Körpersprache der Herrschaft und Unterwerfung«, das zur Zeit am Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft an der Universität Tübingen stattfindet.
- 2 Zum Prinzip Aufrecht gehören auch der volle Ton der Stimme (vgl. ebd., 25) und der gerade Blick, wobei Kant in seinen pädagogischen Vorlesungen fordert, daß das Auge nicht — wie es bei »vornehmen Männern« beobachtet werde — »dreist«, sondern »mit einer gewissen Güte« blicke. (Kant 1964, 723f.). U.a. bei der Blickerziehung wird freilich deutlich, daß das prinzipiell Männern wie Frauen zugesprochene Recht auf »Freimütigkeit des Betragens« in der Konkrektion recht ungleich ausfällt: Ein Blick, der beim Bürger als frei und offen gilt, heißt bei der Bürgerin bereits »frech«; auch wenn sie, wie der Mann, durchaus »ein gewisses Selbstgefühl« zeigen, nicht »scheu und schüchtern« sein soll, hat sie doch gleichzeitig in Mimik, Gestik und Stimme »ergeben und sanft« zu erscheinen. (Vgl. Siede 1797b, 20 u. 29-32)
- 3 Wie sehr dem aufgeklärten Bewußtsein damals Unterwerfungsrituale zum Problem geworden sind, dokumentiert auch Joachim Heinrich Campes Defoe-Bearbeitung »Robinson der Jüngere (Erstauflage 1779). Beide Versionen enthalten die Szene, in der Freitag sich nach seiner Rettung durch Robinson vor diesem zu Boden wirft und dessen Fuß auf seinen Kopf stellt. Defoes Robinson akzeptiert die ihm angebotene Herrenrolle als selbstverständlich: »Ich begriff das meiste, was er sagen wollte, und gab ihm zu verstehen, daß ich mit ihm sehr zufrieden wäre.« (223) Campes Robinson jedoch wird die sklavische Geste Freitags — auch wenn er sie letztlich annimmt — zum Problem und damit zum Gegenstand einer auch sprachlich verschachtelten Reflexion: »Robinsons Herz, welches die Freude über einen so lange gewünschten Gesellschafter und Freund kaum fassen konnte, hätte sich lieber durch Liebkosungen und zärtliche Umarmungen ergossen; aber der Gedanke, daß es zu seiner eigenen Sicherheit gut sey, den neuen Gastfreund, dessen Gemüthsart er noch nicht kannte, eine Zeitlang in den Schranken einer ehrerbietigen Unterwerfung zu halten, bewog ihn, die Huldigung desselben, als etwas, welches ihm gebührte, anzunehmen, und eine Zeitlang den König mit ihm zu spielen.« (Campe 1781, 59)
- 4 Die Vorstöße zur Abschaffung des Hutziehens setzten sich im 19. Jahrhundert fort. Vgl. Bausinger 1987, 121-143.
- 5 »Auf der Straße sehr schnell zu gehen, ist ein Merkmal von Pöbelhaftigkeit«, heißt es in einem Anstandsbuch von 1799, »da es eine Ueberladung der Geschäfte zu erkennen giebt. Es kann einem Handwerksmann und Krämer sehr wohl anstehen, aber stimmt nicht mit dem Charakter eines Mannes von Stande oder von feiner Lebensart überein.« (Trusler 1799, 121)
- 6 Damit ist nicht gesagt, daß die Straßenkultur der Zeit insgesamt eine Männerkultur war: Als Höckerinnen, Lastenträgerinnen, Dienstmädchen, Prostituierte sind damals viele Frauen unterwegs. Vgl. zu dieser Frauenpräsenz in der Öffentlichkeit und ihrer allmählichen Zurückdrängung Schmidt-Linsenhoff 1989a.
- 7 Auch die promenierende Bürgerin hatte aber das Arbeitskörbchen oder den Arbeitsbeutel als Zeichen ihrer fraulichen Pflichten bei sich zu tragen — und wenn man sich in Parks und Alleen dann niedersetzt und die Herren Konversation machen, holen die Frauen oft auch wirklich eine Handarbeit hervor.
- 8 Ich interpretiere diese Wortmeldung damit anders als Almut Junker (in: Schmidt-Linsenhoff 1989), die ebenfalls Ausschnitte aus dem hier zitierten, längeren Artikel zitiert und dann kommentiert: »Der Korrespondent sagt es zwar nicht ausdrücklich, meint es aber: Stöckelschuhe sind für Frauen die bessere Fußbekleidung.« (Vgl. ebd., 532 und 565f.)
- 9 »Despotismus der Begierden« ist u.a. ein Kantscher Begriff. — Interessant ist in diesem Zusammenhang der im späten 18. Jahrhundert geführte Streit darüber, inwieweit das mit einer gewissen Anstrengung verbundene Aufrechtsein dem Menschen »natürlich« sei. In einer 1770 gehaltenen Rede »Von dem körperlichen wesentlichen Unterschiede zwischen der Structur der Thiere und der Menschen« (dt. 1771) vertrat der italienische Anatom Pietro Moscati die außenseiterische Ansicht, die aufrechte Stellung des Menschen entspreche keineswegs seiner Physis, sondern sei lediglich ein Lernergebnis, das nicht nur unbequem, sondern auch in hohem Maße ungesund sei: Der Fötus bekomme so eine schädliche Kopflage, die zu Krankheiten wie Hirnschlag, Kopfweh usw. disponiere; das Herz gerate in eine Hängelage, die die Blutgefäße verlängere, das Herz auf das Zwerchfell drücke und Herzklopfen, Engbrüstigkeit, Brustwassersucht, Lungenentzündung

begünstige; die durch die senkrechte Haltung herabgezogenen Eingeweide neigten zu Hämorrhoiden, Fisteln, Geschwülsten usw. — »und alles dieses bloß zur metaphysischen Zierde, uns aufrecht zu halten; und wegen des eingeübten Verdienstes, uns, um einige Handbreit mehr, über die Erde erhaben zu haben« (ebd., 49). Moscatis Theorie, die der »Krone der Schöpfung« eine erhebliche narzißtische Kränkung zumutete, stieß bei zeitgenössischen Ärzten und Körpererziehern auf heftigen Widerspruch. Kant bezeichnet in einer Rezension Moscatis dessen Analyse als paradox scheinend, aber scharfsinnig und fügt der ansonsten kommentarlosen Wiedergabe der Beweisführung Moscatis lediglich die Bemerkung hinzu, daß der Mensch eben für die Gesellschaft bestimmt sei und daher zweifüßig sein müsse — »wodurch er auf einer Seite unendlich viel über die Tiere gewinnt, aber auch mit den Ungemächlichkeiten vorlieb nehmen muß, die ihm daraus entspringen, daß er sein Haupt über seine alten Kameraden so stolz erhaben hat.« (Kant, Werke XII, 1964, 769)

- 10 Vgl. Vieth (T.2 1795, 175 u. T.3 1818, 92). — Vgl. zum ganzen Komplex die eingehende Darstellung bei Gaulhofer (1930, 161-184).

Literaturverzeichnis

- Aries, Ph. 1975: Geschichte der Kindheit. München, Wien
- Arndt, E.M., 1804: Reisen durch einen Theil Teutschlands, Ungarns, Italiens und Frankreichs in den Jahren 1798 und 1799. Leipzig
- Bahrdt, C.F., 1789: Handbuch der Moral für den Bürgerstand. Halle
- Barta, Ilsebill, 1987: Der disziplinierte Körper. Bürgerliche Körpersprache und ihre geschlechtsspezifische Differenzierung am Ende des 18. Jahrhunderts. In: Dies., u.a. (Hrsg.), Frauen — Bilder — Männer — Mythen. Kunsthistorische Beiträge. West-Berlin
- Bausinger, H., 1987: Bürgerlichkeit und Kultur. In: J. Kocka, Hrsg., Bürger und Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Göttingen
- Bernett, H., 1960: Die pädagogische Neugestaltung der bürgerlichen Leibesübungen durch die Philanthropen. Schorndorf
- Bloch, E., 1959: Das Prinzip Hoffnung. 2 Bde., Frankfurt/M.
- Bloch, E., 1961: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt/M.
- Campe, J.H.: Robinson der Jüngere, zur angenehmen und nützlichen Unterhaltung für Kinder. Frankfurt/M., Leipzig
- Defoe, D., o.J.: Robinson Crusoe. Aus dem Englischen von F. Riederer, München
- Duttenhofer, M.C.Fr., 1787: Freymüthige Untersuchungen über Pietismus und Orthodoxie. Halle
- Engel, J.J., 1804: Ideen zu einer Mimik. T.1. Reutlingen
- Forster, G., 1898: Briefe und Tagebücher von seiner Reise am Niederrhein, in England und Frankreich im Frühjahr 1790. Hrsg. von A. Leitzmann, Halle
- Foucault, M., 1976: Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt/M.
- Gaulhofer, K., 1930: Die Fußhaltung. Ein Beitrag zur Stilgeschichte der menschlichen Bewegung. Kassel
- Göring, (Hrsg.), 1880: J.B. Basedow's ausgewählte Schriften. Langensalza
- GuthsMuths, J.C.F., 1793: Gymnastik für die Jugend. Frankfurt/M. 1970
- GuthsMuths, J.C.F., 1817: Turnbuch für die Söhne des Vaterlandes. Frankfurt/M.
- Hegel, G.W.F., o.J.: Ästhetik, Bd.2 hrsg. v. F. Bassenge, Frankfurt/M.
- Henke, W., 1892: Die aufrechte Haltung des Menschen im Stehen und Gehen. In: Ders., Vorträge über Plastik, Mimik und Drama.
- Jahn, F.L./E. Eiselen, 1816: Die Deutsche Turnkunst. Berlin
- Journal des Luxus und der Moden (zit. *Journal*)
- Kant, I., 1784: Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? Werke XI. Frankfurt/M. 1964
- Kant, I., 1793: Über Pädagogik. In: Werke XII. Frankfurt/M. 1964
- Kraushaar, L., 1804: Anwendung der moralischen Klugkeitslehre auf das Betrachten in der Gesellschaft. Gießen u. Darmstadt
- Maurer-Schmoock, S., 1982: Deutsches Theater im 18. Jahrhundert. Tübingen
- Moscati, P., 1771: Von dem körperlichen wesentlichen Unterschiede zwischen der Structur der Thiere und der Menschen. Göttingen

- Nicolai, C., 1818: Ueber Selbstkunde, Menschenkenntnis und den Umgang mit Menschen. T.2, Quedlinburg u. Leipzig
- Nicolai, F., 1785: Beschreibung einer Reise durch Deutschland und die Schweiz, im Jahre 1781. Bd.5, Berlin u. Stettin
- Pestalozzi, J.H., 1807: Ueber Körperbildung als Einleitung auf den Versuch einer Elementargymnastik, in einer Reihenfolge körperlicher Übungen. Neu hrsg. v. H. Meusel, Frankfurt/M. 1973
- Peters K., 1962: G.U.A. Vieth. Der Werdegang eines Jeverländers zum bedeutenden Schulmann und Turnpädagogen. Jever
- Pockels, C.F., 1813: Ueber Gesellschaft, Geselligkeit und Umgang. Bd.1, Hannover
- Reisen der Salzmannischen Zöglinge. Bd.2, Leipzig 1786
- Riesbeck, J.C., 1784: Briefe eines reisenden Franzosen über Deutschland an seinen Bruder zu Paris. Bd.1, o.O.
- Schopenhauer, J., 1958: Jugendleben und Wanderbilder. Barmstedt
- Schmidt-Linsenhoff, V., (Hrsg.), 1989: Sklavinnen oder Bürgerinnen? Französische Revolution und Neue Weiblichkeit 1760-1830. Frankfurt/M.
- Schmidt-Linsenhoff, V., 1989a: Öffentlichkeit — Markt und Promenade. In: Dies., (Hrsg.), 684-694
- Schmidt-Linsenhoff, V., 1989b: Wollust und »Seelenliebe«. In: Dies., (Hrsg.), 750-755
- Seume, J.G., 1965: Mein Sommer 1805. In: Seumes Werke in zwei Bänden, Berlin u. Weimar
- Schreber, D.G.M., 1839: Das Buch der Gesundheit. Eine Orthobiotik nach den Gesetzen der Natur und dem Bau des menschlichen Organismus. Leipzig
- Schreber, M., 1858: Kallipädie oder Erziehung zur Schönheit. Leipzig
- Siede, C., 1797a: Versuch eines Leitfadens für Anstand, Solidität und männliche Schönheit. Dessau
- Siede, C., 1797b: Versuch eines Leitfadens für Anstand, Solidität, Reiz, Grazie und weibliche Schönheit. Dessau
- Struve, Ch.A., 1803: Ueber Erziehung und Behandlung der Kinder in den ersten Lebensjahren. Ein Handbuch für alle Mütter, denen die Gesundheit ihrer Kinder am Herzen liegt. Hannover
- Tischbein, W., 1922: Aus meinem Leben. Hrsg. von L. Brieger, Berlin
- Trusler, J., 1799: Anfangsgründe der feinen Lebensart und Weltkenntniß, zum Unterricht für die Jugend beiderlei Geschlechts, auch zur Beherzigung für Erwachsene. Berlin
- Vieth, G.U.A., 1970: Versuch einer Encyclopädie der Leibesübungen. Frankfurt/M. (3 Teile, T.1 u. T.2, Berlin 1794/1795, T.3, Leipzig 1818)
- Warneken, B.J., 1989: Bürgerliche Gehkultur in der Epoche der Französischen Revolution. Zs. f. *Volkskunde*, 85. Jg.
- Zolligkofer, G.J., 1784: Predigten über die Würde des Menschen und den Werth der vornehmsten Dinge, die zur menschlichen Glückseligkeit gehören, oder dazu gerechnet werden. Bd.1, Leipzig

Weitere Beiträge zum Themenschwerpunkt

- Georg Auernheimer: Kulturelle Identität — ein gegenauflärerischer Mythos? *Argument* 175 (1989)
- Rolf Hanusch: Fragmentierte Identität. Welchen Sinn hat es noch, von der Identitätsbildung Jugendlicher zu reden? *Argument* 168 (1988)
- Rainer Zoll: »Nicht so wie unsere Eltern«. Hypothese eines neuen kulturellen Modells. *Argument* 168 (1988)
- Wolfgang Fritz Haug: Gramsci und die Politik des Kulturellen. *Argument* 167 (1988)
- Christiane Tillner: Horror-Videos. *Argument* 160 (1968)
- Eckard Holler: Soziokultur als Gegenkonzept zur etablierten Elitekultur? *Argument* 151 (1985)
- Jutta Brückner: Seh-Verhältnisse. Über Fernsehen, Neue Medien und unsere Erfahrung mit dem, was »wirklich« ist. *Argument* 150 (1985)
- Georg Bollenbeck: Vom Nutzen eines weiten Kulturbegriffs für eine Gegenstandsbestimmung der Literaturwissenschaft. *Argument* 144 (1984)
- Jochen Zimmer: Jugendkulturen und Jugendstile. *Argument* 139 (1983)
- Projekt Frauen, Kunst und Kultur: Zum Nutzen eines kritischen Kulturbegriffs. *Argument* 138 (1983)

Wolfgang Fritz Haug

Marktsozialismus?

Vorfragen zum »ökonomischen Mechanismus« eines demokratischen Sozialismus

Vorbemerkung: »Sozialismus am Ende? ... erst am Anfang!« — dieser Titel war vorgegeben von einem Kongreß der Jungsozialisten (Köln, Dezember 1989), zu dessen Einleitung dieses Referat gehalten worden ist. Index einer Revolution ist die Schnelligkeit, mit der die Positionen sich verschieben. Insofern sind auch die im folgenden besprochenen relativ zufällig ausgewählten Texte schon wieder Geschichte, mit freilich unerledigten Fragen. In einer Erklärung vom 12. Januar 1990 (dokumentiert in: TAZ, 17.1.) hat Rainer Land inzwischen das Scheitern der damaligen Reformhoffnungen erklärt. Wenn nun kritisiert wird, so nicht vom Standpunkt des Besserwissens, sondern als Mitsprache bei der Suche und zur Anknüpfung einer Diskussion.

WFH 18.1.90

So einfach kriegen wir es nicht, daß es genügen würde, auf die Frage *Sozialismus am Ende?* mit einem trotzigem *Erst am Anfang!* zu antworten. Zuerst gilt es wahrzunehmen, was tatsächlich am Ende ist. Unser Bewußtsein ist konservativ. Aber wir wollen nicht die ewige Nachhut sein, hinterherhinkend selbst noch hinter der so lange hinterherhinkenden SED. In einem deutschen Staat, der Sozialismus zu verwirklichen beansprucht hat, findet eine demokratische Revolution statt. Für uns heißt das: Heraus aus Denkgewohnheiten! Auch wir waren »eingemauert«, im Stellungskrieg eingefroren, vielfach durchkreuzt und blockiert. Jetzt sind die Fronten in Bewegung, wie da nicht das Denken?

Heute ist es angebracht, sorgfältig darauf zu achten, wie sich neue sozialistische Orientierungen in der DDR artikulieren. Unabhängig von Sieg oder Niederlage können sie Hinweise auf die historische Tendenz geben. In einem Papier von Rainer Land, das mit »November 1989« datiert ist (in diesen schnellen Tagen müßte man mit dem Tag datieren, allein der Monat November 1989 umfaßte mehrere Einschnitte), heißt es: »Wir erleben eine geschichtsbildende Situation, in der echte und umfassende Alternativen bestehen«, und in der DDR bestehe »ein Freiraum für die Neugestaltung der gesellschaftlichen ... Subsysteme ..., ein noch offener Raum«. Ist er schon wieder zu? Land sagte voraus, daß diese »geschichtsbildende Lage vielleicht fünf bis zehn Wochen, vielleicht länger dauern« wird. Jetzt jedenfalls »fallen die Grundentscheidungen«. »Daher geht ein fast hektischer Kampf um Ideen, Konzepte und Einfluß auf Ideenproduzenten«. »Marxisten, Sozialisten und Kommunisten, die meinen, sie hätten a priori dabei mehr zu sagen als andere, werden noch in der Phase der Entrüstung von der Volksbewegung hinweggefegt.«

Im Zentrum solcher Kämpfe steht die Frage nach dem Sozialismus. Viele suchen heute bereits nach Umschreibungen, weil das Wort zu einer Zielscheibe der Enttäuschung, ja des Hasses geworden ist, und alle Linken ringen um eine neue Bestimmung seines Gehalts. Land sagt von sich, daß er etwa seit einem Jahr »wieder eine halbwegs bestimmte Antwort« für sich gefunden hat. Und zwar ist Sozialismus für ihn »eine Gesellschaft, deren Entwicklungsrichtungen im

materiell-gegenständlichen Bereich, in der Arbeit, der Lebensumwelt, dem Konsum, Raum für die Entwicklung der Individuen erzeugen«. Es ist nicht ganz klar, ob er *aller* Individuen meint. Anders klänge das nach Reagans »Chancen-Gesellschaft«. Erkennbar sucht er den kapitalistischen Westen in einer seiner stärksten Anziehungskräfte zu übertreffen: der Existenz von Freiräumen für individuelle Entfaltung. Das heißt für Land, daß die »Dominanz« von Staat und Wirtschaft »gegenüber den lebensweltlichen Bedürfnissen und Interessen der Individuen« ausgeschlossen gehört. Auch wenn er zum Beispiel als eines der ökonomischen Handlungsziele *Gewinne* bejaht, als »disponible Handlungsreserven«, geht es ihm doch um Überprüfung des materialen »Rentabilitätskalküls«, ja um ein »neues Rationalitätsverständnis« schlechthin. Die Materialität dieses neuen Verständnisses ist in den Machtstrukturen zu suchen. Die in »Basisassoziationen formierten Interessen« müssen in die »bürokratisch organisierten Nicht-Basis-Mächte« eingebracht werden können. »Wirken der Bürgerinitiative bloß in der Öffentlichkeit reicht nicht.« »Eine sozialistische Wirtschaft ist eine, die durch ein öffentlich-demokratisches Kommunikationssystem reguliert und gestaltet wird.«

So denkend, sieht er »sozialistische« Tendenzen im Kapitalismus »hervorschauen«. Zugleich versteht er so, wie und warum der staatssozialistische Weg, auch wo er von ideellen Prämissen ausging, sich »in sein Gegenteil verkehrt hat« — und diese Einsicht richtet sich kritisch zurück bis auf Marx: Der »ursprüngliche ... kommunistische Gesellschaftsansatz«, der »Unmittelbarkeitskommunismus«, »die bloße Unmittelbarkeit ohne Geld, Staat, Recht, Politik, Gewinn, ... hat sich in der Unmittelbarkeit stalinistischer Machtausübung ad absurdum geführt«. Nicht Abschaffung, sondern »Reformation dieser Mächte« heißt demnach die Parole. Mir scheint, das zieht Habermas ins Praktische und Radikalere: nicht Verteidigung, sondern Dominanz der »Lebenswelt« bzw., nicht so nebulös, der Individuen und ihrer Basis-Organisationen, was viel konkreter ist. So versucht Land, die Notwendigkeit des Sozialismus *umfassend*, d.h. die kapitalistischen Gesellschaften mitumfassend zu formulieren.

Zur Diskussion dieser Gedanken ziehe ich zwei Plattformen heran: 1) eine Plattform der Forschungsgruppe »Grundlagen für einen modernen Sozialismus« (zu der außer Brie u.a. auch Land gehört), worin diese Ende November ihre Ansprüche an den außerordentlichen Parteitag der SED formuliert hat.¹ 2) zu gelegentlichem Kontrast die »Böhlener Plattform« der »Initiative für eine Vereinigte Linke« (von Anfang September 1989). — Die Plattform der Brie-Gruppe, die den Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm mitgeprägt hat, gliedert sich folgendermaßen: 1) Für eine Kulturgesellschaft; 2) Für eine moderne Demokratie; 3) Für eine moderne Wirtschaft. Wie man sieht — die Kategorie »modern« muß viel tragen. »Ein moderner Sozialismus verlangt eine moderne sozialistische Partei«, heißt es. Ich habe mich sogar gefragt, ob die unter dem Namen »Projekt Moderner Sozialismus« (PMS) arbeitende Jungsozialistengruppe² mit der Brie-Gruppe Kontakt gehabt hat. Der für beide Gruppen als Schlüsselbegriff fungierende Titel eines »modernen Sozialismus« ist merkwürdig inhaltsleer, allenfalls scheint er anzudeuten, hier werde trotzig gegen die Ideologie der Postmoderne angesprochen. Der zweite Begriff des PMS, »entwickelter Sozialis-

mus«, findet sich in den Programmüberlegungen aus der DDR-Revolution deshalb nicht, weil er in der Breschnew-Ära blamiert worden ist.

Nun zur Plattform der Brie-Gruppe. Sie beginnt mit einer klaren Aussage über das Scheitern des bisherigen Systems, und der Programmentwurf der SED/PDS im Umbruch beginnt mit denselben Worten: »Der staatlich-administrative, in allen Bereichen bürokratische Sozialismus ist als Gesellschaftssystem auch in unserem Lande endgültig gescheitert.« Die Erfahrung hat gezeigt, daß die »Befehls- und Verteilungswirtschaft, die administrative Unterordnung der Wirtschaftseinheiten unter zentrale Staatsapparate ... Entwicklungsunfähigkeit« produziert.

Vielleicht sollten wir hier unterbrechen und uns kurz darüber verständigen, daß mit dem Scheitern im Osten eines im Westen einhergehend, das, bei aller Unterschiedenheit, mit jenem zusammengedacht werden muß, um die sozialismogeschichtliche Relevanz denken zu können. Ich meine einen ganzen Komplex von Erscheinungen, wie die Krise des Sozialkeynesianismus, den Niedergang des staatlichen Wirtschaftssektors etwa in Österreich, den Zusammenbruch der Gemeinwirtschaft bis zum jüngsten Coop-Skandal, mit Begleiterscheinungen von Korruption und Feudalverhalten an der Spitze. Doch schieben wir es nicht allein auf die Oberen! Der *Filz* ist keine Metapher für den Zustand bloß einer Spitze. Dem unterliegt ein sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Korporatismus, der, wiederum bei aller Unterschiedenheit, im autoritären Staatssozialismus seine Entsprechung besaß. Ich verfolge dieses Thema nicht weiter, melde es aber an.

Hören wir die Brie-Gruppe: »Eine neue Identität kann die DDR nur auf einem dritten Weg entwickeln.« — Dieser Begriff, bereits totgesagt und beerdigt, taucht nun also wieder auf. »Weltweit steht ein alternativer, dritter Weg auf der Tagesordnung. Die Volksbewegung der letzten Monate hat die Chance eröffnet, in der DDR diesen dritten Weg einzuschlagen.« (Brie u.a., ebd.) Die Hoffnung, die sich hier ausspricht, ist vierzehn Tage später schon erschüttert durch das Anschwellen eines nationalen (und teilweise sogar ins Nationalistische und Rassistische gleitenden) und alles Sozialistische ablehnenden Rechtstrends in der Grundstimmung der Gesellschaft, aber für die Suche nach einer Alternative hat der Begriff eine Schlüsselfunktion.

Wie wird dieser Dritte Weg begriffen? Sagen wir es gleich: Auf der Landkarte der Zivilgesellschaft ist er deutlich und gangbar eingezeichnet: Menschen- und Bürgerrechte, politische Bewegungsformen einer *pluralen* und *multikulturellen* Gesellschaft, vierfache Gewaltenteilung — zu den klassisch-bürgerlichen die vierte Gewalt der Öffentlichkeits-Medien hinzunehmend, nicht zuletzt die Struktur und Existenzweise der angestrebten »modernen sozialistischen Partei« als voll vereinbar mit dem politischen Pluralismus einer freigesetzten Zivilgesellschaft, diese sozusagen zur Richtschnur der inneren Verhältnisse nehmend. Das ist alles richtig. In diesem Sinn hat Volker Braun im ND (8.12.) geschrieben: »Wie der Blinde zur Ohrfeige« kommt die Partei zu ungeheurer Freiheit. »Denn das macht auch die Partei frei, macht sie erst zur *Partei*: daß sie dem Absolutismus entsagt, in ihrem Organisationsprinzip wie in der Beziehung zum Staat. Die Macht zu sichern, indem sie sie der Partei sicherten, das war der säkulare Irrtum

der Kommunisten. « Ein neues Selbstverständnis findet die Partei nur »im Zusammenhang mit dem ganzen Aufbegehren, der plötzlichen Vielfalt politischer Organisationen, worin sozialistischer Geist zur Verwirklichung drängt.«

Der Hauptakzent der Plattform liegt auf dem Entwurf einer radikaldemokratischen politischen Kultur unter sozialistischen Bedingungen, zum Teil auch erst einmal auf der Ausbildung eines demokratisch-sozialistischen Diskurses, der einer konkreten Programmatik und gar Politik vorausgeht. Die Schwäche kommt zutage, wo es um die *Wirtschaft* geht. Man weiß, was man nicht wollen kann. Aber was will man, und zwar realistisch, so daß man es auch wirklich erreichen könnte? Desiderat: »ein innovations- und lernfähiges Wirtschaftssystem, das sich ständig selbst erneuert ... und autonom nutzbare Entwicklungsmöglichkeiten für alle sichert« (Brie u.a., ebd.). Für die neue Ordnung ist »universeller Wettbewerb« bei »Differenzierung der Eigentumsformen« vorgesehen. Die allgemeine Formel für die Kompetenzenverteilung lautet: »sowenig Entscheidungen wie nötig zentral und soviel wie möglich auf der Ebene der unmittelbaren Produktion«. Die Struktur, von der dies erwartet wird, ist der *Markt*. »Voraussetzung dafür ist die Anerkennung des Geldes, über das die Koordinierung und Steuerung wirtschaftlicher Prozesse erfolgen kann, ohne die Selbständigkeit der Wirtschaft und der Wirtschaftseinheiten zu untergraben.« (Ebd.) Dies wiederum verlangt die »Konvertibilität« der Währung. Wiederum ist das nur ein anderer Ausdruck für die ökonomische Integration »in die europäischen und weltwirtschaftlichen Zusammenhänge bzw. deren Institutionen«. All das läuft hinaus, immer noch in der Sicht der Gruppe, auf die »Internationalisierung des Waren-, Geld-, Kapital- und Arbeitskräfteverkehrs«. So sieht die Brie-Gruppe für die Kombinate keine andere Zukunft als die »Umwandlung der Staatsbetriebe in Wirtschaftsgesellschaften mit Beteiligung am internationalen Kapital- und Aktienverkehr«.

Zum Vergleich ziehe ich die »Böhlener Plattform« heran, die links davon Position bezieht und noch in der Illegalität formuliert ist. Sie setzt das Sozialistische beim Verhältnis von Arbeit und Eigentum an. Ihr alternativer Vorschlag basiert auf der »eigenen freien Arbeit des einzelnen als Grundlage seiner Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum«. Dies beinhaltet: 1) die »freie Entfaltung von Genossenschaften und Privateigentum auf der Grundlage eigener Arbeit«; 2) negativ das »Verbot der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen (Aneignung fremder Arbeit), insbesondere Verbot monopolbürokratischer Lohnarbeit, kapitalistischer Lohnarbeit (auch in privaten Kapitalgesellschaften); 3) setzt dies alles »öffentliches Eigentum an den Haupt-Produktionsmitteln« voraus; 4) auf dieser Grundlage soll betriebliche Selbstverwaltung eingeführt werden; 5) bezogen auf unterschiedliche Betriebsformen soll die »Eigenfinanzierung der Wirtschaftssubjekte mit Rentabilitätswang« gelten; 6) der Staat beschränkt sich auf »makroökonomische Wirtschaftssteuerung«, und die Planumsetzung soll mittels »Wirtschaftsverträgen mit Vorzugsbedingungen sowie mit ökonomischen Hebeln, wie Abgabe- und Zuschußpräferenzen, Krediten, Preisen, Zöllen usw.« erfolgen. All dies setzt voraus, daß die Staatsgrenze die Funktion erhält, diesen Wirtschaftstyp vor den Weltmarkteinwirkungen zu schützen, und der Staat, Lohnarbeit zu verbieten.³

Im Gegensatz dazu geht die Brie-Gruppe davon aus, daß die Staatsgrenze nicht länger als Grenze zwischen zwei ökonomischen Logiken dienen kann und soll, und ich kann nicht umhin, in dieser notgeborenen Rückzugsposition die derzeitige Wirtschaftspolitik der Regierung von Hans Modrow wiederzuerkennen. Der harte wirtschaftspolitische Kern der Plattform besteht in der daraus folgenden weitgehenden Integration in den kapitalistischen Weltmarkt. Freilich pflegen Programme, auch in unseren Breiten, die Härten gefällig zu verpacken, und so folgt auch hier auf das Harte das wohlgemeint Weiche: Jene Liberalisierung der Kapital- und Arbeitskräfte-Märkte soll »auf eine demokratisch gestaltete und öffentlich kontrollierte Weise« erfolgen, »die auf eine progressive Lösung globaler Entwicklungsprobleme der Wirtschafts- und Lebensweisen gerichtet ist.« Ziel: ein »System der Wirtschafts- und Lebensweise«, das den »ökologischen und sozialen Umbau der Industrie, der Landwirtschaft und der Lebenswelten« ermöglicht.

Herrscht hier der Additiv von Wünschbarkeiten, und werden schöne Eigenschaften einfach angehängt? »Wir benötigen eine grundsätzliche kulturelle Alternative zu den Lebensweisen bisheriger Industrie- und Männergesellschaften.« »Ein solches System muß jedem Individuum ermöglichen, Einfluß auf die Gestaltung seiner Arbeits- und Lebensumwelt zu nehmen und seine eigene Lebensweise und Kultur zu entwickeln. Es umfaßt darüber hinaus auch den Aufbau eines sozialen Netzes, das dem Sinn solidarischer Gemeinschaftlichkeit verpflichtet ist.« Angesichts der durch den Transnationalen Kapitalismus geprägten globalen Vereinheitlichungstendenzen kapitalistischer Massenkultur zu versprechen, daß jedes Individuum etwas kriegt, was nicht mal mehr ganze Länder kriegen, nämlich »seine eigene Lebensweise und Kultur zu entwickeln«, klingt im schlechten Sinn utopisch. Wäre die Lage bereits so hoffnungslos, daß nur ein rhetorischer Sozialismus der Werte, über einem Kapitalismus der Verwertung schwebend, übrigbliebe? Das wäre die moralische Bemäntelung der Handlungsunfähigkeit, *impuissance, mise en action*, wie Karl Marx gespottet hat. Um dies zu vermeiden, zielt die Plattform auf »Demokratisierung wirtschaftlicher Macht«, und zwar durch, wie es heißt, »weitgehende Selbstbestimmung der Arbeitskollektive über ihre Arbeitsorganisation und -gestaltung, über die Nutzung ihrer Fonds und die Verteilung des kollektiv erwirtschafteten Einkommens«. Dies setzt aber die Grundlage gesellschaftlichen Eigentums voraus, und die Gruppe erörtert nicht den Widerspruch zu ihren notgeborenen kapitalmarktpolitischen Optionen. Sie setzt auf »ein demokratisches System von Interessenvertretungen und Öffentlichkeiten« mit Einfluß und Kontrollmöglichkeiten auf betrieblicher und staatlicher Ebene, damit »die Regulierung der Wirtschaft nicht allein Marktmechanismen und Planungsapparaten überlassen« bleibt.

Wer mit dem Kapital aus einer Schüssel essen will, der braucht einen großen radikaldemokratischen Löffel. Es hilft nichts, wir müssen theoretische Fragen auf unsere Tagesordnung setzen, die es erlauben, die Frage nach dem ökonomischen Mechanismus schärfer zu stellen. Nicht zuletzt sind »Markt« und »Eigentum« neu zu denken, was zur selbstkritischen Überprüfung marxistischen Denkens auch im Westen führt.

* * *

Marx hat einmal von »Faulheitskonkurrenz« (MEW 4, 103) gesprochen, die ausbricht, sobald es an einem ökonomischen Mechanismus fehlt, der die Möglichkeit bietet, »Wert« im Sinne des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsminimums festzustellen (MEW 4, 95). Es ist, als hätte er Erscheinungen vorausgeahnt, die das »befehlsadministrative System« heimsuchen, wie Gorbatschow das um die zentralistische — und mit Kommandogewalt über die persönlichen und sachlichen Ressourcen der Gesellschaft und ihre Umwelt disponierende — Planwirtschaft aufgebaute System nennt. Zum nunmehr welthistorischen Scheitern dieses Systems hat beigetragen, daß es keinen funktionierenden Mechanismus der Ökonomisierung hat entwickeln können. Trotz der Ware-Geld-Beziehungen hat man es deshalb auch als eine Naturalwirtschaft von oben bezeichnet.

Was die Stellung der unmittelbaren Produzenten angeht, so ist sie durch *Subalternität* geprägt sowie durch die *Trennung* von der Verfügung über die Produktionsmittel, über den Einsatz der eigenen Arbeitskraft und über die Produkte. Gorbatschow faßt dies zusammen unter dem Begriff der staatssozialistischen *Entfremdung* des Arbeiters. Die Arbeiter reagieren auf Subalternität und Entfremdung massenhaft mit Apathie. Es ist, als wollten sie den Satz des jungen Marx wahrmachen, daß die Arbeiter sich unter Bedingungen der Entfremdung in der Arbeit außer sich und nur außer der Arbeit (zumindest der formellen) bei sich fühlen. Ihre Energien investieren sie teils ins Private, teils ins Schattenwirtschaftliche. Aufhebung dieser Entfremdung bestimmt daher die Zielvorstellung der Perestrojka. Die Individuen und ihre Basisassoziationen sollen in gesellschaftliche Subjektpositionen eingesetzt werden. Die Position produktiver Subjekte verknüpft strategisch Leistung und Aneignung. Die Regel »jedem nach seiner Leistung« bedeutet zugleich die Realisierung der Eigentümerfunktion. Wenn Eigentum nicht mit Aneignung verbunden ist, verliert es seinen Sinn, dann werden auch sozialistische Eigentumsverhältnisse sinnlos, und die Triebkräfte der Produktionsverhältnisse im Sozialismus erlahmen.

Das Staatseigentum wird daher von bestimmten sowjetischen Theoretikern heute als bloß formelle Subsumtion der Produktionsmittel unter die Gesellschaft gedacht, und die Aufgabe der Umgestaltung bestünde im *Übergang von der bloß formellen zur realen gesellschaftlichen Subsumtion des Produktiveigentums*. Es wird begriffen, daß eine reelle gesellschaftliche Subsumtion eine wäre, welche die Individuen in strategische Positionen brächte.⁴

Aufmerksam gemacht durch solche Diskussionen, habe ich zu meiner Überraschung entdeckt, daß Marx an prominentester Stelle im *Kapital*, die ich früher achtlos überlesen hatte, die Zielperspektive der Aufhebung des Kapitalismus als *Wiederherstellung des individuellen Eigentums* formuliert, wohlgemerkt nicht des *privaten*, sondern des *individuellen* Eigentums auf Grundlage »der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel« (MEW 23, 791).

Der Zusammenhang der individuellen Verwirklichung des Gemeineigentums verweist aber — anders, als Marx sich das wohl vorgestellt hat — auf den *Markt*, und wir müssen noch einmal in die Beratung darüber eintreten, wie wir, zumal im Anschluß an Marx, den Markt denken.

* * *

In der durch die Perestrojka angestoßenen sowjetischen Diskussion mischen sich idealisierende Vorstellungen von einer Art Ewigkeit des Marktes⁵ mit historisch haltbaren Gedanken wie dem, daß es »Markt« in einer ganzen Reihe von Gesellschaftsformen gegeben hat. Wir folgern daraus, mit der Kategorie »Markt« differenzierter als bisher umzugehen. Gewisse Prozeduren, »Verkehrsformen«, mögen formal vergleichbar sein, ebenso ein Grundmechanismus; aber deren konkrete Bedeutung ergibt sich daraus, wie ein »Markt« in eine soziale Gliederung eingelassen ist, welche Akteure in welchen Kräfteverhältnissen an ihm operieren.

Von Marx haben wir gelernt, den Markt als eine Praxisform zu verstehen, die den ökonomischen Akteuren die gesellschaftlichen Charaktere ihrer Arbeit in dingliche Charaktere ihrer Produkte verkehrt. Lukács hat im Anschluß hieran seine Verdinglichungsthese entwickelt. Noch 1989 konnte die Projektgruppe der Jungsozialisten schreiben: »Die materielle Grundlage der bürgerlichen Hegemonie liegt im Fetischcharakter der Ware.« (PMS) Wie ein unerforschliches Schicksal wirft der Markt den Handelnden die Effekte ihrer Handlungen zurück.

Marx zielt in seiner *Kritik der politischen Ökonomie* auf eine »Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d.h. des materiellen Produktionsprozesses«, die »als Produkt frei vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht« (*Kapital I*, MEW 23, 94). Ist diese Perspektive durch das Scheitern der bisherigen staatssozialistischen Planwirtschaften als Illusion entlarvt? In einer Hinsicht sieht man sofort, daß dieses System ihr diametral entgegengesetzt ist: wo es befehlsadministrativ vergesellschaftet, unterstellt Marx »frei vergesellschaftete Menschen« als Akteure »bewußter planmäßiger Kontrolle« und »Gestaltung« ihrer eigenen gesellschaftlichen Lebensprozesse. Daß dies das Gegenteil jenes autoritären Sicherheitsstaates wäre, hat viele dazu bewegt, den autoritären Staatssozialismus kurzerhand als Nichtsozialismus zu bezeichnen. Er war zweifellos nicht das, was Marx als Sozialismus anstrebte, doch begreift schon das *Kommunistische Manifest* eine Vielzahl unterschiedlicher Sozialismen, darunter reaktionärer und despotischer Formen.

Was Marx gleichsam hinterrücks mit dem befehlsadministrativen Sozialismus verbindet, ist seine anscheinende Naivität in der Frage eines neuen ökonomischen Mechanismus, die freilich erst durch eine verkürzte und oft genug verfälschende Rezeption ihre verhängnisvolle Wirkung entfaltete. Eine Reihe linker Lesarten verstanden Marx sogar so, daß eine befreite Gesellschaft gar keine Ökonomie in irgendeinem Systemsinn mehr kennen würde, folglich auch keine einschlägige Wissenschaft. Mit solchen arglos »schönen« Utopien, die oft antistalinistisch gemeint waren, verhält es sich wie mit dem Bildnis des Dorian Gray: die korrespondierende Wirklichkeit ist desto ärger. Solche Utopien machten sich immer wieder an jener Stelle im ersten Kapitel des *Kapital* fest, wo Marx »einen Verein freier Menschen« fingiert, »die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten und ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben.« Das Produkt ist gesellschaftlich und muß auf unterschiedliche Fonds verteilt werden. Sibyllinisch heißt es bei Marx: »Die Art dieser Verteilung wird wechseln mit der besondern Art des gesellschaftlichen Produktionsorganismus selbst und der entsprechenden gesell-

schaftlichen Entwicklungshöhe der Produzenten.« (Ebd., 93) Niemand wird widersprechen. Aber die Frage des Wie bleibt völlig leer. Wie sollen denn nun die Hunderte von Millionen von Arbeitskräften der Sowjetunion »ihre vielen individuellen Arbeitskräfte selbstbewußt als eine gesellschaftliche Arbeitskraft verausgaben«? Soll man sich die konkrete Vergesellschaftung als Bewußtseinsfrage (oder Frage des Selbstbewußtseins) vorstellen? Dann wäre in dieser kategorialen *black box* die reale Problematik entnannt, und jede Verwirklichung würde unweigerlich immer wieder dazu führen, daß befugtes Sonderbewußtsein die Bewußtseine der vielen Unbefugten zur Exekution seiner Pläne anhält. Die Sache wird noch illusionärer, liest man folgenden Satz als Aussage über künftige empirische sozialistische Wirtschaftsformen: »Die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zu ihren Arbeiten und ihren Arbeitsprodukten bleiben hier durchsichtig einfach in der Produktion sowohl als in der Distribution.« (Ebd.) Man muß gerechterweise einräumen, daß die Kritik an derart arglosen Utopien nicht hauptsächlich Marx trifft, sondern eine verkürzte Rezeption, die den Umweg über die Gesamtheorie von Marx und über die seither gemachten Erfahrungen und die Erfahrungswissenschaften scheut. Im Abschnitt über den Fetischcharakter der Ware finden sich nur übervereinfachende Modelle kleiner vorkapitalistischer Warenproduktion. Die Annahmen haben nur die Funktion, das Terrain für eine Fragestellung zu erschließen. Auf einer allgemeinen Ebene und methodisch reflektiert gehandhabt bleiben die Aussagen von Marx richtig. Unter »Markt« läßt sich das mehr oder weniger verselbständigte System aufeinander wirkender Tauschakte verstehen, die formal freiwillig, nur »Sachzwängen« folgend vereinbart werden. Diese grobe Bestimmung deutet auf den Zusammenhang unterschiedlicher Systemeigenschaften: 1) der Markt funktioniert selbststeuernd, insofern aus vielen planlosen Akten Größen *resultieren*, die künftige Akte *regulierend* beeinflussen; 2) der Markt zwingt die Akteure »sachlich« und bei Androhung des ökonomischen Untergangs zur Anpassung an leistungsfähigere Konkurrenten; 3) Selbststeuerung und Sachzwang sind immer mit Krisen geladen, und man kriegt nicht die Rationalität ohne die Irrationalität des Marktes, die Effektivität nicht ohne die Entfremdung. Das Marktsystem als solches ist ebenso »inhuman« wie »antiökologisch«, die außermenschliche Natur findet sich hier ebenso instrumentalisiert wie die menschlichen Bedürfnisse. Wenn nun ganze Gesellschaften aus dem doppelt unerträglich gewordenen, weil Bevormundung mit relativer Unproduktivität verbindenden befehlsadministrativen Zwang zurückdrängen in den »stummen Zwang der ökonomischen Verhältnisse« (Marx), aus der Subsumtion unter den Staat in die Subsumtion unter das Kapital, so ist dies die Quittung für das Fehlen eines leistungsfähigen ökonomischen Mechanismus. Eine Gesellschaft, die ihren materiellen Lebensprozeß umweltverträglich und menschen dienlich zugleich gestalten will — und dies auf dem Niveau einer hochzivilisierten gesellschaftlichen Ausdifferenzierung —, bedarf eines komplexen Ensembles ökonomischer Mechanismen, politischer und »zivilgesellschaftlicher« Institutionen, von deren Zusammenspiel widerstreitende Effekte zu erwarten sind: 1) Freisetzung individueller und assoziierter Initiative; 2) Optimierung der gesellschaftlichen Allokation der Ressourcen als kontinuierlicher Prozeß der »Effektivierung«; 3) bewußte politische und demo-

kratisch legitimierte Kontrolle des Gesamtprozesses hinsichtlich seiner ökologischen Verträglichkeit und seiner Entwicklungsziele. Bei der Allokation zu optimieren: Die Zuordnung individueller *Fähigkeiten* im Rahmen der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und einer »Ökonomie der Zeit« zu Arbeitsmitteln und Naturressourcen in einer Weise, die dem System der Bedürfnisse gerecht wird, ohne die Naturgrundlage der menschlichen Existenz zu untergraben. Die Ziele fallen ins Gebiet der Kultur, ihre Formulierung in das der Politik. Alle zugänglichen Erfahrungen mit Einrichtungen der (bislang) konkurrierenden Gesellschaftssysteme und alle theoretischen Vorarbeiten wären in einer großen kollektiven Anstrengung neu und unvoreingenommen zu sichten, um das Kernstück jeder möglichen Sozialismusvorstellung neu zu bestimmen.

Die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse, auch die demokratisch-sozialistische Form der Gestaltung, findet in der Hochtechnologie sowohl ihre neuen Probleme als auch ihre neuen technischen Stützen. Zur Zeit von Marx schien Planung sich nur auf Bewußtsein und Buchhaltung (die im Sozialismus laut Marx »wichtiger als je zuvor« wird) stützen zu können. Ihr Gehalt schien wiederum darauf zu verweisen, zu einem bestimmten Zeitpunkt über eine Art Allwissen bezogen auf eine bestimmte Zukunft zu verfügen. Ein gleichsam überindividuelles Bewußtsein, wie immer zustande gekommen, würde das gesamte Beziehungsgeflecht der gesellschaftlichen Produktion eines Zukunftsabschnitts enthalten. Die Akteure müßten das hierin Festgelegte dann abarbeiten. In Gestalt der Planungsbehörde (»Gosplan«) scheinen solche latenten Gedanken Gestalt angenommen zu haben. Halb Ingenieurs-, halb Buchhalterdenken, verfehlte dieses System 1) die ausführenden Subjekte, weil es sie als solche stillstellte; 2) die optimale Ressourcenkombination und Technologiewahl, weil es über kein »objektives« Maßsystem verfügte; 3) das Auftreten zum Zeitpunkt der Planung noch unbekannter Innovationen; 4) Bedürfnisentwicklungen. Hinzu kommt — aber das hatte Gründe, die außerhalb der Institution als solcher lagen —, daß es als Raubbau am Menschen und an der Natur fungierte. Die hochtechnologischen Planungsdispositive, wie das transnationale Kapital sie in seinen (weiten) Grenzen bereits anwendet, zeichnen sich in demokratisch-sozialistischer Perspektive virtuell durch folgende Systemeigenschaften aus: 1) gleitende Prozeßrechnung, die nicht zu einem Zeitpunkt »fertig« oder »definitiv« sein muß, sondern den realen Umsetzungsprozeß interaktiv begleiten kann; 2) eine Netzwerkstruktur, die tendenziell unbegrenzt viele »Peripherien« zuläßt, die im Prinzip gleich »zentral« sein könnten. Man muß freilich hinzusetzen, daß eine mögliche strukturell »demokratische« Planungstechnologie keinen Sinn hat, wenn ihre Rechnung zwar vor Ort beeinflusst werden kann, sie aber nicht zugleich das Verhalten vor Ort entscheidend beeinflusst. Ein umfunktionierter und damit kompatibel gemachter »sozialistischer Markt« müßte diese Koppelung auf seine Weise (mit seinen Sanktionen) herstellen.

Die Sache ist noch komplizierter, weil die innerbetrieblichen Beziehungen durch die zwischenbetrieblichen und die gesamtgesellschaftlichen widersprüchlich aufgespalten zu werden drohen. »Marktsozialismus als solcher verstärkt die Macht des Managements und dehnt sie aus auf Kosten gewöhnlicher Arbeiter. Maßnahmen zur Schaffung von Märkten müssen ergänzt werden durch Maß-

nahmen zur Sozialisierung von Märkten.« (Elson, 44)⁷ Die unterschiedlichen Problemebenen verknüpfen sich an einer Reihe strategischer Punkte. Einen davon bildet die Zugänglichkeit von Informationen; andere Instanzen, die über den Charakter des Marktes mitentscheiden, sind diverse Vermittlungsakteure und Steuerungsfaktoren im Rahmen von Planungsparametern (ebd., 43). Wir brechen hier ab. Es galt, ein Problembewußtsein zu artikulieren. Nur eine vielschichtige Diskussion mit Sprechern unterschiedlicher Kompetenzen kann diese entscheidende Sache voranbringen.

Gesichtspunkte

- 1) Die Gegenwart ist bestimmt vom Übergang zur hochtechnologischen Produktionsweise unter der Dominanz der kapitalistischen Zentren.
- 2) Die dominanten Produktionsverhältnisse globalisieren sich zu denen eines transnationalen Kapitalismus.
- 3) Die hochtechnologische Produktionsweise bringt das produktive Individuum in (wie immer beschränkte) »kybernetische« Subjektposition. Sie produziert und setzt voraus neue Individualitätsformen. Der entwickelte Kapitalismus hat die Individualität der auf hochtechnologischem Niveau eingesetzten Arbeitskräfte schubhaft mitentwickelt, durchsetzt mit Blockierungen, Verrückungen, Kompensationen.
- 4) Die neue Produktionsweise bringt Lebensweisen hervor, die aufs Widersprüchlichste die durch die hochtechnologischen Medien bedingten Handlungsfähigkeiten und Befriedigungsformen kombinieren: Simulation und Selbstverwirklichung, massenkulturelle Stereotypisierung und Individualisierung.
- 5) In den entwickelten Ländern geht es mit allen Formen des »Massensozialismus« zu Ende; der neue Sozialismus ist zivilgesellschaftlich bestimmt und multikulturell. Das Schillern zwischen ziviler und bourgeoiser Gesellschaft wird uns noch viel abverlangen.
- 6) Das Ende des Fordismus hat auch sozialdemokratische Umverteilungs- und Stellvertreterpolitik an Grenzen geführt. Sie wird auch in ihrer linken Version (als »Vertretung der Lohnabhängigen«) vermutlich weiter relativiert, sowohl durch die Differenzierung früher relativ homogener Gruppen als auch durch die wachsende Bedeutung des Selberhandelns. Es geht um einen Ausbau von Stützpunkten der Selbstvergesellschaftung, wo sich Individuen und Gruppen, die sonst das Konkurrenz-Dispositiv gegeneinander stellt, im Solidarhorizont selbst zusammensetzen. Die alten Akteursformen müssen deswegen nicht aufhören zu existieren, machen aber einen Funktionswandel durch.
- 7) Mischformen, deren Bedeutung sich mit den Kräfteverhältnissen verschiebt, bilden neue Formen und Fronten der Auseinandersetzungen. Zumal eine nach Osten geöffnete EG mit einer deutschen Konföderation wird mischwirtschaftliche Formen hervorbringen, mit denen wir umzugehen lernen müssen. Die Entweder-Oder-Logik greift immer weniger. Dialektik ist nötiger denn je.

- 8) Sozialismus wird unter diesen Umständen von einem Systembegriff zu einem Begriff für eine strategische Verknüpfung von Krisenfeldern und Konfliktlinien mit sozialen Bewegungen. Die Zentrierung um eine einzige politische Partei wird hemmend. Auf der Tagesordnung steht das Ringen um eine strukturelle Hegemonie.⁶ Wie die bürgerlichen Parteien die bürgerliche Gesellschaft, so brauchen Linksparteien ein Geflecht alternativer politischer Kultur.
- 9) Vor allem Entwerfen der sozialistischen Alternative steht, immer wieder von neuem, die Kritik des Bestehenden, die konkrete Analyse der Entfremdung in Ökonomie und Kultur. Die Notwendigkeit des Sozialismus buchstabiert sich mit den Nöten dieser Zeit, von den globalen bis zu den individuellen.
- 10) Ein Motto der SPD lautet: »Soviel Markt wie möglich, so wenig Staat wie nötig.« Das Motto der Linken könnte lauten: »Soviel Markt und so wenig Staat wie nötig, soviel demokratische Gestaltung wie möglich«.

Anmerkungen

- 1 Einen differenzierteren Einblick in das Denken der Gruppe gibt die inzwischen erschienene Broschüre von Michael Brie, Rainer Land, Hannelore Petsch, Dieter Segert und Rosemarie Will: Studie zur Gesellschaftsstrategie. (Sozialismus in der Diskussion 1, Dietz-Verlag, Berlin/DDR 1989.)
- 2 Vgl. Reihe Moderner Sozialismus, H.1: Projekt Moderner Sozialismus — 53 Thesen. Hrsg. v. Susi Möbbeck, Fiete Saß u. Birgit Zoerner (spw-Verlag, West-Berlin 1989).
- 3 Das Verbot verdeckt, daß es an attraktiven Vorstellungen fehlt, was unentfremdete Leistung in der Produktion bedeuten könnte.
- 4 Die konservative Offensive seit Mitte der siebziger Jahre beutete den Gegensatz zwischen dispositiven und exekutiven Funktionen aus, um den Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital zu verkleiden: wir durchschauten die Verkleidung, erkannten aber nicht das historische Recht dessen, was da als Verkleidung benutzt wurde. Vgl. dazu meine »Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf«, in *Argument* 100.
- 5 Zu Kontext und Kritik dieser Diskussion vgl. Haug 1989: Gorbatschow — Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken (Argument-Verlag), Kap. 7 und 8, besonders 8.6.
- 6 Dabei geht es nicht um etwas gänzlich und in jeder Hinsicht anderes. Für Kämpfe um Hegemonie sind die Berührungspunkte mit dem bürgerlichen Block so wichtig wie die Bruchlinien, weil sie es erlauben, die Bruchlinien durch den Bürgerblock zu ziehen. Zum Begriff »Strukturelle Hegemonie« vgl. das gleichnamige Kapitel in: W.F. Haug, Pluraler Marxismus, Bd.1, 158-195 (Argument-Verlag, West-Berlin 1986).
- 7 D. Elson: »Market Socialism or Socialization of the Market«, in: *New Left Review* 172, 3-44. Erscheint demnächst auf deutsch in der Zeitschrift *Prokla*.

Philosophie und philosophische Kritik

Enrique Dussel

Philosophie der Befreiung

Argument

Carmelo Lacorte

Kant

Die Versöhnung von
Religion und Philosophie



Argument

Enrique Dussel

Philosophie der Befreiung

Mit einem Vorwort von Raúl Fornet-
Betancourt

207 S., br., DM 26,—

Enrique Dussel ist einer der bekanntesten lateinamerikanischen Befreiungstheologen. Mit diesem dezidiert *philosophischen* Buch verknüpft er die Absicht, die abendländische Philosophie aus dem Zentrum (Europa) an die Peripherie (Lateinamerika/Dritte Welt) zu holen, um sie für die Befreiung der unterdrückten Völker nutzbar zu machen. Das engagierte Werk verbindet auf brisante Weise die Gedanken von Karl Marx und Emmanuel Lévinas, um durch die Befreiung der Philosophie zu einer befreiten politischen Praxis zu gelangen.

Carmelo Lacorte

Kant. Die Versöhnung von Religion und Philosophie

Vorrede zur deutschen Ausgabe
von Italo Cubeddu

ca. 180 S., br., DM 38,—

Lacortes Buch ist ein großangelegter Versuch, anhand einer Analyse der *Kritik der reinen Vernunft* die ideologisch motivierte Einheit der kantischen Philosophie nachzuweisen.

Das brilliant und polemisch geschriebene Buch dürfte der Diskussion um den vorgeblich religionskritischen Aufklärer Kant neue Impulse geben.

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Pierre Juquin und Frieder Otto Wolf

Die Perestrojka im Westen ist überfällig!

Thesen für eine grüne Alternative in Europa*

Wir kommen aus unterschiedlichen Traditionen der westeuropäischen Linken. In einer historischen Umbruchsituation, in der alte Abgrenzungen gefallen sind und die tiefe Krise weiter Teile dieser Linken darin zum Ausdruck kommt, daß sie keine historische Alternative mehr formulieren können, haben wir gemeinsam unsere Positionen und Perspektiven überprüft und neu bestimmt. Als unser gemeinsamer Bezugspunkt hat sich dabei die Erfahrung der ökologischen Krise ergeben, mit ihrer radikalen Infragestellung aller bisherigen Vorstellungen von gesellschaftlichem Reichtum und menschlichem Fortschritt.

Als erste Quersumme einer ökologischen Kritik der politischen Ökonomie können wir heute bereits einige allgemeine Schlußfolgerungen festhalten, d.h. als einen Ausgangspunkt für weitere kritische Überprüfungen, aber vor allem auch als Orientierungen für politisches Handeln in einer tiefgreifenden historischen Umbruchsituation, in der — zum ersten Mal seit Jahrzehnten — mit den Gefahren auch die Herausforderung zu umfassenden neuen Initiativen und zu einem tatsächlich umwälzenden Handeln wächst, durch das allein eine emanzipatorische Alternative zum etablierten »Gang der Geschichte« durchzusetzen sein wird.¹ Als *erste Konsequenz* unserer Überlegungen können wir festhalten, daß es heute unabdingbar geworden ist, den *Ökonomismus* in allen seinen Formen zu kritisieren und zu überwinden, vor allem in seinen stummen, praktischen Formen in Gestalt eines Zivilisationsmodells, in dem der »Selbstlauf der Ökonomie« nicht nur in den Metropolen des Industriekapitals nach wie vor den Grundton aller politischen und moralischen Orientierungen angibt.

Ein Zivilisationsmodell, das wachsende Teile der Menschheit mit Krieg und Hungersnot überzieht und zugleich zumindest die gesamte menschliche Gattung in ihren ökologischen Lebensgrundlagen bedroht — wenn wir denn davon ausgehen können, daß sich durch eine Politik der Abrüstung die exterministische Drohung einer atomaren Auslöschung der Menschheit durch die von ihr hervorgebrachten Militärapparate wird abwenden lassen —, ist unakzeptabel für uns, die wir auch unseren Kindern noch eine Welt hinterlassen wollen, in der sie leben können und in der es sich zu leben lohnt.

Der »*Produktivismus*«, die Produktion um der Produktion willen, wie er sich auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise, der Akkumulation um der Akkumulation willen, entwickelt hat und auch in den »realsozialistischen« Gesellschaften voll durchgeschlagen ist, muß überwunden werden. Die Ökonomie darf nicht länger im »Selbstlauf« das Schicksal der Menschheit bestimmen. Diese Zielsetzung kann und darf uns allerdings nicht dazu verführen, einfach die

* Beitrag zur Vorbereitung eines europäischen ökologisch-sozialistischen Manifestes, zus. mit Wilfried Telkämper, Penny Kemp und Carlos Antunes.

harten ökonomischen Nöte und Zwänge zu verdrängen oder gedanklich zu überspringen, vor denen jeder Versuch steht, alternative Gesellschaftsvorstellungen gerade hinsichtlich der Produktion zu entfalten und zu verwirklichen. Die gegenwärtige Krise der »realsozialistischen« Wirtschaftsformen zeigt nur allzu klar, wohin dies führen kann, wenn eine solche Haltung in die Praxis umgesetzt wird: In einen Zustand der vollständigen gesellschaftlichen Undurchsichtigkeit, der das relative Chaos der »Anarchie des Marktes« in kapitalistisch geprägten Gesellschaften noch weit übertrifft — und letztlich *alle* Möglichkeiten eines bewußten, feministischen, ökologischen und sozialen Kriterien orientierten wirtschaftlichen Handelns immer stärker beeinträchtigt. Statt dessen halten wir es für die vordringliche Aufgabe aller emanzipatorischen politischen Kräfte, die die Lehre begriffen haben, die die ökologische Krise heute der Menschheit erteilt, ohne Vorurteile *alle* Formen zu erproben (bzw. vergangene Erfahrungen mit ihnen sorgfältig zu untersuchen), in denen es gelingen kann, den von der kapitalistischen Akkumulation entfesselten »Selbstlauf der Ökonomie« überhaupt wieder einer demokratischen, politischen Kontrolle zu unterwerfen. Das schließt für uns die Erfahrungen der Ausstiegswegbewegungen aus dem herrschenden konsumistischen Zivilisationsmodell ebenso ein wie die der Genossenschaftsbewegung, die der Versuche einer gewerkschaftlichen oder kommunalen Umsteuerung der Wirtschaftsprozesse ebenso wie der bisherigen Versuche mit Modellen einer zentralen oder auch dezentralisierten Wirtschaftsplanung. Wir geben zu, daß diese notwendige Praxis und Debatte heute, nach dem Zerbrechen der falschen Selbstverständlichkeiten von Stalinismus und Bürokratie, erst wieder neu beginnen muß. Wir glauben aber auch, daß die Chancen eines solchen Neubeginns in dem Maße wachsen, wie es gelingt, die etatistischen und eskapistischen Irrtümer und die syndikalistischen bzw. korporativistischen Einseitigkeiten zu erkennen und zu überwinden, an denen derartige Versuche gesellschaftlicher Selbstbestimmung bisher gescheitert sind. In diesem Sinne nehmen wir diese Vergangenheiten in ihrer Vielfalt als ein unausschlagbares Erbe der eigenen kritischen Praxis auf. Ohne diese Irrtümer und Einseitigkeiten wären unsere Einsichten nicht möglich geworden — was keineswegs heißt, daß wir etwa alle Verkehren und Verbrechen dieser Geschichte nachträglich in das veröhnliche Licht einer historischen Notwendigkeit tauchen wollten.

Im Unterschied zu allen denjenigen, die aus der naturwissenschaftlichen Fachdisziplin Ökologie (mit ihrem konstitutiellen Theorem eines sich selbst regulierenden Ökosystems) den einfachen Fehlschluß ziehen, es gehe in der Bewältigung der ökologischen Krise nicht um die Notwendigkeit menschlicher Erkenntnis, menschlicher Verantwortung und menschlichen Handelns, gehen wir davon aus, daß allein ein qualitativer Sprung in der verantwortlichen Kontrolliertheit und rationalen Durchsichtigkeit des menschlichen Handelns, auf der individuellen ebenso wie auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene, zu einem neuen Ausgleich, zu einem neuen produktiven Austauschverhältnis zwischen natürlichen Ökosystemen und menschlichen, gesellschaftlichen Lebens- und Arbeitsprozessen führen kann, das die ökologische Krise überwindet, die das herrschende menschliche Zivilisationsmodell und die darin vorherrschende kapitalistische Produktionsweise geprägt haben. Ebenso wenig können wir allen denjenigen

folgen, die aus einer mißbräuchlich analogisierenden »soziobiologischen« Denkweise von neuem das alte Postulat der Rechten ableiten, es könne keine soziale Emanzipation, keine Befreiung der Menschen von *allen* Formen der Herrschaft von Menschen über Menschen geben, um dagegen unter dem Vorwand angeblicher »wissenschaftlicher Erkenntnisse« einen mehr oder minder rassistischen, kolonialistisch gefärbten Malthusianismus oder einfach ein »konservatives Menschenbild« zu propagieren.

Das heißt für uns selbstverständlich nicht, daß wir auf die Positionen jenes spezifischen Aufklärungsdenkens des »weißen Mannes« zurückfielen, in dem sich Einheit und Absolutheitsanspruch eines Herrschaftsdenkens auf Kosten der »Natur«, der »Naturvölker« und der Frauen (als des »Naturwesens« im polar konstruierten patriarchalischen Geschlechterverhältnis) reproduziert. Wir begreifen uns selbst nicht als »intellektuelle Avantgarde«, die anderen den Weg zeigt — wir beschränken uns darauf, *unsere* Erfahrungen und Einsichten zu artikulieren, damit andere sich mit uns darüber austauschen können. Ebenso wenig glauben wir, mit unseren Einsichten in die ökologischen Bedingungen und Bestimmungen allen menschlichen Lebens einen neuen Patentschlüssel in der Hand zu halten, der es erlaubte, alle unterschiedlichen Widersprüche der Gegenwart gleichsam in einem Zuge zu lösen. Wir stehen für eine plurale, in sich konfliktfähige, aber durchaus selbstbewußte Vernunft, für eine unverkürzte Einsicht in die vielfältigen Widersprüche und für eine uneingeschränkte Kommunikation zwischen allen Standpunkten, ohne den Anspruch auf wirkliche Einsicht und auf ein gemeinsames, verantwortliches Handeln zugunsten eines immer opportunistischen Relativismus aufzugeben.

Weder (Öko-)Kapitalismus, noch (Öko-)Stalinismus!

In einer historischen Situation, in der viele vom endgültigen Sieg des Kapitalismus fantasieren, wahren einige wenige sich selbst davon zu überzeugen versuchen, daß es erforderlich ist, auch an dem schweren Erbe des Stalinismus festzuhalten, um überhaupt noch eine reale antikapitalistische Perspektive zu haben, weisen wir diese falsche Alternative zurück. Der Gedanke eines »Dritten Weges« hat heute einen ganz neuen Inhalt gewonnen! Die gegenwärtige Situation einer vollständigen Verselbständigung der Warenproduktion als Selbstzweck menschlichen Wirtschaftens — *de facto* sowohl in den kapitalistisch dominierten wie in den stalinistisch geprägten Volkswirtschaften — ist schrittweise mit der historischen Entwicklung der Dominanz des kapitalistischen Akkumulationsprozesses entstanden: Die kapitalistische Akkumulation hat mit der prinzipiellen quantitativen Loslösung der Warenproduktion vom gesellschaftlichen Bedarf die Voraussetzungen für eine als solche schrankenlose Wachstumsdynamik geschaffen, deren einzige bestimmende Instanz, das Kapital als »automatisches Subjekt«, jede Art von gesellschaftlicher und menschlicher Verantwortung beiseiteschiebt. Mit der imperialistischen Aufteilung der Welt und der räumlichen Hierarchisierung zwischen zentralen, dominanten und peripheren abhängigen Ländern und Regionen hat diese Wachstumsdynamik die Form einer zunehmenden weltweiten Durchdringung aller ökologischen Systeme durch das letztlich vom Mechanismus

der Selbstverwertung des Kapitals angetriebene wirtschaftliche Handeln der Menschen angenommen. Es gibt inzwischen keine natürlichen (oder gesellschaftlichen) Räume mehr, die dieser rücksichtslosen Durchdringung nicht unterworfen werden. Selbst die weltweit wirksamen ökologischen Systeme sind inzwischen den zerstörerischen Auswirkungen dieses mit keinem historischen Eroberungsprozeß mehr vergleichbaren Expansionsprozesses menschlicher Wirtschaftsprozesse unterworfen:

(1) Die weltweit zunehmende Emission von Kohlendioxyd auf Grund der Verbrennung u.a. fossiler Brennstoffe sowie die Einbringung von Schad- und Schwebestoffen in die Atmosphäre, hat vermutlich schon längst einen »Treibhauseffekt« in Gang gesetzt, der eine Klimakatastrophe bisher unbekanntem Ausmaßes auszulösen droht.

(2) Die Zunahme der künstlich in Luft, Wasser und Boden eingebrachten Stoffe, die auf keine vorgängige Anpassung der ökologischen Systeme stoßen, hat eine bisher unabsehbare, vermutlich bereits in erheblichem Maße irreversible Schädigungen ausgelöst — vom »Ozonloch« bis zur zunehmenden Vergiftung des Bodens mit Schwermetallen oder des Grundwassers mit Nitraten. Ähnliches gilt für die von der Menschheit in den letzten 45 Jahren produzierte künstliche Radioaktivität. Bereits heute zahlen viele Menschen den Preis für diese Schädigungen in Gestalt zunehmender Allergien und Krebserkrankungen.

(3) Bereits heute sind die globalen und regionalen Wasserkreisläufe — die Weltmeere, die regionalen Meere, die Flüsse, Bäche und Seen — schwer geschädigt und sterben. Zu den Verunreinigungen mit Schadstoffen treten dabei zunehmend auch Prozesse der Überdüngung und der Zerstörung bestehender ökologischer Nischen und Gleichgewichte.

(4) Die »Lungen der Welt«, die Wälder der gemäßigten Zonen und die Regenwälder, sind von der Vernichtung bedroht. In Mitteleuropa sind bereits die Hälfte der Wälder irreversibel geschädigt oder bereits abgestorben. In den Tropen werden gegenwärtig jährlich mindestens 110000 Quadratkilometer, wenn nicht sogar die doppelte Fläche (also in etwa die der Bundesrepublik Deutschland) an Regenwald zerstört, um Brennholz, Edelhölzer und vorübergehend nutzbare Anbauflächen zu gewinnen, die dann rasch zu Wüsten werden. Bereits heute ist dadurch der Sauerstoffkreislauf gestört und hat eine Veränderung der Klimazonen eingesetzt.

(5) Sowohl in den geographischen Bereichen einer galoppierenden Industrialisierung der Landwirtschaft, als auch in den geographischen Regionen, in denen eine extensive Ausdehnung der Anbauflächen vorherrscht, kommt es zu Prozessen der Bodenzerstörung und beschleunigten Wüstenbildung.

(6) Insgesamt hat bereits ein galoppierender Prozeß des Artensterbens eingesetzt, in dem die gesamte ökologische Krise ihren zusammengefaßten Ausdruck findet: In dem Aussterben von Mikroorganismen, Pflanzen und Tieren — bis zu zwei Drittel aller heute lebenden Arten werden bis zum Jahrhundertende aussterben — ist schon ein Zerstörungsprozeß erkennbar, der die Maßstäbe der biologischen Evolution sprengt und das Ausmaß der bereits eingetretenen irreversiblen Schädigung der Gesamtheit der Ökosysteme erkennen läßt.

Die weltweit ungebrochene Dominanz des kapitalistischen Akkumulations-

prozesses ist damit zu einem Überlebensrisiko nicht bloß für die Menschheit, sondern für zumindest alle höheren Lebewesen geworden. Auch wenn die vollständige Entfesselung aller gesellschaftlichen Destruktionspotentiale, wie sie der historische Faschismus betrieben hat, letztlich hat abgewendet werden können, hat sich bisher keine wirklich durchgreifende historische Alternative dazu etablieren können:

Der von der russischen Oktoberrevolution eingeleitete Prozeß einer sozialistischen Transformation mündete in bürokratischer Diktatur und Staatsterrorismus; die von den nationalen Befreiungsbewegungen des Südens ausgehende Erhebung gegen den kolonialen Ausbeutungs- und Unterdrückungszusammenhang blieb bisher zu schwach, um auch noch den Ring der kapitalistischen Abhängigkeit zu sprengen — der es, im Gegenteil, in Gestalt der »Schuldenkrise« geradezu gelungen ist, von den armen Völkern des Südens neue Milliardentribute einzutreiben.

Dennoch liegt angesichts der weltweiten ökologischen Krise gerade hierin die zentrale Aufgabe: Endlich eine historische Alternative zu verankern, der es gelingt, den gerade in seiner Flexibilität stabilen Zusammenhang von Selbstlauf der kapitalistischen Akkumulation, Kolonisierung weltweiter geographischer Räume ebenso wie der gesellschaftlichen Binnenräume nachhaltig zu durchbrechen. Mit der gegenwärtigen Krise und neuen Politik der Länder des Ostens, von der Sowjetunion bis zur DDR, eröffnet sich dabei speziell die Chance, diesen Zusammenhang an einer besonders wichtigen Stelle zu durchbrechen: Indem Abrüstung und umfassende Entmilitarisierung an die Stelle von »exterministischer« Aufrüstung und autoritärem Militarismus durchgesetzt werden, eröffnet sich die Möglichkeit, die gesamte Kette zu durchbrechen, die die flexible Stabilität dieser kapitalistischen Modernität ausmacht: Kapitalismus, Industrialismus, Patriarchat, (Neo-)Kolonialismus, Militarismus, Exterminismus ...

So richtig es auch ist, jede Möglichkeit zu einer Schadensbegrenzung zu ergreifen, die sich uns bereits hier und heute bietet, halten wir es dennoch für die zentrale Aufgabe, zu der wir unseren Beitrag zu leisten versuchen, eine solche gesellschaftliche Alternative zu entfalten und ihr historisch zum Durchbruch zu verhelfen. Denn die große Aufgabe, alle gesellschaftlichen Arbeits- und Lebenszusammenhänge auf der Erde demokratisch so umzugestalten, daß sie sich in einen neuen ökologischen Ausgleichsprozeß mit den globalen und regionalen ökologischen Systemen einfügen, bedarf der bewußten Teilnahme aller individuellen und kollektiven Subjekte, ihrer beständigen Bemühung um Einsicht in die sich wirklich vollziehenden Prozesse und um ökologisch und sozial verantwortliches, im umfassenden Sinne produktives, bewußtes, nicht länger destruktives und rücksichtsloses Handeln. Auch ohne dabei in die Illusion zu verfallen, jemals global alles »im Griff« zu haben und gleichsam den »Gesamtzusammenhang von Natur und Gesellschaft« bewußt reproduzieren zu können.

Auch dies kann *weder* im Rahmen einer erneuten Modernisierung des Kapitalismus, dieses Mal im Lichte der Ökologie, erzielt werden, weil in ihm der ökonomische Prozeß eben grundsätzlich der menschlichen Verantwortlichkeit entzogen ist, *noch* im Rahmen einer diktatorischen Mangelwirtschaft, die erneut, dieses Mal die ökologischen Imperative in Form von zentral ausgegebenen

Kommandos »umzusetzen« versuchte. Wegen der Natur des zu lösenden Problems — der bewußten, kontrollierten Regulierung des Austauschprozesses der menschlichen Gattung mit den ökologischen Systemen, in denen sie lebt, und der Gewährleistung der eigenständigen Reproduktion dieser ökologischen Systeme in ihrer Gesamtheit — ist aber weder ein ökonomischer Selbstlauf noch eine Kommandowirtschaft in der Lage, mehr zu leisten, als eine gelegentliche und vorübergehende Schadensbegrenzung.

Deswegen kommt in der gegenwärtigen Umbruchsituation, angesichts der weltweiten Versuche, den Marktliberalismus zur neuen Orthodoxie zu machen oder aber trotz allem an der alten Orthodoxie des Marxismus-Leninismus festzuhalten, einem unverkürzten Bewußtsein der ökologischen Krise eine Schlüsselstellung zu.

Ausgangspunkte einer ökologisch-sozialistischen Transformation

Ein neues, ökologisches Denken hat sich im vergangenen Jahrzehnt in Ansätzen herausgebildet, ebenso wie in der Friedensbewegung ein neues Denken über Krieg und Frieden und durch die Frauenbewegung ein neues Denken über die Geschlechterverhältnisse entstanden sind, denen es gelungen ist, das »alte Denken« des historischen *status quo* in seinen Grundlagen zu erschüttern. Worauf es jetzt, wo auch die tragenden Strukturen dieses historischen *status quo* — von den Blockstrukturen der internationalen Politik über das Fließband in der Produktion bis zum Massenkonsum standardisierter Produkte — sichtlich ins Rutschen gekommen sind, vor allem ankommt, ist, sich nicht einlullen und verwirren zu lassen von den Innovationen, die von den herrschenden Strukturen ausgehen, um »genau so viel zu verändern, wie verändert werden muß, damit sich nichts ändert«. Dafür wird es von entscheidender Bedeutung sein, daß und wie es gelingt, die unterschiedlichen Formen des emanzipatorischen Denkens untereinander und vor allem mit sich artikulierenden gesellschaftlichen Interessen zu verbinden.

Dafür ergibt sich ein erster, weitreichender Bereich von Möglichkeiten in der wachsenden Tendenz der Menschen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen und sie sich nicht länger durch einen »guten Hirten« aus der Hand nehmen zu lassen — sei dies nun ein »fürsorglicher Staat«, eine »Stellvertreterpolitik« oder das »unsichtbare Wirken« der »Marktkräfte«. Seit den späten sechziger Jahren haben vor allem junge Menschen weltweit — von Berkeley über Paris, Berlin und Prag bis nach Peking — damit begonnen, die Überwindung eines weltweiten »Systems« von Zerstörung und Unterdrückung in die eigenen Hände zu nehmen. In den siebziger und achtziger Jahren hat es sowohl Gegenvorstöße dieses »Systems« und Rückschläge dieser Bewegungen als auch Neuansätze emanzipatorischer Bewegung gegeben — zuletzt etwa die westeuropäische Friedensbewegung. Keine dieser Bewegungen hat bisher derart durchgreifende Veränderungen durchsetzen können, wie sie jetzt das Ineinandergreifen von »Pestrojka« als »Revolution von oben« und demokratischer Revolution von unten in der Sowjetunion und in fast allen osteuropäischen Ländern produziert hat. Gerade weil die Hauptgefahr, vor der diese Revolutionen stehen, heute eine

mechanische Überlagerung durch das »westliche« Gesellschaftsmodell ist, und d.h. eine Selbstausslieferung der in Bewegung gekommenen Menschen an die »unsichtbare Hand« der kapitalistischen Marktwirtschaft, steht die »demokratische Umgestaltung« im Westen auf der Tagesordnung: Gegen den Unterwerfungsdruck, der von ökonomischer Existenzangst, Armut und Arbeitslosigkeit ausgeht, und gegen die verhärtete Geilheit auf Teilnahme auf der Gewinnerseite, wie er im wachsenden sozialen Zynismus Ausdruck findet, müssen wir daran arbeiten, dem Selbstbefreiungsimpuls der sozialen Bewegungen der siebziger und frühen achtziger Jahre wieder einen wirksamen Ausdruck zu verschaffen, der sich der Umfunktionierung durch die Herrschenden ebenso bewußt entzieht wie allen Versuchen einer Funktionalisierung durch »neue Eliten«, die nur den eigenen sozialen Aufstieg betreiben.

Dabei stehen wir in den bevorstehenden Kämpfen um Arbeitszeitverkürzung und industrielle Rekonversion (etwa in den Bereichen der Rüstungsindustrie und der chemischen Industrie) erst am Anfang einer politischen Aktivierung, die bewußt daran arbeitet, anders zu produzieren und zu leben. Daß dieses »Umsteuern« ganz real möglich ist, hat punktuell auch das herrschende System gezeigt, wo es in seinem Interesse lag. So hat etwa die Bundesrepublik Deutschland seit 1980 ihre Produktion um etwa ein Viertel erhöhen und dennoch zugleich ihren Energieverbrauch insgesamt senken können. So ist es in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus gelungen, eine rasche Rekonversion ihrer Industrieproduktion für friedliche Zwecke durchzusetzen.

Vergleichbares gilt für die kommunalen Kämpfe für ein selbstbestimmtes Wohnen unter menschenwürdigen Bedingungen sowie für öffentliche Infrastrukturen, die eine Durchbrechung patriarchalischer Gesellschaftsverhältnisse und sexistischer Arbeitsteilung dauerhaft ermöglichen. Dabei wird die Zusammenarbeit neuer und alter gesellschaftlicher Subjekte, etwa von Bürgerinitiativen und Gewerkschaften, von alternativen Betrieben und lokalen Wohlfahrtsträgern von entscheidender Bedeutung sein. Zugleich haben wir erst einmal Gelände zu erschließen, in denen zwar bereits viel geschieht, aber erst noch wenig mit übergreifendem politischem Bewußtsein gehandelt wird. Das gilt etwa für eine energischere VerbraucherInnenpolitik, die alle Möglichkeiten der Steuerung der Angebote bis hin zur Kontrolle der Werbung und zum Boykott einzelner Waren ausschöpft. Schließlich müssen wir auch neue Subjekte ansprechen, die bisher gesellschaftlich ausgeschlossen sind, oder die für eine gesellschaftliche Alternative bisher nicht ansprechbar waren: Das gilt etwa für die ImmigrantInnen und Flüchtlinge, aber auch für die Bewohner der öden Vorortsiedlungen und Schlafstädte, bei denen sich heute eine »neue Rechte« breitmacht. Das Eintreten für die Vielfalt der menschlichen Kulturen im allseitigen Dialog für die menschliche Emanzipation beginnt heute im eigenen Lande, bedarf aber immer auch noch der internationalen Solidarität — mit den Völkern des Südens ebenso wie mit den sich von einem bedrückenden Kommandosystem befreienden Völkern und Nationalitäten des Ostens, aber auch immer noch mit den von dem kapitalistischen Deregulierungsprozeß der Operation »Binnenmarkt 1992« in ihrer kulturellen Vielfalt bedrohten Völkern und Regionen West-Europas.

Im gesamten »freien Westen«, selbst in den USA und in Japan, gibt es heute

emanzipatorische Oppositionsbewegungen, mit denen wir uns solidarisieren können und müssen, wenn wir für eine grüne Alternative in Europa eintreten: Für eine basisdemokratische Kontrolle der Produktion, für eine sozialistische, ökologische und feministische Umgestaltung der Produktions- und Lebensweise und für die Überwindung patriarchaler Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisse sowie aller Formen struktureller und institutionell verselbständigter Gewalt in der Perspektive der Entfaltung befreiter Geschlechterverhältnisse und gewaltfreier gesellschaftlicher Beziehungen.

Eine Lebensfrage wird es dabei für die Entwicklung einer radikal demokratischen und ökologisch tragfähigen politischen Alternative sein, daß dieser Prozeß nicht erneut zum Tätigkeitsfeld einer entfremdeten, männlichen »Machtpolitik« wird. Eine solche historische Alternative wird entweder die Kräfte einer anderen Politik, einer »Politik in der ersten Person«, in sich aufnehmen, die Frauenbewegung und Feminismus in die neuen sozialen Bewegungen eingebracht haben, oder sie wird nicht zustande kommen. Und sie wird entweder schließlich dazu in der Lage sein, die beiden zentralen Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses mit einer neuen Politik zu durchdringen, die in der herrschenden Gesellschaftsstruktur immer noch »Privatsache« sind: die *Binnensphäre der Unternehmen und Betriebe*, den Produktionsprozeß im weitesten Sinne, und die *Intimsphäre der Familie*, den »privaten« Ort aller patriarchalischen Geschlechterverhältnisse. Oder sie wird scheitern.

Allein aus der neuen Solidarität der gesellschaftlichen Subjekte, die sich in einem Projekt der ökologischen und feministischen Transformation zusammenfinden, das bis zur Umgestaltung der Produktionsweise reicht, also sozialistisch und weltweit solidarisch ist, kann heute die Kraft zu einer solchen historischen Alternative erwachsen. Und je mehr es uns in Westeuropa gelingt, die Konturen einer solchen Alternative gesellschaftlich sichtbar zu machen, werden wir auch einen Beitrag dazu leisten, der *Perestrojka* im Osten in ihrer gegenwärtigen Krise zu helfen und die Völker des in neokolonialer Abhängigkeit gehaltenen Südens in ihrem Kampf dafür unterstützen, daß *Perestrojka* im Osten und *Alternative* im Westen nicht in eine bloße Neuaufteilung der Welt unter den Großmächten des Nordens einmünden

Diese Aufgabe müssen wir uns heute als Menschen stellen, deren Interesse nicht allein auf kurzfristige, individuelle Konkurrenzvorteile gerichtet sind, die also nicht in einem oberflächlichen Egoismus aufgehen, ohne sich deswegen »höheren Werten« zu verschreiben. Nämlich im schlichten Interesse an einer sinnvollen, als menschlich vernünftig ausweisbaren Praxis, insbesondere an den Bedingungen der Möglichkeit ihrer Fortsetzung durch künftige Generationen.

Anmerkung

- 1 Vgl. unser ökologisch-sozialistisches Manifest: »Für eine grüne Alternative in Europa«, das wir im Dezember 1989 in Paris der Presse vorgestellt haben und das im Mai 1990 auf Französisch, Englisch, Portugiesisch und Deutsch in Buchform erscheint, sowie im Laufe des Jahres auch auf Spanisch, Polnisch, Italienisch, Tschechisch und Russisch veröffentlicht werden wird.

Jan Rehmann

Die vorweggenommene Kapitulation

Manifest der »Radikalen Linken«

Ein Anwärter auf die Reorganisation der Linken außerhalb von SPD und Grünen ist die »Radikale Linke«, die ihre programmatische Orientierung in einem »Entwurf einer politischen Grundlage« vorstellte (zit. nach der Veröffentlichung in *Konkret* 11/1989, S.41ff.). Das Spektrum der Redaktionsgruppe reicht von den »Fundamentalisten« Ebermann und Trampert über den *Konkret*-Herausgeber Gremliza bis zum DKP-Mitglied Fülberth. Was sich regional und bundesweit unter der Bezeichnung »Radikale Linke« zu koordinieren versucht, geht jedoch weit über diesen Kreis hinaus. Ein wichtiges Diskussionsforum ist z.B. das Projekt einer linken Wochenzeitung *PROWO*. An einem regionalen Treffen in Westberlin am 21. Oktober 1989 beteiligten sich unter anderem das Netzwerk, der AStA von FU, TU, Technischer Fachhochschule und Kirchlicher Hochschule, das Linke Forum der AL, der Kommunistische Bund, die SEW, die ADS und der SJV—Karl Liebknecht. In den Diskussionen ist der vorgelegte Programmwurf durchaus umstritten (vgl. *PROWO* 5, 12). Ob sich aus den zum Teil gegensätzlichen Strömungen eine neue Formation bilden kann und — wenn ja — mit welcher Orientierung, ist noch nicht abzusehen. Die folgende Kritik bezieht sich daher nicht auf »die« Radikale Linke, sondern ausschließlich auf den veröffentlichten Text.

Ein geschlossener Kreislauf der Verelendung

Dem Manifest zufolge will die Radikale Linke »die Opposition im Zeitalter der ... rosa-grünen Besoffenheit werden«. Sie interveniert »gegen diese und alles, was rechts davon existiert«, und ihre »Gemeinsamkeit besteht zunächst nur in der Ablehnung der Anpassung der bisherigen Linken« (48). Ihr Ziel ist es, »eine wirksame linke Opposition gegen den Konsens der kapitalistischen Modernisierung zu entfalten« (42). Dieser wird so konzipiert, daß er gleichermaßen Geißler und Gorbatschow umfaßt. Adressaten sind »die Opfer der Modernisierungsoffensive«. Unter ihnen soll das Bewußtsein geschaffen werden, »mit der Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus und des Patriarchats brechen zu müssen« (44).

Diese Wiederauflage der in den siebziger Jahren gescheiterten Randgruppenstrategie stützt sich auf die Annahme einer durchgängigen Verelendung: Die Deregulierungsoffensive des Kapitals (»Thatcherisierung Europas«) revidiere die sozialen Kompromisse des Keynesianismus, der Abschied vom »integrierenden Konsummodell« stehe bevor (44), die Reallöhne sanken mitten im Aufschwung (42). Dem scheint die unrealistische Annahme zugrundezuliegen, der transnationale Kapitalismus hätte in der Bundesrepublik keinen ausreichenden Spielraum mehr für die Befriedung der sozialen Gegensätze. Bezeichnenderweise wird die behauptete Abwärtsbewegung nicht aus den wirklichen Reallohnentwicklungen hergeleitet, sondern lediglich mit Absichtserklärungen von Kapitalvertretern und neokonservativen Wirtschaftspolitikern begründet (44), so als

würden Lohnniveau und Lebensstandard nur von ihnen festgelegt. Kennzeichnend für das linksradikale Szenario ist die Überverallgemeinerung einzelner Tendenzen: »Arbeitslosigkeit und soziale Deklassierung werden wachsen ... Hochrüstung und Kriegsgefahr werden andauern.« (47) Gilt z.B., was für die NATO-Hochrüstung gültig ist, auch für die Kriegsgefahr? Immerhin ist das hierzu erforderliche Feindbild durch die sowjetische Verknüpfung von einseitigen Abrüstungsinitiativen und innenpolitischer Umgestaltung ins Rutschen gekommen. Die Indikative, mit denen die Autoren die jeweils schlimmste Variante der umkämpften Bereiche festklopfen, verwandeln die Zukunftsgefahren in eine unbeeinflussbare Notwendigkeit. Das deterministische Denken verbaut vorab die Chancen alternativer Entwicklungswege, für die zu kämpfen sich lohnte.

Die Verschlechterung der sozialen und politischen Bedingungen wird nun unmittelbar auf den Zustand der sozialen Bewegungen übertragen. Was immer an Material gesammelt wird, es mündet ein in das Ergebnis einer nahezu totalen Hegemonie des Bürgertums in der Gesellschaft und in der Linken: die Gewerkschaften in der Defensive, die Ökologiebewegung geschwächt (43), die Lebensweise beherrscht von Ellbogenmentalität und enthemmter Bereicherungssucht (47), die Grünen verbürgerlicht (46), die Frauenbewegung vor allem »Frau an sich« thematisierend und damit in der Nähe »'völkischer' und konservativer Denk- und Handlungsmuster« (ebd.), die sozialen Bewegungen generell resigniert und daher im Begriff, sich selbst zu WahlbürgerInnen zu reduzieren (46), die »staatsfeindliche Linke« schließlich, d.h. die eigene Bezugsgruppe, nicht nur gesamtgesellschaftlich, sondern auch »von linksliberalen und staatslinken Spektren isoliert«, wie die Auseinandersetzungen in Kreuzberg und um die Hamburger Hafenstraße bewiesen (45).

Damit schließt sich der Kreis. Zu Recht kritisiert die *PROWO*-Redaktion, in dem Text falle das »handelnde Subjekt in seiner Widersprüchlichkeit heraus«, und es ergebe sich »ein schematisches Abbild scheinbar glatter und bruchloser Gesellschaftsprozesse, statt differenzierte und dialektische Entwicklungen« (*PROWO* 5, 12).

Der Abschied von der gesellschaftlichen Produktion

Die moderne Arbeitsorganisation isoliere die Erwerbstätigen an den Arbeitsgeräten und fördere die Entwicklung von »Einzelkämpfertum« (42f.). Auch dies ist eine Überverallgemeinerung *einer* Tendenz. Nicht zur Kenntnis genommen ist die ebenfalls existierende gegenläufige Entwicklung der durch die Automationsarbeit geforderten Intensivierung der Kommunikation und Kooperation. Statt die wirklichen Arbeitstätigkeiten der modernen Produzenten in ihrer Widersprüchlichkeit zu beschreiben, begnügt man sich mit der Aneinanderreihung gängiger Schlagworte: »Zerstückelung und Sinnentleerung, Intensivierung und Computerisierung« (43). Die kritisierte »moderne Arbeitsorganisation« ist aber mit den Kategorien »Zerstückelung und Sinnentleerung« gerade nicht begreifbar. Denn in der automatisierten Produktion werden die früheren monoton-repetitiven Arbeitsoperationen des Taylorismus ersetzt durch Kontroll- und Überwachungsfunktionen über umfassendere Produktionsprozesse. Die AutomationsarbeiterInnen

müssen sich als »Produktionsexperimentatoren« (PAQ 1987, 87) bewußt auf die Gesamtproduktion beziehen. Da das linksradikale Manifest diesen Zuwachs von Verantwortlichkeit mitsamt der damit einhergehenden Intellektualisierung der Arbeit nicht einfach leugnen kann, muß es ihn negativ umwerten: durch die integrierte Steuerung werde den Erwerbstätigen »eine hohe Verantwortung für die gesamte Kapitalmasse aufgebürdet« (42f.). Damit ist die neue Stellung der Produzenten im Produktionsprozeß reduziert auf eine bloße Funktion des Kapitals. Indem die Autoren auch die Errungenschaften der modernen Arbeitsbedingungen dem Kapital zuordnen, praktizieren sie paradoxerweise das gleiche Verfahren wie die Kapitalseite selbst — nur mit negativem Vorzeichen. Die Engführung hängt zusammen mit dem Verzicht auf die analytische Unterscheidung zwischen der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit und ihrer kapitalistischen Formbestimmtheit. Gerade das methodische Verfahren, das in der Empirie untrennbar Verwickelte in unterschiedliche Determinationsstränge zu differenzieren, bestimmt die Spezifik der Marx'schen Kapitalismuskritik als einer »bestimmten Negation«: »Ihr Nein zur kapitalistischen Produktionsweise kommt nicht von außen, sondern hat seinen Standpunkt im Verneinten.« (W.F. Haug 1973, 179) Fällt man hinter diese analytische Errungenschaft zurück, wird man sich nicht mehr dafür interessieren, ob oder inwiefern neue Technologien zur Entwicklung kollektiver Handlungsfähigkeiten von unten genutzt werden können (oder nicht). Ohne die Bereitschaft, Unterschiede zu machen, schwankt die Linke zwischen Faszination und Globalverweigerung. In beiden Fällen hat sie sich selbst zur Defensive verurteilt. Auch eine ökologische Kritik der naturzerstörerischen Technikentwicklung, die über hilflose Weg-Mit-Forderungen hinauskommen will, wird sich darauf konzentrieren müssen, »die vorhandenen Techniken, Wissenschaften und Organisationsstrukturen zu zerlegen, die Elemente zu sichten und das Brauchbare zusammensetzen« (Nemitz 1985, 26).

»Jede radikal linke Politik muß an der Produktion und an der Lage der Menschen in ihr ansetzen«, verkünden die Autoren (43). Gerade diesen Anspruch können sie nicht einlösen, weil ihre Modernisierungskritik in den Widersprüchen des Produktionsprozesses keinen Standpunkt findet. Die Perspektive der Selbstvergesellschaftung der Menschen ist in diesem zentralen Bereich des gesellschaftlichen Lebens abwesend und muß daher außerhalb gesucht werden. Wenn die Autoren den radikalen Linken die Aufgabe zuschreiben, »die noch vorhandenen Ansätze zu sozialer Selbstbestimmung zu bündeln« (47), dann meinen sie damit, »die ins Abseits gedrängten Strukturen einer leistungs- und integrationsfeindlichen Gegenkultur zu verteidigen und zu erneuern (ebd.). Selbstbestimmung wird verstanden als die »massenhafte Verweigerung gegenüber den herrschenden Leistungsnormen in Schule, Betrieb und Gesellschaft« (ebd.). Paul Willis hat gezeigt, wie die Arbeiterklassen-Kinder sich gerade durch die schulische Leistungsverweigerung in die subalternen Positionen der Lohnarbeit vorwegnehmend einordnen (79). Ein solcher Widerstandstyp kann zugleich also eine der Formen sein, in denen die herrschenden Klassenverhältnisse sich reproduzieren.

Als strategische Orientierung ist die antiautoritäre Ineinssetzung von Selbstbestimmung und Leistungsverweigerung weder links noch radikal. Indem sie die

Befreiungsperspektive aus der gesellschaftlichen Arbeit herausverlagert, ähnelt sie vielmehr der bürgerlichen Orientierung auf Freizeit als dem privilegierten Ort sinnerfüllten Lebens.

Der Abschied vom Sozialismus

»Das System, das sich 'realer Sozialismus' nennt, ist am Ende.« (45) Denn man setze auf »höhere Produktivität« und »Leistung« statt auf kreative Arbeit und »Selbstbestimmung der Produzenten über das Wie und Was der Produktion« (ebd.). So zutreffend der Hinweis auf die verhinderte Produzentendemokratie ist, so verfehlt ist auch hier die Entgegensetzung von »Selbstbestimmung« und hoher Produktivität. Immerhin ist die staatssozialistische Ökonomie nicht auf Grund ihrer überlegenen Leistung in die Krise geraten, sondern auf Grund eines Fremdvergesellschaftungssystems, das sich als »Apathiemaschine« (W.F. Haug 1989) entmotivierend und leistungshemmend auswirkte. Wer sich zurücksehnt nach der Konkurrenzlosigkeit im Sozialismus, weil diese »das Schicksal des Malochers milderte« (45), übersieht den Produzentenstandpunkt guter Gebrauchswertproduktion, für den die permanente Vergeudung gesellschaftlicher Arbeitskraft in ineffektiven Staatsbetrieben durchaus entfremdend ist.

Was aber kommt nach dem gescheiterten »realen Sozialismus«? Die Linke schwankt zwischen Angst und neuer Hoffnung. Dies hängt zusammen mit der realen Überlagerung entgegengesetzter Determinationen: Die Wiederaneignung der in den Staat ausgelagerten Kompetenzen durch die Zivilgesellschaft eröffnet die historische Chance eines demokratischen Sozialismus, der im Unterschied zum bürgerlichen Parlamentarismus auch die gesellschaftliche Produktion demokratisiert. Die Perestrojka befreit nicht zuletzt die SozialistInnen, die innerhalb ihrer verstaatlichten Parteien auch »gegen sich selbst« organisiert waren, und in deren unglücklicher Subjektverfassung »reformatorisches Potential« gefangen lag (Bahro 1977, 294, 386; vgl. die aktualisierende Relektüre in Stamm 1989). Zugleich vollzieht sich diese potentiell sozialistische Revolution unter den Bedingungen einer Hegemonie des Westens. Wie sich die Kräfteverhältnisse zwischen den gegensätzlichen Orientierungen entwickeln und welche neuen Kompromißbildungen aus ihnen hervorgehen werden, kann zur Zeit keiner mit Sicherheit sagen.

Für das Manifest der Radikalen Linken ist der Siegeszug des Kapitalismus und seine »'Rückgewinnung' des Ostens« beschlossene Sache (45). Das Ende des administrativ-etatistischen Sozialismus-Modells wird zum Ende des Sozialismus überhaupt. In dieser Ineinsetzung wirkt ein Stalinismus-Erbe nach, aller verbalen Distanzierungen zum Trotz. Hinzu kommt ein eherner Determinismus, der die gesellschaftlichen Subjekte eines erneuerten Sozialismus unterschätzt. Wer das Problem der realistischen Erfolgchancen eines demokratischen Sozialismus objektivistisch zu beantworten versucht, landet notwenig in einem der zahlreichen Vergeblichkeitsdiskurse, die auf dem politischen Markt der Möglichkeiten so billig zu haben sind. Die linksradikale Desertion aus den neuen Frontstellungen ähnelt der ihrer »realpolitischen« Kontrahenten. Die behauptete »Kapitulation« des Sozialismus (47) verdeckt die eigene. In einer historischen Umbruch-

phase, in der die West-Linke die Aufgabe hätte, durch innenpolitischen Druck den Freiraum zu erzwingen, den die Ost-Linke für die Erneuerung sozialistischer Alternativen dringend braucht, verabschiedet sich der Linksradikalismus von dieser konkreten Form internationaler Solidarität.

Die von Gorbatschow vorgeschlagene Metapher des »gemeinsamen europäischen Hauses« richtet sich sowohl gegen die Abschottung einer »Festung« Westeuropa als auch gegen die Einverleibung der sozialistischen Länder durch den Kapitalismus. Angezielt sind stabile Kooperationen unter gemeinsamem Dach. Gorbatschow wirbt mit dem sprachlichen Bild um die Anerkennung der Systemunterschiede und um die ausschließlich zivile Austragung der Gegensätze. Daß der Begriff aufnahmefähig ist für verschiedene Interessen, ist Bestandteil seiner Wirksamkeit. Die Ausstrahlungskraft erweist sich nicht zuletzt darin, daß die unterschiedlichsten Formationen sich positiv auf ihn beziehen müssen. Das Manifest verknüpft das »gemeinsame Haus« mit dem »Eurochauvinismus«, der gerade dabei ist, den »Russen« zu erobern (44). Die zusätzliche Kennzeichnung des »gemeinsamen Hauses« als »volksgemeinschaftlich« (ebd.) verschiebt die Assoziationen nach rechts bis ins Faschistische hinein. Die Autoren subsumieren das umkämpfte Bild unter die Entwicklungstendenzen, gegen die es sich richtet. Was sich als radikale Entlarvung in Szene setzt, wendet sich in Wirklichkeit gegen das linke Eingreifen in die Zukunftsdebatte.

Zurückweisung der »Gattungsfrage« in der Ökologie

Die Selbstlähmung linksradikalen Denkens wird besonders deutlich, wenn die vertretenen Standpunkte »im Prinzip« einsichtig und mehrheitsfähig sind. Die Argumentation z. B., daß eine wirksame Ökologiepolitik sich nicht auf die Konsumtion beschränken darf, sondern an der Produktion ansetzen muß, ist dem gesunden Menschenverstand keineswegs fern. Besichtigen wir, wie die Autoren diesen Standpunkt begründen: »Die Verharmlosung der Umweltprobleme durch die Appelle an die Verbraucher (weniger autofahren, phosphatfreie Waschmittel kaufen, Bioläden nutzen) soll den Verzicht auf Eingriffe in die Industrie ... kaschieren.« (43) Der Satz ist exemplarisch für die manipulative Sprache des Textes. Das Subjekt »Verharmlosung« nimmt den im Verb »kaschieren« bezeichneten Vorgang schon vorweg. Die politische Aussage steckt sozusagen im Kleingedruckten: Verbraucher-Appelle seien eine solche Verharmlosung und als solche kaschierten sie. Aber die Aufklärung über umweltschädliche Produkte »verharmlost« und »kaschiert« als solche keineswegs, sondern allenfalls das häufig (aber nicht notwendig) mit ihr verbundene Schweigen über die umweltzerstörende Wirkungsweise des kapitalistischen Profitprinzips in der Produktion. Beibehalten ist in der Argumentation die Denkweise, Produktion und Konsumtion als getrennte Bereiche zu behandeln, die gegeneinander ausgespielt werden könnten. Der Diskurs ist ausgrenzend. Wer auf die Konsumweise einzuwirken versucht, ist als politischer Gegner konstituiert, unabhängig davon, wie und in welcher Perspektive er dies tut. Der konsumkritische Ökologe ist vom linken Projekt abgesprengt. Ohne Not isoliert sich der angeblich radikale Ansatz an »der Produktion« von großen Teilen der Ökologiebewegung.

Mühsam ringen sich die Autoren zu der Erkenntnis durch, daß die Umweltzerstörung die Klassen- und Staatsgrenzen überschreitet. Sie als »Gattungsfrage« anzusehen, erscheint ihnen jedoch wiederum als problematisch, denn dieser Begriff werde »auch für ökodiktatorische Lösungen und 'volksgemeinschaftliche' Strategien (Abschied vom Klassenkampf) mißbraucht«, und so würden Umweltprobleme »mehr und mehr zum ideologischen Rekrutierungsfeld für rechtsradikale Gruppen«, wobei die Übergänge zum grünen Spektrum manchmal fließend seien (43). In Wirklichkeit erleichtert die linksradikale Preisgabe der »Gattungsfrage« die rechtsradikale Besetzung der Ökologie, statt sie zu erschweren. Denn in diesem Begriff verdichtet die sowjetische Perestrojka die Verknüpfung von weltweiter Abrüstung, Naturerhaltung und Kampf gegen die Armut in der Dritten Welt. Zudem geht es hier nicht um die Auflösung der »Klassenfrage« in die »Gattungsfrage«, sondern um eine neue Dialektik beider (vgl. Haug 1989, 49ff., 67ff.). Wie immer der Rechtsradikalismus die ökologischen Probleme ausbeutet, die Besetzung eines in diesem Sinne »globalen« Politikansatzes wird ihm schwerfallen. Dieser eröffnet umgekehrt linke Handlungsräume, um rechte Menschheits-Spaltungen in »Rassen« und Nationen offensiv zu bekämpfen. Die sektiererische Denkweise des Linksradikalismus zeigt sich vor allem in der argumentativen Strategie, jeglichen »Abschied vom Klassenkampf« als »volksgemeinschaftlich« zu denunzieren und an den Rechtsradikalismus anzuschließen, als gäbe es nicht auch »nicht-klassenkämpferische« Artikulationen der ökologischen Krise (z.B. sozialdemokratische), die — was immer man an ihnen kritisieren mag — nichts zu tun haben mit rechtsradikaler Besetzung. Durchgängig ist der Diskurs dieses Linksradikalismus so gebaut, daß unmittelbar hinter der eigenen Position Faschismusverdächtiges lauert. Diese Gegenüberstellungen werden auf Dauer nicht geglaubt werden, weil sie falsch sind. Die mit ihnen erzeugten Mobilisierungen sind auf Sand gebaut.

Die Diskreditierung von Rot-Grün als zivilgesellschaftliches Projekt

Wenn die Autoren den Niedergang der sozialen Bewegungen zu begründen versuchen, argumentieren sie vor allem in der Abfolge »erlittene Niederlage«, »Nichts-Ausrichten-Können«, Resignation, »Anpassung an bürgerliche Normen und kapitalistische Ideologie« (ebd.). Die Beispiele reichen von Tschernobyl (trotz der Großdemonstrationen kein Ausstieg aus der Atomenergie) über die Frankfurter Startbahn-West bis zur gescheiterten Besetzung einer Hamburger Großwerft (HDW).

Die unmittelbare Ableitung der Anpassungstendenzen aus politischen Niederlagen stützt sich auf gelebte Erfahrungen und mag vielen daher plausibel erscheinen (wenngleich die Bewegungs-Erfolge konsequent verschwiegen sind). Aber ihr Erklärungswert ist gering. Denn unberücksichtigt bleiben die hegemonialen Kräftekonstellationen, die erst einen verlorenen Kampf zu einer generellen Niederlage machen. Wenn z.B. die Niederlagen der Arbeiterbewegung in den Krisenregionen Rheinhausen, Hattingen, Hamburger Werften, Maxhütte zum Teil resignativ verarbeitet wurden, dann liegt dies unter anderem daran, daß die Abwehrkämpfe der Belegschaften nicht eingebunden waren in einen »zukunfts-

weisenden und ausstrahlungsfähigen Block gesellschaftlicher Veränderungen« (vgl. die gründlichen Auswertungen in Barga 1988; hier: 110). Um so mehr gilt dies für die »neuen sozialen Bewegungen«, deren Entwicklung sich ohne die Einbettung in eine hegemoniefähige Reformalternative in zumeist kurzlebigen Wellenbewegungen vollzieht, und deren Instabilität so oft als schmerzliche Zerstörung mühsam aufgebauter Lebenszusammenhänge erfahren wird. In der Bundesrepublik stellt sich den sozialen Bewegungen die Hegemoniefrage konkret als Vernetzungsproblem in der Perspektive rot-grüner Bündnisse. In diesem Sinne fordern z.B. die »Erneuerer« der DKP in ihrer Diskussionsplattform zu einer »modernen kommunistischen Partei« ein aktives Verhältnis der Linken zu Rot-Grün (MKP 1989, 13). Gemeint ist eine sowohl konstruktive als auch »autonome« Position. Letzteres bedeutet vor allem, »daß die Linke die Wahrheit sagt über die aktuellen Grenzen von Rot-Grün«, insbesondere über die marktorientierte Beschränkung auf das, »was jenseits der Kapitalverwertungsinteressen liegt« (ebd., 11). Da über den Verteilungsspielraum für ökologische Eingriffe letztlich im Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit entschieden werde, sei es die Aufgabe einer erneuerten Linken, dem Projekt Rot-Grün »durch Bezug auf ... betriebliche und gewerkschaftliche Bewegung Konsequenz zu verleihen« (ebd., 13). Das Manifest der »Radikalen Linken« präsentiert dagegen Rot-Grün ausschließlich in der Kombination »rosa-grüner Besoffenheit« (41, 48) und »rosa-grünen Regierens« (47). Das Problem liegt nicht so sehr darin, ob man als »Linker« rot/rosa-grüne Regierungspolitik begrüßt oder kritisiert. Entscheidend ist, daß durch solche denunziatorischen Verknüpfungen Rot-Grün als zivilgesellschaftliches Projekt diskreditiert wird, bevor es sich wirksam konstituieren konnte. Unvorstellbar ist für die Autoren die Perspektive gesellschaftlicher Bewegungen, die ein »rosa-grünes Regieren« einerseits ermöglichen und andererseits kritisieren, auf jeden Fall die geöffneten Handlungsräume offensiv ausschreiten und zu erweitern versuchen.

Eher zynisch als utopisch

Die Radikale Linke halte mehr von »Anti-Begriffen« als von »positiven Einbildungen«, und »schroffe Negationen« seien die Voraussetzung für »politische Utopien«, heißt es abschließend (48). In diesen Formulierungen laufen unterschiedliche Bedeutungen zusammen. Zum einen signalisieren sie gegen die weithin vorherrschende Tendenz eines prinzipienlosen Mitmachens bei allem und überall die Entschlossenheit, auch unter ungünstigen Bedingungen »Nein« zu sagen. Und da die Bereitschaft zur Verweigerung gegenüber der opportunistischen Anpassung allemal ein historisches Recht hat, ist nicht auszuschließen, daß der »Radikalen Linken« antikapitalistische Widerstandskräfte zuwachsen werden. Zugleich aber rechtfertigt sich in der »schroffen« eine abstrakte Negation, die mitsamt der Integration in die herrschenden Verhältnisse auch die Eingriffsmöglichkeiten linker Gegenstrategien verwirft. Wie wir gesehen haben, verweigert der Programmwurf nicht nur die Wahrnehmung von Tendenzen, die der Verelendung entgegenstehen, sondern auch die Perspektive, die vorhandenen Ansätze des Widerstands in einem mehrheitsfähigen Gegenentwurf zu bündeln.

Wenn Utopie etwas zu tun haben soll mit dem Entwerfen alternativer Lebensmodelle, dann ist dieser neue Linksradikalismus strikt anti-utopisch. Vermutlich kreuzen sich in einer solchen Haltung die generationsbedingten Verschleißerscheinungen eines langjährig erfolglosen Fundamentalismus mit der No-future-Atmosphäre einer sich autonom nennenden Szene (zu deren Utopielosigkeit vgl. F. Haug 1989, 200). Die konstruierte Auswegslosigkeit stellt die Veränderungsfähigkeit der Linken still. Auch die unverzichtbare Widerständigkeit des Neinsagens verwandelt sich in einer solchen Anordnung in die selbstgefällige Koketterie gegenüber der eigenen Minderheitsposition.

Wenn Bernd Ulrich und Antje Vollmer den »Realos« ihrer Partei vorwerfen, ihre Ausbeutung resignativer Hoffnungslosigkeit füttere sich mit dem menschlichen Stoff, der für das alternative Politikmachen noch gebraucht werde (Ulrich/Vollmer 1987), dann trifft die Kritik auch die Haltung des linksradikalen Manifests. Vielleicht hat sich unter der Oberfläche erbitterter Realo-Fundi-Grabenkämpfe ein relativ homogener Intellektuellen-Typus des veränderungsunwilligen Zynikers herausgebildet. Wieder droht auf der Linken die Reproduktion einer alten Blockierung: auf der einen Seite eine spezifische Ausprägung von »Realpolitik«, die jegliches Interesse an weitreichenden Alternativen zu den bestehenden Herrschaftsverhältnissen verloren hat, auf der anderen Seite ein Prinzipialismus, der sich um realistische Veränderungsstrategien nicht kümmert und auf die Hegemoniefrage pfeift. Desartikuliert ist an beiden Polen dieser Anordnung die Perspektive einer »revolutionären Realpolitik« (Rosa Luxemburg, Werke 1.2, 373).

Literaturverzeichnis

- Albers, Detlev u.a. (Hrsg.), 1989: Fernaufklärung. Glasnost und die bundesdeutsche Linke. Köln
- Bahro, Rudolf, 1977: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Frankfurt/M.
- Bargen, Harry von u.a. (Mitverf.), 1988: Vom Widerstand zur Reformbewegung? Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen. Arbeitsmaterialien des IMSF 30. Frankfurt/M.
- Haug, Frigga, 1989: Die Perestrojka auf sozialdemokratisch? Ein Eingriff in die Diskussion um Lafontaine. In: *Das Argument* 174
- Haug, Wolfgang Fritz, 1973: Die Bedeutung von Standpunkt und Perspektive für die Kritik der politischen Ökonomie. In ders.: Bestimmte Negation, das umwerfende Einverständnis des braven Soldaten Schwejk und andere Aufsätze. Frankfurt/M.
- ders., 1989: Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken. Hamburg
- Kreis »Radikale Linke«: Entwurf einer politischen Grundlage. In: *Konkret* Heft 11, November 1989, S.41-48
- Luxemburg, Rosa, 1979: Karl Marx (1903). In: *Gesammelte Werke* 1.2, Berlin (DDR), 369-377
- »Moderne kommunistische Partei. Marxismus als Theorie der Befreiung«. Diskussionsplattform einer Arbeitsgruppe von Parteitag delegiertInnen der DKP. Erster Entwurf, Oktober 1989 (Manuskript)
- Nemitz, Rolf, 1985: Grüne Technikkritik: Fortschrittsdenken, umgestülpt. Eine Antwort auf Otto Ullrich. In: K.E. Lohmann (Hrsg.): *Sozialismus passé? Argument-Sonderband (AS) 135*. West-Berlin
- PAQ (Projekt Automation und Qualifikation), 1987: Widersprüche der Automationsarbeit. Ein Handbuch. West-Berlin
- PROWO*, Null-Nummer 5 (3.11.1989)
- Stamm, Michael, 1989: Von der Sowjetunion lernen heißt ...? Bestätigte und enttäuschte (Vor-)Lieben. In: Albers u.a. 1989
- Ulrich, Bernd, und Antje Vollmer, 1987: »Kein Lager, drauf zu schwören ...«. In: *Kommune* 12
- Willis, Paul, 1979: Spaß am Widerstand. Gegenkultur in der Arbeiterschule. Frankfurt/M.

Gisela Hänel-Ossorio

Armut ist weiblich

Armut in der Bundesrepublik sollte ein politisch brisantes Thema sein, weil es — obwohl durchaus möglich — nicht gelungen ist, Armut zu beseitigen.

Seit den siebziger Jahren spricht man, zuerst von Geißler als Kritik an der sozialliberalen Regierungspolitik formuliert, später fallengelassen und von sozialliberalen Politikern in der Opposition wieder aufgegriffen, von der neuen Armut. Mit »neu« meint man heute die Armut, die durch langdauernde Massenarbeitslosigkeit ausgelöst wurde. Auch sind Angehörige der Mittelschichten, die (außer in der großen Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre) niemals vorher an kostenlosen Suppenküchen Schlange gestanden haben, neu unter den Armen. Die neue Armut ist Armut im und trotz Sozialstaat.

Was heißt Armut?

Bei Armut denkt man zuerst an Einkommensarmut. Der materielle Aspekt der Armut ist nur eine Seite, aber eine wichtige. Denn für die Unabhängigkeit eines Menschen, seine Lebenslage, ist ein adäquates Einkommen eine fundamentale Voraussetzung, weil die Befriedigung von Konsumbedürfnissen nach eigenem Geschmack und eigener Entscheidung der herrschenden Vorstellung als ein Element von Freiheit und Selbstverwirklichung gilt.

Dafür, bei welchem Einkommen Armut vorliegt, gibt es sehr verschiedene Bestimmungen. Die Höhe der Sozialhilfeleistungen ist z. B. ein Maßstab. Derzeit liegt der Eckregelsatz der Sozialhilfe für eine alleinstehende Person bei 416 DM monatlich (incl. Stromkosten; an Kosten für Unterkunft werden in einer mittleren Großstadt monatlich 390 DM erstattet). Nach der neuesten amtlichen Statistik gibt es 3 Millionen Sozialhilfeempfänger in der Bundesrepublik (vgl. Memorandum '88, 313 u. Deiniger 1987, 151ff.). Wird berücksichtigt, daß nur ca. die Hälfte der Anspruchsberechtigten Sozialhilfe tatsächlich beanspruchen, was ein bekannter empirischer Befund ist (vgl. Bujard/Lange 1978; Balsen 1984, Kapitel VII), kommt man auf ca. 5 bis 6 Millionen Menschen, deren Einkommen auf Sozialhilfeniveau oder darunter liegt, die als arm bezeichnet werden müssen. Ein manchmal gewählter, anderer Maßstab zur Armutsbestimmung ist die Verfügung über weniger als 60 Prozent des gesellschaftlichen Durchschnittseinkommens. Nach dieser Meßgröße leben in der Bundesrepublik (1983) 11,1 Millionen Menschen an der Armutsgrenze. Das sind 19,6 Prozent der Bevölkerung.

Ein weiteres Armutsmaß ist, welche Haushalte laufende Hilfe zum Lebensunterhalt empfangen. Deren Zahl ist innerhalb von nur acht Jahren um 160 Prozent gestiegen, auf 1,3 Millionen Haushalte (Memorandum '88, 314). Ein Haushalt von dreien, die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt bekommen, hat einen weiblichen Haushaltungsvorstand. Häufigste Hilfeursache sind unzureichende Versicherungs- und Versorgungsansprüche. Die Aufteilung der Haushalte insgesamt nach den Hauptursachen der Hilfestellung muß alarmierend stimmen (ebd.):

- 417 Tausend Haushalte empfangen (1986) laufende Hilfe zum Lebensunterhalt wegen Verlust des Arbeitsplatzes,
 210 Tausend wegen unzureichender Versicherungs- und Versorgungsansprüche,
 160 Tausend, weil der Ernährer ausfiel,
 89 Tausend Haushalte beziehen laufende Hilfe, weil ihr Erwerbseinkommen unzureichend ist.

In den letzten zehn bis zwölf Jahren ist der Verlust des Arbeitsplatzes in der Liste der Hauptursachen öffentlicher Hilfestellung an die erste Stelle gerückt. Armut ist größer, unsichtbarer geworden im Vergleich zum 19. Jahrhundert, vielleicht auch noch zu den fünfziger Jahren, wird aber heute zum Teil in den städtischen Zentren wieder sichtbar. Ein Reisender durch die Bundesrepublik könnte herausfinden, daß Armut oft unsichtbar ist dank Massenproduktion und Massenkonsum von Kleidung und anderen Konsumartikeln des täglichen Bedarfs. Er könnte Leute mit Fernsehen und Telefon antreffen, die hungrig sind. Neue Armut ist zudem noch in einem allgemeineren Sinn von der alten Armut unterschieden. Arm sein in der Bundesrepublik heißt relativ arm sein: Im Vergleich zu den Armen in den Entwicklungsländern ist Armut in der Bundesrepublik relative Armut. Arm sein in der Bundesrepublik heißt aber auch, arm sein im Vergleich zum Rest der Bundesrepublikaner, und zwar nicht nur im Hinblick auf das Einkommen, sondern auch auf viele andere Aspekte: langfristige finanzielle Gesundheits- und Altersvorsorge, bessere Jobs und Jobchancen, Bildung, sozialen Status, Einflußmöglichkeiten auf politische Machtentscheidungen, Chancen der Überwindung von Diskriminierung etc. Armut erschöpft sich nicht im geringen Einkommen, sondern beinhaltet einen Zusammenhang zwischen Mangel, Abhängigkeit und Ausbeutung, wie der englische Sozialwissenschaftler Hobsbawm (1968, 398) schrieb.

Was heißt, »Armut ist weiblich«?

Wenn man zusammenfaßt, kann man auf wenige Argumente kommen, um die Frage zu beantworten:

(1) die Mehrheit der Frauen der Welt ist arm im absoluten Sinn des Wortes: Frauen leisten eine enorme Menge an Arbeit ohne irgendwelche Entlohnung. Nach Daten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf wird 90 Prozent der unbezahlten Arbeit der Welt von Frauen geleistet (nach Scott 1984, 3). Vielleicht kann man diese Berechnungen anzweifeln, aber die Aussage bleibt zumindest im Kern richtig.

(2) Armut ist Frauensache, weil in der Krise zunehmend Frauen versuchen, durch Erwerbstätigkeit ihre Familien vor dem Absturz in die Armut zu bewahren und weil in einer wachsenden Zahl von Familien mit kleinen Kindern Frauen die alleinige Ernährerin sind, aber Frauen viel zu wenig verdienen, um den Lebensstandard ihrer Familie aufrechtzuerhalten (vgl. Klein 1985). Ein wachsender Anteil von Familien unterhalb der Armutsgrenze sind Familien mit einem weiblichen Haushaltsvorstand.

(3) Weibliche Armut hat spezifische Ursachen, die sie von männlicher Armut unterscheidet. Mögliche persönliche und soziale Ursachen der Armut, wie fehlende schulische oder berufliche Bildung, falsche oder inadäquate Berufsqualifikation,

schlechter Gesundheitszustand, Mängel an Arbeitsplätzen, treffen in gleicher Weise für Männer und Frauen zu. Es gibt aber zudem Armutsgründe, die nur Frauen betreffen: Männer werden im allgemeinen nicht arm, wenn sie z.B. geschieden sind oder wegen sexistischer Vorurteile auf dem Arbeitsmarkt. Manchen Männern gelingt es sogar, sich aus denselben Gründen von der Armut zu befreien, die Frauen in Armut stürzen: dieselbe Ehescheidung oder Familienflucht, die den Mann von den finanziellen Lasten einer Familie befreit, kann die Armut seiner Ex-Frau und Kinder zur Folge haben. Der unterschiedliche Charakter weiblicher Armut hat zwei Quellen: Frauen tragen in der Regel die Hauptverantwortlichkeit für das Großwerden der Kinder, und das Einkommen von Frauen und ihre berufliche Mobilität sind eher begrenzt (durch berufliche Diskriminierung, durch die Segmentierung des Arbeitsmarktes etc.)

(4) Armut ist weiblich, weil Männer und Frauen nur formal-rechtlich die gleichen Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, aber nicht faktisch. Bei Einstellungen und Entlassungen ist die Argumentation verbreitet, daß das Einkommen von Frauen bloß Zusatzverdienst sei. Patriarchalische Familienvorstellungen rechtfertigen im Grunde genommen die Verdrängung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt. Sogar Betriebsräte vertreten gelegentlich diese Meinung, wenn der Begriff der Doppelverdienerin in die Waagschale geworfen wird. Auch die Tatsache, daß Frauen Kinder bekommen können und daß sie besondere Schutzrechte genießen, wird gegen sie verwandt, wenn sie mit einem Mann um einen Arbeitsplatz konkurrieren.

(5) Armut ist weiblich, argumentieren gelegentlich auch Konservative. Die Familie sei nämlich instabil wegen der Erwerbstätigkeit von Hausfrauen und Müttern. Was die Vertreter dieser Ansicht wirklich sagen, ist, daß nichts bei den Frauen falsch läuft, was nicht durch einen Ehemann, der Arbeit hat, gelöst werden kann.

(6) Armut ist weiblich, weil in gering qualifizierte Jobs und in kleinen Betrieben überdurchschnittlich oft Frauen beschäftigt sind. Zwei Drittel oder mehr aller Frauen arbeiten in sogenannten Frauenghettos in Fabriken, Büros oder Einzelhandelsgeschäften (Scott 1984, 26).

(7) Armut ist weiblich, weil sich Frauen in schlecht bezahlten Berufen und auf schlecht bezahlten Arbeitsplätzen konzentrieren. Hinzu kommt die schlecht bezahlte Teilzeitarbeit in den Jobs mit den schlechtesten Aufstiegschancen und den geringsten Zusatzgratifikationen. Teilzeitarbeit ist fast ausschließlich Frauenarbeit, und ca. jede dritte erwerbstätige Frau leistet Teilzeitarbeit; das sind ca. 3 Millionen Frauen (vgl. Brinkmann 1986 u. Saeger/Olsen 1986). Die Forderung »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« ist nahezu 100 Jahre alt, es dauerte bis in die siebziger Jahre, bis in den meisten westlichen Ländern diese Forderung Gesetz wurden; ihre Verwirklichung in der Praxis läßt weiterhin zu wünschen übrig.

Warum ist die neue Armut zum großen Teil Frauenarmut?

Unter den Rahmenbedingungen der Massenarbeitslosigkeit bleibt für die Befreiung der Frauen aus traditionellen Zwängen wenig Spielraum:

— Frauen, die aus dem Berufsleben ausscheiden, haben große Schwierigkeiten, wieder in den Beruf zurückzukehren.

- Während nur 29 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frauen sind, sind unter den erwerbslos Gemeldeten 44 Prozent Frauen, d.h. Frauen sind überdurchschnittlich erwerbslos (Memorandum '88, 309).
- Die Frauenrenten sind im Durchschnitt niedriger als die Männerrenten (Neue Armut, 39).
- Zwei Drittel aller Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz sind Mädchen, obwohl sie bessere Schulabschlüsse vorweisen.

Die spezifische Frauenarmut muß in ihrem historischen Kontext betrachtet werden.

Mit der Industrialisierung findet gleichzeitig die Trennung zwischen Wohnen und Arbeiten statt, was sich auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in der Familie auswirkt. Die Arbeit außerhalb der Familie ist bezahlt, ist Lohnarbeit. Die Arbeit innerhalb der Familie bleibt aber unbezahlte Arbeit. Die unbezahlte Arbeit in der Familie — kochen, waschen, saubermachen, Kinder erziehen, pflegen — bleibt vorwiegend Frauenarbeit. Nach der bürgerlichen patriarchalischen Familienideologie ist der Mann für die entlohnte Arbeit, für die Arbeit in der Manufaktur oder der Fabrik zuständig, unabhängig davon, ob in Wirklichkeit nicht auch — oder vorwiegend — die Familie vomohne Einkommen der Frauen und Kinder abhängig ist oder war.

Die unbezahlte Hausfrauenarbeit ermöglicht zugleich, mit einem niedrigeren Haushaltseinkommen auszukommen als notwendig wäre, wenn die ganze Hausarbeit an kommerzielle Dienstleistungsunternehmen vergeben würde. Unbezahlte Hausfrauenarbeit senkt die Reproduktionskosten der Arbeitskraft. Dieser Tatbestand ist ein Grund, warum konservative Politik die Familie und die Betonung der Rolle der Frau als Hausfrau und Mutter immer als Kernstück hat. Die traditionelle Familie federt zum Teil — rein ökonomisch betrachtet — niedrige Einkommen ab. Das ist nichts anderes, als das, was jede Hausfrau und jeder Hausmann weiß, daß nämlich eine Menge Haushaltsgeld eingespart werden kann, wenn man/frau selber kocht, statt essen zu gehen, selber wäscht etc.

Ein weiterer Grund, daß die Krise zum großen Teil auf dem Rücken der Frauen ausgetragen werden kann, ist die Art und der Charakter des sozialen Sicherungssystems; auch dieses trägt patriarchalische Züge. Es wurde konstruiert nach dem Modell des männlichen Lohnabhängigen. In der Praxis wirkt sich das so aus, daß — Frauen in der Regel im Fall von Krankheit, Erwerbsunfähigkeit, Rente, Arbeitslosigkeit etc. auf die Unterhaltungspflicht des Mannes bzw. davon abgeleitete Ansprüche angewiesen sind, und daß

- eigene Ansprüche, die Frauen erwerben, sehr gering sind.

Man wird vielleicht hier einwenden, der Grund dafür, daß die Armut weitgehend Frauenarmut ist, liege nicht beim System der sozialen Sicherung, sondern bestehe darin, daß die Frauenerwerbsquote (d.h. der Anteil der Frauen, die erwerbstätig sind, an der erwerbsfähigen weiblichen Bevölkerung) niedriger ist als die Erwerbsquote der Männer. Was hat also die Feminisierung der Armut damit zu tun, daß Frauen weniger oft Geld verdienen als Männer?

Die weitverbreitete Vorstellung, daß Frauen kein Geld verdienen dürfen, hat sicher etwas mit dem patriarchalischen bürgerlichen Familienideal und vielleicht etwas damit zu tun, daß diese Gesellschaft hierarchisch und ungleich ist bei

gleichzeitiger formal-rechtlicher Gleichheit. Frauen, besonders verheiratete, dürfen kein Geld verdienen, weil das das Eingeständnis bedeutet, daß das Einkommen des Patriarchen nicht ausreicht, eine Familie zu ernähren, er in seiner Rolle versagt hat. Deswegen wird Frauenarbeit hartnäckig als Zusatzverdienst gewertet — auch von betroffenen Frauen —, selbst wenn das Fraueneinkommen notwendig für das Familienauskommen ist.

Was hat die Feminisierung der Armut mit Kapitalismus zu tun?

Armutskarrieren sind in kapitalistischen Gesellschaften strukturell verursacht, Grundtatbestände, weder bewußt geplant noch gewollt von irgendwem oder irgendeiner Institution, aber Normalität — wenn nicht staatliche Intervention erfolgt, die Armutskarrieren korrigiert, vielleicht sogar verhindert.

Die konservativen Begründer der sogenannten Bismarckschen Sozialgesetzgebung handelten schon um die Jahrhundertwende nach dem Prinzip, daß im Kapitalismus Arbeitsunfähigkeit für die betroffenen Lohnabhängigen und ihre Familien zwangsläufig Verarmung bedeutet und möglicherweise die befürchtete Stärkung der organisierten Arbeiterbewegung. Marx, der die Bedingungen der Arbeiterklasse analysierte, argumentiert, daß der Kapitalismus eine Reservarmee schafft, die verhindert, daß die Löhne stärker wachsen als die Produktivität. Diese Lücke zwischen Produktivität und realen Löhnen ist für den Kapitalisten der Profit. Eine große Reservarmee bedeutet Druck auf die Löhne, weil immer neue Arbeiter da sind, die die verbrauchten ersetzen können. Wenn das Angebot an Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt knapp wird, können Lohnerhöhungen eher erkämpft werden. Zwischen diesen allgemeinen Überlegungen und der Rolle, die die Frauenerwerbsarbeit in der Geschichte der Bundesrepublik gespielt hat, gibt es einen interessanten Zusammenhang.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit ist die Frauenerwerbstätigkeit sehr hoch. Hinzu kommt unbezahlte Frauenarbeit außerhalb der Familie, sogenannte soziale Arbeit (z.B. Trümmerfrauenarbeit) und Frauenarbeit in der Landwirtschaft. Diese Frauen sind oft weder sozial- noch krankenversichert, d.h. sie sind weiterhin auf die Versorgung durch einen erwerbstätigen Ehemann angewiesen. Frauen bekommen weniger Geld für gleiche Arbeit, sie dürfen nicht selbständig über ihr persönliches Vermögen verfügen, stirbt der Vater ihrer Kinder, haben sie nicht das Sorgerecht, sondern ein männlicher Vormund wird bestellt. Zu Beginn der fünfziger Jahre wirkt sich die Restauration der wenigen alten Strukturen und Denkweisen, die zerstört worden waren, auch in der Frage der Frauenerwerbstätigkeit aus: Frauen sollen nur als vorübergehende Stellvertreterinnen der Männer fungiert haben. Das eignet sich gut als Rechtfertigung dafür, daß Frauen wegen der hohen Arbeitslosigkeit (Anfang der fünfziger Jahre bei über 10%) ihre Arbeitsplätze räumen sollen.

Erst als sich in den sechziger Jahren auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik deutliche Engpässe abzeichnen, werden die Berufschancen von Frauen wieder besser. Frauenerwerbstätigkeit nimmt in den sechziger Jahren zu und wird auf Grund ihrer größeren Verbreitung nun wieder selbstverständlicher. Frauen werden wegen ihrer häufig geringeren Qualifikation in der Regel aber nicht als

gleichwertige Arbeitskräfte angesehen und bei gleicher Arbeit weiterhin schlechter bezahlt als Männer. Ungewollt fungieren Frauen, die auf den Arbeitsmarkt drängen, als Lohndrückerinnen, weil sie ein billiges Arbeitskrätereservoir darstellen. Für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Lohnforderungen wird diese Frauenerwerbstätigkeit zum Problem. Das macht verständlich, daß die Gewerkschaften Ende der sechziger Jahre in den Tarifverträgen gleichen Lohn für gleiche Arbeit erkämpfen, obwohl ausgesprochen wenig Frauen gewerkschaftlich organisiert sind, und die Forderung nach gleichem Lohn schon seit 1949 im DGB Grundsatzprogramm steht. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und der sogenannte Sputnikschock sind zudem wichtig für die Bildungsreformediskussion Ende der sechziger Jahre. Die Bildungsreform beseitigt faktisch die Benachteiligung der Mädchen im Schulsystem. In den folgenden Jahren verringern sich auch die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen (was sicher etwas mit der besseren beruflichen und schulischen Qualifikation zu tun hat), verschwinden aber nicht. Weiterhin können Frauen meist nicht in besser bezahlte Positionen aufsteigen.

Nun zur gegenwärtigen Situation auf dem Arbeitsmarkt. Seit 1974 dauert die Krise an: Massen- und Dauerarbeitslosigkeit, selbst bei wirtschaftlichem Wachstum, sind ihre Kennzeichen. Wieder sollen Frauen nach dem Wunsch konservativer Politiker in die Reservearmee des Arbeitsmarktes gedrängt werden. Der Zusammenhang zwischen hoher Arbeitslosigkeit und der Renaissance der Hausfrauen- und Mutterrolle, auch der Propagierung des Drei-Phasen Modells, ist nicht von der Hand zu weisen. Freien, gleichen Zugang zum Arbeitsmarkt haben Frauen faktisch nicht.

Armutskarrieren oder: Wer ist arm?

Um eine vernünftige Antwort zu bekommen, sollte man zum Beispiel mit der Frage beginnen, ob in Haushalten auf dem Sozialhilfeniveau ebenso viele Rentner wie Arbeiter, wie Angestellte, wie Beamte oder wie Selbständige leben. Schon vor rund 20 Jahren (1969) sind Arbeiter und Arbeiterinnen, Kleinrentner und Kleinrentnerinnen weit häufiger von Armut betroffen als alle übrigen Gruppen (nach der Stellung im Beruf). Hinzu kommt, daß ältere Menschen in der Armutsbevölkerung überwiegen. Empirische Untersuchungen weisen nach, daß Armut im Alter kein unvorhersehbares Schicksal ist (vgl. Bujard/Lange 1978; Klanberg 1978), denn in materieller Armut leben vor allem alleinstehende ältere Frauen — verwitwete Frauen zum großen Teil, die schon zum Teil seit ihrer Jugend und dann lebenslang nur über geringe Mittel verfügt haben. Benachteiligungen kumulieren im Alter. Dafür gibt es verschiedene Gründe:

- mangelnde Alterssicherung, verursacht durch die bestehende Form der Hinterbliebenenversorgung;
- unzureichender Versorgungsausgleich bei Ehescheidung. Gemildert wurde dieses Problem durch die Reform des Scheidungsrechts. Die Reform wurde aber im Zug der Wendepolitik zum Teil wieder rückgängig gemacht. Durch Ehescheidung geraten Frauen, die lange Jahre unbezahlte Hausarbeit geleistet haben und nicht erwerbstätig waren oder nur in ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen, leicht und häufig in Armut oder an die Armutsgrenze;

- zu geringe Bemessungsgrundlage der Rentenberechnung als Folge vorhergegangener individueller Beschäftigungslagen und als Folge genereller Lohndiskriminierung;
- langfristig zu beobachtende Trends, daß ältere Menschen nicht mehr so häufig im Familienverband integriert bleiben.

Ca. die Hälfte der in Armut lebenden alten Frauen nimmt Sozialhilfe nicht in Anspruch (vgl. Bujard/Lange 1978). Ihr Hauptgrund ist wahrscheinlich heute nicht mehr Informationsmangel. Entscheidender ist möglicherweise der Wunsch, die erwachsenen Kinder nicht zu belasten oder bloßzustellen (denn die größere Zahl dieser Frauen lebt in kleinen Landgemeinden) und falsche Auffassungen von Rechten und Pflichten gegenüber staatlichen Instanzen.

Eine weitere große und wachsende Gruppe unter den Armen der Bundesrepublik sind arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene. Deren Situation ist besonders schwierig, weil sie zu einem Zeitpunkt, an dem sie sich von der Familie lösen müßten, um erwachsen zu werden, finanziell ganz von ihren Familien abhängig sind. Das zeigt sich u.a. daran, daß mehr als die Hälfte der arbeitslosen jungen Mädchen zu Hause wohnen, ohne über ein eigenes Zimmer zu verfügen. Ein weiterer Befund besagt, daß arbeitslose Mädchen vor allem zur Hausarbeit herangezogen werden. Welcher genaue Zusammenhang mit der Zunahme der Prostitution besteht, ist nicht zu sagen; auffallend ist aber, daß unter den jugendlichen Prostituierten die Zahl der arbeitslosen Mädchen größer wird. Sozialhilfe wird von arbeitslosen Mädchen meist nicht in Anspruch genommen: entweder, weil sie nicht wissen, daß sie Sozialhilfe bekommen können, oder weil sie Sozialhilfe als deklassierend empfinden oder weil das Antragsverfahren als beschämend erfahren wird oder weil die Eltern es nicht wollen. So reagieren Mädchen auf Arbeitslosigkeit und Verarmung und vorenthaltenes selbständiges Erwachsenwerden zunehmend mit der Flucht in Frühehen. Der Zirkel der Abhängigkeit — Verpflichtungen durch die Geburt eines Kindes, finanzielle Sorgen und Abhängigkeiten — beginnt in vielen Fällen erneut. Über die Zahl der »Armutskarrieren«, die hiermit beginnen, kann man nur Vermutungen anstellen.

Literaturverzeichnis

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Hrsg.). 1988: Memorandum '88. Köln
- Balsen, W. u.a., 1984: Die neue Armut. Köln
- Brinkmann, Ch. u.a., 1986: Teilzeitarbeit und Arbeitsvolumen. In: MittAB Jg. 9
- Bujard, O./U. Lange, 1978: Armut im Alter. Weinheim, Basel
- Deiniger, D., 1987: Sozialhilfeempfänger 1985. In: Wirtschaft und Statistik 2, 151ff.
- Hobsbawm, E., 1968: Poverty. In: Intern. Encyclopedia of the Social Sciences. New York
- Klanberg, F., 1978: Materielle Armut in der Perspektive. In: H.J. Krupp/W. Glatzer (Hrsg.), Umverteilung im Sozialstaat. Frankfurt/M. u. New York
- Klein, Th., 1985: Umfang und Struktur der Armut unter dem Einfluß von Zweitverdienern. In: R. Hauser/B. Engel (Hrsg.), Soziale Sicherung und Einkommensverteilung. Frankfurt/M., New York
- Saeger, J., u. A. Olsen, 1986: Der Frauenatlas. Frankfurt/M.
- Scott, H., 1984: Working your Way to the Bottom. The Feminization of Poverty. London
- SPD-Bundesvorstand (Hrsg.). o.J.: Neue Armut in der Bundesrepublik. Bonn

Ausländerfeindlichkeit in der BRD



Theorien über Rassismus

Hrsg. von Otger Atrata,
Gerrit Kaschuba, Rudolf Leiprecht
und Cornelia Wolf

Die Aufsätze dieses Bandes — aktuelle Beiträge zu den unterschiedlichen Aspekten von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit in der BRD — sind aus einer 1988 in Tübingen abgehaltenen Veranstaltungsreihe hervorgegangen.

Die Autoren arbeiten heraus, welche Funktionen rassistische und ausländerfeindliche Vorurteile für die Reproduktion und Absicherung von Herrschaftsverhältnissen und für deren Verankerung im ökonomischen und politischen System unserer Gegenwartsgesellschaft haben. Das Problemfeld »Ausländerfeindlichkeit und Rassismus« ist nicht nur einzig auf das Phänomen Nationalismus zu reduzieren.

Aufgezeigt wird vielmehr, daß Rassismus und Ausländerfeindlichkeit für die in ihrer Lebensrealität eingeschränkten Menschen subjektiv durchaus nützlich und sinnvoll sein können.

Subjektiv-funktionale Motive greifen immer dann, wenn es um Ausgrenzung geht: sich nicht »normgerecht« Verhaltende werden von der Mehrheit zur Ordnung gerufen, einer Mehrheit, die sich auf eben diese Weise der Ordnung vergewissert, der sie sich selbst unterworfen hat.

Zu den Beiträgen: W. Ruf untersucht die ökonomische, U. Osterkamp die psychologische, W. Eiferding die ideologiekritische Dimension des Themas. H. Melber stellt einen Zusammenhang zum Kolonialismus her. Konsequenzen für das eigene politische Verhalten und daraus sich ableitende Strategien erörtert J. Klose für den Gewerkschaftsbereich. A. Kalpaka und N. Rätzsch untersuchen den alltäglichen Rassismus von rechts und links. G. Geiger entwickelt die Perspektive einer multikulturellen Gesellschaft.

Mit diesem Band ist ein erster, wichtiger Schritt getan — auf dem Weg zur Untersuchung eines spezifisch deutschen, neuen Rassismus.

AS 164, ca. 170 S., DM 18,50
(DM 15,50 für Stud.)

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Jörg-Michael Vogl

Thatcherismus – Kohlismus

Parteistrukturen im rechten Block

Anschlüsse an die parteientheoretische Diskussion

Die momentanen Umschichtungen im Parteiensystem lassen ein Problem politisch akut werden, das schon länger theoretisch diskutiert wird: Auf welchen Analyseebenen kann die Schwäche der Großparteien, die Entstehung der »Grünen« oder der »Republikaner« überhaupt erklärt werden? Die Notwendigkeit einer systematischen politischen bzw. Parteientheorie liegt auf der Hand. Bob Jessop (1988) umreißt in seiner forschungsstrategischen Kritik an Häusler/Hirsch (1987) das aktuelle Problemfeld der marxistischen Gesellschaftstheorie wie folgt: Es geht um die Entwicklung von theoretischen Konzepten, die es erlauben, den Zusammenhang von Regulationsweisen und hegemonialen Strukturen zu untersuchen (388). Die französische Regulationsschule habe den Aspekt der hegemonialen Strukturen nur unzureichend theoretisch erfaßt, seine Betonung bei Hirsch und Kollegen sieht er deshalb als einen vielversprechenden Ansatz (382 u. 389). Dabei kritisiert er jedoch verschiedene Aspekte ihres methodischen Vorgehens (383ff): Die Analyse müsse von relativ abstrakten Begriffen ausgehen, die allmählich konkreter und komplexer werden. Ferner sei bei ihnen unklar, wie sich die Analysen von Strukturen und die Analysen von Strategien aufeinander bezögen. Außerdem vermische ihr Modell des Fordismus allgemeine Elemente mit spezifisch westdeutschen. Trotz dieser Probleme sieht Jessop in Hirschs »Verknüpfung von Regulationstheorie mit den theoretischen Leistungen der westdeutschen Staatsdebatte« (389) sowie ihrer Weiterentwicklung den Weg, um aus der Krise der marxistischen Theorie herauszukommen.

Ich möchte Jessops Kritik an Häusler/Hirsch konkretisieren. Bei ihrer Analyse der Parteien als regulatorive Institutionen verarbeiten sie weniger die Ergebnisse der »klassischen« Staatsableitungsdebatte, als die neuen Beiträge zur Parteientheorie. Diesen Wechsel der Sichtweise, hin zur Untersuchung der Strukturen, in denen die Akteure auf der politischen Bühne handeln, halte ich wie Jessop (vgl. 388) für unabdingbar, wenn die Beziehungen zwischen hegemonialen Strukturen und hegemonialen Strategien untersucht werden sollen. Die (Zwischen-)Ergebnisse der parteientheoretischen Diskussion sind jedoch von Häusler/Hirsch nur unvollständig verarbeitet. Zum Beispiel ist es widersprüchlich, wenn sie einerseits diese Ergebnisse aufgreifen und paradigmatisch von der gesellschaftlichen Integration durch ein Zwei-Blöcke-Parteiensystem ausgehen, dann aber andererseits einen die Spaltung übergreifenden Parteityp, nämlich den der »Volkspartei«, als Merkmal für die fordistische Phase setzen. Damit geht ein wesentliches Ergebnis der bisherigen Diskussion verloren: Der Typus der Volkspartei setzt beide Blöcke gleich. Er erlaubt nicht die Frage nach den jeweils aufeinander bezogenen, aber unterschiedlichen Strukturen des »rechten« und »linken« Blocks, obwohl die Notwendigkeit dieser Frage auch bei Häusler/Hirsch deutlich wird. So sprechen sie davon, daß die Volksparteien CDU und SPD den Erfordernissen des Fordismus in besonderem Maße entsprechen, betonen jedoch sofort die Sonderrolle der SPD, nämlich ihre Aufgabe, den im Regulationsmodell angelegten Konflikt zwischen Systemimperativen und individuellen Interessenlagen mit materiellen Konzessionen kleinzuarbeiten (662). Vor allem aber lenkt ein Parteientypus als Ausgangspunkt den Blick weg vom Parteiensystem und

damit weg von der Analyseebene, die es erlaubt, nach inneren Brüchen und Widersprüchen, Entwicklungsmöglichkeiten und Ansätzen für politisches Eingreifen zu suchen. Ein weiterer Punkt: Nach Häusler/Hirsch löst sich der Typ der Volkspartei auf, weil er den Erfordernissen der neuen Akkumulationsweise nicht genügt. Andererseits sehen sie die Parteien als regulative Institutionen, das heißt auch als »Träger« dieses Umbaus der Akkumulationsweise. Diese Widersprüchlichkeit läßt sich systematischer fassen, wenn das in Blöcke gespaltene Gesamtsystem der Parteien als Ausgangspunkt dient, also der durch Regeln, Organisationsstrukturen, politische Institutionen, Diskurse und Diskurstypen begrenzte politische Kampf, in dem die Krise des Fordismus als »Problem« auftaucht und bearbeitet wird, wodurch sich eben auch dieses Parteiensystem selbst ändert. Genauer: nur vom theoretischen Konzept der »gespaltene Einheit« des Parteiensystems läßt sich überhaupt die Frage danach aufwerfen, wie die »Probleme« und ihr »Auftauchen« im politischen Raum strukturiert sind, ohne reduktionistisch zu werden. Im Konzept der Volkspartei bleibt nur übrig, die gesellschaftliche Spaltung in alle Parteien hineinverlagert zu denken (»Partei außerhalb/innerhalb des Staatsapparates«), wo sich die Logik des Kapitals mit der Erbeutung der »Partei innerhalb des Staatsapparats« durchsetzt.

Für Häusler/Hirsch sind die »diskursiven Widersprüchlichkeiten« zwischen den Parteien nur auf »der Basis generalisierter 'Grundkonsense' durchhaltbar, die von den Parteien nicht erzeugt, sondern höchstens stabilisiert und ausgebaut werden« können (659). Gerade weil sie, mit Jäger (1983), die diffuse Grenzlinie zwischen formeller Partei und ihrem Vorfeld betonen, ist unklar, wo nicht-parteilich ein hegemonialer Grundkonsens erzeugt und gegebenenfalls auch erneuert werden könnte. Konsequenter schiene mir der Versuch zu sein, das Parteiensystem als Ort der hegemonialen Reproduktion zu analysieren. Im Sinne von Jessops Forderung müßte jedenfalls gerade auf dieser Analyseebene versucht werden, den Zusammenhang zwischen Strukturen und Strategien auf den Feldern der Akkumulationsweise bzw. der Hegemonie zu erörtern.

Im Folgenden geht es mir nicht darum, abstrakt die Theoreme der Parteientheorie zu diskutieren. Vielmehr vergleiche ich auf einer relativ konkreten Ebene die Organisationsstrukturen des rechten Blocks in Großbritannien und der Bundesrepublik. Für diesen Ausschnitt soll der Zusammenhang von (Partei-)Struktur und (Partei-)Strategie beleuchtet werden. Dabei möchte ich die organisationsstrukturelle Analyse als eine fruchtbare Ebene der parteientheoretischen Analyse hervorheben. Anschlußpunkte dieser Analyseebene zu anderen Teilen der Parteientheorie, zum Beispiel zur diskursiven Analyse, beziehe ich mit ein.

Typen der Organisation des politischen Prozesses

Wie immer das Phänomen des Thatcherismus theoretisch gefaßt wurde, es zeigte sich ein Erstaunen darüber, wie konsequent, unbeirrbar, kämpferisch dieser Neokonservatismus ist. In der Krise des keynesianischen Paradigmas bot sich hier offenbar eine Alternative an. Der Thatcherismus bildete zeitweise fast so etwas wie den Maßstab für die bürgerlichen Parteien. Dagegen erschien die »Wende« in der Bundesrepublik als zaghaft, bruchstückhaft, gebunden durch viele Fesseln.

Die »thatcheristische Revolution« als Hinwendung zu einem kämpferischen marktliberalistischen Konservatismus fand zunächst innerhalb der konservativen Partei statt. Nach mehreren Wahlniederlagen und einer als wankelmütig und schwach erscheinenden Politik unter der Parteiführung von Heath (ab 1965) schien ein Wechsel der Parteiführung dringend geboten. 1975 wurde Heath von Thatcher abgelöst. Die Form dieser

Ablösung soll genauer untersucht werden. Traditionell wurden die Führer der konservativen Partei nicht gewählt, sondern sie »traten hervor«, wie McKenzie (1961) in seiner klassischen Analyse des britischen Parteiensystems zustimmend einen konservativen Abgeordneten (1911) zitiert (33). In Zeiten, in denen die konservative Partei die Regierung stellte, berief der Monarch nach Rücksprache mit führenden Männern der Partei den neuen Premierminister, der dann automatisch auch Parteiführer wurde. Auch in Zeiten der Opposition wurde nicht öffentlich über verschiedene Kandidaten gestritten. Der Parteiführer hatte sich nicht regelmäßigen Neuwahlen zu stellen. Er blieb unangefochten, solange er erfolgreich war. In den fünfziger Jahren führten diese Ernennungen jedoch teilweise zu nachträglichen Diskussionen über die Eignung der neuen Parteiführer, so daß schließlich 1965, die Konservativen hatten gerade die Regierungsmacht verloren, ein formelles Verfahren festgelegt wurde: der Parteiführer sollte von den konservativen Parlamentsmitgliedern gewählt werden, ohne sich danach einer regelmäßigen Wiederwahl stellen zu müssen. Als sich später der Parteiführer Heath trotz vielfältiger Kritik an der Erfolglosigkeit seiner Politik weigerte, sich einer Wiederwahl zu stellen, wurde das Wahlverfahren ergänzt. Spätestens sechs Monate nach der Niederlage der Partei bei allgemeinen Wahlen muß sich der Parteiführer zur Wiederwahl stellen und ab da jährlich, solange die Partei in der Opposition ist (vgl. Pinto-Duschinsky 1983, 61). Daß bei der Abstimmung 1975 schließlich die relativ unbekanntere Thatcher gegen die Exponenten des Parteiestablishments gewählt wurde, wurde allgemein als Putsch der Hinterbänkler gewertet (vgl. z.B. Kavanagh 1987, 199f.). Die formelle Regelung der Ablösung der Parteiführer schreibt also zwei Aspekte fest, die auch in der traditionellen informellen Regelung enthalten waren: die Zentralisierung der innerparteilichen Macht beim Parteiführer und den Wahlerfolg als entscheidendes Erfolgskriterium. Die außerordentlich starke Stellung des Parteiführers wird noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, daß er ein ganzes Netz von bedeutsamen Posten in der Fraktion, in der Parteiorganisation, in der Parteiführung und gegebenenfalls in der Regierung besetzen kann, ohne von kollektiven Führungsgremien eingeschränkt zu sein (vgl. im einzelnen Pinto-Duschinsky 1983).

Von der Anzahl der Mitglieder her ist die konservative Partei schon lange eine Massenpartei. Die Schätzungen, genaue Mitgliederlisten gibt es nicht, belaufen sich auf 2,8 Millionen Mitglieder 1955 (McKenzie 1961, 129) bzw. etwa 1,5 bis 1,7 Millionen in den sechziger und siebziger Jahren (Pinto-Duschinsky 1983, 33f.). Die parlamentarische Partei und die Mitgliederorganisation sind jedoch völlig getrennt, es gibt keine von unten nach oben hierarchisch durchorganisierte Parteistruktur. Die Funktion der Mitglieder besteht ausschließlich darin, Kandidaten aufzustellen, Wahlkampagnen zu führen und als Vertrauensagenten der Partei im vorpolitischen Raum zu arbeiten. Der Schwerpunkt der Aktivitäten liegt in der Organisation eines bestimmten sozialen Zusammenhangs durch Parties, Kaffeekränzchen usw., nicht bei politischen Versammlungen (vgl. die Ergebnisse einer empirischen Untersuchung bei Pinto-Duschinsky 1983, 37f.).

Das Fehlen eines durchorganisierten Zusammenhangs Parteimitgliedschaft – Parteiführung ist verbunden mit dem Fehlen von Unterparteien. Die Partei ist nicht in Faktionen, Strömungen oder berufliche bzw. regionale Unterparteien aufgeteilt, die ein organisatorisches Eigenleben entwickeln könnten. Das bedeutet nicht, daß nicht unterschiedliche Meinungen vertreten werden, die über ein Netzwerk von Verbindungen zum Teil auch politisch wirksam werden. So sind zum Beispiel im Monday Club (seit 1961) oder in der Selsdon Group (seit 1973) rechtskonservative Exponenten zusammengeschlossen. Dieser Personenkreis ist wiederum mit außerparteilichen

Gruppierungen verflochten, so daß letztlich ein wirksames System der Zusammenarbeit der »organischen Intellektuellen« mit der Konservativen Partei entsteht. Dieses Geflecht ist jedoch nicht parteiförmig organisiert, so daß von »Unterparteien« nicht gesprochen werden kann. Auch der thatcheristische Kurs wird begleitet von kritischen Kommentaren von Heath und anderen. Ein Versuch, den oppositionellen Meinungsäußerungen eine organisatorische Basis zu geben, schlug jedoch fehl (vgl. Noetzel 1987, 25f.).

Die Struktur der Konservativen Partei kann insofern als nach außen offen bezeichnet werden, als die Übergänge zu ihrem Vorfeld fließend sind: nicht nur die Zusammenarbeit mit den »organischen Intellektuellen«, sondern auch die diskursive Einordnung ihrer Mitglieder muß sich zum Teil in außerparteilichen Zusammenhängen abspielen, also in Vorfeldorganisationen (zum Beispiel der National Federation of the Self-Employed) oder in weniger formal organisierten Vorfeldstrukturen. Auch die weit überwiegend konservative Presse muß hier mit bedacht werden. Diese Offenheit der Parteistruktur bedingt auf der anderen Seite, daß der Parteiführer nicht nur dem Anschein nach, sondern real, auf Grund seiner Machtposition, die Einheit der Partei verkörpert. Diese Zentralisierung der politischen Macht in der Konservativen Partei wird durch das politische Umfeld in einem gewissen Sinne noch weiter getrieben: das Mehrheitswahlrecht gibt dem Gewinner alles. Nur deshalb ließ sich die thatcheristische Revolution auch ohne eine Mehrheit bei den Wählern durchführen.

Die organisatorische Struktur der CDU/CSU unterscheidet sich wesentlich von der der Konservativen Partei. An der Spitze der Hierarchie der Union steht, das gilt auch für die Adenauer-Zeit, eine Führungsgruppe. Da die Union tatsächlich als Vereinigung vorher getrennter Parteien und Strömungen entstand, war eine Vereinheitlichung nur denkbar durch die Repräsentation der relevanten Unterparteien in der Parteiführung. In dem Maße, wie die Union weitere bürgerliche Parteien aufzog und zur dominanten Partei des rechten Blocks wurde, nahm die Partei weitere Strömungen auf, die ebenfalls auf den verschiedenen Parteiebenen berücksichtigt wurden (vgl. Schmidt 1983, 565f.). Die Union ist weiter in demographisch abgegrenzte Unterparteien aufgeteilt, die je unabhängig voneinander unterschiedlich geartete Karrieremöglichkeiten bieten. Hinzu kommt die Aufteilung in selbständige regionale Unterparteien. Auf Grund der Bundesstaatlichkeit können sich unterschiedliche Interessen gegeneinander oder gegen die Parteiführung entwickeln. Alle relevanten Unterparteien müssen in der Parteiführung vertreten sein. Sie verbinden sich dort in Absprachen und Bündnissen gegeneinander.

Die Einheit der Union wird in dieser in Unterparteien ausdifferenzierten, vom außerparteilichen Vorfeld relativ abgeschlossenen Struktur organisiert. Auch der Parteidiskurs formt sich in dieser Struktur. Es muß innerparteiliche Einrichtungen geben, wie zum Beispiel Tagungen, Zeitschriften usw., in denen die Diskurse der Unterparteien und der Gesamtpartei artikuliert werden. Auf Parteitagungen und in der Öffentlichkeit schlägt sich dieser Prozeß in einer »ideologisierten« Diskussion nieder.

Schon die organisatorische Form des Bündnisses auf der politischen Bühne bedingt unterschiedliche Typen des politischen Prozesses bei konservativer Partei und Union sowie ein anderes Verhältnis zur gegnerischen Partei. In der Konservativen Partei ist die Macht beim Parteiführer zentralisiert. Ein Wechsel der Parteiführung findet auf Grund von andauernden Niederlagen und Mißerfolgen statt. Die Einheit der Partei, auch in diskursiver Hinsicht, wird innerhalb der Partei über die zentralen Institutionen, vor allem den Parteiführer, hergestellt. Außerhalb der Partei

im engen Sinne liegende Strukturen müssen dabei jedoch mit berücksichtigt werden; dort liegen wesentliche Felder, die der Parteidiskurs mit verarbeitet. Die Union organisiert dagegen eine Aneinanderreihung von Unterparteien. Die Einheit der Partei wird über eine ausdifferenzierte Hierarchie hergestellt. Die unterscheidbaren Diskurse der Unterparteien werden zum Parteidiskurs artikuliert. Führungswechsel hängen mit Bündnisverschiebungen zusammen.

Im internationalen Vergleich stellt der Typ der Konservativen Partei den Ausnahmefall dar. Die rechte Seite des Parteiensystems ist entweder durch eine dominante Partei des Typs der Union organisiert (z.B. in Italien) oder in einer Vielfalt von Parteien, die jeweils unterschiedliche soziale Bündnisse bzw. Diskurse des rechten Spektrums organisieren (z.B. Frankreich).¹ Dabei entstanden die Parteien des Typs der Union nach tiefen Einschnitten in der gesellschaftlichen Entwicklung (Kriegsniederlage von Faschismus und Nazismus) als Vereinigung möglichst vieler traditioneller rechter Parteien und Strömungen gegen einen als stark eingeschätzten Gegner auf der linken Seite und in einer weltpolitischen Situation des »Vorrückens des Sozialismus«. In der Entstehungsphase der Union wurde dies reflektiert zum Beispiel in den Argumentationen der ehemaligen Zentrums Politiker, möglichst alle nicht-nazistischen bürgerlichen Kräfte einschließlich der Liberalen in einer bürgerlich-demokratischen Partei zu vereinigen (vgl. Wieck 1953, z.B. 62f.).

Die Unterschiede in der Parteienstruktur haben Folgen für die Parteistrategie. Im Typ der Konservativen Partei läßt sich ein neuer, kämpferischer Konservatismus leichter durchsetzen und an der Macht halten. Dies geht nicht ohne den Widerstand der innerparteilich Unterlegenen ab. Solange der Kurs der Parteiführung jedoch erfolgreich ist, besteht kein Anlaß und keine Handhabe, einen Richtungswechsel durch eine neue Führung durchzusetzen. In einer Partei des Typs der Union und erst recht bei einer Vielzahl rechter Parteien besteht dagegen zu jedem Zeitpunkt die organisatorische Grundlage für Machtkämpfe, ideologische Auseinandersetzungen und Verschiebungen in der Bündnisstruktur.

Wenn davon gesprochen wird, daß eine »erfolgreiche« Parteiführung in der Konservativen Partei nicht abgelöst wird, dann muß dies präzisiert werden. »Erfolgreich« muß der thatcheristische Kurs nur im Sinne des Wahlerfolgs sein. Insbesondere beim Erreichen angestrebter Ziele kann er, wie unten ausgeführt wird, ohne Erfolg sein. In der Union sind dagegen die Voraussetzungen ständig gegeben für eine »ideologische« Diskussion, für eine Überprüfung der Politik mit »Wertmaßstäben« usw. Der unionsinterne Streit um die Steuerreform (mit dem Angelpunkt des Streits um die Steuerbefreiung für Flugbenzin) oder der um die Reaktion auf die REP-Erfolge läßt sich zum Beispiel in dieser Richtung interpretieren². Die Koexistenz so unterschiedlicher Diskurse wie dem von Strauß bzw. der CSU, von Blüm oder von Späth (vgl. zum Folgenden die Diskursanalysen von Elfferding 1986) ist nicht als »Aufgabenverteilung« in der Propaganda zu fassen, obwohl sie diese Wirkung natürlich auch hat, sondern aus den Parteienstrukturen zu erklären. Diese Positionen artikulieren relativ eigenständige, in gewissen Aspekten gegensätzliche Unterparteien, mit unterschiedlichen Verflechtungen zu sozialen Gruppen, Verbänden usw. Die Dominanz einer Richtung, zum Beispiel während Strauß' Kanzlerkandidatur, beläßt den anderen Richtungen ihre Handlungsmöglichkeit.

Das Gegeneinander von rechter und linker Seite der Parteienspaltung im Parteiensystem insgesamt erscheint so fast als »Kontinuum von rechts nach links«. Blüm als Repräsentant unter anderem der Unterpartei der Sozialausschüsse kann glaubhaft in gegnerische Diskurse eingreifen, um sie zu demontieren und Diskurselemente in den rechten Diskurs einzubauen (vgl. ebd.). Oder anders herum gesehen: Linke

Problemstellungen und um sie herum gruppierte Diskurse können in den rechten Diskurs über »verwandte« Richtungen eingreifen. In der Zeit der Unionsgründung war dafür das wichtigste Beispiel die Grundidee, der Kapitalismus habe abgewirtschaftet und müsse durch eine geplante Wirtschaft ersetzt werden. Aktuell sind das vor allem ökologische, teilweise auch feministische Problemstellungen. Die Struktur der rechten Partei hat also nicht nur Folgen für die Form der innerparteilichen Auseinandersetzung, sondern auch für die Form der diskursiven Gegeneinandersetzung des rechten gegen den linken Parteienblock.

Thatcherismus — »Muddling through« oder gesellschaftliches Projekt?

Bei einer näheren Beschäftigung mit der Politik der Regierung Thatcher fällt eine merkwürdige Ungezieltheit auf, vor allem vor dem Hintergrund der Machtfülle bei der Parteiführerin und Regierungschefin: Der erste Eindruck ist keineswegs, daß ein ausgearbeiteter Plan kämpferisch durchgesetzt worden sei. Das passendste Bild für die thatcheristische Politik scheint das des »muddling through« zu sein (so auch Abromeit 1986, 271). So ging die Stoßrichtung der ersten Regierung Thatcher zunächst in Richtung Abbau der Staatsverschuldung und Inflationsstop. Gewerkschaftliche Widerstände dagegen waren der Anlaß für die Gewerkschaftsgesetzgebung (vgl. Deaton 1985). Ohne den wirtschaftlichen Niedergang jedoch wäre die tiefgehende Umstrukturierung des britischen Gewerkschaftssystems nicht denkbar. Ein wesentliches Element der »Modernisierung« der britischen Wirtschaft im Sinne der Anpassung an Weltmarktbedingungen entwickelte sich also fast als »Nebenprodukt«. Auch die tatsächlich sinkende Inflationsrate wurde nicht mit dem monetaristischen Instrumentarium erreicht, das die Thatcher-Regierung ihrem Weltbild entsprechend einsetzte, sondern ungesteuert durch eine tiefe Rezession und die eher zufälligen Auswirkungen von Wechselkursänderungen (vgl. Holmes 1985). Auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik waren wiederum Haushaltseinsparungen angezielt, die dann jedoch zu Umgestaltungstendenzen in Richtung privater Versicherung und Vorsorge führten (vgl. Noetzel 1987, 151f). Haushaltsentlastungen sind ebenso das angestrebte Ziel bei den Privatisierungsaktionen (zum Folgenden vgl. Abromeit 1986). Insgesamt lief die Privatisierungspolitik ohne einen konsistenten Plan ab, radikalisierte sich erst im Verlauf der Durchführung und führte, gemessen an den Zielen, nur zu Teilergebnissen, nämlich nicht rein privaten, sondern gemischtwirtschaftlichen Unternehmen. Darüber hinaus wurde eine — im Sinne von »Volkskapitalismus« sicher erwünschte — breite Streuung der Aktien nur für eine Übergangsphase erreicht. Letztlich landete ein Großteil der Aktien in »bewährten Händen«, so daß die Denationalisierung eher einen Monopolisierungsschub mit sich brachte. Diese Verkäufe waren ferner ökonomisch insofern, als die Staatsanteile teilweise weit unter ihrem Wert verkauft oder mit staatlichen Geldern erst attraktiv gemacht werden mußten. Die Enttäuschungen, ideologischen Differenzen usw., die aus diesen Widersprüchlichkeiten entstanden, konnten sich jedoch nicht auf irgendeiner Ebene der Parteihierarchie sammeln und verstärken, der unmittelbare Druck auf die Parteiführung fehlte, die Parteiführung hatte deshalb keinen Anlaß, auf die Unmutsäußerungen der oppositionellen Exponenten zu reagieren. Der Unmut mit der Politik der Parteiführung mußte erst außerhalb der Partei, in ihrem Vorfeld zu einer Alternative artikuliert sein, bevor er für die Parteiführung überhaupt bedeutsam würde.

Trotz der oben skizzierten Widersprüchlichkeit der konkreten Politiken ist allgemeiner Konsens, daß der Thatcherismus tiefgreifende Änderungen erreicht hat. Geklärt werden muß also: Wo veränderte sich etwas? Wurde diese Veränderung

durch staatliches Handeln bzw. Nicht-Handeln erreicht? War das staatliche Handeln/ Nicht-Handeln »thatcheristisch«? Insgesamt, um noch einmal Jessop zu zitieren: Wie hängen (Akkumulations- bzw. Regulations- bzw. Hegemonial-) Strukturen und Parteienstrategie zusammen? In diesem Sinne müßte die thatcheristische Regierungspolitik für die verschiedenen Bereiche jeweils im Einzelnen untersucht werden. Zum Beispiel hinsichtlich des Umbaus der britischen Wirtschaftsstruktur seien als Stichworte genannt: Aufgabe ganzer Industriezweige und damit Regionen; Privatisierung, die eine Monopolisierung des Aktienbesitzes nicht verhindert; weitere Öffnung der Finanzmärkte; Beschneidung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Gemeinden durch Ausgabenbegrenzungen und den Verkauf von kommunalen Wohnungen an die Mieter usw. Als weiteres Beispiel wurde oben schon die Zerschlagung der traditionellen Gewerkschaftsstruktur erwähnt. Sie wurde erreicht durch die von der Regierung in Kauf genommene tiefe Rezession mit hoher Arbeitslosigkeit, durch das Verschwinden von bestimmten Industriezweigen, durch die Gewerkschaftsgesetzgebung usw. Ohne also zufällig zu sein, sind die strukturellen Änderungen offensichtlich nicht das Ergebnis eines kohärenten politischen Programms, das von einer starken Regierung zielsicher umgesetzt wurde. Wenn Häusler/Hirsch (1987, 656) einen unauflösbaren Widerspruch sehen zwischen der Notwendigkeit, daß die Parteien Interessen und Motive zu einem unterscheidbaren Profil bündeln, und der Notwendigkeit, dieses in eine relativ kohärente politische Programmatik umzusetzen (Regierungs- und »Politik«-Fähigkeit), so läßt sich dies jedenfalls für die thatcheristische Politik nicht halten.

Die allgemeine Zielrichtung der Zurücknahme der Eingriffe des Staates in »die Wirtschaft«, sogar der Verantwortung des Staates für wirtschaftliche Abläufe ist jedoch der gemeinsame Nenner aller Begründungen des wirtschaftspolitischen Verhaltens des Thatcherismus. Ganz allgemein, auch für die anderen Politikbereiche, scheint das Diskurssystem des Thatcherismus »zentriert« zu sein auf einen »Fixpunkt«, nämlich Förderung von »Eigeninitiative und Selbstverantwortung«. Thematiken wie »Abbau des Staatseingriffs in die Wirtschaft«, »Steuersenkung«, »Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und kommunalen Wohnungen«, »Rechte des Einzelnen gegen den Gewerkschaftsapparat«, »private Krankenversicherung und gesunder Lebensstil statt staatlichem Gesundheitssystem« usw. sind in diesem Sinne ein zentriertes Diskurssystem. Der Polizeieinsatz gegen diejenigen, die kollektiv die Prinzipien der »Eigenverantwortung« angreifen, ist ebenfalls in dieser Struktur angesiedelt (vgl. die Schilderungen bei Noetzel 1987).

Wenn die »Wende« in Großbritannien als vollzogen gilt, in der Bundesrepublik aber nicht, dann ist hier die Antwort zu finden. In der Union sind diejenigen, die der marktliberalen »Eigeninitiative und Selbstverantwortung« freien Lauf lassen wollen, immer konfrontiert mit denjenigen, die die letzte Verantwortung des Staates für die Wirtschaft betonen, beide mit denjenigen, die die Vereinbarkeit mit christlichen Grundsätzen überprüfen usw. Offensichtlich hängt die tiefgreifende Änderung gesellschaftlicher Strukturen in Großbritannien mit der Zentrierung der Diskurse auf diesen Kern zusammen, auf jeden Fall nicht mit einem kohärenten, machtvoll durchgesetzten Programm. Vielleicht ist es letztlich die Mobilisierung eines Teils der Gesellschaft gegen den anderen, die durch diese Zentrierung erreicht wird, die Strukturen verändert. Mobilisiert wird dabei letztlich gegen alle, die »dem Staat« zumindest die letzte Verantwortung für »die Wirtschaft« lassen wollen. Eine hegemoniale Alternative zum keynesianischen Wohlfahrtsstaat kann der Thatcherismus vermutlich ebenfalls nur sein, weil er alle Diskurse um das Gegenprinzip zur staatlichen Verantwortung in letzter Instanz zentrieren kann. Dies würde bedeuten, daß in der

Parteiform der Union die Entwicklung einer Alternative zum »Wohlfahrtsstaat« nicht stattfinden kann.³

Neokonservatismus als Re-Aktion

Mit der thatcheristischen Wende wird der Konsens im britischen Parteiensystem über eine keynesianische Wohlfahrtspolitik aufgelöst. Dies geschieht jedoch erst, nachdem sich schon vorher gezeigt hatte, daß diese Strategie nur unter bestimmten ökonomischen Bedingungen erfolgreich war. Sobald sich innere Widersprüche und Grenzen zeigten, sobald mit der weltwirtschaftlichen Krise auch die britische Strukturkrise sich verstärkte, wurde die Grundlage aller Parteistrategien brüchig. Typisch ist in dieser Situation das Verhalten der konservativen Regierung Heath (1970 bis 1974), die mit Austeritätspolitik begann, dann aber, unter dem Eindruck der sozialen Folgen dieser Politik, kehrt machte zu wohlfahrtsstaatlichen Konzepten. Die Labour-Regierung Callaghan (1974 bis 1979) verhielt sich, nicht zuletzt auf Grund des Drucks des Internationalen Währungsfonds, ebenfalls austeritär (und war übrigens in einigen Bereichen im Sinne der thatcheristischen politischen Zielsetzungen äußerst erfolgreich), verband damit jedoch den Versuch einer korporativen Absicherung. Insofern besteht der thatcheristische Ansatz in der Neuzusammensetzung von strategischen Ansätzen, die schon vorher in allen Parteien eine Rolle spielten.

Eine Analyse des Paradigmenwechsels im hegemonialen Konzept der Konservativen Partei kann hier nicht im Einzelnen geleistet werden. Einige grundlegende Eigenschaften sind jedoch klar. Da die Krise eines Hegemonialmodells bei allen Beteiligten »Suchbewegungen« auslöst, ist jede Alternative zum alten Modell nur als Antwort auf die Krisenerscheinungen und auf die strategischen Suchbewegungen der anderen Beteiligten (Parteien, Gewerkschaften, Kapitalgruppierungen, »ideologische Apparate« usw.) denkbar. Die Art der Suchbewegungen in der rechten Partei läßt sich aber noch genauer beschreiben: Wenn konservative Theorie nicht für sich analysiert werden kann, sondern nur als Reaktion auf die konkreten Angriffe von links (vgl. zum Beispiel für die neuere Diskussion Dubiel 1985, 11f), dann wird sich diese Asymmetrie auch in der Struktur der Neuartikulation eines Hegemonialkonzepts wiederfinden lassen. Die rechte Diskussion hätte insofern nur ein vermitteltes, indirektes Bild von der Krise. Die politischen Ziele des rechten Blocks richten sich gegen eine bestimmte Politik (Wohlfahrtsstaat, Staatsverschuldung ...) und gegen bestimmte Gruppierungen (Gewerkschaften ...). Im günstigsten Fall ergeben diese Ziele ein diskursiv zentriertes »Programm« wie in der Konservativen Partei, also eine Auflistung von konkreten Zielen, nie jedoch ein »Projekt«, das heißt ein Bündel von strategisch aufeinander abgestimmten Maßnahmen, die ein Gesamtkonzept für einen Eingriff in Strukturen verwirklichen sollen. Und dies, obwohl die organisatorischen Voraussetzungen für ein »Projekt« in einer zentralistischen Partei wie der Konservativen scheinbar am ehesten gegeben sind.

Ein weiteres Merkmal des strategischen Suchprozesses in der Konservativen Partei sei noch erwähnt: Auf Grund der herausgehobenen Stellung der Parteiführerin sind populistische Konzepte möglich. Die Parteiführerin kann in der Opposition als Person die Artikulation des »Volkes« gegen den »Machtblock« glaubwürdig verkörpern. Außerdem konnte die Labour Partei wegen ihrer wohlfahrtsstaatlichen Strategie als untrennbar mit dem Machtblock verbunden dargestellt werden. Hinzu kommt, daß Thatcher auch die innerparteiliche Führung gegen die traditionelle Parteielite, gewissermaßen als Kandidation des »Parteivolks« gewonnen hatte.

Vergleicht man die Bedingungen für strategische Suchbewegungen in der Phase

der Auflösung der wohlfahrtsstaatlichen Hegemonie in der Konservativen Partei mit denen in Parteien vom Typ der Union oder bei einer Vielfalt von Parteien des rechten Blocks, so fallen deutliche Unterschiede auf. Natürlich können dort Elemente eines ähnlich kämpferischen, unbeirrbaren Neokonservatismus eine Rolle spielen. Sie können zeitweilig auch dominant werden. Auf Grund der Parteistruktur bleiben jedoch prinzipiell andere politische Strömungen am politischen Prozeß beteiligt, werden personell und diskursiv berücksichtigt. Die gegenwärtige Auseinandersetzung in der CDU/CSU über die »Modernisierung« der Partei, also die verstärkte Ausrichtung an den neuen Mittelschichten und die Person Geißlers veranschaulicht dies aktuell: in der CSU, also in einer regionalen Unterpartei, wurde schon immer ein anderer Kurs vertreten, Kritik kam aber auch aus der Mittelstandsvereinigung bzw. der Parteistiftung, die Unterstützung ist regional (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen) und bei der Jungen Union, Frauenunion und CDA verankert.

Diese Strömungen sind nicht als bloße taktische Varianten aufzufassen, sondern sie vertreten sozial unterschiedlich verankerte strategische Konzepte, die unterschiedlich diskursiv artikuliert sind und zu unterschiedlichen politischen Konsequenzen führen. Deutlich zu Tage trat das schon in der Anfangsphase der Union, als der »linke Flügel« der Union sich in die Tradition des antinazistischen Widerstandes stellte und in Zusammenarbeit mit der SPD auch eine entsprechende Politik betrieb (Entnazifizierung, Sozialisierung). Als roter Faden durch das politische Handeln zum Beispiel Karl Arnolds zog sich der Versuch, die nordrhein-westfälische CDU bzw. das Amt des Ministerpräsidenten zur Stärkung einer Gegenposition zu Adenauer zu nutzen (vgl. Hüwel 1980). Ohne die aneinanderreihende organisatorische Struktur der Union wäre die Vereinheitlichung der unterschiedlichen Strömungen der Gründungsphase sowie das Aufsaugen der vielen kleinen rechten Parteien, also die Herausbildung der dominanten Stellung im rechten Spektrum, nicht möglich gewesen.

Der Vergleich mit der Konservativen Partei zeigt, daß der Parteytyp der Union als erstarrtes Kräfteverhältnis zwischen rechtem und linkem Block in der Nachkriegszeit gesehen werden sollte, als Ergebnis einer Defensivposition des rechten Blocks, die der linken Hegemonialstrategie bessere Eingriffsmöglichkeiten bietet als die Struktur des rechten Blocks in Großbritannien. Konkret bedeutet dies, daß im Parteytyp der Union der fließende Übergang zum linken Block organisatorisch verfestigt ist. In Ausnahmesituationen kann dies bis zum Herauslösen einer Strömung aus dem rechten Block gehen. In der hegemonialen Krise hängt die Neuformulierung der rechten Alternative also weit direkter von der Neuformulierung auf der linken Seite der Parteispaltung ab.

Anmerkungen

- 1 Die Parteien in den USA stellen jeden internationalen Vergleich vor Probleme. Es stellt sich die Frage, ob das us-amerikanische System überhaupt als Parteiensystem im Sinne anderer bürgerlicher Parteiensysteme aufgefaßt werden kann, da es noch nicht einmal den einen Teil des Parlaments gegen den anderen zusammenfaßt, geschweige denn den einen Teil der Gesellschaft gegen den anderen. Es gibt anscheinend keine Strukturen, seien es Parteihierarchien oder zentralisierende Parteiführungen, in denen ein dauerhafter, die gesellschaftlichen Probleme artikulierender, auf die politische Bühne begrenzter Kampf von Parteiblöcken organisiert ist (zu dieser Definition der Parteien vgl. Jäger 1983). Einleuchtender scheint zunächst zu sein, daß die Spaltungsstruktur der us-amerikanischen Gesellschaft weder vom Angriff der Arbeiterbewegung noch von historisch früheren Bewegungen vereinheitlicht wurde. Der Herausbildung der Nationalstaaten in Europa steht in den USA die äußere Form des Staatenbunds, in dem erst relativ spät schrittweise die Kompetenzen der Zentralregierung erweitert wurden, sowie die ständige Agglomeration neuer Bevölkerungsteile durch Zuwanderung gegenüber.

- 2 Eine genauere Untersuchung der Diskursstruktur etwa beim Streit um das Thema »Flugbenzin« könnte herausstellen, daß im Parteientyp der Union, genauer in Parteiensystemen, die eine Union enthalten, die Grenzen zwischen den Parteidiskursen »verschwimmen«, daß also nicht wie Jäger (1988) annimmt zwei von einander unterschiedene Typen von Parteidiskursen, gekennzeichnet durch unterschiedliche Codes, gegeneinander stehen.
- 3 Jessop (1986) sieht die Weltmarktstellung der Bundesrepublik als Ursache dafür an, daß die »Wende« der Kohl-Regierung nicht wie Thatcherismus und Reaganismus einen Bruch bedeutete.

Literaturverzeichnis

- Abromeit, H., 1986: Veränderung ohne Reform. Die britische Privatisierungspolitik (1979-1985). In: Politische Vierteljahresschrift 3, 271-289
- Deaton, D., 1985: The Labour Market and Industrial Relations Policy of the Thatcher Government. In: D.S. Bell (Hrsg.): The Conservative Government 1979-84, Beckenham, 33-48
- Dubiel, H., 1985: Was ist Neokonservatismus? Frankfurt/M.
- Elfferding, W., 1986: Rechtspopulistische Potentiale in der CDU/CSU. In: H. Dubiel (Hrsg.): Populismus und Aufklärung. Frankfurt/M., 150-189
- Häusler, J., und J. Hirsch, 1987: Regulation und Parteien im Übergang zum »Post-Fordismus«. In: Argument 165, 651-671
- Hall, S., 1985: Die Bedeutung des autoritären Populismus für den Thatcherismus. In: Argument 152, 533-542
- Holmes, P., 1985: The Thatcher Governments Overall Economic Performance. In: D.S. Bell (Hrsg.): The Conservative Government 1979-84, Beckenham, 15-32
- Hüwel, D., 1980: Karl Arnold. Wuppertal
- Jäger, M., 1983: Über Macht und Parteien. In: Marxismus und Theorie der Parteien, West-Berlin, 38-121 (Argument-Sonderband AS 91)
- ders., 1988: Der König ist ein Dussel. In: kultuRRevolution 17/18, 42-46
- Jessop, B., K. Bonnett, S. Bromley und T. Ling, 1985: Autoritärer Populismus, Zwei Nationen und Thatcherismus. In: Argument 152, 521-532
- ders., 1986: Warum es keinen Kohlismus gibt. In: links 190, Januar, 7-8
- ders. 1988: Postfordismus. Zur Rezeption der Regulationstheorie bei Hirsch. In: Argument 169, 380-390
- Kavanagh, D., 1987: Thatcherism and British Politics, Oxford
- McKenzie, R.T., 1961: Politische Parteien in England. Köln, Opladen
- Noetzel, T., 1987: Die Revolution der Konservativen. England in der Ära Thatcher. Hamburg
- Pinto-Duschinsky, M., 1983: Die Konservative Partei Großbritanniens 1945-1980. In: H.-J. Vein (Hrsg.): Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa. Paderborn
- Schmidt, U., 1983: Die christlich-demokratische Union Deutschlands. In: R. Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Opladen
- Wieck, H.G., 1953: Die Entstehung der CDU und die Wiedergründung des Zentrums im Jahre 1945. Düsseldorf

Matthias Morgenstern

Israelische Araber zwischen Sozialismus und Islam

Die Intifada, der Aufstand der Palästinenser in den von Israel im Junikrieg des Jahres 1967 besetzten Gebieten, ist auf die Araber im alten israelischen Staatsgebiet nicht ohne Einfluß geblieben. Einerseits solidarisieren sich die israelischen Araber in zahlreichen Aktionen mit ihren Landsleuten auf der Westbank und dem Gazastreifen und organisieren Lebensmittelspenden und humanitäre und propagandistische Unterstützung. Andererseits hat der Kampf, der jenseits der »Grünen Linie« geführt wird, eine Entfremdung zwischen beiden Volksteilen zur Folge gehabt. Die israelischen Araber, so ein Vorwurf der Aufständischen, hätten sich in Kleidung, Sprache und äußerem Habitus zu sehr an die Besatzungsmacht angepaßt. In den seit dem Unabhängigkeitskrieg zu Israel gehörigen Gebieten hätten sich die Nichtjuden unter dem Einfluß der zionistischen Herrschaft immer mehr den westlichen Sitten angeglichen und sich dem palästinensischen Volk und seinem Befreiungskampf entfremdet (Mendeler 1987). Obwohl dieser Assimilationsvorwurf nicht neu ist, hat er doch in der jetzigen Situation, die gekennzeichnet ist durch eine Rückbesinnung auf die historischen, kulturellen und religiösen Gemeinsamkeiten der Araber beiderseits der Grenze, der Frage nach der palästinensischen Identität eine vorher ungekannte quälende Brisanz gegeben.

Das Problem nahm seinen Ausgang in der Teilung des Landes, die im Jahre 1948 dazu führte, daß sich die arabische Bevölkerung Palästinas als Resultat des Krieges in zwei sich feindselig gegenüberstehenden Staaten wiederfand: dem Staat Israel, dem es gelungen war, auch Gebiete mit überwiegend arabischer Bevölkerung zu besetzen, und dem haschemitischen Königreich Jordanien, das alsbald die restlichen, arabisch gebliebenen Gebiete (unter Ausschluß des Gazastreifens, der an Ägypten fiel) annektierte. Während die in die arabischen Nachbarländer geflohenen Palästinenser in Flüchtlingslagern untergebracht wurden, konnten die Daheimgebliebenen zwar ihren Besitz weitgehend wahren und der Heimatlosigkeit entgehen. Gleichzeitig brachte die neue Situation des Lebens unter israelischer Herrschaft aber schwerwiegende Identitätskonflikte mit sich. Diese lagen nicht nur in der Teilung des Landes und der kriegsbedingten Abriegelung der israelisch-arabischen Minderheit von ihrer arabisch-islamischen Umwelt begründet. Viel schwerer wog die Tatsache, daß der Staat Israel, ungeachtet seiner im Vergleich mit den benachbarten Feudalsystemen besonders ins Auge fallenden »Modernität«, von Anfang an kein moderner National- und Territorialstaat war, der den Anspruch erhoben hätte, alle faktisch in seinen Grenzen Lebenden in gleicher Weise als Staatsbürger zu behandeln. Nach zionistischer Theorie wollte er vielmehr der Staat des jüdischen Volkes sein, das in seiner Mehrheit freilich noch in der Diaspora lebt. Indem die israelische Gesellschaft zwischen Juden und Nichtjuden unterschied und sich dabei der strengen religionsgesetzlichen Kriterien der jüdischen Tradition bediente, machte sie die Integration der nationalen Minderheiten in die neu entstehende israelische

Gesellschaft von vornherein unmöglich. So ging es den israelischen Arabern im Zusammenhang mit ihrer fortschreitenden Einbindung in den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß Israels einerseits in materieller Hinsicht schon bald besser als ihren Landsleuten unter jordanischer, syrischer oder ägyptischer Herrschaft. Andererseits führte ihr wirtschaftlicher — und teilweise sozialer — Aufstieg dazu, daß sich das Identitätsproblem verschärfte. Nach dem Sechs-Tage- und dem Jom-Kippur-Krieg (1967 und 1973) nahm es neben den nationalen auch wieder verstärkt religiöse Konturen an.

Die »Juden des Nahen Ostens«

Bis zum Dezember 1966 brachte die Tatsache, daß die israelischen Araber einer besonderen militärischen Administration unterstanden, zusätzliche Schwierigkeiten mit sich, die einer gesellschaftlichen Integration im Weg standen. Trotz der mit dieser rechtlichen Ausnahmesituation verbundenen abgesonderten Stellung machten sie aber schon damals tiefgehende Veränderungen durch, die von Soziologen als »Modernisierung« (Wolffsohn, 195ff.) und »Israelisierung«¹ beschrieben wurden. Die Tatsache, daß die nichtjüdischen Minderheiten fortgesetzt politischen und gesellschaftlichen Diskriminierungen ausgesetzt waren, stand diesem Prozeß nicht im Wege, sondern führte im Gegenteil zu vermehrten Integrationsbemühungen auf seiten der Minderheit. Madschid Al-Chadsch, Dozent für Soziologie an der Universität Haifa und Berater des israelischen Unterrichtsministeriums für die Lehrpläne in den arabischen Schulen, spricht von den israelischen Arabern als den »Juden des Mittleren Ostens« (*HaAretz*, 4.9.1987). Mit diesem Vergleich bezieht er sich nicht auf die Zerstreuung, in der die palästinensischen Flüchtlinge leben müssen, und auf ihre Stellung als Volk ohne Land, sondern auf den Teil des palästinensischen Volkes, der den Gesetzen der Diaspora nicht unterworfen und seinem Heimatland nicht entrissen wurde. In erster Linie spielt Al-Chadsch auf das Streben nach Bildung an — nach seinen Worten eine traditionelle Eigenschaft der Juden im Exil. Wie die Juden in den Ländern der Zerstreuung seien auch die Araber im Staat Israel eine diskriminierte Minderheit, der viele Möglichkeiten des gesellschaftlichen Fortkommens versperrt seien. Viele israelische Araber sähen heute in der Ausbildung die beste Chance, ihrer bedrückten Lage zu entkommen. Nachdem die Palästinenser im Jahre 1948 ihren Grund und Boden verloren hätten, befänden sie sich nun in einer Auseinandersetzung um ihre Chancen und Rechte auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Im Krieg um das Land seien sie von den Juden besiegt worden. Den gegenwärtigen Kampf dürften sie nicht auch noch verlieren. Die Zahlen, auf die Al-Chadsch verweisen kann, sprechen in der Tat eine deutliche Sprache.

Während es im Jahr 1960 nur 350 israelische Araber mit einem akademischen Abschluß gab, war ihre Zahl 1978 schon auf 10 000 angewachsen. Heute werden 20 Prozent der Schülerschaft des Landes von den Arabern gestellt, obwohl sie (ohne Ostjerusalem) nur 16 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Den 11 000 arabischen Schülern und Studenten im Jahre 1949 stehen heute 220 000 Lernende gegenüber, eine gegenüber dem demographischen Wachstum viermal größere Zunahme (vgl. demgegenüber Wolffsohn, 205f.). Einen symbolischen

Höhepunkt feierte der Integrations- und Aufstiegsprozeß, als mit Mohammed Masarwa im Jahre 1987 zum ersten Mal ein muslimischer Araber einen höheren Posten im diplomatischen Dienst Israels besetzen durfte (*HaAretz*, 13.11.1987). Seine Ernennung zum israelischen Konsul in Atlanta/Georgia, ein hinsichtlich der liberalen amerikanischen Öffentlichkeit wohlbedachter Schritt, den ungeachtet einiger Irritationen der jüdischen Gemeinden der Region der damalige Außenminister Schimon Peres durchsetzte, wurde freilich zwei Jahre später von dessen Nachfolger Mosche Arens unter recht entwürdigenden Umständen für Masarwa wieder rückgängig gemacht. (*HaAretz*, 11.8.1989).

Nicht alle arabischen Absolventen der Höheren Schulen und Universitäten finden eine ihrer Ausbildung adäquate Beschäftigung auf dem israelischen Arbeitsmarkt. Von den politisch und vor allem sicherheitspolitisch und militärisch sensiblen Führungspositionen bleiben sie nach wie vor ausgeschlossen. Auch die israelische Wirtschaft benachteiligt die nichtjüdischen Minderheiten, indem sie diejenigen Bewerber bevorzugt einstellt, die den Armeedienst absolviert haben.

Die Kommunistische Partei: Protest und Integration

In den siebziger Jahren gaben die israelischen Araber ihren Ressentiments gegen den jüdischen Staat und dem Protest gegen die Diskriminierung dadurch Ausdruck, daß sie in den Knesset- und Kommunalwahlen die nicht-zionistischen Linksparteien unterstützten. Besonders die Kommunistische Partei profitierte von diesem Protestverhalten, das sich hauptsächlich aus nationalistischen Motiven speiste und mit der »Modernisierung«, der auf dem höheren Bildungsniveau beruhenden nationalen und politischen Bewußtwerdung, der israelischen Araber einherging (Wolffsohn, 191ff.). Indem die nach ihrem Selbstverständnis binationale Kommunistische Partei, die unter dem jüdischen Vorsitzenden Meir Wilner das Existenzrecht des Staates Israel grundsätzlich anerkennt, die arabischen Stimmen an sich zog, leistete sie aber auch gleichzeitig einen Beitrag zur Integration der Palästinenser in die israelische Politik. Auch die anderen Linksparteien, die »Progressive Friedensliste« und arabische Absplitterungen von der israelischen Arbeiterpartei (wie im Jahre 1988 die Liste des ehemaligen Labour-Abgeordneten Darausche) trugen, wenn auch ungewollt, mit dazu bei, das arabische Stimmenpotential zu spalten, eine gemeinsame parlamentarische Vertretung der Minderheit zu verhindern und die arabische Repräsentanz in der Knesset insgesamt auf einem niedrigen Niveau zu halten (vgl. Wolffsohn, 425ff.).

Vor dem Hintergrund der ungelösten nationalen Problematik ist es verständlich, daß die Geschichte der israelischen KP von zahlreichen inneren Kämpfen und Spaltungen geprägt wurde (vgl. Matlon 1989). Obwohl nur eine Minderheit der arabischen Genossen die UNO-Entscheidung vom November 1947 zur Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen palästinensischen Staat annahm und viele Kommunisten während des darauf folgenden Krieges aus dem Lande flohen, gelang kurze Zeit später im neugegründeten israelischen Staat dennoch der Zusammenschluß der jüdischen mit den arabischen Kommunisten zur israelischen Kommunistischen Partei (Maki = HaMiflaga HaKommunistit HaJisraelit).

Im Jahre 1965 erfolgte jedoch eine Abspaltung der meisten jüdischen Parteimitglieder in der Gruppe um die beiden jüdischen »Nationalkommunisten« Sne und Mikunis, die von den arabischen Kommunisten und Meir Wilner der »zionistischen Rechtsabweichung« beschuldigt wurden. Da es ihnen gelang, den alten Parteinamen (Maki) für sich zu okkupieren, mußten die verbleibenden Mehrheitskommunisten eine neue Benennung finden: »Rakach« (Reschima Kommunistit Chadascha = Neue Kommunistische Liste) war das Ausweichkürzel der Partei, das auch im öffentlichen Bewußtsein haften blieb, nachdem die »häretische« Linie in den siebziger Jahren wieder von der politischen Bühne verschwunden war und die Haupt-Partei wieder den alten Namen annehmen konnte. In den hebräischen Medien ist, wenn es um die Kommunisten geht, zu deren Leidwesen immer noch nur von der »Rakach« oder der »Demokratischen Friedensfront« (Chadasch), einem kommunistisch inspirierten Aktionsbündnis, die Rede. Diese terminologische Schwierigkeit ist symptomatisch für die ethnischen und ideologischen Identitätsprobleme der Partei. Ungeachtet der Tatsache, daß nach der Spaltung des Jahres 1965 nur noch einige Dutzend jüdische Genossen in der KP verblieben waren, hielt diese an der Fiktion ihres binationalen Charakters und der Bestimmung fest, daß alle Gremien und Ämter in der Partei paritätisch (d.h. jüdisch-arabisch) zu besetzen seien. Doch stimmte dieses Proporz-System in keiner Weise mit der Mitgliederstruktur der Partei überein und führte zu Spannungen. Auch die Stellung der Partei zum kommunistischen Weltzentrum wurde immer mehr zu einem Problem. Im Jahre 1982 wurde mit Saliba Chamis ein Gründungsmitglied der KP aus dem Politbüro ausgeschlossen, das die Sowjetunion kritisiert hatte, weil diese in steigendem Maße Juden nach Israel auswandern ließ. Fünf Jahre später folgte der Parteiausschluß (*HaAretz*-Magazin, 9.10.1987). Die Affäre Chamis führte dazu, daß die politische Linie der Kommunisten von vielen Arabern kritisiert wurde. Vor allem die Annahme, die KP habe ein übergeordnetes »gesamtisraelisches« Interesse zu vertreten, geriet immer mehr unter Beschuß (vgl. Wolffsohn, 51). Die Frage, ob auf den Parteitag neben der »Internationalen« auch die israelische Nationalhymne »HaTiqwa« zu singen sei und ob der Saal in den israelischen Farben beflaggt werden dürfe, führte zu Auseinandersetzungen. Nachdem die meisten sozialistischen Länder (mit Ausnahme Rumäniens) nach dem Sechs-Tage-Krieg ihre diplomatischen Beziehungen zu Israel abgebrochen hatten, wuchs der israelischen KP eine immer wichtigere Brückenfunktion zur Sowjetunion, den Staaten Osteuropas und der nach dem Holocaust dort verbliebenen jüdischen Diaspora zu.

Die Brisanz dieses Themas für die israelische Innen- und Außenpolitik hängt mit der axiomatischen Bedeutung zusammen, die die »Aliya«, die jüdische Einwanderung, für den Judenstaat hat, der in sicherheitspolitischer wie demographischer Hinsicht auf Einwanderung angewiesen ist (Wiesel, 1967). Die Tatsache, daß die russischen Juden wegen ihres großen Auswanderungspotentials der größte Hoffnungsträger für den Zionismus sind, hat daher immer in besonderer Weise die israelische Politik gegenüber der Sowjetunion bestimmt. Dieser Sachverhalt brachte es aber mit sich, daß die Neuorientierung der sowjetischen Innen- und Außenpolitik — mit ihrer nunmehr liberaleren Auswanderungspolitik — hinsichtlich der arabischen Wählerschaft zu einer großen Belastung für die

Partei wurde. In anderer Hinsicht schmerzhaft ist die Glasnost-inspirierte Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit, die bisher unbekanntes oder nicht zur Kenntnis genommene Details der stalinistischen Judenpolitik zutage förderte, die in der peinlichen Frage gipfelte, ob der Diktator nach dem Abkommen zwischen Molotow und Ribbentrop etwa auch in »bevölkerungspolitischen Fragen« mit den Nazis kooperiert habe.² Während die Diskussion um die Vergangenheit am ideologischen Selbstbewußtsein der Kommunisten kratzt, gefährdet die von Gorbatschow betriebene Politik des Ausgleichs und der vorsichtigen Annäherung an Israel ihr Wählerpotential. Die Aufnahme zunächst konsularischer, dann voller diplomatischer Beziehungen mit Ungarn und Polen und die auffällige Tatsache, daß die Gunst des demonstrativen Erweises der Gesprächsfähigkeit seitens des sowjetischen Außenministers Schewardnadse nicht seinem vormaligen Amtskollegen Schimon Peres, sondern ausgerechnet dem Falken Mosche Arens zuteil wurde, ist den arabischen Wählern schwer zu vermitteln. Während es der KP in den siebziger Jahren noch gelang, fünfzig Prozent der arabischen Wähler für sich zu gewinnen, sank ihr Stimmenanteil im Jahre 1981 auf 37 Prozent und drei Jahre später auf 33 Prozent ab. Freilich hängt der Niedergang der Kommunisten auch mit der allgemein veränderten politischen Situation im Nahen Osten und mit dem Aufkommen neuer religiös-revolutionärer Deutungsangebote zusammen.

Religiöse Deutungen der Intifada

Mit dem Aufkommen der religiösen Erneuerungsbewegungen im Nahen Osten fanden in den letzten Jahren auch unter den israelischen Arabern tiefgreifende Veränderungen statt. Diese Wandlungen vollzogen sich zunächst weithin unmerklich von der israelischen Öffentlichkeit und wurden erst durch den palästinensischen Aufstand in den besetzten Gebieten offenkundig. Einige Kommentatoren wunderten sich zwar über die Stagnation der nichtzionistischen Linksparteien in den Parlamentswahlen des Jahres 1988 und den hohen Anteil von arabischen Stimmhaltungen, der zum großen Teil auf Kosten der Arbeiterpartei ging. Doch bis zu den Kommunalwahlen vom Februar 1989, die den erstmals landesweit auftretenden Listen der »Islamischen Bewegung« einen deutlichen Sieg brachten, wurde vielfach nicht gesehen, daß der Stimmungswandel in der arabischen Bevölkerung eine ernstzunehmende religiöse Komponente hatte (Margelit 1989). Erst die eindeutige Wahlniederlage der traditionellen arabischen Parteien und ihrer Politiker richtete den Blick auf das vorher undurchschaute Rumoren einiger muslimischer Autoritäten bis hin zu dem Aufruf, die Knessetwahlen des Jahres 1988 zu boykottieren.

Die tiefen Blessuren, die die Araber im Laufe der blutigen Geschichte ihres Konfliktes mit Israel davongetragen haben, treiben sie heute mehr denn je in die Rückbesinnung auf ihre historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten. Bezeichnend für diesen Prozeß der »Palästinisierung« (und — was die innerhalb des israelischen Staatsgebietes lebenden Araber angeht — »Entisraelisierung«) ist es, daß viele Palästinenser die Frage nach ihrer kollektiven Identität heute immer weniger in einem sozialistisch-laizistischen oder nationalen Sinn nach

den Vorstellungen der Kommunistischen Partei — oder der PLO — beantwortet wissen wollen. In dem Maße, in dem sich die Motivation für den Kampf gegen den zionistischen Staat zunehmend aus religiösen Quellen speist, fließen auch politische und selbst staatsrechtliche Vorstellungen aus dem Fundus der islamischen Tradition in die aktuelle Debatte ein. Der Machtkampf zwischen den Kommunisten und der Islamischen Bewegung erfuhr durch die aktuellen politischen Ereignisse eine erhebliche Verschärfung. Er wurde aber nicht durch sie verursacht. Denn die Enttäuschung über das Versagen der bisherigen politischen Führung und die Rückwendung zur islamischen Tradition deuteten sich schon lange vor der Intifada — und der iranischen Revolution — an.

Möglicherweise hängt das Erstarken des Islam auch mit dem proportional stärkeren Bevölkerungswachstum unter den sunnitischen Arabern und damit zusammen, daß die Muslime sich zunehmend von der politischen Vorherrschaft der arabischen Christen freimachen wollen. Ein Blick auf die religiöse Zugehörigkeit der arabischen Knessetabgeordneten in den ersten sechs Legislaturperioden zeigt, in welchem Maße die christlichen Palästinenser im politischen Leben der israelischen Araber überrepräsentiert waren: In diesem Zeitraum standen den 17 muslimischen und 7 drusischen 18 christlich-arabische Abgeordnete gegenüber, und auch die Führung der kommunistischen Partei war — neben dem jüdischen Parteivorsitzenden — mit Taufik Toubi, Emile Habibi und Emil Touma fest in christlicher Hand (Wolffsohn, 198f.). Die Reproduktionsraten der arabischen Bevölkerung zeigen, daß die islamischen Araber in den letzten Jahrzehnten weit aus höhere Wachstumsraten als die arabischen Christen aufwiesen. Ihr Anteil stieg von 69,5 Prozent im Jahre 1969 auf 78 Prozent im Jahre 1980 an, während der Anteil der Christen von 20,7 auf 17,1 Prozent sank (Wolffsohn, 193).

Es scheint, daß diese demographische Entwicklung auch mit einer teilweise neuen Bewertung des arabischen Nationalismus einhergeht, der gegen Ende der osmanischen Herrschaft in auffälliger Weise unter dem Einfluß von christlichen — in der Hauptsache griechisch-orthodoxen — Arabern entstand, denen etwas an der Herausbildung einer gemeinsamen säkular-nationalen Identität mit ihren muslimischen Nachbarn lag. Da der Sultan in Istanbul schon seit Jahrhunderten die Kalifenwürde innehatte, konnte der Kampf gegen das türkische Kolonialregime ohnehin nur schwer religiös begründet werden. Heute setzt die Suche nach den Gründen für die palästinensische Malaise erneute historiosophische Bemühungen um den Verlauf der muslimischen Geschichte in Gang: die negativen Erfahrungen mit der fremden säkularistischen Ideologie aus dem Westen scheinen ein neues Licht auf die Gründe des arabischen Niedergangs zu werfen und die damalige Berechtigung, gegen den Inhaber des Kalifats zu kämpfen, erscheint auf einmal fraglich (vgl. Sivan, 56ff., 72f.). Vor allem aber sind es die Leidenserfahrungen des palästinensischen Volkes, der Massenmord von Dir Jassin, die »Katastrophe« (»An-Nakba«) der Jahre 1947/48, das Massaker von Beirut (am 16./17.9.1982), an denen sämtliche nichtreligiöse Deutungen zu scheitern scheinen. Zudem werden diese Ereignisse, die in der »politischen Psychologie der palästinensischen Araber ... sicherlich den gleichen Stellenwert« haben wie Auschwitz und Treblinka für die jüdischen Israelis (Wolffsohn, 237) auf eine für den Nahostkonflikt charakteristische Art und Weise durch die jüdische

Holocausterfahrung und ihr entsprechende geschichtsphilosophische und religiöse Interpretationen kontaminiert. Die Tatsache, daß die Palästinenser sich einem Gegner gegenüber sehen, der seinen Rechtsanspruch auf das Heilige Land in steigendem Maße religiös definiert und legitimiert³, kommt den muslimischen Gegen-Interpretationen in indirekter Weise zugute. Denn die Konfrontation mit der zionistisch aktualisierten biblischen Landnahmetheologie lädt die Muslime geradezu ein, ihrerseits eine religiöse Deutung der Geschehnisse zu finden und ihren Rechtsanspruch auf das Land in der Terminologie der islamischen Tradition zu formulieren. Als besonders ergiebig stellte sich in diesem Zusammenhang die Beschäftigung mit der Zeit der Kreuzzüge heraus, die seit Mitte der fünfziger Jahre im arabischen Schrifttum eine Konjunktur erlebte. Der Kampf gegen die zionistische Besetzung des Landes erscheint in dieser Perspektive als eine späte Fortsetzung des damaligen »Dschihad« gegen die ungläubigen Eroberer des Heiligen Landes. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß die religiöse Bedeutung Jerusalems als drittheiligster Stadt im Islam zu wesentlichen Teilen in der Zeit ihrer damaligen muslimischen Rückeroberung entstand (Sivan 1985b, 75ff.). Der Mufti von Jerusalem, Hadsch Amin Al-Husseini, machte sich später in seinen Bemühungen, einen palästinensisch-arabischen Nationalismus entstehen zu lassen, schon in den zwanziger Jahren die religiösen Konnotationen der palästinensischen Geographie zunutze. Daß die Auseinandersetzung mit dieser Zeit von modernen Interessen gesteuert wurde⁴, belegt auch der Sachverhalt, daß der spezifische arabische Terminus für die Kreuzfahrerkrige (al-hurub as-salibiyya) erst im 19. Jahrhundert, also zu einer Zeit entstand, in der man das Vorbild Saladins bereits für die eigene politische und militärische Selbstbehauptung im Lande Palästina ins Auge zu fassen unternahm. Vorher hießen die Gegner nur stereotyp »Faranj«, »Ifranj« — Franken (vgl. Sivan 1985b, 3, 4).

Innerhalb der beiden gegensätzlichen nationalreligiösen Symbolsysteme gewinnt es in hohem Maße an Plausibilität, den Widersacher und seinen abzuwehrenden Anspruch religiös zu definieren: Wie der Gegner für viele orthodoxe Juden zum biblischen Ismael oder gar zum Erbfeind Amalek wurde, so beginnen umgekehrt die radikalen Muslime, in den Zionisten den feindseligen, gottlosen und ungläubigen »Al-Yahud« zu sehen, mit dem sich schon der Prophet Muhammed auseinanderzusetzen hatte und der, so eine unter den Palästinensern entstandene antijüdische Kampf-Legende, schon für die Ermordung der vier ersten »rechtgeleiteten Kalifen« verantwortlich gewesen sein soll.⁵ Durch eine eschatologische Interpretation des gegenwärtigen Kampfes wird diese Sicht durch fanatische Strömungen zudem noch weiter radikalisiert: auf dem Boden des Heiligen Landes befinden sich beide Seiten in einem letzten heiligen Kampf vor dem Ende aller Zeiten, und der Gegner bekommt geradezu teuflische Züge.

Die »Jungen Muslime«

Nicht nur bei den Juden, sondern auch bei den palästinensischen Muslimen erhielt die religiöse Erneuerung einen wichtigen Impuls, als im Jahre 1967 die Jerusalemer Altstadt von den israelischen Soldaten besetzt wurde. Die Bilder der israelischen Soldaten, die im Juni 1967 an der Westmauer des ehemaligen Tempels

beteten, gingen um die ganze Welt. Gleichzeitig mit ihnen erhielten jedoch auch die israelischen Muslime wieder den Zugang zu ihren Ostjerusalemern Heiligtümern (Frister 1988). Die Begegnung mit den westjordanischen Palästinensern und die Politik der offenen Jordanbrücken versorgte sie wieder mit dem religiösen Schrifttum aus den arabischen Staaten. Im Jahre 1978 ermöglichte ein stillschweigendes Abkommen zwischen Israel, Jordanien und Saudi-Arabien zum ersten Mal einigen hundert israelischen Muslimen die Pilgerfahrt nach Mekka. Nach fast zwanzigjähriger Unterbrechung konnten die israelischen Muslime den kulturellen Kontakt mit der islamischen Welt wieder aufnehmen. Vor allem aber kamen die islamischen Gruppen, die von den israelischen Behörden damals oft als »Gegengift« gegen den Kommunismus angesehen und unterstützt wurden, nun wieder in Berührung mit den religiösen Führungspersonlichkeiten und ihren Bildungseinrichtungen im Westjordanland.

Auf der islamischen Hochschule in Nablus erhielt auch der ehemalige Kommunist und heutige Anführer der »Jungen Muslime«, Scheich Abdallah Darwisch, seine neue religiöse Ausrichtung. Zu Beginn der achtziger Jahre engagierte er sich im Umfeld der terroristischen Untergrundorganisation »Familie des Heiligen Krieges« und verbrachte einige Jahre im Gefängnis. Die Haft führte zu einer Vertiefung seiner religiösen Erfahrung. Vor allem aber gelang es dem charismatischen Prediger Darwisch, der heute betont, jede Gewaltanwendung abzulehnen, aus seiner Zelle heraus mit den jungen arabischen Häftlingen Kontakt aufzunehmen. Viele von ihnen konnte er zur Rückkehr zum orthodoxen Islam bewegen und ein ganzes Netzwerk koranischer Unterweisung aufbauen, das nach seiner Freilassung zum Grundstein für die größte und am schnellsten wachsende islamische Erweckungsbewegung, die »Jungen Muslime«, werden sollte (*HaAretz*, 17.6.1988). Schon im Jahr 1984 konnte seine Bewegung die Kommunalwahlen in dem Dorf Kfar Bara gewinnen und die Ortschaft in den Herrschaftsbereich des Islam zurückführen (Kislew 1989). Im Februar 1989 gelang den »Jungen Muslimen« der große Erfolg, die Kommunistische Partei aus den Rathäusern von Umm ElFachm und Kfar Kasm herauszudrängen und auch in anderen Gemeinden beträchtliche Stimmengewinne zu verbuchen. Den »etablierten« Politikern, die vor den Parlamentswahlen des Jahres 1988 die Wichtigkeit Darwischs entdeckt und begonnen hatten, ihn zu hofieren, zeigte der Scheich jedoch die kalte Schulter.

Der heute dreißigjährige (!) Kamal Rian, einer seiner bekanntesten Schüler, hatte in Kfar Bara schon fünf Jahre lang vorgeführt, wie man auf fester koranischer Grundlage und mit dem entsprechenden Erfolg ein arabisch-islamisches Gemeinwesen verwalten kann. Die Dorfschule, die bisher knapp für die Hälfte der Schüler ausgereicht hatte, wurde ausgebaut und die sanitäre Versorgung des Ortes grundlegend überholt; die Straßen wurden neu geteert und die Wasserrohre erneuert. Da es nicht genügend staatliche Gelder für die Sanierung des Dorfes gab, setzte der muslimische Bürgermeister auf das durch den Koran vorgeschriebene Abgabensystem (zakat) und appellierte an seine Mitbürger, ihr Geld und ihre Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen. Das Resultat war ein spürbarer Aufschwung im Dorf, der sich nicht nur in einer blühenden Bautätigkeit niederschlug. Viel wichtiger war das Gefühl, mit der Rückkehr zu den islamischen

Wurzeln auch zu einer neuen palästinensischen Solidarität und Identität zu finden. Es ist bemerkenswert, daß die alte gesellschaftliche Struktur der Familienclans (Chamulas), die die Kommunistische Partei unangetastet gelassen hatte, von diesem »Neuen Islam« aufgebrochen werden konnte. Kamal Rian konnte sich gegen die vorher herrschende Großfamilie nur durchsetzen, weil er sich auf eine große Gruppe von jungen Leuten mit hoher formaler Bildung stützen konnte, die verbittert waren, weil sie auf dem israelischen Arbeitsmarkt keine Beschäftigung fanden. Gemeinsam war ihnen ferner die Sympathie mit dem Aufstand in den besetzten Gebieten, die Ablehnung der »kompromißlerischen« Positionen der Generation der Alten und die Suche nach den Wurzeln der eigenen palästinensisch-muslimischen Identität. Für sie war die Religion nicht mehr eine Angelegenheit der mündlichen Traditionsweitergabe, sondern des Studiums der schriftlichen Quellen. Von einem reinen Gebetbrevier avancierte der Koran in diesen Kreisen zu einem Lehrbuch für die Theorie und Praxis aller Lebensgebiete. Wenn Rian in einem Zeitungsgespräch so weit gehen kann, der älteren Generation die Kenntnis der Religion und ihrer authentischen Gesetze abzusprechen, so ist dieser Vorwurf sowohl Ausdruck eines Generationen- als auch eines Kultur- und Bildungskonfliktes, der die »Modernisierung« der israelischen Araber und ihre unter zionistischen Bedingungen mißglückte Integration voraussetzt.

Ein anderes Beispiel ist die von Scheich Kamal Hativ angeführte muslimische Erweckung im galiläischen Kfar Kana (vgl. *HaAretz*, 29.7.88): Im Jahre 1988 zog das dortige muslimische Kunstfestival in drei Tagen 30000 Besucher an. Auch der nur 26jährige Hativ erhielt seine religiöse Prägung im Westjordanland. Ebenso wie seine Frau, die in Kfar Kana inzwischen eine blühende islamische Frauenarbeit aufgebaut hat, wurde er auf der islamischen Universität in Hebron ausgebildet. Religiöse Studien könne man nur auf der Westbank betreiben, versicherte er einer israelischen Zeitung gegenüber, denn die jüdischen Autoritäten verhinderten die Errichtung von Koranschulen. Vor dem Beginn der Tätigkeit Hativs gab es nur eine Moschee in Kfar Kana mit einem staatlich anerkannten und besoldeten Geistlichen. Der große Aufschwung begann mit dem Auftreten des neuen charismatischen Lehrers, der die Errichtung eines zweiten muslimischen Gotteshauses betrieb und zum Erweis seiner Unabhängigkeit und persönlichen Integrität für sich auf alle staatlichen Gelder verzichtete. Um die religiöse Erneuerung in Schwung zu halten, redet er in seinen Predigten von einer großen Hoffnung: der Rekonstituierung der palästinensischen Nation und der Islamisierung der Welt. Dabei hat für ihn wie für die »Jungen Muslime« das Thema des Islam durchaus Priorität vor den nationalen Anliegen. Der säkulare Staat, wie die PLO ihn anstrebt, ist nicht sein Ziel. Die islamische Erweckung versteht er als eine Reaktion auf die ideologischen und »imperialistischen« Angriffe des Westens. Seiner Ansicht nach haben diese Angriffe zur Zerstörung der muslimischen Familie, der Keimzelle der islamischen Gesellschaft, geführt. Es komme nun darauf an, die islamische Seele des palästinensischen Menschen zu retten und eine neue, vorbildliche, auf den islamischen Werten gegründete Gesellschaft aufzubauen.

Nach israelischer Meinung genießen die »Jungen Muslime« finanzielle Unterstützung durch Saudi-Arabien (Frister 1988). Ihre Organisation sei nach dem

Vorbild der Muslimbrüder in den arabischen Staaten aufgebaut, vermeide jedoch deren Namen, um dem gesetzlichen Verbot zu entgehen. Neben ihnen haben auch andere islamische Gruppen einen neuen Aufschwung genommen. In den letzten zehn Jahren wurde der Neubau von etwa 80 Moscheen in Israel genehmigt; ohne eine derartige Genehmigung errichtete Gotteshäuser stehen in der Gefahr, wieder abgerissen und — wie im Falle einer Beduinenmoschee im Negev (*Jerusalem Post*, 29.8.1987) — zum Kristallisationspunkt von religiös motivierten Unruhen zu werden. Die von einem Sufi (einem islamischen Mystiker), dem langjährigen ehemaligen Kommunisten⁶ Abd Assalam Mansara geleitete »Islamische Liste Nazareth« erlangte bei den Kommunalwahlen auf Antrieb sechs von neunzehn Mandaten und war nahe daran, die Koalitionspläne der seit 1975 in der galiläischen Metropole regierenden KP zu vereiteln (Wolffsohn, 651; *HaAretz*, 12.5.1989). Auch die Derwische haben ein neues religiöses Zentrum für ihre Anhänger errichtet, das jeden Freitag Hunderte von — meist jungen — Gläubigen anzieht. Im gleichen Gebäude will der Vorsitzende des obersten muslimischen Gerichtshofes, Scheich Aslaja, die erste islamische Hochschule in Israel errichten. Mit Genehmigung des Erziehungsministers Navon bemüht er sich in Ägypten um finanzielle und personelle Unterstützung für dieses Vorhaben, das die israelischen Muslime von den Bildungseinrichtungen der Westbank unabhängig machen soll.

Diese Bemühungen können aber nicht verhindern, daß die Geschehnisse auf dem West- und auch dem Ostufer des Jordan auf die israelischen Araber einen immer größeren Einfluß nehmen. Nicht nur am Königshof in Amman, sondern auch in Jerusalem wurden die Ergebnisse der jordanischen Parlamentswahlen vom Herbst 1989, die neben dem Durchfall sämtlicher Kandidatinnen vor allem zu einem überwältigenden Sieg der den Moslebrüdern nahestehenden Kandidaten führten, mit Erschrecken registriert. Man kann nur vermuten, daß das Wahlverhalten im Nachbarland mit seiner überwiegend palästinensischen Bevölkerung etwas von dem sich bislang noch im Untergrund abspielenden Ringen um die Führung der Intifada widerspiegelt. Die Wahlen zu den Vertretungen des israelischen Gewerkschaftsverbandes (Histadruth), die ebenfalls im Herbst des Jahres 1989 stattfanden, wurden von einem beträchtlichen Teil der muslimischen Wahlberechtigten boykottiert. Die Folge war ein weiteres Abbröckeln der linken, arabisch-nichtzionistischen Positionen. Für den anhaltenden israelisch-palästinensischen Konflikt heißt das, daß der Legitimationsdruck der PLO im eigenen Lager zunimmt. Wenn sich die religiöse Radikalisierung — auf beiden Seiten — weiter fortsetzt, arbeitet die Zeit gegen Lösungen, die auf Kompromisse abzielen und sich von rationalen Erwägungen des Interessenausgleichs steuern lassen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. *HaAretz* vom 4.9.1987, 22.4.1988 und 28.7.1989; ebenso Arbeitskreis 1988, 70ff.
- 2 In Birobidschan gibt es kein Araberproblem, In: *HaAretz* vom 25.4.1989. In dem Beitrag wird die Frage aufgeworfen, ob nach dem Nichtangriffsabkommen jüdische Kommunisten aus dem »Autonomen Jüdischen Gebiet Birobidschan« von Stalin an die Deutschen ausgeliefert worden seien.
- 3 Vgl. Morgenstern 1990; ebenso Weissbrod 1982, Don-Yehiya 1987.

- 4 Vgl. die Deutung in der Liturgie für den Gedenktag für die Kriegsfallenen In HaAvoda ScheBa-Lev, Sidur Tfilot Limot HaHol, Le Schabatot ULeMoadei HaSchanah, HaTnuah La Jahadut HaMitqademet, Jerusalem, 1981, 205.
- 5 Von einem palästinensischen Studenten an der Hebräischen Universität in Jerusalem hörte ich im Jahr 1986 die Geschichte, »die Juden« seien für die Ermordung der vier ersten »rechtgeleiteten Kalifen« verantwortlich gewesen. In der Tat starb keiner dieser ersten muslimischen Herrscher eines natürlichen Todes. Um sie zu Märtyrern zu machen, entstanden bald nach ihrem Tod verschiedene Legenden. (Vgl. Wensinck, Kramers, 8, 36, 760, 778). Da sich das Motiv einer »jüdischen Schuld« am Tode der Nachfolger Mohammeds in der Literatur nicht verifizieren läßt, handelt es sich vermutlich um eine zeitgenössische Legende, die dem Bedürfnis nachgibt, den eigenen Kampf in die kanonische Zeit des Islam zurückprojizieren zu können. Von einer ähnlichen »Legende« berichtet Sivan. Demnach sei der türkische Reformator Kemal Atatürk, der sich die Abschaffung des Kalifats zuschulden kommen ließ, ein jüdischer Konvertit gewesen (73).
- 6 Im Gespräch mit *HaAretz* (12.5.1989) sagt Mansara, seine Rückwendung zur Religion habe mit der kritischen Lektüre der hebräischen Übersetzung des Anti-Dühring von F. Engels begonnen.

Literaturverzeichnis

- Arbeitskreis, 1988: Vierzig Jahre Staat Israel. Arbeitshilfe für Unterricht, Fortbildung und Gemeindegemeinschaft. Mainz, Evangelischer Arbeitskreis Kirche und Israel in Hessen und Nassau
- Don-Yehiya, Eliezer, 1987: Jewish Messianism, religious Zionism and Israeli politics. The impact and origins of Gush Emunim. In: *Middle Eastern Studies*, 23 (2), 215ff.
- Frister, Roman, 1988: Im Namen Allahs, des Allergrößten. In: *HaAretz*, 23.12. (hebr.)
- Kislew, Ran, 1989a: Religion gegen Tradition. In: *HaAretz*, 10.3. (hebr.)
- Ders., 1989b: Die grüne Revolution. In: *HaAretz*, 10.3. (hebr.)
- Margelit, Dan, 1989: Diese guten Kommunisten. In *HaAretz*, 3.3. (hebr.)
- Matlon, Ronit, 1988: Das Parlament der israelischen Araber. In: *HaAretz-Magazin*, 8.1. (hebr.)
- Ders., 1989: Rot und alt. In: *HaAretz-Magazin*, 24.3. (hebr.)
- Mendeler, Nili, 1987: Die israelischen Araber sind wie Juden. In: *HaAretz*, 13.11. (hebr.)
- Morgenstern, Matthias, 1990: Kampf um den Staat, Religion und Nationalismus in Israel. Frankfurt/M.
- Sivan, Emmanuel, 1985a: *Radical Islam, medieval theology and modern politics*. New Haven, London
- Ders., 1985b: *Interpretations of Islam*. Princeton NJ
- Ders., 1988: *Politische arabische Mythen*. Tel Aviv (hebr.)
- Weissbrod, Lilly, 1982: Gush Emunim — From religious doctrine to political action. In: *Middle Eastern Studies*, 18, 265ff.
- Wensinck, A.J., und Kramers, J.H., (Hrsg.), 1941: *Handwörterbuch des Islam*. Leiden
- Wiesel, Elie. 1967: *Die Juden in der UdSSR. Antisemitismus im Sowjetreich*. München, Esslingen
- Wolffsohn, Michael, 1983: *Politik in Israel*. Opladen

Literatur im historischen Prozeß

Literatur im
historischen Prozeß



Suzanne Greuner
Schmerzton
Musik
in der Schreibweise
von Ingeborg Bachmann
und Anne Duden

Argument

Suzanne Greuner

Schmerzton

Musik in der Schreibweise von Ingeborg Bachmann und Anne Duden

AS 179, LHP 24, ca. 160 S., DM 18,50

Die Autorin spürt einerseits die »wirklichen« Musiken auf, die in den Texten eine motivische Funktion haben, andererseits gelingt mit der Betrachtung der Musikähnlichkeit in den Struktur- und Kompositionsweisen eine Annäherung an das, was der Bedeutung entgeht.

Die Marseillaise der Weiber

Hg. von Inge Stephan und Sigrid Weigel

AS 185, LHP 26, ca. 160 S., DM 18,50

In der »Erklärung der Rechte der Frauen« von Olympe des Gouges (1791) heißt es im Artikel 1: »Die Frau wird frei geboren und bleibt dem Manne ebenbürtig in allen Rechten.« Diese Forderung war Ausgangspunkt für ein neues Selbstverständnis von Frauen, Aufbruchversuche und Befreiungsphantasien.

Der Band enthält u. a. Beiträge zu Olympe des Gouges und Claire Démar, zur Revolution des Frauenromans und zu dramatischen Weiblichkeitsmustern, zum Corday-Mythos und zur Veränderung der liberté zwischen 1789 und 1830.

Literatur im
historischen Prozeß



Stephan/Weigel (Hg.)

Die Marseillaise
der Weiber

Argument

Argument

Rentzelstraße 1 2000 Hamburg 13

Kongreßberichte

Kongreß Erneuerung

Initiiert von der DKP-Erneuerer-Strömung an der Johann Wolfgang von Goethe-Universität, Frankfurt/M., 20. bis 22. Oktober 1989

Vieles deutet darauf hin, daß sich infolge der Perestrojka in den sozialistischen Ländern auch die Konstellationen in der BRD umgruppieren werden. Aber eine Umgestaltung der politischen Handlungsbedingungen bedeutet noch keineswegs die Umsetzung in wirksame Politik. Hierzu bedürfte es einer bundesrepublikanischen Linken, die die historischen Blockierungen des Sozialismus überzeugend auflöst. Die Ungleichzeitigkeit zwischen der Öffnung neuer Handlungsräume und der Herausbildung der hierfür notwendigen politikfähigen Subjekte wirkt sich nirgends schärfer aus als in der DKP und ihrem Umfeld. Im gleichen Zeitraum, in dem zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein sowjetischer Partei- und Staatschef ein höheres Ansehen genießt als der US-amerikanische Präsident, verliert die DKP ungefähr 20000 Mitglieder, die Hälfte ihrer früheren Gesamtzahl. Gespalten sind nicht nur die Mitgliedschaft, sondern erstmals auch Teile des Apparats. Der sich nach dem finanziellen Rückzug der DDR abzeichnende ökonomische Bankrott läßt die Überlebenschancen weiter schwinden.

Nach wie vor fehlt eine ausstrahlungsfähige Formation, die die globalen Herausforderungen des »Neuen Denkens« von einem sozialistischen Standpunkt aus in eine realistische Perspektive übersetzen könnte. Dies ist der Anspruch der »Erneuerer«-Strömung der DKP, die auf ihrem »Kongreß Erneuerung« die Debatte mit anderen Strömungen der Linken suchte. Eine Schweigeminute auf dem Eröffnungsplenum für die Opfer des Stalinismus signalisierte den Bruch mit der eigenen Tradition. In vier Foren und siebzehn parallel laufenden Arbeitsgruppen suchten die über 2000 TeilnehmerInnen nach neuen Konzeptionen. Der Dialog mit Vertretern der SPD (u.a. Albers, Voigt), der Grünen (u.a. Ditfurth, Ebermann, Stamm) und anderen Linken wurde immer wieder überlagert von den parteiinternen Auseinandersetzungen mit einer Delegation des DKP-Parteivorstands. Der politische Ansatz der »Erneuerer« weist starke Ähnlichkeiten auf mit den Analysen der SED-Reformer, z.B. mit den Arbeiten Dieter Kleins zu einem »friedensfähigen Kapitalismus« und dem von ihm initiierten Forschungsprojekt »Philosophische Fragen der Erarbeitung einer Konzeption des modernen Sozialismus«, das schon vor der Wende in der DDR ein konzeptionelles Zentrum der Perestrojka-Intelligenz darstellte. Ein weiterer wichtiger Bestandteil sind die vom DKP-Parteivorstand mißtrauisch verfolgten neueren Studien des IMSF (vgl. v.a. Huffschmid/Jung, Reformalternative, Frankfurt/M. 1988). Diese und andere Ansätze sind gebündelt in einer Diskussionsplattform von DKP-Parteitagsdelegierten zu einer »modernen kommunistischen Partei« (MKP).

Sie setzt sich zur Aufgabe, das »neue Denken« aus einem moralischen Anspruch in politische Praxis zu verwandeln (ebd., 2) und tritt aus der bisherigen Schwarz-Weiß-Malerei der Blockkonfrontation heraus. Weder der Kapitalismus noch der Sozialismus in seiner bisherigen Gestalt seien in der Lage, die menscheitsbedrohenden Gefahren abzuwenden. Zielstellung sei daher ein weltumspannendes Sicherheitssystem, »in das sowohl Kapitalismus als auch Sozialismus ihre unausgeschöpften Fortschrittspotentiale und Lösungskapazitäten einbringen« (ebd.). Vor diesem Hintergrund interpretieren die Autoren ein zentrales Stück marxistischer Theoriebildung: Zur »Fessel« für die Produktivkraftentwicklung würde der Kapitalismus nicht dadurch, daß er den technischen Fortschritt abbremsste, sondern

dadurch, »daß er die Kräfte nicht beherrschen kann, die auf diesem Weg freigesetzt werden« (8). Dies zeige sich heute vor allem in der globalen ökologischen Krise. Da die vom Kapitalismus beherrschte Produktivkraftentwicklung auch in den nicht-kapitalistischen Ländern zu lebensgefährlichen Deformationen geführt habe, sei in beiden Systemen »ein stofflicher Umbau des Produktivkraftsystems« erforderlich (ebd.).

Kennzeichnend für die Diskussionsplattform ist die Spannung zwischen der Perspektive einer klassenlosen und herrschaftsfreien Gesellschaft und der illusionslosen Bestimmung realistischer Etappenziele: Die Kennzeichnung des Marxismus als »Theorie der Befreiung« wiedereröffnet Dimensionen linker Politik, die in der Tradition der staatssozialistisch orientierten Parteien nahezu völlig verdrängt werden konnten. Daß der Marxismus (gemeint ist der Marxismus-Leninismus) spätestens seit Mitte der siebziger Jahre seine innovative Rolle in der Verarbeitung der Zivilisationskrise verlor (4f.), hänge damit zusammen, daß er das marxistische Thema der Befreiung in der Ökologie, in der Krise der sozialistischen Länder und in der Frauenbewegung nicht erkannte (6). Nicht zufällig bezieht sich der Text auf den Blochschen Begriff der »konkreten Utopie« (ohne Namensnennung jedoch), die in Verbindung mit radikaler Gesellschaftskritik »Voraussetzung für eine mobilisierende Wirkung kommunistischer Politik« sei (9). Der Begriff der »Reformalternative« orientiert dagegen auf die Durchsetzung eines friedensorientierten, ökologisch und sozialpolitisch reformoffenen Entwicklungswegs *innerhalb* des »staatsmonopolistischen Kapitalismus« (ebd.). In einer solchen realistischen Zielstellung erweise sich »die Diesseitigkeit marxistischen Denkens und Handelns«, und jeder marxistische »Sonderweg«, der sich eine aktuelle revolutionäre Perspektive einbilde, führe in gesellschaftliche Bedeutungslosigkeit und schwäche das reale Veränderungspotential (Huffschmid/Jung 1988, 152, 148). Denn weder gebe es in absehbarer Zeit eine revolutionäre Situation, noch eine »stabile massenhafte Systemopposition« (ebd., 15).

Kommunistische Politik müsse sich daher stützen auf den Prozeß »umfassender Demokratisierung«, der zum Kerngedanken von Reformpolitik im Sozialismus und im Kapitalismus geworden sei. Verankert sei diese Tendenz in der Entwicklung der Produktion selbst. Die Bedeutung von Kreativität, Verantwortlichkeit, Eigeninitiative und unablässigem Lernen nehme zu. So verstümmelt und instrumentalisiert sich dieser Prozeß im Kapitalismus auch immer vollziehen mag, so zeichne sich doch ab, »daß 'die freie Entwicklung von Individualitäten' (Marx, Grundrisse 592f.) nicht mehr nur Inhalt ethischer und politischer Forderungen ist, sondern mehr und mehr von der Produktivkraftentwicklung selbst erzwungen wird.« (MKP 8) Werde die Demokratisierung so weit getrieben, daß sie gegen die ökologische Krise wirksam wird und sich als Mittel zur Entfaltung und Beherrschung der menschlichen Produktivkräfte bewährt, verliere sie ihren reinen Reformcharakter und bekomme selbst revolutionäre Qualität (ebd.). Während die Demokratisierungsforderungen der DKP in der bisherigen Revolutionstheorie die Funktion hatten, die Machtergreifung des Proletariats (unter Führung »seiner« Partei) vorzubereiten, wird nun umgekehrt der Revolutionsbegriff durch einen qualitativen Sprung der Demokratisierung inhaltlich qualifiziert.

Hier nun erhoben Vertreter des DKP-Parteivorstands in der Diskussion den Vorwurf des »Reformismus«. Aber ohne aufzuweisen, unter welchen Bedingungen und mit welchen gesellschaftlichen Subjekten ein revolutionärer Bruch vollzogen werden könnte, ist ein solcher Einwand irrelevant. Zu Recht wies Michael Stamm vom »Linken Forum« der Grünen darauf hin, daß auch die von DKP-Parteivorstand propagierte Interessenvertreterpolitik de facto reformistisch sei, das Aufwärmen der alten

Debatten um das Verhältnis von Reform und Revolution daher gespenstisch. Hinzuzufügen wäre, daß es sich um einen defensiven und zumeist ökonomistisch verkürzten Reformismus handelt, der sich auf Grund seiner unkritischen Identifikation mit dem Staatssozialismus den Zugang zu hegemoniefähigen gesamtgesellschaftlichen Perspektiven verbaut hat. Der Revolutionsbezug ist unter diesen Bedingungen rhetorisch und erfüllt kompensatorische Funktionen. Eine solche Spaltung könnte die Parteimitglieder durchaus zerreißen (und tut es auch), wenn diese sich nicht durch Abstumpfung, Doppelbödigkeit oder Zynismus dagegen zu schützen versuchten. Lähmend für die Entfaltung sozialistischer Handlungsfähigkeit im Zeitalter der Perestrojka ist eine solche Anordnung allemal.

Die stellvertretende Parteivorsitzende Ellen Weber forderte die Erneuerer auf, Zuspitzungen zu vermeiden, in die Parteistrukturen zurückzukehren und so dazu beizutragen, »die Partei einheitlich zu erneuern«. Auch personelle Konsequenzen in der Parteiführung seien kein Tabu. Das verdeckte Rücktrittsangebot wurde als Signal nicht mehr ernst genommen. Die politische Glaubwürdigkeit des Parteivorstandes ist verbraucht, was immer seine Worte sind. Die langjährige Unterdrückung einer demokratischen und widerspruchsfähigen Streitkultur trieb eine streitsüchtige Unkultur hervor, in der die strategischen Gegensätze kaum mehr austragbar sind. Schon während des Kongresses wurde deutlich, daß ein gemeinsamer Neubeginn mit denselben Flügelexponenten unmöglich ist. Daß sich aus den vermittelnden Zwischenströmungen, die sich gegen eine drohende Parteispaltung wandten, ein integrationsfähiges Zentrum mit profilierter Führungsgruppe entwickeln könnte, erschien unwahrscheinlich.

Nicht immer war in den Debatten die »neue« Sichtweise differenzierter als der alte Dogmatismus. In der AG zur DDR-Entwicklung z.B. überwog die Haltung, keinerlei Dialog- und Reformversuche der SED-Führung mehr »ernst zu nehmen«. Zu lange hatten viele das kleinste Reformpflänzchen als sozialistische Errungenschaft besungen. Jetzt, wo sich wirklich etwas bewegte, reagierten sie mit Wahrnehmungsverweigerung. Die alten Prinzipien des »proletarischen Internationalismus« greifen nicht mehr, und die politische Kultur der DKP konnte die Haltungen einer kritischen Solidarität nur unzureichend hervorbringen. Was jahrelang als zuverlässiges Bollwerk gegen die Ideologie des Klassengegners gepriesen wurde, erweist sich in der Zeit des Umbruchs als Achillesferse. Daß die Kommunisten in den siebziger Jahren die Entwicklung eines Eurokommunismus auf deutschem Boden durch Denunziationskampagnen und Ausschlußverfahren verhindert haben, rächt sich in der eigenen Entwaffnung. Matt und resigniert klangen die Warnungen der ParteivorstandsvertreterInnen in der Diskussion, die Linke dürfe in ihrer DDR-Kritik nicht gemeinsame Sache mit der CDU machen.

Es wäre kurzsichtig, die Hilflosigkeit solcher Appelle mit Schadenfreude zu begleiten. Die notwendige Frontstellung gegen den alten Dogmatismus kann leicht den Blick auf die hegemonialen Kräfteverhältnisse verstellen. Auch von links aus bastelt man zuweilen leidenschaftlich mit an der Wahrnehmungsfalle, die die ideologischen Instanzen unserer Gesellschaft für die Perestrojka in der DDR aufgebaut haben: was immer DDR-Regierung und/oder SED-Führung unternehmen, es ist a) zu wenig, b) nicht ernst gemeint, c) ohnehin nur eine peinlich-defensive Reaktion auf die Forderungen der Bevölkerung. Radikalität, die unter hiesigen Verhältnissen zurückgestaut oder an den gesellschaftlichen Machtfragen elegant vorbeigeleitet wurde, kann sich im alltäglichen DDR-Kommentar endlich voll entfalten. Nichts ist leichter, als die prekäre, zuweilen aussichtslos erscheinende Lage des sozialistischen Projekts als Vorwand zu benutzen, um sich endlich abzuseilen und die Mechanismen bürgerlicher Hegemonie mitzubedienen.

Von Aufbruchstimmung war wenig zu spüren. Die Genossinnen und Genossen wirkten abgekämpft. Der Subjektverschleiß der innerparteilichen Grabenkämpfe ist groß. Das Hauptproblem ist längst nicht mehr die Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand, sondern der flügelübergreifende Rückzug in die Privatform. Die Organisationsfrage ist umstritten. Die Forderung nach »Umgründung« der DKP zielte auf die Konstitution einer links-sozialistischen Partei. Aber schon während des Kongresses überwogen die Zweifel. Sogar bei einer Erneuerer-Mehrheit auf dem nächsten Parteitag sei der Verfallsprozeß nicht mehr aufzuhalten. Eine Gruppe um den ehemaligen Ökologiereferenten des Parteivorstands Stürmann gab bekannt, bei den Grünen eintreten und dort das »Linke Forum« stärken zu wollen. Da der parteipolitische Platz links von der SPD besetzt sei, komme es jetzt darauf an, die Kraft, die diesen Platz besetzt, so gut wie möglich zu entwickeln. Dagegen betonte der ehemalige Kölner Kreisvorsitzende Lehnhoff die Bedeutung einer autonomen marxistischen Kraft als Gegenpol zu den Sogwirkungen des Kapitalismus, und auch der linke Sozialdemokrat Albers meinte, eine eigenständige reformkommunistische Strömung hätte wichtige Funktionen in der bundesdeutschen Linken. Mittlerweile haben die Erneuerer sich als »Initiative kommunistische Politik« konstituiert, die parteiübergreifend an der Vernetzung sozialistischer Strömungen arbeiten will.

Jan Rehmann (West-Berlin)

Geschichte und Zukunft des Sozialismus in der Sowjetunion

Perestrojka aus erster Hand. Erfahrungen mit der Politik der Umgestaltung in der Sowjetunion. Veranstaltet von der Deutsch-Sowjetischen Gesellschaft. Tübingen, 27. bis 29. Oktober 1989

Von dem optimistischen Schwung, der im vergangenen Jahr das erste Tübinger Symposium (vgl. *Argument* 173) beflügelt hatte, war dieses Mal nichts mehr zu spüren. Härter und schonungsloser wurde von den zahlreichen sowjetischen Gästen die Situation in ihrem Land beurteilt. Tabuthemen, wie es 1988 noch die Einführung der Marktwirtschaft gewesen war, gibt es nicht mehr.

Einig waren sich die Teilnehmer beim *Forum Wirtschaft* mit ihrer düsteren Sicht von einer Unterproduktions- und Verteilungskrise in der SU. Auch hätten bisherige Reformansätze noch wenig gefruchtet. Darüber, wieviel Markt, Privateigentum und Konkurrenz notwendig oder gesellschaftlich wünschenswert seien, gingen die Meinungen auch innerhalb der Gäste aus der SU stark auseinander. *Wasilij Seljunin*, Redakteur der Zeitschrift »*Nowij Mir*«, vertrat wiederholt die Ansicht, es sei »hoffnungslos, mit einem Plan zu arbeiten«, wenn man »ein normales Wirtschaftssystem haben wolle«. Wichtiger als die Eigentumsfrage sei das Verfügungsrecht, meinte *Wladimir Kotow*. Er verteidigte die Marktwirtschaft, weil sie heutzutage leichter vom Staat zu »regulieren« sei als im 19. Jahrhundert. Auf dem Arbeitsmarkt würden dann die Gewerkschaften die Interessen der Arbeitnehmer vertreten. Konkrete Probleme der Perestrojka schilderte *Ismon Obidow*, einer der neuen von der Belegschaft gewählten Direktoren einer Textilfirma in Tadschikistan. Er wünscht sich vor allem den Eigenvertrieb der hergestellten Produkte.

Im *Forum Landwirtschaft* waren zwei hochkarätige Spezialisten, Wladimir Tichonow und Ljudmilla Popowa, kurzfristig ausgefallen, die der Diskussion sicher ein höheres theoretisches Niveau gegeben hätten. Der tadschikische Kolchosvorsitzende *Murodullo Machmadalijew*, lobte die zunehmende Eigenverantwortung der Kolchosen. Arbeitsmotivation und Produktionszahlen seien im letzten Jahr außerordentlich gestiegen. Der Gießener Agrarhistoriker *Stephan Merl* gab eine Einführung in die neuen Landwirtschaftsverhältnisse in der SU, wo zur Zeit unter Beibehaltung des

staatlichen Monopols auf Landbesitz verschiedene Arten der Pacht ausprobiert werden. Entweder pachtet eine ganze Kolchose, eine (private) Genossenschaft oder sogar ein Privatbauer den Acker. Inzwischen gibt es im Baltikum auch Produktionsmittel in privater Hand. Zunehmend wichtiger werde auch die Frage des Erbrechts. Merl konnte keine klare Linie der Gesetzgebung ausmachen. Gründe für die Pacht seien die bis dato mangelnde Effektivität des Kolchossystems und Wiedergutmachung der opferreichen Zwangskollektivierung. Die Probleme der neuen Pächter sind riesig: schlechte Versorgung mit Maschinen und Dünger, völlig unzureichende Absatzsysteme, Inflation. Der kurzfristig eingesprungene Sekretär der überregionalen Gruppe im Volksdeputierten-Kongreß (der Boris-Jelzin-Fraktion sozusagen) *Arkadij Muraschow* forderte eine konsequente Privatisierung des Landbesitzes sowie eine Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte, die zur Zeit weit unter ihrem Wert verkauft würden. Diese Privatisierungskampagne stieß in der Zuhörerschaft auf starke Kritik. Man hielt vor allem die Aufgabe der Planwirtschaft für unüberlegt und fürchtete, daß eine nach kapitalistischer Gewinnmaximierung ausgerichtete Landwirtschaft die ökologischen Probleme unter den Tisch fallen läßt.

»Alle Macht den Räten!« lautete der Untertitel des *Forums Politik* in dem man sich eigentlich über die Auseinandersetzung um die politische Macht in den neuen Organen der Volksvertretung unterhalten sollte. Leider torpedierte die »Marxistische Gruppe«, die mit *Karl Held* auch noch einen Vertreter auf dem Podium hatte, fast jede konstruktive Diskussion. Während *Arkadij Muraschow* und *Alexander Bowin* (*Iswestija*) die Werte Freiheit und Gewaltenteilung als Ziele der Perestrojka sahen, waren sie für Held bloße Mittel zum Zweck. Bowin und Muraschow halten ein Mehrparteiensystem im Obersten Sowjet und im Volksdeputiertenkongreß für unabdingbar zur Demokratisierung des politischen Systems. Laut Muraschow gibt es derzeit im Volksdeputiertenkongreß »drei Minderheiten und eine Mehrheit«. Die erste Minderheit — Vertreter der alten Nomenklatura — warte schweigend auf das Scheitern der Volksbewegung, die zweite sei für Veränderungen, bliebe aber passiv, die dritte, der sich die überregionale Gruppe und Muraschow selbst zuordnet, strebt Veränderungen an und will sich »als legale Opposition etablieren«. Diesen Minderheiten gegenüber stehe eine »führungstreue und interessenlose« Mehrheit. Sowohl Bowin als auch er setzen ihre Hoffnung auf freie Wahlen, die sich formierende Parlamentsopposition, die verschiedenen Volksbewegungen sowie die freie Presse. Muraschow (Kandidat der KPdSU) bezeichnete das Staatseigentum als »stärkste Bremse« der Perestrojka. Dieses habe es siebzig Jahre lang ermöglicht, den Arbeitern den Mehrwert vorzuenthalten. (An dieser Stelle verließ Held das Podium.)

Vergleichsweise ruhig und sachlich ging es im *Forum Recht* zu. *Michail Gofstejn*, Vizevorsitzender des sowjetischen Anwaltsverbands und *Konstantin Scheremt*, stellvertretender Direktor des Instituts für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften, berichteten von ihren Fortschritten beim Ausbau des Rechtsstaats. Auf deutscher Seite standen kompetent der Arbeitsrechtler *Wolfgang Däubler* und der Richter *Peter Steinbach*. Gofstejn verwies auf die verbesserte Position der Anwälte in Prozessen. So sei das berüchtigte »Telefon-Recht« (ein Anruf von höherer Parteistelle entschied den Ausgang eines Prozesses) fast völlig verschwunden. Für Scheremt ist das Endziel der Reform eine »sozialistische Rechtsstaatlichkeit«. Der Staat müsse dabei sozialistisch bleiben. Aber: »Die Partei darf nicht mehr das praktische Leben leiten.«

Weil die soziologische Forschung jahrzehntelang aus »ideologischen« Gründen vernachlässigt wurde, fehlten heute notwendige Arbeiten und Daten, um soziale Probleme (Alkoholismus, Drogensucht, Kriminalität etc.) anzugehen, klagte der

Soziologe und Psychologe *Igor Kon* auf dem *Forum Wissenschaft*. Zusammen mit Kon saßen *Wladimir Sidorow* und *Alexander Dmitriew* vom Soziologischen Institut der Akademie der Wissenschaften und *Robert Steigerwald* (DKP) auf dem Podium. Dmitriew forderte, besonders auf dem Gebiet der Arbeitsmoral mehr zu forschen. Hier glaubt er regionale Motivationsschwerpunkte feststellen zu können: »Während die Arbeiter in Mittelasien ein schlechtes Verhältnis zur Industrie, aber ein gutes zur Landwirtschaft zeigen, ist es in Zentralrußland gerade umgekehrt.«

Groß war das Interesse der Tagungs-Teilnehmer am *Forum Medien*. In den Massenmedien ist die Perestrojka mit ihrer Forderung nach Glasnost vielleicht am weitesten durchgesetzt. Der Wandel vom »ideologischen« Steuerungsinstrument zum tatsächlichen Forum der öffentlichen Meinung hat seit zwei Jahren mit Macht auch das Fernsehen ergriffen. Eine Pionierin war *Tamara Maximowa*, die 1986 zum ersten Mal in ihrer Sendung »Die öffentliche Meinung« dreieinhalb Stunden lang Zuschauer zu einem bestimmten Thema zu Wort kommen ließ. Gegenwärtig, so der Chefredakteur des kritischen Moskauer Fernseh-Magazins »Wsgljad« (»Blick«) *Dmitrij Sacharow*, gäbe es einen Machtkampf zwischen engagierten Journalisten und wenigen, noch Kontrolle ausübenden Parteifunktionären. Während Maximowa bei Funk und Fernsehen den Unterhaltungs- und Aufmunterungscharakter im Vordergrund wissen wollte, betonte Sacharow vor allem den kritischen und kontrollierenden Aspekt. *Alexander Guljakowskij*, leitender Redakteur der deutschen Sendungen von Radio Moskau, hielt am Erziehungsauftrag der Medien fest.

Ob die Perestrojka *Anfang oder Ende des Marxismus* bedeute, sollte in einer Podiumsdiskussion im überfüllten Landestheater diskutiert werden. Die Besetzung des Podiums war nicht sehr glücklich. Der Bostoner Ostexperte *Vojtech Masny* hatte wenig zum Thema zu sagen und der Journalist *Alexander Bowin* sowie der Schriftsteller *Michail Schatrow* erklärten sich für Marxismus-Fragen nicht zuständig. Eines wurde, trotz der schlechten Simultanübersetzung und der chaotischen Diskussion klar: Die Fronten haben sich verändert. Während deutsche Linke wie *Wolfgang Fritz Haug* und *Iring Fetscher* den Umbau der SU als Chance für den Marxismus sehen, scheinen sich die sowjetischen Gäste gar nicht schnell genug von diesem Begriff verabschieden zu können. Und auch von der Sache. Ein Markt mit kapitalistischen Anleihen bedeute ihm mehr als ein Neuanfang des Marxismus, sagte der Journalist *Seljunin*. Haug warf ihm seinen Flirt mit dem »effektiveren« Kapitalismus vor: »Warum ist er effektiver? Weil er auf Kosten von Menschen und Erde geht!« Doch von solchen Bedenken wollten die sowjetischen Gäste nichts hören. Haug lenkte den Blick auf die sich verschlechternde Lage in der Dritten Welt und bat die sowjetischen Kollegen, sich nicht vom Wohlstand der Bundesrepublik blenden zu lassen: »Im Auge des Taifuns ist es immer ruhig.« Doch eine richtige Diskussion fand nicht statt. Marxismus, von den Sowjets konsequent als »Ideologie« bezeichnet, schien völlig indiskutabel zu sein. Allein Schatrow, der sich selbst als »Leninist« bezeichnete, sah in den sich zunehmend formierenden Arbeitervertretungen und Streikkomitees einen hoffnungsvollen Neuanfang für marxistische Strömungen.

Susanne Veil (Tübingen)

Ende und Erbe der Arbeiterkultur?

Kolloquium des IMSF Frankfurt, 15. April 1989 (I)

Ende oder Veränderung? Arbeiterkultur nach 1945

5. Tagung der Kommission »Arbeiterkultur« in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde, Tübingen, 30. April bis 4. Mai 1989 (II)

Projekt »Nordstadt-Bilder«

Künstlerische Medien und Stadterneuerung, Dortmund, 20. und 21. Juni 1989 (III)

Arbeiterkulturgeschichte als Forschungs- und Sammlungsauftrag städtischer und regionalgeschichtlicher Museen

Bezirksamt Neukölln/Heimatemuseum, in Zusammenarbeit mit dem Märkischen Museum und der Humboldt-Universität. Akademie der Künste, West-Berlin, 30. Juni bis 1. Juli 1989 (IV)

Als ich meine »Theorien zur historischen Arbeiterkultur« (Marburg 1987) abgeschlossen hatte, verringerte sich mein Interesse an dem Thema stark: Der Höhepunkt der akademischen Beschäftigung damit war vorbei; die sozialgeschichtliche »Spurensicherung« schien auf den Status einer Ressource für Formalqualifikationsarbeiten zu sinken und sich nur noch vom Stoff her von betulicher Orts- und Heimatgeschichte älterer Provenienz zu unterscheiden. Sind das fortbestehende Interesse an Arbeiterkultur nur Nostalgie, nur »Vermißanzeigen nach einem revolutionären Subjekt«? (Beck, Gegengifte) Handelt es sich nur um sozialpolitische Instrumentalisierung, wenn in Dortmund versucht wird, das historische Potential der Arbeiterkultur für die städtebauliche Erneuerung des Stadtteiles Nordstadt zu aktivieren?

Neue Dimensionen des Interesses schälten sich inzwischen heraus. Daß ein solches Interesse bei den kulturpolitischen Museen weiterbestand, könnte mit einer gewissen Schwerfälligkeit der Institutionen zusammenhängen: So sind große Projekte wie Landesmuseum für Technik und Arbeit (Mannheim), Museum der Arbeit (Hamburg), Rheinisches Industriemuseum, Ruhrlandmuseum Essen schon jahrelang im Bau bzw. in Diskussion. Auch in Österreich (mit dem Museum der Arbeitswelt in Steyr) und Schweden sind derartige Projekte Gegenstand internationaler Diskussion. Zwar beziehen sie sich affirmativ auf »Industriekultur« mit Sozialgeschichte als Alibi, auf Kompensation der Modernisierungsverluste, gelegentlich sogar auf die »Dialektik der Aufklärung« (vgl. Kulturpolitische Mitteilungen 1989/46, 39f.). Aber selbst im letzteren Falle haben sie akuten Bedarf an Darstellungen der proletarischen Sozialkultur und garantieren so eine kontinuierliche Nachfrage nach dem Thema. Sie sind zudem am ehesten der Ort, wo sich historische Gerechtigkeit einem Thema und einer Klasse gegenüber einfordern läßt — bis hin zum Versuch, deren Kräfte wieder für die Gegenwart zu aktivieren, wie in zahlreichen »Spurensicherungs«-Projekten versucht wird. — Walter Bernsdorff (Marburg) referierte über ein diesbezügliches Projekt bei der Berliner Tagung (IV), die sich dem Abkommen über kulturelle Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten verdankt. Da ArbeiterkulturforscherInnen aus Ost und West ohnehin in einem engen Austausch-Verhältnis stehen, war der Neuheitswert dieser Tagung nicht gerade überragend. Immerhin regte die Konferenz zum Nachdenken über diskursive Formen muscaler Arbeit an. Isolde Dietrich referierte in ihrem Beitrag »Das Museum als Ort öffentlicher Diskussion: Die Ausstellung 'Parzelle, Laube, Kolonie-Kleingärten zwischen 1880 und 1930'« geradezu ein Musterbeispiel aus der DDR dafür, wie Museologie bewirken kann, daß über gesellschaftliche Probleme von heute

nachgedacht wird (nicht nur über die Rolle von Kleingärten in einer Mangelökonomie, sondern viel mehr noch im Kontext von »dauerhafter Entwicklung«).

Die interessantesten neuen Aspekte gibt es auf der Theorie-Ebene, vor allem im Zusammenhang mit der auf Arbeiter bezogenen Lebensweise-Forschung (I). Klaus Tenfeldes Votum, Arbeiterkultur als eine abgeschlossene, nur noch historisch interessante Angelegenheit zu betrachten (FAZ, 7.3.88), bildete hier den Stein des Anstoßes. Tenfelde selbst hat bei der Tübinger Tagung (II) seine Thesen noch einmal wiederholt und Zeugnisse für das »Ende der Proletarität« ausgebreitet: Die Auflösung der Klassenmilieus, der NS, die verringerte Bedeutung der »Strukturdaten« der Industriegesellschaft hätten dafür gesorgt, daß die Arbeiterbewegung jenen kulturellen Einfluß verloren hat, den sie auf Grund der defizienten Integrationsleistung der Wilhelminischen Gesellschaft einst besaß. Auch Dieter Langewiesche betonte das Ende der weltanschaulich geprägten Arbeiterkultur infolge von Privatisierung und Entpolitisierung. Schon immer auch im Proletariat existierende *andere* weltanschauliche Milieus (z.B. katholische) seien in diesem Zusammenhang wichtig. Ob die Arbeiterkultur bewußt als Morgengabe der Demokratie der Bundesrepublik geopfert wurde, oder ob sie der Offensive der Marktkräfte zum Opfer gefallen ist, wurde nicht zum Gegenstand. Die Theorie-Diskussion ist sich bei der Abwehr von Tenfeldes Thesen nur einig in dem Tenor »So nicht«, geht aber dann verschiedene Wege (zwischen denen gleichwohl Verbindungen hergestellt werden können). Zwei Reaktionsweisen herrschen vor: Tenfelde habe die Veränderungen zwar richtig beschrieben, die auf der empirischen Ebene zum Verschwinden des Milieus und der klassischen Formen der Arbeiterkultur führten. Gleichzeitig aber existierten sozio-kulturelle Unterschiede fort, wenn auch diese die klassischen Formen nicht reproduzieren.

Kaspar Maase hat in Tübingen beschrieben, wie im Zusammenhang mit den (prinzipiell eher als Rückzugsgefecht zu wertenden) Auseinandersetzungen um Rheinhäuser sich heterogene Bestandteile ästhetischer (und geistig-kultureller) Art wirkungsvoll verbanden; theoretisch überlegte er, wie im Zusammenhang mit den formationsspezifischen Prägungen der Marktgesellschaft ein Prozeß der Neuformierung einer System-Alternative im Regenbogen-Spektrum im Gange ist. Michael Vester prüfte, inspiriert vom »Lebensstil«-Interpretament, soziale Positionen und Milieus sowie, gestützt auf Volkszählungsdaten, die Veränderung von sozialem Raum und Habitus in der BRD. Wenn es um geschmäckerlich-voluntaristisch ausgewählte Lebensstile geht, dann tut man so, als könne der »Geist« in diesem Rahmen allein entscheiden. Dies zu kritisieren, bedeutet gleichwohl nicht, die politisch-gesellschaftliche Bedeutung solcher Strukturen zu leugnen.

Das Thema der Geschlechterverhältnisse steht in enger Beziehung zu der von Maase beobachteten Neuformierung. Es verweist auf theoretischen Revisionsbedarf: Geschlechterhierarchien, von denen Irene Dölling sprach, gehörten zum Konservatismus in der Arbeiterbewegung; Marianne Friese beklagte, daß die Entdeckung der Arbeiterkultur nicht zu Erkenntnissen über die Spezifik der Arbeiterinnen-Kultur geführt hat; die Anerkennung der Bedeutung der Reproduktionsarbeit nötige die politische Ökonomie zur Revision ihres nur auf den Kapitalverwertungsprozeß orientierten Denkens (auch die zunehmende Bedeutung des Alltags und der Lebensweise in den Diskussionen um globale Probleme geht in die gleiche Richtung). Es könne sein, gab Dieter Strützel (Jena) zu bedenken, daß dabei die im zweiten Entwurf zum *Kapital* von Marx formulierten Ansätze weiterführen. Frigga Haug sprach über Arbeitskulturen und Geschlechterverhältnisse heute. Sie fragte nach Formen von *Selbst*bestimmung im Umfeld von *Fremd*bestimmung am Arbeitsplatz,

wie sie als soziokulturelle Managementstrategien («Unternehmenskultur») entwickelt werden, aber auch als subjektive Versuche, die Arbeit mit Sinn anzureichern. Die Geschlechtsspezifität schlägt sich auch im unterschiedlichen Umgang von Männern und Frauen mit Computern nieder. Burkhart Lauterbach berichtete über kulturelle Aspekte moderner Büroarbeit. Ferner wurde ein Projekt des Ludwig-Uhland-Instituts über informelle Kommunikation im computerisierten Büro («Lebenswelt in der Arbeitswelt») vorgestellt.

Der Nachweis, daß die Formen der klassischen Arbeiterkultur nicht mehr existieren, muß nichts über die Bedeutung der in ihr vertretenen normativen Ansprüche aussagen. Peter Friedemann (Bochum) hat in Frankfurt/M., ähnlich wie ich selbst in Frankfurt/M. und Tübingen, anknüpfend an Jean Ziegler, von dem Weiterwirken der Wert-Orientierungen der klassischen Arbeiterkultur gesprochen: Das große kulturelle Programm der Arbeiterbewegung war und ist der Versuch, das humanistische Menschenbild der deutschen Klassik und »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit« der französischen Revolution zu einer lebbareren Perspektive für alle werden zu lassen, und dies nicht nur im nationalen, sondern auch im internationalen Rahmen. Das gesamte politische und soziale Programm der Arbeiterbewegung läßt sich als der Versuch interpretieren, die für dieses kulturelle Ziel notwendigen Umbauten in der Gesellschaft zu realisieren, wobei alle Lebensformen, die dies *nicht* gewährleisten, als Rückschritt gewertet werden müssen. Der »postmoderne Kater« (Tenfelde), der diese Zukunftsvision durch Faschismus und Stalinismus desavouiert sieht, verlangt eigentlich nach einem neuen Anlauf zur Realisierung dieses Programmes, das heute, im Kontext globaler sozialer Probleme und der daraus erwachsenden Konfliktpotenziale, durchaus als Überlebenssicherungsprogramm auch für die Reichen verstanden werden kann, und das nicht das Ende der Geschichte, nicht die endgültige Verbesserung der Welt bedeutet, sondern nur eine solide Grundlage für »dauerhafte Entwicklung«. Ist die Arbeiterkultur somit eine ohne ihre klassische Trägerschaft weiterlebende Kultur mit normativem Anspruch? Darüber wird noch weiter zu diskutieren sein. Das gleiche gilt für die Formel vom »Erbe«: Sind wir heute schon von der Generation her *Erben*, so müssen wir die Erbschaft auch ernst nehmen: Auswählen, sie schöpferisch aneignen usw. Ronald Lutz hat in Tübingen z.B. gezeigt, welche Verbindungen zwischen der »alternativen« Körperkultur von heute und dem Arbeitersport sich herstellen lassen. Und wir müssen uns auch fragen, wer denn der Erbe des historischen *Gegners* der Arbeiterbewegung ist. Sind das die unpersönlichen Gefahrenlagen Ulrich Becks oder die Strukturen der Formationsspezifität? Zu den gern verdrängten Teilen des Erbes gehört die Dialektik des Konservativen in der Arbeiterbewegung (Maase): Sie aufzuarbeiten wäre aus mehreren Gründen nötig: Um konservative Teile der Arbeiterbewegung besser zu verstehen, um die konservativen Gewänder revolutionärer Bewegungen einordnen zu können, um der Dialektik von Reformismus und Proletkult nachgehen zu können, um zu der — mit der Trennung von Massen und Politik bezahlten — Massenkultur-Kritik eine Alternative aufbauen und um der Bedeutung von Konsumnormen gerecht werden zu können (Wolfgang Ruppert hat bei der West-Berliner Veranstaltung über die Bedeutung von »Anschaffungen im Wirtschaftswunder« gesprochen).

Die »utopischen Sozialisten« dachten einst — in Traditionen Rousseaus — an kleingewerbliche Assoziationen als Wirtschaftsform. Erst Lenin, nachdem er aus Deutschland die AEG und die Kriegszwangswirtschaft kennengelernt hatte, kam auf die Idee, man könne die Wirtschaft gesamtstaatlich zentral organisieren. Auch darüber nachzudenken gehört zur Aufarbeitung des Erbes. »Arbeiterklasse« ist in der DDR keine erledigte Sache, betonte Dieter Strützel (Jena) in Tübingen. Dietrich

Mühlberg berichtete von sensibler Beobachtung von Veränderungen im Sozialismus: Auch dort habe sich eine relativ stabile Sozialstruktur mit wenig Mobilität und starker Orientierung an schichtenspezifischen Lebensweisen entwickelt. Ein Überangebot könne nicht das Ziel einer vernünftigen Gesellschaft sein — wohl aber die Chance eines »anständigen Lebens« für alle. Die sozialistische Gesellschaft könne heute nicht für sich werben mit der Formel »Wir arbeiten langsamer« — wie aber dann? Gegenüber solchen aktuellen Themen wirken die traditionellen Fragen der Arbeiterkulturforchung heute schon abgehoben: Arbeiterbewegungskultur und Arbeiteralltagskultur unterscheiden sich, stehen aber nicht beziehungslos zueinander; der Marxismus hat zwar lange Zeit die Alltags- und Nahwelt vernachlässigt, vergißt sie aber heute nicht mehr. Wenn Alf Lütke der linken Arbeiterkulturforchung vorwirft, sie habe einen auf Homogenität fixierten Tunnelblick, der empirische Inhomogenität ausblende, so trifft das nicht den aktuellen Stand — eher ist mit Maase zu warnen vor einem neuen Mythos der Heterogenität. Wenn Lütke gleichzeitig besonderen Wert auf die Feinanalyse der Verhaltensweisen im Arbeitsprozeß legt (z.B. »Notwendigkeitskooperation mit Distanzpraktiken«), so wird dies heute wohl überall als wertvoller Beitrag empfunden. Wolfgang Kaschuba ging der Rolle der Körperlichkeit (einschließlich Kraftprotzerei) nach — Aspekte, die auch der vorindustriellen Handarbeit nicht fremd sind. »Es mieft immer bei den anderen«, war der Aspekt, der bei Rainer Alsheimers Beschreibung der gegenwärtigen Milieus der Arbeiterwohlfahrt in der Provinz im Gedächtnis blieb. Unter dem Titel »Ohne Symbole schwach« fragte Peter Assion (Marburg) nach der Rolle von Symboltraditionen der Arbeiterbewegung in der Gegenwart: Die Praxis schwanke zwischen »altlinkem Symbolgehabe« und abgeworfenem, ungläubwürdig gewordenem Symbol-Ballast ohne Nachfolge-Formen. Katrin Pallowski untersuchte Wertungen des Wohnens. Sie plädierte dafür, weder konsumkritisch noch manipulationstheoretisch noch deskriptiv-affirmativ vorzugehen, sondern nüchterne Analyse der Faktoren zu betreiben. Mit der Formel »Sozialer Fortschritt, aber Geschmackskatastrophe« komme man nicht weit. In der Analyse seien deutlich unterschiedene Habitus feststellbar. Elisabeth Katschnig-Fasch aus Graz griff das »Lebensstil«-Interpretationschema auf, um zu prüfen, wie der Arbeitsplatz-Verlust in einem österreichischen Fall verarbeitet wird.

Hermann Bausinger, Begründer der Schule der »Empirischen Kulturwissenschaft« (EKW) in Tübingen, hat in der Einleitung die kulinarische Wende der Volkskunde zitiert, bei der Nabel und Seele an die Stelle von Basis und Überbau getreten seien. Indessen darf die Arbeiterkulturforchung mit ihrem Anschluß an die Lebensweiseforchung eher wieder mit wachsendem Interesse rechnen.

Dieter Kramer (Marburg)

Neue Techniken — veraltete Gewerkschaften?

Bildungspolitische Tagung des DGB-Bildungswerkes.

Hattingen, 1. bis 3. November 1989

Pflichtschuldig wies *Ilse Brusis* als DGB-Vorstandsmitglied darauf hin, daß die Gewerkschaften ihre Hausaufgaben gemacht hätten, der technische Wandel sei Bestandteil ihrer Politik, und somit sei die Bezeichnung veraltete Gewerkschaften auch nicht zulässig. Nur *Herbert Schmitt* von der Automationsabteilung des IG-Metall-Vorstandes ließ sich noch stärker herausfordern, indem er betonte, gewerkschaftliche Aufgabe sei schon immer Schutz- und Gestaltungspolitik gewesen. Und das gelte heute noch uneingeschränkt. Von daher können Gewerkschaften gar nicht veraltet sein. Der Tenor der Veranstaltung war eindeutig: Nur durch offensive Ein-

mischung und phantasievolle Gestaltung können Gewerkschaften den technischen Fortschritt begleiten. Verhinderungs- und Kopf-in-den-Sand-Strategien sind gescheitert. Mit der Formel »Es gibt keine Alternative« brachte *Frigga Haug* diese neue gewerkschaftliche Diskussionslinie auf den Punkt. Trotzdem sei es aber unmöglich, eine offensive Gestaltungspolitik zu fahren, zu widersprüchlich sei das Bewußtsein der Arbeitenden und zu verkrustet der gewerkschaftliche Apparat. Aber nicht nur den Gewerkschaften bereitet der technische Wandel Probleme. Manager und Arbeitgeberverbände stehen genauso hilflos vor ihren »Chip-Cim-Ruinen« (*Alfred Schmitt*). Arbeitgeber sehen sich zum einen getäuscht von den Rationalisierungsversprechen der Hard- und Software-Hersteller. Die versprochenen Produktivitätsfortschritte hätten sich nicht in dem gepriesenen Tempo eingestellt. Auf der anderen, der Seite der Betriebsorganisation und des Personalmanagements setzten sie den Anforderungen von morgen betriebswirtschaftliche Methoden von vorgestern entgegen, so jedenfalls *Ansgar Pieper* vom Institut der Deutschen Wirtschaft. Alfred Schmitt setzte sich trennscharf vom Arbeitgeberlager ab, rhetorisch zumindest. Vergleicht man die Lösungskonzepte, wie sie einerseits von Pieper und andererseits von Schmitt formuliert wurden, so finden sich erstaunliche Parallelen: verbesserte Qualifikation der Mitarbeiter, Beteiligung derselben, Gruppenarbeitskonzepte. Schmitt bezweifelte trotzdem die »Fortschrittlichkeit der Unternehmer«. Zu oft noch würden sie in der Tradition von Taylor einem hocharbeitsteiligen Organisationskonzept folgen, selbst dann, wenn betriebswirtschaftlich eine auf Gruppenarbeit und integrieren Tätigkeiten basierende Arbeitsorganisation günstiger wäre.

Wie läßt sich nun der technische Fortschritt mit seinen Gestaltungserfordernissen in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit integrieren? Dieser Frage gingen in einem Forum *Rolf Oberliesen* (Universität Hamburg), *Peter Faulstich* und *Gerd Hurrle* nach. Alle drei favorisieren den sogenannten historisch-genetischen Ansatz. »Vom Wolfsknochen zum Mikrocomputer« übertitelte Faulstich einen Teil seines Vortrages, der die Geschichte der Informationsverarbeitung aufzeigte. Der Wolfsknochen diente vor 3 000 Jahren Menschen als Speichermedium für Informationen. Über den Abacus, einem einfachen Rechenschieber, tastete er sich zur Hollerith-Maschine vor, die als erste zur Massendatenverarbeitung geeignet war. Hollerith entwarf diese Maschine zur Erfassung und Auswertung der amerikanischen Volkszählung 1898. Statt der bis dahin üblichen Auswertungszeit von sieben bis acht Jahren wurden nur vier Wochen gebraucht. Die wichtigsten wissenschaftlichen Erkenntnisse, auf denen die heutige Computertechnik basiert, wurden im 19. Jahrhundert oder früher entwickelt. Der chronologischen Technikentwicklung stellt Faulstich einen strukturellen Begriff von Technik zur Seite: »... Technik [ist] ein Prozeß gesellschaftlicher Aneignung von Natur und Instrument und Resultat zugleich, das selbst wieder auf Gesellschaft als Teil der Natur zurückwirkt.« Wieso die Referenten diesen Ansatz für richtig halten, beantwortete Oberliesen. Er fördere ein Denken in historisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen, technische Entwicklung werde als ein Entwicklungsprozeß erfahren, an dem unterschiedliche soziale Akteure mitgewirkt haben. Der heute vorfindbare Stand der Technik werde nicht als zwangsläufiger Automatismus, sondern als Ergebnis von Entscheidungen von Menschen erfahren. Hurrle stellte ein Seminarkonzept vor, das versucht, diese wissenschaftlichen Ansätze zu integrieren. Wesentlicher Bestandteil der Seminare in der DGB-Bundeschule in Hattingen sei der Umgang mit Personalcomputern im Seminar.

Die Tagung wurde durch eine Podiumsdiskussion abgeschlossen. *Elisabeth Becker-Töpfer* bezog sich noch einmal auf den zweiten Teil des Tagungstitels: »... veraltete Gewerkschaften?«. Sie bedauerte, daß Gewerkschaften auf die Her-

stellerprognosen hereingefallen seien. So prognostizierte eine nie veröffentlichte Siemensstudie, daß bis 1990(!) 60 Prozent aller Büroarbeitsplätze wegfallen sollten. Was in der Studie ungesicherte Prognose war, sei von Gewerkschaftern als bare Münze aufgenommen worden. Resultat waren nach Becker-Töpfers Worten Lähmungserscheinungen, die nur noch Jammerton und Abgrundszenarien hervorbrachten. Zwar habe beim Umgang mit Technik eine Trendwende stattgefunden, doch dieser Lernprozeß sei erst bei einer kleinen Schicht von GewerkschaftsfunktionärInnen angekommen.

Ist das Notwendige tatsächlich unmöglich? Unter den TagungsteilnehmerInnen herrschte der Geist der Einsicht in die Notwendigkeit von offensiver Einmischung in die Technikentwicklung. Kontroversen blieben daher meist aus oder bewegten sich im Bereich von Expertenstreits. Der Teilnehmerkreis war alles andere als repräsentativ. Bei den gewerkschaftlichen Basisfunktionären läßt sich nach wie vor eine tiefe Skepsis vorfinden, was Technik angeht. Nicht die Skepsis ist das Problem, sondern die aus ihr resultierende Untätigkeit. Die zündenden Ideen, wie dieser Gestaltungslosigkeit zu begegnen ist, blieben aus. Doch es gab eine Reihe von hervorragenden Sachinformationen und Anregungen für die alltägliche Praxis.

Armin Heßler (Hamburg)

Ankündigungen

Subjektivität und Politik

5. Internationale Ferien-Universität Kritische Psychologie, veranstaltet vom FB Sozialwesen der FH Fulda in Zusammenarbeit mit dem BdWi, 26. Februar bis 3. März 1990.

Information und Anmeldung: Kongreßbüro Kritische Psychologie, c/o Konstanze Wetzel/Karl-Heinz Braun, Schwanallee 22a, 3550 Marburg/Lahn, Telefon: 06421/14744.

Frauengesundheitstage

an der Universität GHS Essen, 15. bis 18. März 1990

Information und Anmeldung: Projekt Frau und Gesundheit, HDZ, Frauenstudien/Frauenforschung, Universität GHS Essen, Universitätsstraße 12, 4300 Essen 1.

Zentrum für iranistische Dokumentation und Forschung in Paris

Der 1986 von exilierten iranischen Wissenschaftlern gegründete gemeinnützige Verein hat das Ziel das kulturelle Leben der Iraner im Exil zu bereichern und WissenschaftlerInnen, die sich mit Problemen der politischen und ökonomischen Entwicklung des modernen Iran beschäftigen, zu unterstützen. Das Zentrum hat zu folgenden Themen umfangreiches Material gesammelt und bibliographisch erfaßt: 1. Dokumentation des bäuerlichen Lebens, 2. Studien über die Randgebiete der iranischen Städte, 3. Statistik, Ökonomie und Entwicklung, 4. konfessionelle Bewegungen, 5. nationale Bewegung, 6. Linke in Iran, 7. mündliche Dokumentation, 8. Sammlung der iranischen inländischen und Exilpresse. Geplant ist die Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek. Adresse: Centre Iranien de Documentation et de Recherche, B.P. 352, 75327 Paris Cedex 07, France.

Besprechungen

Philosophie

Sloterdijk, Peter: Eurotaoismus. Zur Kritik der politischen Kinetik. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (346 S., br., 22,- DM)

»Eurotaoismus« ist für Sloterdijk eine »Schelmenvokabel« (10), die eine altasiatisch inspirierte und eher Heidegger als der Frankfurter Schule verpflichtete alternative Kritische Theorie einläutet. Die »Kritik der planetarischen Mobilmachung als der falschen permanenten Revolution« (10) interpretiert die Moderne als Ausdruck des Projekts einer »kinetischen Utopie: die gesamte Weltbewegung soll Ausführung unseres Entwurfs von ihr werden« (23). Die wahre Radikalität dieses Projekts zeige sich dabei erst heute, wo deutlich wird, »daß die zu machende Geschichte ein Vorwand war. Das entscheidende Thema der Neuzeit ist die zu machende Natur« (ebd.). Dieser idealistischen Rückführung epochaler geschichtlicher Prozesse auf einen zugrundeliegenden Entwurf (des Weltgeistes?, der Seinsgeschichte? oder eines Kollektiv-Es?) entspricht ein theoretischer Gestus, der großzügig auf Detailanalysen verzichtet und alle Differenzen dem eigenen Welt-Bild opfert: Ob die »Akkumulation des wissenschaftlichen Wissens« (65), die »Selbstexaltierung der neuzeitlichen Territorialstaaten« und das Wettüben, die »sportive(n) Selbstdramatisierung der Körper« und »Selbsterotisierung der Sexualobjekte« (ebd.) und selbst die »expressive(r) Mobilmachung« (66) der Künstler — all diese »Selbstmobilisierungen ... , deren willigstes Medium, eigenmächtigstes Movens und vielseitigster Komplize gewiß der wirtschaftliche Prozeß ist« (ebd.), werden als bloße Varianten neuzeitlicher Mobilmachung verstanden. Marxens Analyse der Selbstverwertung des Werts im Akkumulationsprozeß des Kapitals wird zugestimmt, seine Geschichtsauffassung aber wegen ihres »irreführenden Schemas« von »Basis und Überbau« (61) kritisiert und auf den »Grundprozeß« der »Bewegung zur Mehrbewegung« (ebd.) — der freilich heute erst ins »Stadium der Erkennbarkeit« (66) trete — verwiesen. Dieser aber, so Sloterdijk, wurzele im »Geheimnis der Subjektivität« (64).

»Alte Metaphysik als Leidenschaft der Stillstellung und Selbstvertiefung ist die ursprüngliche Akkumulation der Subjektivität, die sich in der Moderne als leidenschaftliche Mobilmachung nach vorn wirft.« (144) Als »Flucht ins Unbewegte« (145) und »Sehnsucht nach Versteinerung« (138) sei die metaphysische Haltung eine Antwort auf das Bewußtsein der Endlichkeit und des Todes, deren »immobilistische(r) Affekt« sich in Europa freilich (warum bloß?) »erschöpft« (140) habe. Auf der Flucht vor dem Tod sich diesem anverwandelt, bietet Metaphysik für Sloterdijk schon deshalb keine lebenswerte Alternative zur herrschenden Mobilmachung, weil der Nihilismus metaphysischer Weltüberwindung bloß historische Vorform des »neuen Veränderungs- und Mobilmachungs nihilismus« (146) sei. Statt dessen gelte es, der »vorgestellte(n) Zeit« als der »Zeit der Sterblichkeit« (147) eine präsentische, erfüllte Zeit, ein »Leben im Augenblick« (148) entgegenzusetzen. Diese aber verweise auf die Notwendigkeit einer Anthropologie, deren Ausgangspunkt nicht die Sterblichkeit, sondern die »Geburtlichkeit« (151) des Menschen sein müsse — denn die »Präsenz ist der Stachel der unvollendeten Geburt« (149).

Philosophie, dem Geheimnis der Subjektivität auf der Spur und auf die Überwindung des abendländischen Nihilismus — als Metaphysik und als Mobilmachung — zielend, wird Sloterdijk zur »Vorschule der Gynäkologie« (160). Als solche hat sie freilich nichts Neues zu sagen, versammelt bloß einige Topoi anthropologischer

Reflexion, die zum Teil unausgewiesen auf Arnold Gehlen verweisen: Der Mensch, als Frühgeburt in eine nicht-festgestellte Welt geworfen, sei eine »chronische Fehlgeburt« und damit ein Wesen, »das sein Leben 'führen' muß« (178) — Subjektivität »ist somit kein ruhiges Zugrundeliegen, sondern ein Sichanstrengen« (182). Diese Anstrengung kulminiere historisch in »Aspekte(n) der Selbstgeburt des Mann-Menschen« (190) wie der Metaphysik und der Technik; nur ein Erinnern der dabei verdrängten Geburt, ja ein »durchfühlen« der »Herkunft aus dem Geburtsschrecken« (207), könnte diese Über-Anstrengung und damit den Nihilismus überwinden.

Ähnlich Heidegger, dem »überragende(n) Rager (!) unter den Philosophen« (192), denkt Sloterdijk diesen epochalen Umschwung als »Kehre« zur »Gelassenheit« (195), als unberechenbare und unvorhersagbare Erschöpfung der planetaren Mobilmachung und Hinwendung zur Präsenz, für die es keine »notwendigen und hinreichenden Bedingungen« (201) gebe. Offenbar sieht er aber in der verstärkten Hinwendung westlicher Intellektueller zu altasiatischem Gedankengut Anzeichen einer »asiatischen Renaissance« (82), deren Orientierung am »Geist des Alten als solchen« (90) schon Teil der Kehre sei. Sie könnte zu jener »authentischen Mystik« beitragen, als die Sloterdijk »wirkliche kritische Theorie« konzipiert, und deren »aufgeklärter Akosmismus« (344) die ursprüngliche, weltbildende Differenz als »die wunderbare Katastrophe des Zurweltkommens« (343) erinnert.

Sloterdijk versammelt in diesem Buch zahlreiche Motive besonders »rechter« Kritik an der Moderne, wobei Nietzsche und Heidegger hervorzuheben sind. Zentrale Thesen, wie die Deutung der Weltgeschichte aus Varianten menschlicher Antwort auf das Geburtstrauma oder die Rede von einer »asiatischen Renaissance«, bleiben zu vage, als daß sie ernsthafter Diskussion zugänglich wären. Dies liegt besonders an Sloterdijks emphatischem Stil, der argumentative Abwägung und Begründung völlig hinter sprachliche Pyrotechnik zurücktreten läßt, so daß die feuilletonistische — gelegentlich brillante, meist aber angestrengt »gewitzte« — Sprache oft sachliche Substanzlosigkeit verdeckt. Zugleich wird, fern jeder »Gelassenheit«, die kritisierte moderne Mobilmachung in der rasenden Parade der — in dieser Rezension nur selektiv genannten — tausend Themen (nicht etwa parodiert, sondern) bewußtlos nachgeahmt.

Helmut Fallschessel (West-Berlin)

Bruder Nietzsche? Wie muß ein marxistisches Nietzsche-Bild heute aussehen? Symposium, Wuppertal, 9. und 10. April 1988 (Schriften der Marx/Engels-Stiftung 7). Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf 1988 (202 S., br., 26,- DM)

Vorliegender Tagungsbericht mit seinen zehn Referaten und sich anschließenden Diskussionen scheint primär der Illustration von Nietzsches Urteil über die »sozialistischen Flachköpfe und Tölpel« (92) dienen zu wollen. Denn um ein einheitliches Niveau zu gewährleisten, war Wolfgang Harich, der mit einem Aufsatz in *Sinn und Form*, Heft 5/1987, die Nietzsche-Debatte, zunächst in der DDR, überhaupt ins Rollen gebracht hat, vorsichtshalber gar nicht erst von der DKP-nahen Stiftung eingeladen worden. Harich nämlich hatte das auch hier (73) widergekäute Märchen, Nietzsches faschistische Inanspruchnahme basiere ausschließlich auf von der Schwester gefälschten Texten, als neue Nietzsche-Legende, diesmal von links, herausgearbeitet und, mit Beispielen aus *vor* der Nachlaß-Kompilation des sogenannten »Willens zur Macht« veröffentlichten Werken, die Kontinuität in Nietzsches Denken zu Krieg und Frieden, zum Antisemitismus als Teil eines globalen Rassismus, zur Geschlechterhierarchie etc. belegt. Anstatt nun ebendiesen Befund zu begrüßen, daß die historisch-kritische Edition von Colli/Montinari kein qualitativ anderes Nietzsche-Bild zu rechtfertigen vermag, rügen die anwesenden Chefideologen Buhr (60) und

Steigerwald (69) jegliches Bestreben um philologische Exaktheit als Lappalie und Zeitverschwendung. Lambrecht (101) greift Buhrs und Steigerwalds Parole, nur die Rezeption eines Werkes zähle, keinesfalls das Werk selbst, freudig auf, um Nietzsche durch Nicht-(Jaspers) bzw. Anti-Nazis (Löwith) zu »entsorgen« — während doch Lukács ketzerisch angemerkt hatte, daß die Lesarten jener inneren und äußeren Emigranten sich womöglich weniger dem objektivierbaren Gehalt von Nietzsches Philosophie verdanken als bestimmten biographischen Zufälligkeiten seiner Interpreten. Das braucht nicht so weit zu gehen wie bei Kjaer, der am Ende seines Beitrags (184) treuherzig bekennt, seine Faszination für Nietzsche rühre von der eigenen, ähnlich der des »Einsamen von Sils Maria« gestörten Mutterbindung her. Man kann nicht oft genug betonen, daß Marx eine derartige »Redlichkeit«, wie sie auch Holz (79) für Nietzsche reklamiert, als Maßstab schroff abgelehnt hat, ja daß gerade darin seine Irreligiosität gründet. Buhr hingegen zieht Marx einfach die Beine weg, indem er, »die je gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen vernachlässigend« (!; 64), mehrfach für »Haltung« (61), also bloße Gesinnung plädiert, die von keinerlei Sachkenntnis getrübt wird. Von daher konsequent nimmt Lambrecht (109, 195) Nietzsches Attitüde für bare Münze und schraubt ihn auf die intellektuellen Kapazitäten eines Parteikommunisten zurück, der brav die Heuchelei der Kirche bekämpft (192), während in Wahrheit Nietzsche, das nihilistische Genie, die Juden als Anstifter der Gemeinschaftsethik des Christentums und die Sozialisten als deren säkularisierte Nachfolger radikal der Ausrottung preiszugeben wünschte. Lambrechts Wissenschaft, durch 46 ehrfurchtheischende Fußnoten verstärkt, weiß im übrigen zu vermelden, daß die Feststellung »Gott ist tot« nicht, wie man glaubte, durch Luther vermittelt von Hegel, sondern von Bruno Bauer stammt (109) und daß im Feudalismus nicht Leibeigene, sondern Sklaven an der Tagesordnung waren (95), die Engels und Nietzsche, Schulter an Schulter, als Fundament schon der antiken Poliskultur diagnostiziert hätten. Nur hat leider, zu Lambrechts Pech, Nietzsche aus derselben Beobachtung den umgekehrten Schluß gezogen wie Engels: Nicht die griechische Tragödie müsse zugunsten des Fortschritts verabschiedet, vielmehr solle die Sklaverei wiedereingeführt werden zugunsten klassischer Kunst. Richtiger kommt Nietzsches schein-revolutionäre Position und ihr Weiterwirken in Strukturalismus und »Nouvelle Philosophie« in den Vorträgen von Gedö (28ff.) und Metscher (137ff.) zum Ausdruck, obwohl oder weil die beiden lediglich Verwässerungen von Lukács, Harich und Habermas bieten. Bisweilen gewinnt man den Eindruck, der Kongreß sei, mit Nietzsche als Vorwand, nur einberufen worden, um die alte Genealogie des »idealistischen« Sündenbocks — Harich als Lukácsianer und Lukács als Hegelianer — herunterzubeten, andererseits »den berühmten Kernsatz«: »Der Mensch ist, was er ißt« (103) als Krone des Materialismus zu feiern.

Originell in dem ganzen Band sind allein drei Thesen: 1) Einzig die geschichtlich verhängnisvolle Sozialfaschismus-Lösung erlaube Nietzsches Einstufung als NS-Vorläufer (Jung, 49), das heißt, Schuld trage letztlich Lukács' Stalinismus; 2) mit Marx, Engels und Lukács sei bourgeoise Moral als »Trojanisches Pferd« in die Arbeiterbewegung eingedrungen (Hartmann, 119), wobei die Sprecher offenbar verdrängen, daß da in der Mehrzahl nicht Proletarier, sondern Klein- gegen Großbürger protestieren; 3) der von Schopenhauer erstmals systematisch formulierte, von Nietzsche zugespitzte Irrationalismus in Deutschland sei herausgefordert worden durch Hegels überspannten Weltgeist (Sandkühler, 20ff.), das heißt, es wird ein philosophisches Pendant geliefert zu Ernst Noltes politischer Theorie der reaktiven Gewalt, die faschistische KZs als Antwort auf bolschewistische gelten läßt. Das alles bleibt fast unwidersprochen, weder Lukács' »Zerstörung der Vernunft« noch die jahr-

zehntelangen Bemühungen des Hegel-Forschers »Baier« (40, i.e. Wilhelm Raimund Beyer) dürfen offiziell zur Tradition gehören. Der Ehrgeiz, sich ungeachtet mangelnder Kompetenz in den verschiedensten akademischen Disziplinen (Ästhetik, Industriesoziologie, Sozialpsychologie) »aufgeschlossen« oder up-to-date zu zeigen, treibt die sonderbarsten Blüten: So mag es noch als bedauerlicher Mißgriff durchgehen, wenn Metscher (170) für Nietzsches angebliche Aufhebung durch W.B. Yeats, anstelle z.B. des geeigneteren Gedichts »The Second Coming«, ausgerechnet »Among School Children« heranzieht, das weniger eine allgemein humanistische Utopie entwirft als die unerfüllte Liebe des Dichters zur irischen Patriotin Maud Gonne mythologisch verbrämt. Haarsträubend jedoch ist die von Sandkühler (7) akzeptierte Beschreibung moderner (?) Staaten als »Risikogesellschaften«. Falls er damit meint, daß sich heute ein sozialistisches Land nach dem anderen in ein kapitalistisches, mit garantierter Arbeitslosigkeit, zurückverwandelt, hätte er durchaus Recht. Und Kjaer plappert gedankenlos ein zweites Schlagwort nach, das den massenhaften Weg dorthin markiert: »human resources« (175). Diese Zauberformel aus der Management-Strategie bezeichnet — mit Lenin zu reden — das bereits in ein bloß gewerkschaftliches mutierte einstige Klassen-Bewußtsein in seiner Transformation zum unternehmensfreundlichen »Wir sitzen alle in einem Boot«-Gefühl. Fazit mit Marx: Wenn das Marxismus sein solle, sei er kein Marxist.

Stefan Dornuf (Köln)

Schweppenhäuser, Gerhard: Nietzsches Überwindung der Moral. Zur Dialektik der Moralkritik in »Jenseits von Gut und Böse« und in der »Genealogie der Moral«. Verlag Königshausen und Neumann, Würzburg 1988 (96 S., br., 24,- DM)

Nietzsche soll in zweifacher Hinsicht als »Exponent der Dialektik der Aufklärung« (11) gezeigt werden: einerseits liefert er exemplarische Einsichten in diese Dialektik, wo er »Moral« historisiert, zum anderen unterliegt er ihr, wo Geschichte restlos aus dem »Willen zur Macht« erklärt und somit der produktive Gehalt der Historisierung verspielt wird. Dieses nicht eingelöste kritische Potential soll gegen den affirmativen Nietzsche-Zugriff postmoderner Autoren verteidigt und für eine »kritische Theorie der Gesellschaft« (13) fruchtbar gemacht werden.

Als »systematische Grundlagen der Moralkritik« (14) bei Nietzsche weist Schweppenhäuser zwei zentrale Momente traditioneller Philosophie aus: zum einen die — ontologisch verstandene — Gegensätzlichkeit von Werten, zum anderen Kants Kategorie des »freien Willens« als Grundlage seines Autonomiebegriffs. In der kritischen Auseinandersetzung damit entwickelt Nietzsche sein eigenes Programm, in dem Moral als Ausdruck individueller wie kollektiver Lebensverneinung begriffen wird. Im »Grundglauben der Metaphysik« (17) an die Gegensätze der Werte kann Nietzsche nur ein ungesichertes Postulat erkennen: Wertungen sind für ihn allein aus der Perspektive des jeweils Wertenden zu erklären. In diesem »Perspektivismus« (17) erkennt Schweppenhäuser die Radikalisierung interessenpsychologischer Ansätze zum absoluten »Reductio ad hominem« (19), wobei der Mensch, den Nietzsche hier im Auge hat, von seiner Physiologie gelenkt wird, als deren innerstes Prinzip der »Wille zur Macht« wirksam ist. Dieser steht dem »freien Willen« der Kantischen Moralphilosophie zwar diametral gegenüber, verdankt sich aber einer ähnlichen Denkfigur. Der freie Wille, notwendiger Grundstein idealistischer Moralphilosophie, ist an die Vernunft gebunden: »Nur ein vernünftiges Wesen hat das Vermögen, nach der Vorstellung der Gesetze zu handeln, oder einen Willen. Da zur Ableitung der Handlungen von Gesetzen Vernunft erfordert wird, so ist der Wille nichts anderes als praktische Vernunft.« (Kant, zit. 29) Sofern der Wille der Vernunft nicht folge, sei

er bloßer Naturzwang und also unfrei. Die so vollzogene Identifikation von freiem Willen und Vernunft greift Nietzsche motivisch auf und kehrt sie inhaltlich in ihr Gegenteil; er assimiliert alles Denken an den Willen, der nicht mehr in freien oder unfreien, sondern wie »im wirklichen Leben in einen starken oder schwachen Willen« differenziert wird (47).

Da die Vernunft in Nietzsches Analyse derart der Autonomie verlustig geht, können Begründungsfragen der Moral nicht mehr sinnvoll gestellt werden. An ihre Stelle tritt die Frage nach der Genealogie der Moral, die Nietzsche naturgeschichtlich zu beantworten versucht: Die ursprüngliche Moral entsteht aus der Selbstbewertung der Herrschenden und Mächtigen als »gut«, als »schlecht« disqualifizieren die Herrschenden mit dem »Pathos der Distanz« (zit. 59) die Unterworfenen. Die Moral der Unterlegenen dagegen ist rein reaktiv und »ressentiment«-gesteuert. Mit der unumschränkten Herrschaft des christlichen »asketischen Ideals« (zit. 77) kommt, so Nietzsche, die Realdialektik des Christentums zum Tragen: der absolute Wahrheitsanspruch der Theologie bringt die Metaphysik hervor, die wiederum Grundlage des wissenschaftlichen Willens zur Wahrheit wird. Die Wissenschaft aber zerstört, indem sie die »Lüge im Glauben an Gott« (zit. 82) verbietet, ihre eigenen historischen Wurzeln, das Christentum. Mit dem Tod Gottes sieht Nietzsche nun den Willen zur Wahrheit selbst problematisch werden, bis er sich schließlich als Wille zur Macht entpuppt; der Weg für eine neuerliche Umwertung aller Werte mit dem Ziel der Herrschaft einer europäischen Elite von Übermenschen über ein Gros von Sklaven ist geebnet. Die in Nietzsches Theorie angelegte Spannung zwischen historischem Vorgehen und dem Postulat eines überhistorischen Willens zur Macht wird aufgelöst, indem »Moralität als eine der Gestalten bestimmt wird, in denen sich der Wille zur Macht historisch realisiert« (75).

Schweppenhäusers Kritik setzt an der impliziten Vereinseitigung an, die Geschichte letztlich unhistorisch denkt und an die Stelle des »ewigen Werdens, als das Nietzsche den Willen zur Macht bestimmt, ein in sich selbst kreisendes leeres Sein« (76) installiert. Statt einer dialektischen Aufhebung der Moral, die deren produktiven Gehalt rettet, verfallt Nietzsche in eine abstrakte Negation des Autonomiegedankens und verwerfe das Konzert der Humanität. Gerade der kantische Autonomiebegriff aber müsse »als Erinnerung an ein uneingelöstes revolutionäres Versprechen verstanden« (92) und für die Kritik der herrschenden Zustände erhalten werden. Fraglich, ob das möglich ist, ohne zuvor die materiellen Bedingungen der Möglichkeit von Autonomie zu untersuchen. Wer aber — wie Schweppenhäuser — den herrschaftskritischen Impetus von Nietzsches Moralkritik schließlich übergeht, der überläßt Nietzsche auf jeden Fall der 'Postmoderne'! Kant andererseits verbleibt auch in diskurs-ethisch renovierter Façon gänzlich im Lager idealistischer Moral.

Knut Sprenger (West-Berlin)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Hättich, Manfred, und Paul Dietmar Pfitzner (Hrsg.): Nationalsprachen und die Europäische Gemeinschaft. Probleme am Beispiel der deutschen, französischen und englischen Sprache. Olzog Verlag, München 1989 (93 S., br., 18,- DM)

Der Band umfaßt die Referate, die auf dem gemeinsamen Jahreskongreß der Association pour le développement des Liens culturels entre la France et l'Allemagne (ALFA) und des Carolus-Magnus-Kreises (CMK) Ostern 1988 in Tutzingen gehalten wurden. Die beiden Vereinigungen in Frankreich und der BRD repräsentieren ehe-

malige Universitätslektoren, Gymnasialassistenten und Studierende der beiden Sprachen als Fremdsprachen. Alle acht Beiträge befassen sich mit den sprachlichen Verhältnissen in Frankreich und den deutschsprachigen Ländern; alle enden mit sprachpolitischen Prognosen oder Aufforderungen im Hinblick auf ein zukünftig vereintes Europa. Die markanteste Forderung, die in mehreren Beiträgen im wesentlichen gleichartig erhoben wird (Beck, Christ, Bär und Maier), ist die nach Mehrsprachigkeit der gesamten europäischen Bevölkerung, und zwar die Kenntnis von zwei europäischen Fremdsprachen zusätzlich zur Muttersprache. Die Forderung einer weiteren Fremdsprache außer Englisch bzw. von zwei Fremdsprachen, von denen nicht unbedingt eine Englisch zu sein braucht, ist als Gegenmaßnahme gedacht gegen die »drohende« Anglisierung Europas.

Zur Unterstützung der Forderung nach allgemeiner Mehrsprachigkeit werden gute Gründe ins Feld geführt, einschließlich sprachpolitischer Demokratieideale gegenüber dem angelsächsischen Sprachimperialismus. Es werden jedoch auch wichtige Gesichtspunkte außer acht gelassen, was den Verdacht nährt, daß hier gemäß der Interessenlage der Kongreßteilnehmer nicht zuletzt die Zukunft der Fächer Deutsch bzw. Französisch als Fremdsprache sichergestellt werden soll. Es bleibt z.B. unklar, ob die zwei Fremdsprachen für die gesamte Bevölkerung oder nur für eine Elite gedacht sind. Es wird auch nicht reflektiert, ob zwei Fremdsprachen, die ja nur bei solider Beherrschung den gewünschten Zweck erfüllen würden, für diejenigen Berufsgruppen mehr Belastung als Bereicherung sind, die Mühe haben, ihren fachspezifischen Kenntnisstand auf dem Laufenden zu halten. Die Notwendigkeit zweier Fremdsprachen wird bisweilen unter Rückgriff auf Weisgerberschen einzelsprachlichen Erkenntnisdeterminismus begründet (z.B. Bär) — andernfalls würde nurmehr Englisch als einzelsprachliche Erkenntnisressource genutzt; dieser Gedanke wird jedoch nicht konfrontiert mit der Tatsache, daß gerade die zumeist monolingual englischsprachigen US-Amerikaner heutzutage den Löwenanteil neuer Erkenntnisse zutage fördern und unter anderem damit die Stellung von Englisch als Weltsprache stützen. Bei der Forderung nach Erhaltung der sprachlichen Vielfalt Europas wird nicht thematisiert, daß die Gleichheit der Sprachen, auch der Hochsprachen (Standardsprachen), auf die man sich hauptsächlich bezieht, nie bestanden hat. Die kleineren Sprachgemeinschaften (dänische, niederländische usw.) haben sich seit je gegenüber den größeren (französische und deutsche) in einer ähnlichen Lage gesehen wie diese heutzutage gegenüber der alles dominierenden englischen Sprachgemeinschaft. Diesen kleineren Sprachgemeinschaften wäre denn auch verständlicherweise Englisch als einzige lingua franca Europas oft durchaus recht. Dadurch, daß Englisch das Deutsche und Französische aus der internationalen Kommunikation verdrängt, verlieren die kleineren Sprachgemeinschaften ihre sprachliche Identität auch nicht mehr weiter. Europa hat noch nie existiert, wenn dafür die ungestörte sprachliche Identität aller seiner Teile Voraussetzung ist, wie Meyer behauptet (87). Trotz der hier kritisierten oft einseitig interessengebundenen Sicht sind die meisten Beiträge spannende Lektüre für sprachenpolitisch an Europa Interessierte. Gediegen sind vor allem die Ausführungen Schlossers über das Deutsch von DDR und BRD, die allerdings thematisch etwas aus dem Rahmen des Bandes fallen, und Eichingers über die (subnationalen) Regionalsprachen, deren Förderung in einem integrierten Europa eher möglich erscheint als innerhalb der Nationalstaaten.

Ulrich Ammon (Duisburg)

Spillner, Bernd (Hrsg.): Angewandte Linguistik und Computer. Kongreßbeiträge zur 18. Jahrestagung der Gesellschaft für Angewandte Linguistik. Gunter Narr Verlag, Tübingen 1988 (XIII, 272 S., br., 68,- DM)

Falls ich mich nicht verzählt habe, versammelt der vorliegende Band 95 Beiträge. Wenn man berücksichtigt, daß der Plenarvortrag »Weichenstellung für die maschinelle Sprachverarbeitung« von P. Hellwig über 30 Seiten einnimmt, so reduziert sich die Länge der übrigen Beiträge auf durchschnittlich zwei Seiten. Dies ist der Preis, so bemerkt der Herausgeber in seinem Vorwort, wenn man eine Tagung möglichst umfassend dokumentieren, den Umfang des Bandes aber streng begrenzen will.

Die Gliederung folgt der Tagungsstruktur: Zunächst zwei Plenarvorträge, von denen der zweite lediglich als zweiseitiges abstract vorliegt: B. Quémada, »La 'nouvelle' lexicographie«, einer der wenigen nicht deutschsprachigen Beiträge des Bandes. Es folgen die Kurzberichte aus vier Großbereichen: Computer und natürliche Sprache, Computer und Anwendungsberatung, Computer und Übersetzen, Computer und Sprachvermittlung. Anschließend finden wir die Arbeit der Sektionen der GAL dokumentiert: Technologie und Medienverbund, Übersetzungswissenschaft, Sprachdidaktik, Linguistik und Fehleranalyse, Phonetik, Patholinguistik, Stilforschung und Rhetorik, Psycholinguistik. Ferner wird aus drei Workshops berichtet: Microcomputerbörse, Russisch als Fremdsprache, Verarbeitung sprachlich repräsentierter Information. Insgesamt können mehr als die Hälfte der Beiträge dem Rahmenthema der Tagung zugeordnet werden. Zwei Fragestellungen stehen im Mittelpunkt: die Möglichkeiten der Simulation von natürlich-sprachlichen Fähigkeiten mit Hilfe technisch-künstlicher Modelle und die Möglichkeiten des Einsatzes von Computern in »traditionellen« Arbeitsgebieten einer Angewandten Sprachwissenschaft, dem Übersetzen oder dem (Fremd-)Sprachunterricht. Es wird berichtet über verschiedene Ansätze, adäquatere Grammatikmodelle zu entwickeln, die es ermöglichen, größere Ausschnitte natürlicher Sprache zu simulieren; gefragt wird auch danach, inwieweit noch typisch menschliche Tätigkeiten — z.B. das Lesen von Büchern mit dem Ziel, eine Rezension oder ein abstract zu verfassen — von Maschinen übernommen werden können.

Bei der Frage nach den Möglichkeiten der Simulation gilt ein Hauptaugenmerk der Tatsache, daß nahezu jeder natürlichsprachliche Satz mehrdeutig ist und seine Bedeutung erst in größeren (Kon-)Texten gewinnt. Die Arbeit an der Weiterentwicklung der »Lexikalisch funktionalen Grammatik« wird von vielen als erfolgversprechend angesehen. Die Grammatik kann also in diesen Kontexten nicht mehr nur fragen, wie natürliche Sprachen optimal beschrieben, sondern wie sie mathematisiert werden können in einer Weise, der den Beschreibungsumfang in Grenzen hält. Dies wird besonders deutlich, wenn es um die maschinelle Übersetzung geht. So ist es schon ein — nicht lediglich theoretisch interessanter — Unterschied, wenn die Entwicklung eines multilingualen Übersetzungssystems (z.B. für die EG-Sprachen) gelingt, indem bei neun Sprachen nicht »72 Sprachpaare zu behandeln (sind), sondern für jede Sprache ... eine Analyse und für acht Quellsprachen Transferkomponenten in die eigene Sprache zu schreiben (sind).« (P. Schmidt, 39) Hier wird sozusagen daran gearbeitet, eine künstliche *lingua franca* zu schaffen, durch die hindurch alle Übersetzungsprozesse verlaufen. »Quellsprache« scheint mir in diesem Zusammenhang ein verräterischer Ausdruck zu sein. In kaum einem Artikel werden mögliche Folgen solcher Formen der Sprachverarbeitung für die verarbeiteten Sprachen diskutiert.

Dort, wo die möglichen Hilfsfunktionen, die Computer für die angewandte Sprachwissenschaft haben könnten, diskutiert werden, erscheint er eher als Werkzeug,

das manche Hilfestellung geben kann: teilautomatisierte Übersetzung, Transkription aufgezeichneter Äußerungen, vom Lerner selbst gesteuertes Sprachlernen. Es fehlt ein Beitrag zu den Auswirkungen von elektronischer Sprach- und Schriftverarbeitung auf die Formen des Sprechens und Schreibens. Reflektiert wird die Arbeit der angewandten Linguistik für die Sprachverarbeitung mit dem Computer und die angewandte Linguistik mit Hilfe von Computern. Nun arbeiten mittlerweile viele Sprecher und Schreiber mit Computern: diese Tatsache, ihre möglichen Folgen für Sprache und die Sprecher sind nicht in den Blick genommen.

Zu einem Zeitpunkt, als handschriftliche Kopiertechniken in Manufakturen betrieben wurden und die Drucktechnologie sich anschickte, die Existenzgrundlage für Generationen von Sprach- und Literaturwissenschaftler zu schaffen, wäre es vermessend gewesen, nach den kulturellen Folgen dieser Entwicklung zu fragen. Deshalb ist dem Bandherausgeber auch nicht vorzuwerfen, wenn er es »naheliegend« findet, daß nach den Kongreßschwerpunkten *Sprache und Individuum* und *Sprache, Kultur, Gesellschaft* und vor dem Thema *Sprache und Politik* (1988) man »sich unter linguistischen Gesichtspunkten mit Möglichkeiten und Grenzen des Computereinsatzes und mit Aspekten der Mensch-Maschine-Kommunikation befaßt« (lf.). In allen Tagungsthemen ist bei *Sprache* stets deren schriftliche Form der Verarbeitung auch mitgemeint und mitgedacht worden; *Schrift* wird nicht mehr als bloße äußere Technik begriffen. Die neuen (elektronischen) Formen der Verarbeitung von Sprache und Schrift werden noch weitgehend als bloße äußere Technik und als Hilfsmittel begriffen, sie werden bislang kaum in einem sprachkulturellen Kontext diskutiert. Dies scheint logisch, weil alle Energie noch auf die Entwicklung dieser Verarbeitungsformen gelegt werden muß.

Die nicht in engerem Zusammenhang zum Tagungsthema stehenden Beiträge wirken in diesem Kontext ein wenig anrührend: keine Ahnung vom Computer und seinen Möglichkeiten. Ansonsten soll der Band nach dem Willen seines Herausgebers auch einen Überblick geben über die Vielschichtigkeit der Tagung. Ich habe so meine Zweifel, ob er das leistet für die Nicht-Fachleute; er ist sicherlich aber eine gute Dokumentation für Tagungsteilnehmer, die naturgemäß nicht alles hören konnten.

Heinz W. Giese (Casablanca)

Söllner, Alfons: Peter Weiss und die Deutschen. Die Entstehung einer politischen Ästhetik wider die Verdrängung. Westdeutscher Verlag, Opladen 1988 (237 S., br., 39,- DM)

In der *Ästhetik des Widerstands* ist die Grenze zwischen Ästhetik und Politik souverän und provozierend zugleich überschritten worden. Der Politologe Alfons Söllner wagt in seiner Habilitationsschrift gleichfalls den »Sprung über den disziplinären Zaun« (9) und geht der Entstehungsgeschichte dieser Ästhetik nach, die — über das »Oratorium« *Die Ermittlung* von 1965 und das »Dante-Projekt« einer modernen Höllenwanderung — zurückreicht zu dem in der Bundesrepublik lange unediert gebliebenen Frühwerk (24) der ersten Nachkriegsjahre, dessen Interpretation im Zentrum steht. Das von Söllner verfolgte übergreifende Thema von Weiss' Werk, die politische und kulturelle Geschichte in der Zeit des deutschen Faschismus, wurde im »Historikerstreit« Gegenstand neokonservativer Relativierungsversuche, die, zunächst von Habermas, als »apologetische Tendenzen« scharf zurückgewiesen wurden. Für Söllner Anlaß zur Positionsbestimmung: »Der neudeutsche Wille zur 'Normalität'«, der sich »empfindungslos ... über das Inkommensurable am Nationalsozialismus« (9f.) hinwegsetze, bestätige den Befund der »Vergangenheitsverdrängung« (13), die mit dem Fortbestehen eines demokratieresistenten »autoritären(n)

Potential(s)« (17) bereits in die neu-alten Fundamente der Bundesrepublik eingelassen war. Söllner knüpft hier an Adornos sozialpsychologische Studien der fünfziger Jahre und die Diagnosen der Mitscherlichs an.

»Die autoritären und mörderischen Exzesse des Nationalsozialismus« (12) und ihren »kollektiven und staatsorganisierten Charakter« (13) auch gegen Normalisierungsbestrebungen im »Gestus der wissenschaftlichen Tatsachenorientierung« (13) wachzuhalten — darin sieht Söllner Aufgabe und Leistung der Weiss'schen »Ästhetik wider die Verdrängung«. Seine Interpretationen der Prosatexte zwischen 1946 (*Von Insel zu Insel*) und 1952 (*Der Schatten des Körpers des Kutschers*) zeigen Weiss' beharrliche Auseinandersetzung mit den Schrecken der Vernichtungslager und dem Problem ihrer ästhetischen Darstellbarkeit. Gegen die historiographischen und juristischen Bewältigungsdiskurse setzt Weiss die Perspektive der Opfer, die schockierende Erkenntnis: »Ich könnte hier statt seiner liegen« (*Der Fremde*, 1949); »ich verstand den Gefolterten, an seiner Stelle könnte ich gewesen sein« (*Die Besiegten*, 1948). Die »Solidarisierung mit den Opfern« (62) ist nach Söllner Resultat der von Weiss angeeigneten surrealistischen Ästhetik, deren radikalisierte Wahrnehmung das Unvorstellbare veranschaulichen, die Sicherheit des eigenen Davongekommen-seins erschüttern kann. In einem »Zensurmechanismen außer Kraft« setzenden »Traumrealismus« (70), so die These, bearbeitet Weiss die im Nachkriegsdeutschland symptomal gewordenen Reste »eines unverarbeiteten Traumas« (18). Ab dem *Duell* (1951) wird diese Ästhetik um Erkenntnisse der Psychoanalyse, später um den auch filmisch erprobten Einsatz der »Montage«-Technik (122, 134ff.) angereichert. Ihre politische Bewährungsprobe bestand sie in dem Dokumentarstück *Die Ermittlung*, das am Beispiel des Frankfurter Auschwitz-Prozesses die »Inadäquatheit der juristischen Vergangenheitsbewältigung« aufzeigte und als »Beginn eines gesellschaftlichen Rehabilitierungsverfahrens« (173) für die Täter kritisierte. Die kognitiv-theoretischen Leistungen der in der *Ästhetik des Widerstands* gegebenen Analyse von Herrschaftssystemen (189) verdeutlicht Söllner abschließend in kritischen Auseinandersetzungen mit der Totalitarismustheorie sowie mit Karl Heinz Bohrer's *Ästhetik des Schreckens*.

Kontrapunktiert wird diese Darstellungslinie durch eine Fragestellung, die im Rekurs auf das für Titel und Konzeption Söllners als Kontrastfolie dienende Buch Kurt Sontheimers, *Thomas Mann und die Deutschen* (München 1961), gewonnen wird. Im »Leiden an Deutschland« (Th. Mann), der Erfahrung des Exils, die in der Diffamierungskampagne seitens der Vertreter einer »Inneren Emigration« (36) nach dem Krieg ihre Fortsetzung fand, liege eine politische Dimension, die sich nicht durch explizite Stellungnahme, sondern durch eine »Introversion des Politischen« (112) ästhetisch artikuliere. Während der avantgardistische Einfluß Peter Weiss von der »ästhetizistischen Restposition eines Thomas Mann« (34) unterscheide, verbinde ihn mit diesem zunächst der Vorbehalt gegenüber einer »engagierten (34) Kunst, wie sie später von Sartre (118) propagiert wurde.

Der Hinweis auf die historischen Rahmenbedingungen der (Nach-)Exilliteratur sollte ausloten, »inwiefern die Identitätsproblematik einer exemplarischen Künstlerexistenz als Spiegel für einen objektiven gesellschaftlichen Zusammenhang zu betrachten ist« (146). Die Rede vom »Spiegel« freilich und ebenso die zuweilen umstandslose Korrelation von »Künstlerproblematik« und kollektivem »Trauma« (29, 37, 136) zeigen die Grenzen einer subjektorientierten Verdrängungstheorie, die den Künstler »in Stellvertretung« (94) des hypostasierten Kollektivsubjekts untersucht. Wo Söllner den Autor Weiss zum bloßen »Seismographen« (94) einer Bewußtseinslage macht, widerspricht er seinem Anspruch einer »archäologischen Forschung«

(66), vereinfacht die Arbeit des Freilegens zum simplen Reflex und nivelliert auch die vorgeführten Widersprüche in Weiss' Situation und Produktionsweise. Weiss hatte, als Vertreter der Nachkriegsgeneration, gleichwohl an der Emigrantenperspektive festgehalten (35), er schrieb als »Schüler des ... französischen Surrealismus« (38) gegen den Trend der Wiederaufbau-Literatur und stand als Künstler zwischen den Sprachen Deutsch und Schwedisch (66), zwischen den Medien Wort und Bild/Film (132), schließlich als politisch engagierter Schriftsteller zwischen den Blöcken (158).

Treffender dagegen hat Söllner die politische Strategie der Weiss'schen Ästhetik in das von Adorno entlehnte Bild der Moderne als »Flaschenpost« (43) gefaßt. Weiss' ästhetische Produktionsweise integriert diejenigen Strömungen der »kulturellen Moderne« (40), die, vom Nazismus bekämpft, den »kulturellen Aussparungen« (26) der Adenauerära erneut zum Opfer fielen: Die »ästhetische Avantgarde« (45), die Psychoanalyse (80) und die Kritische Theorie (43, 117) hatten auch nach 1945 in Deutschland kaum Existenzmöglichkeiten. Dem in der Sekundärliteratur häufig betriebenen Ausspielen einer ästhetisch avancierten Frühphase im experimentellen Werk von Weiss gegen den später politisch aktiven »Tendenz«-Dramatiker (33) — der *Marat/Sade*-Antagonismus gleichsam ins Biographische hinein verlängert — wird damit der Boden entzogen. Der Einsatz surrealistischer, psychoanalytischer und dokumentarischer Mittel im Rahmen eines ästhetisch-politischen Programms kann mit Söllners Arbeit materialreich nachvollzogen werden.

Literaturverzeichnis und Zitate weisen leider Lücken und sinnentstellende Fehler auf — Goyas Insurgentengemälde »Der dritte Mai« figuriert als »Das dritte Mal« (204), aus der »Glaubwürdigkeit« eines Zeugen in der *Ermittlung* wird seine »Fragwürdigkeit« (175) —, die auf eine korrigierte Neuauflage hoffen lassen.

Alexander Honold (West-Berlin)

Garber, Klaus: Rezeption und Rettung. Drei Studien zu Walter Benjamin. Max Niemeyer Verlag, Tübingen 1987 (201 S., br., 48,- DM)

In der Benjamin-Forschung, die sich sehr zu ihrem Nutzen in den letzten Jahren der Untersuchung einzelner Aspekte, manchmal der Exegese einzelner Worte geschrieben hat, findet sich kaum mehr ein Bild von Benjamin. Auch das Buch von Klaus Garber war sicher nicht als Bild entworfen. Um so mehr überrascht es, wie aus seiner sachlichen, jeder biographischen Spekulation abgeneigten Darstellung doch ein Bild hervortritt: das des Historikers, des Gelehrten und passionierten Bibliographen, vor allem aber das eines Theoretikers der Geschichtsschreibung. Benjamin, der eine Abscheu vor jedweder konformistischer Begrädigung in der Historiographie hatte und noch als Marxist die Überlegenheit individueller, eigenwillig-leidenschaftlicher Sammlungen über öffentliche Museen begründete, hat von Beginn an seinem kritischen Werk methodische Reflexionen zur Geschichtsschreibung eingearbeitet. Sie muten gelegentlich umwegig an, sind aber gerade darin Dokumente eines sehr durchdachten Vorgehens gegen die historistische Hauptsünde: die »Einführung in den Sieger«.

Garbers Studien orientieren sich an einem Begriff der Geschichte, der bei Benjamin selbst angelegt ist. Überraschend früh finden sich in seinem Werk Vorschläge für eine Literaturgeschichte, in der die Rezeption der Werke, die »Genesis des Ruhms«, zum integralen Bestandteil der Deutung würde. Kritik, Kommentar und Übersetzung, aber auch Parodie, Zitat, Fälschung und Reproduktion — Formen also, die die Geschlossenheit der Werke in Frage stellen: ihnen galt seine theoretische Arbeit, und hier kann die gegenwärtige Literaturtheorie sachlich an Benjamin anknüpfen.

Der ästhetischen Theorie der Rezeption, wie sie in konzentriertester Form vielleicht dem 1934 geschriebenen Essay über Bachofen zu entnehmen ist, widmet sich Garbers erste Studie. Im zweiten Teil tritt diese Rezeptionsgeschichte in Aktion — oder vielmehr wird die Nichtrezeption von Benjamins frühem Hauptwerk »Ursprung des deutschen Trauerspiels« in der universitären Barockforschung deutlich. Zugleich beginnt Garber, dessen eigene Forschungen um das 17. Jahrhundert zentriert sind, einen Dialog mit Benjamins Barockbuch. Man findet hier die erste sachliche und systematische Auseinandersetzung der Barockforschung mit dem Trauerspielbuch (wenn man von dem mißglückten Versuch von Michael Rumpf absieht). Benjamin widerfährt Gerechtigkeit von einer Disziplin, die ihm lange Zeit mit Schweigen, Verlegenheit und bruchstückhafter Aneignung begegnet ist.

Der dritte Teil behandelt Stationen von Benjamins Wirkung, vor allem in der Bundesrepublik; in einem kurzen Ausblick auch die internationale Forschung. Garbers Bibliographienlust kommt ins Spiel, und in der Tat hat er hier Prolegomena zu einer jeden künftigen Benjamin-Bibliographie vorgelegt. Seine Untersuchung widmet sich der editorischen und philologischen Erschließung, bezieht aber auch die journalistische Rezeption ein. Wieder einmal macht man sich klar, daß die künstlerische und philosophische Moderne in den ersten eineinhalb Jahrzehnten der Bundesrepublik nur gegen dezidierten und einflußreichen Widerstand durchzusetzen war. Um so lieber läßt man sich an manche überraschend klaren Stimmen aus jener Zeit erinnern, etwa an die von Fritz Usinger und Fritz Vilmar. Es folgt ein Blick auf die Studentebewegung. Ihr ist Garber verbunden auch in der scharfen Polemik gegen die Herausgeber von Benjamins »Gesammelten Schriften«, der ich nicht folgen kann. Plausibel allerdings erscheint mir seine Forderung nach historisch-kritischer Edition aller Textstufen des Trauerspielbuchs; auch die Realisierungschancen dafür dürften nun, vor dem hundertsten Geburtstag 1992, größer sein.

In dem Stimmengewirr der Benjamin-Forschung steht dieses Buch für die Stimme der Aufklärung. An anderer Stelle hat Garber gezeigt, daß Aufklärung mit einem selbstgewissen Rationalismus nichts gemein hat; als Erforscher der Arkadientradition und der europäischen Friedensutopie, und nun auch des Benjaminschen Werks, hat er den mystischen Obertönen der Aufklärung nachgehorcht. Daß sie Wege aus festgefahrenen Alternativen zeigen (vor allem aus der von Barockforschung und Benjamin-Philologie) — darin sind diese Studien beispielhaft für den gegenwärtigen Stand der wissenschaftlichen Arbeit an Benjamins Werk.

Lorenz Jäger (Frankfurt/M.)

Berlau, Ruth: Jedes Tier kann es. Erzählungen. Persona Verlag, Mannheim 1989 (164 S., br., 25,- DM)

Der Titel spielt auf ein Gedicht von Brecht an (»Über den Verfall der Liebe«). Darin heißt es unter anderem: »Die ländliche Melkerin, berühmt / Wegen ihrer Fähigkeit, bei der Umarmung / Freude zu empfinden, sieht mit Spott / Auf ihre unglücklichen Schwestern in Zobelpelzen / Denen jedes Lüpfen des gepflegten Hinterns bezahlt wird.« Die Zeilen legen die Kritik an bürgerlichen Frauen nahe, die die Lust auf Männer mit der Lust auf Geld vertauschten. »Das Buch ist modern und neuartig und brechtisch«, behauptet Berlau in einem Brief an P. Suhrkamp, und es »ist eine Kritik an Männern« (149). Nicht nur die Frauen von Bürgern, auch die Mägde können in ihren Geschichten nicht spotten; sie suchen das große Gefühl, »das einem durch und durch geht« (39) und das sich durch viele Versuche hindurch nicht herstellen will. Aber dann: »Ihre Muskeln entspannten sich, ihr Schoß wurde schwer, ihre Lippen feucht.« (106) Es passiert beim Tanzen.

Berlau fällt mit ihrem Versuch, über Verarmung und Mechanisierung beim heterosexuellen Geschlechtsverkehr zu schreiben, in die Sexualitäts-Falle. Frauen wollen es, Männer wollen es. Frauen tun es, Männer tun es falsch bzw. nicht gut genug. Wie jemand eine Pfeife stopft oder einer kalbenden Kuh hilft, seine Geschäfte ausrichtet, dies alles gerät ihr zum Versprechen, wie er sexuell sein wird. Bei dem Bürger, den sie vorführt, stimmt es (er nimmt das sexuelle Eheleben als Ordnung, die ihm Pflichten auferlegt), bei dem Knecht, dem Gutsbesitzer stimmt es nicht. Es werden Erpressungen vorgeführt: sie will erst wieder mit ihm schlafen, wenn er den Teppich anschafft, den sie sich wünscht. Er rechnet aus, für wieviele Tage dieser Teppich »vorhalten« wird und kommt auf drei Tage. Das ist ihm zuwenig. Er möchte geliebt werden, um arbeiten zu können und nicht arbeiten, um geliebt zu werden. Wer sehr genau liest, wird — nachdem das Muster der schlechten Männer sich verbraucht hat — die eigentlichen Skandale auch mitlesen: für das Mädchen in Stellung ist »Verliebtsein« das einzig Aufregende. Fehlt es, verschläft sie ihr Leben nach der Arbeit. Sie sieht keine Alternativen. Die sieben Frauen, die in der Nacht vor ihrer Beerdigung auf ihren Särgen sitzend, sich ihre Ehegeschichte erzählen, fanden keine Arbeit zu schwer, monoton oder verdummend; nur, daß das Versprechen auf Liebe nicht eingelöst wurde, gibt ihren Erinnerungen Trauerränder. Wenn die einzige Hoffnung ein Mann ist, bleibt er — nach Berlau — die einzige Enttäuschung, egal welcher Schicht die Frauen angehören. Die Liebe zum Mann wird zur anthropologischen Konstante, durch die individuelle Entwicklung möglich bzw. unmöglich wird.

Im Nachwort kritisiert Klaus Völker die Haltung von Berlau gegenüber Brecht: »Sie hatte nicht den Stolz und die selbstbewußte Kraft, einsam mit ihrer Liebe zu sein ...« (162). Berlaus kleines Buch aber handelt von der Einsamkeit von Frauen, wenn sie mit Männern zusammen sind. Daß sie hoffnungslos an der Hoffnung festhält, daß es Männer sein werden, die das Glück bringen, ist vielleicht ihre persönliche Tragik, aber ganz und gar nicht modern. Kornelia Hauser (Bielefeld)

Soziologie

Elias, Norbert: Die Gesellschaft der Individuen. Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1987 (316 S., Ln., 34,- DM)

Die Aufsätze dieses Bandes konzentrieren sich auf zwei Themen. Einmal geht es Elias um ein Begründungskonzept für die Analyse zivilisationsgeschichtlicher Prozesse (der Titelaufsatz war ursprünglich als Methodenkapitel in seinem mittlerweile zum »Klassiker« avancierten Werk »Über den Prozeß der Zivilisation« vorgesehen). Den anderen Schwerpunkt bildet die wissenssoziologische Frage, welche Konsequenzen sich aus der sozialen Gebundenheit des Menschen für sein Erkenntnisvermögen ergeben.

Elias' zivilisationsgeschichtliche Studien beschäftigen sich primär mit der Beschreibung der Formierungs- und Veränderungsprozesse der sozialen Standards. Er illustriert z.B., in welcher Weise sich das Verhältnis des Menschen zu seinem Körper verändert hat oder wie psychische Wandlungen der Menschen in der Modifikation von Tischsitten ihren Ausdruck finden. Hinweise auf den gesellschaftlichen Ursachenkomplex, der diese Verhaltensänderungen bewirkt hat, werden nur sehr sparsam, oft gar nicht gegeben. Weshalb Elias tendenziell das Erklären durch Beschreiben ersetzt, zeigt die Analyse der im vorliegenden Band entwickelten methodischen Grundannahmen. Zunächst hebt er sich positiv von den vorherrschenden struktur-

funktionalistischen Theorien ab, wenn er herausarbeitet, daß die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht unabhängig von den Subjekten existiert. Auch die in der (bürgerlichen) Theorietradition verbreitete Gegenüberstellung von Individuum und Gesellschaft hat für ihn in der historischen Realität keine Entsprechung: »Individualität und Gesellschaftsbezogenheit eines Menschen stehen nicht nur nicht im Gegensatz zueinander, sondern die einzigartige Ziselierung und Differenzierung der psychischen Funktion eines Menschen, der wir durch das Wort 'Individualität' Ausdruck geben, sie ist überhaupt nur dann und dadurch möglich, daß der Mensch in einem Verbande von Menschen, daß er in einer Gesellschaft aufwächst.« (41)

Bei der Skizzierung des Verhältnisses der Individuen zur gesellschaftlichen Realität wird der in dieser Aussage steckende Anspruch aber nicht eingelöst. Das prozessuale, sich wechselseitig bedingende Verhältnis von Individuen und Gesellschaft wird auf eine abstrakte Relationsbestimmung reduziert und mit dem Begriff der »Interdependenz« umschrieben. Die Theorie der »Interdependenz« präsentiert sich als ein Konzept, das von der wechselseitigen Bedingtheit von Individuum und Gesellschaft spricht, ohne dem wechselseitigen Bedingungsprozeß nähere Beachtung zu schenken. Elias entwickelt zwar eine Vorstellung von der Gesellschaft als dynamischen »Ganzem«: »Es gibt keinen Nullpunkt der gesellschaftlichen Bezogenheit des einzelnen, keinen 'Anfang' oder Einschnitt, an dem er als ein verflechtungsfreies Wesen gleichsam von außen an die Gesellschaft herantritt, um sich nachträglich mit anderen Menschen zu verbinden.« (47f.)

Seine Totalitätsauffassung abstrahiert aber von den konkreten Vermittlungsschritten, die die Gesellschaft konstituieren. Die Menschen »beziehen« sich aufeinander, doch wird diese Bezüglichkeit nicht im strengen Sinne als Handeln reflektiert. »Gesellschaft« bildet sich scheinbar durch das formale Aufeinander-bezogen-sein der Subjekte. Dieses sich aus den »Aktionen, Bedürfnissen, Gedanken und Trieben vieler Menschen« (61) entwickelnde Beziehungsgeflecht charakterisiert Elias als kulturelle Sphäre, von der eine das individuelle Verhalten und Denken prägende und verändernde Dynamik ausgeht. Für den Zivilisationsprozeß will Elias nicht gelten lassen, was er zur Bestimmung des Verhältnisses des Individuums zur Realität gesagt hat: daß sich sein mögliches Maß an Eigenständigkeit nur auf der Basis des Eingebundenseins in das Ganze des historischen Reproduktionsprozesses entfalten kann. Die Soziogenese wird von Elias als autonomer Prozeß beschrieben. Deshalb ist es »einzig die Form des menschlichen Zusammenlebens« (72), die sich nach seiner Auffassung im historischen Prozeß verändert.

Dem Denken Elias' ist darüber hinaus in dem Sinne ein Reduktionismus eigen, als die methodischen Prinzipien weniger Forschungsanleitung als gedanklicher Ordnungsrahmen sind, in dem die selektierten historischen Fakten eingefügt werden. Wesentliche Gesichtspunkte bleiben ausgeklammert oder werden nicht in ihrer vollen Bedeutung berücksichtigt. Um die Grundannahme einer weitgehend autonomen Entwicklung gesellschaftlicher Teilbereiche aufrechterhalten zu können, werden beispielsweise in der Darstellung des soziogenetischen Prozesses der Umformung von Fremd- in Eigenzwang bei den Mitgliedern der höfischen Gesellschaft, viele der von der aufsteigenden bürgerlichen Klasse und ihren umwälzenden Wirtschafts- und Denkprinzipien ausgehenden Einflüsse ausgeklammert. Die kulturgeschichtlichen Veränderungen präsentieren sich bei Elias nicht als Elemente eines Anpassungsprozesses des Adels an die Veränderungen der Produktionsweise und der daraus resultierenden Modifikationen des sozialen Kräfteverhältnisses und der »Trationalitätsformen«, sondern als Produkt der immanenten Reproduktionsbedingungen der Adelsklasse selbst.

Obwohl Elias marxistische Theoreme nur in einer karikaturhaft entstellten Weise expliziert, assoziieren viele seiner Formulierungen eine Nähe zur historisch-materialistischen Methode. Beispielhaft ist etwa seine Bemerkung zur Rolle historischer Persönlichkeiten: »Die Wirkung eines einzelnen Menschen auf andere, seine Bedeutung für andere mag besonders groß sein — die Eigengesetzlichkeit des Menschengeflechts, in dem er wirkt, ist und bleibt unvergleichlich viel mächtiger als er.« (82) Solche Einsichten in den Charakter des gesellschaftlichen Geschehens besitzen aber in Elias' System keinen fundierenden Status. Im Unterschied zum dialektisch-materialistischen Verständnis des Menschen als »tätig-leidendes Wesen« (Marx) und der Gesellschaft als durch die Praxis strukturierte Totalität — in der Denken, Arbeit und »kommunikatives« Handeln sich wechselseitig bedingen — reduziert Elias Gesellschaft auf ein formales Beziehungsgeflecht: »Das Verhältnis von Teil und Ganzem ist eine bestimmte Form der Beziehung, nichts weiter.« (27) Die gesellschaftliche Dialektik von objektiver Strukturtotalität und ihrer gleichzeitigen aktiven Umgestaltung durch die Menschen wird ersetzt durch die Vorstellung eines kommunikativen Verhältnisses der Subjekte zueinander. In diesem Gesellschaftsverständnis handeln die Subjekte, ohne (im Sinne eines Stoffwechsels mit der Natur) »tätig« zu sein. Elias formuliert eine gesellschaftstheoretische Konzeption, auf die Lukács' kritische Definition der bürgerlichen Soziologie exakt zutrifft: Sie analysiert gesellschaftliches Geschehen unter der Ausklammerung seiner ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Trotz dieses Reduktionismus kann bei Elias vieles über soziale Veränderungs- und kulturelle Formierungsprozesse gelernt werden. Zumal bei ihm nachdrücklich die gesellschaftliche Objektivität in der vermittelten Weise ihrer Rückwirkung auf die Individuen reflektiert wird und er die Veränderungen des Sozialverhaltens der Menschen und die Umformungen ihrer Subjektivität als realhistorische Prozesse beschreibt. Auch wenn er die ursächlichen Zusammenhänge ausklammert, bleiben diese Formierungstendenzen als Momente einer umfassenden Reproduktionstotalität nachvollziehbar.

Die Ausblendung der Funktion gesellschaftsverändernder Praxis ist auch strukturbildend für Elias' wissenssoziologische Erörterungen. Seine Grundthese lautet: Durch die Beteiligung der Menschen an den sozialen Vorgängen fehlt ihnen in der Regel die nötige »Distanz« zur Erlangung unverzerrter Einsichten. Die Fähigkeit, soziale Zusammenhänge zur erkennen, entwickelt sich als Produkt subjektiver Formierungsprozesse. Durch »Selbstdisziplinierung« (262) wird den Individuen die Überwindung »affektiver« — das Erkenntnisvermögen behindernder — Reaktionen auf das gesellschaftliche Geschehen möglich. Mit dem Begriffspaar »Engagement« und »Distanzierung« bezeichnet Elias die individualpsychologische Barriere des Erkenntnisprozesses und die Form ihrer subjektiven Überwindung. Unbeschrieben bleibt das Verhältnis dieser psychischen Vorgänge zu den sie bedingenden sozialen Faktoren. Deshalb stellt sich für Elias auch gar nicht die Frage, durch welche gesellschaftlichen Abläufe der subjektiv vermittelte Erkenntnisfortschritt möglich wird. Aber auch auf der psychologischen Erklärungsebene beschreibt dieses Konzept die Grundstrukturen der Wissensaneignung und Wissensverarbeitung nicht schlüssig. Warum ergeben sich z. B. aus der Beteiligung der Subjekte am gesellschaftlichen Geschehen bewußtseinsverzerrende Bindungen? So richtig die Feststellung ist, daß »Nähe« und unmittelbare Beteiligung keine Garantie für richtiges Erkennen sind, so deutlich läßt sich aber auch belegen, daß »Distanz« nicht automatisch einen Erkenntnisfortschritt bewirkt. Objektives ebenso wie auch verzerrtes »Wissen« resultiert nicht primär aus einem Akt der »Selbstbeherrschung«, sondern ist die Konsequenz eines Objektivierungsniveaus, das die gesellschaftlichen Subjekte sich kooperativ

»erarbeitet« haben. Durch die gesellschaftliche Praxis werden gleichermaßen die Voraussetzungen für »falsches« wie »richtiges« Bewußtsein geschaffen.

An den beiden hier skizzierten Themenbereichen wird deutlich, daß sein Denken nicht jene theoriegeschichtliche Ungebundenheit und Voraussetzungslosigkeit besitzt, die Elias für sich reklamiert, und die ihm von einer bisher allzu unkritischen Rezeption attestiert worden ist. Originell ist er zweifellos in der literarischen Darbietung seines Stoffes und richtungweisend bei der Erschließung bisher wenig beachteter sozialer Phänomene. Aber obwohl Elias weder ihre Themen behandelt noch sich ihrer Terminologie bedient, sind seine methodischen Grundannahmen von einflußreichen bürgerlichen Theorietraditionen geprägt. So ist mit vergleichbaren inhaltlichen Konsequenzen wie bei Elias die Kategorie der formalen »Wechselwirkung« konstitutiv für das Gesellschaftsverständnis von Georg Simmel. Mit jenem verbindet Elias auch die Vernachlässigung historischer Entwicklungsgesetze. Das »Distanz«-Konzept dagegen ist eine subtile Umformung der Mannheimschen Konzeption einer »freischwebenden Intelligenz« als sozialer Träger nicht-ideologischen Wissens. Dieser »freischwebenden Intelligenz« ist nach Karl Mannheim objektives Erkennen möglich, weil sie, über den Klasseninteressen stehend, nicht in die aktuellen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen einbezogen ist. Sie wird charakterisiert — wie das unverzerrt denkende Subjekt bei Elias — durch ihre »Distanz« zum gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Werner Seppmann (Haltern/Westf.)

Ritsert, Jürgen: Das Bellen des toten Hundes. Über Hegelsche Argumentationsfiguren im sozialwissenschaftlichen Kontext. Mit einem Beitrag von F. Reusswig und M. Scharping. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1988 (191 S., br. 32,- DM)

Im Zentrum der Überlegungen Ritserts steht die gesellschaftstheoretische Grundfrage, wie sich Analysen, die von einem Primat der Objektivität und Allgemeinheit gegenüber dem Willen und Bewußtsein der Individuen ausgehen, mit einem Begriff von Subjektivität verbinden lassen, der die Potentiale von Selbstbewußtsein und Selbstbestimmung nicht objektivistisch vernachlässigt. Die Fähigkeit zu willentlich-bewußter Selbstbestimmung, zu individueller Selbstentfaltung, bildet demgegenüber den zentralen Bezugspunkt einer kritischen Gesellschaftstheorie, die existierende Gesellschaften daran bemißt, welche Möglichkeiten und Beschränkungen zur Entfaltung der Individuen in ihren Strukturen enthalten sind. Kritisch setzt sich Ritsert damit gegen »gesellschaftstheoretische Marionettenmodelle von Subjektivität« (14) ab, wie er sie u.a. im strukturalen Marxismus Althusser's ausgebildet sieht.

Den Bezug auf die Entfaltungsmöglichkeiten der Individuen, mit dem Ritsert an die Gesellschaftstheorie von Simmel bis Adorno anzuschließen beansprucht, setzt er nicht als bloße Normativität der Realität gegenwärtiger Gesellschaften gegenüber. In Rückgriff auf die bei Hegel entfaltete 'Bewegung der Anerkennung' stellt er das Verhältnis von gesellschaftlichem Prozeß, intersubjektiver Interaktion und individueller Subjektivität als »Struktur der Anerkennungsbewegung« (9ff.) dar. Diese faßt das Verhältnis von selbstbezüglichen Prozessen gesellschaftlicher Reproduktion im Sinne der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, Strukturen intersubjektiver Anerkennung (»Reziprozität«) und individuellem Selbstbewußtsein (»Reflexivität«). In der Struktur dieser Anerkennungsbewegung ist im Verständnis Ritserts die Anerkennung individueller Selbstständigkeit notwendig enthalten: Ebenso wie sprachliche Verständigung nicht auf der Basis des Prinzips Lüge möglich ist, sei Gesellschaftlichkeit nicht auf der Grundlage einer bloßen Instrumentalisierung von Individuen für außer ihnen liegende, z.B. ökonomische Zwecke möglich. Die Anerkennung von Individuen als Selbstzweck faßt Ritsert, darin dem Hegelschen Konzept der »reinen

Anerkennung« folgend, als Konstituens gesellschaftlicher Prozesse: »Ohne wie immer auch historisch um oder ausgeformte Spuren ... reiner Anerkennung könnte nicht einmal die Unterdrückung des Knechts durch den Herrn auf gewisse Dauer gestellt werden. Deshalb braucht, wie Max Weber sagt, die Herrschaft ihre Legenden.« (114)

Der normative Bezugspunkt kritischer Gesellschaftstheorie läge damit in der realen Widersprüchlichkeit gesellschaftlicher Verhältnisse, dem Widerspruch zwischen der herrschaftlichen Instrumentalisierung von Individuen und der darin gleichwohl notwendig eingelassenen Anerkennung der Individuen als selbstbestimmungsfähige Subjekte. Die sozialwissenschaftliche Beanspruchung Hegels wird in Anknüpfung an Adorno (Kap.2) und Simmel (Kap.3) sowie in kritischer Auseinandersetzung mit sprachanalytischen Konzepten (Kap.5) entfaltet. Ritsert verbindet diese Argumentation zudem mit dem Versuch, den Begriff der objektiven Vernunft auf der Basis des Anerkennungsbegriffs neu zu begründen (Kap.4). Die objektive Vernünftigkeit gesellschaftlicher Verhältnisse ließe sich demnach daran bemessen, wie sie nicht nur Probleme der ökonomischen Reproduktion zu bearbeiten vermögen, sondern welche Möglichkeiten sie zur Entwicklung »(rein) anerkennender Interaktion und damit ... der Individuierung« (115) bieten.

Ritserts Entwurf einer Begründung kritischer Theorie im Anschluß an Hegel und Adorno wird als ernstzunehmendes Gegenkonzept zur Habermasschen Kommunikationstheorie zu diskutieren sein. Dies auch deshalb, weil er den Rückbezug auf die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie aufrechterhält und damit das Habermassche Problem einer Verbindung von Systemtheorie und Gesellschaftskritik vermeiden kann.

Albert Scherr (Darmstadt)

Beck, Ulrich, und Wolfgang Bonß (Hrsg.): Weder Sozialtechnologie noch Aufklärung? Analysen zur Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1989 (495 S., br. 28,- DM)

Der Band versammelt Ergebnisse von Arbeiten, die über einen Zeitraum von fünf Jahren im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms »Verwendungszusammenhänge sozialwissenschaftlicher Ergebnisse« durchgeführt wurden. Gegenstand sind die Formen der Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens durch gesellschaftliche Akteure außerhalb der universitären Disziplinen. Gemeinsam ist den Arbeiten — mit Ausnahme der kategorial-spekulativen Arbeit von Dewe und Radtke zur Figur des klinischen Soziologen (46ff.) — der Versuch, das Praktischwerden der Soziologie nicht theoretisch-kategorial vorab zu bestimmen, sondern empirischer Analyse zu unterziehen, die auch für theoretisch unerwartete Verwendungsformen von Theorien, Theoremen und Begriffen sensibel ist. Im Unterschied zu zurückliegenden »Debatten über Praxis ohne Praxiserfahrung« (8) ist beabsichtigt, eine 'realistische Wendung' in der Auseinandersetzung über die Wirkungszusammenhänge der Soziologie einzuleiten. Dies zwingt zu Differenzierungen jenseits resignativer Selbstzweifel der Disziplin über ihre vermeintliche Wirkungslosigkeit und konservativer Schuldzuschreibungen an ihre zersetzende Kraft.

Die Arbeiten nähern sich ihrem Gegenstand mit unterschiedlichen begrifflich-analytischen Mitteln, Methoden der Datengewinnung und -interpretation in heterogenen Praxisfeldern. Die Einheit des Forschungszusammenhanges in einer für den Leser durchschaubaren Weise herzustellen, bleibt dem Einleitungsaufsatz von Beck und Bonß vorbehalten, der sich von technokratischen wie aufklärenden Erwartungshaltungen an die Sozialwissenschaften absetzt: »Während in den Diskursen über Praxis wie selbstverständlich von einer 'Überlegenheit' des wissenschaftlichen Wissens

ausgegangen wird, zeigen die konkreten Analysen, daß die Differenz zwischen beiden Seiten nicht hierarchisch, sondern qualitativ zu denken ist. Wissenschaft liefert nicht notwendig besseres, sondern zunächst einmal anderes Wissen.« (9) Diese wissenschaftstheoretische Aussage wird jedoch nicht systematisch im Kontext der wissenschaftstheoretischen Diskussion begründet, sondern mit dem Verweis auf empirisch vorfindliche Formen der Wissensverwendung plausibilisiert. Die Praxis eignet sich Sozialwissenschaft in durchaus eigenwilliger Weise an, läßt sich weder sozialtechnokratisch noch aufklärend bevormunden. Konstatiert wird eine »Gleichzeitigkeit von 'strategischen' und 'diskursiven' Formen der Aneignung wissenschaftlichen Wissens, die vom 'Ergebnispflücken und -picken' bis zur Umkehrung und Unkenntlichmachung soziologischer Ergebnisse im Zuge ihrer Nutzung« (10) reichen. Die theoretisch geforderte Bescheidung der Sozialwissenschaften, ihre Wissensform als eine gegenüber dem Alltagswissen und dem Wissen der Berufskulturen bloß andere zu begreifen, die keine Überlegenheit beanspruchen kann, scheint von der Praxis bereits antizipiert zu sein. Sozialwissenschaft sei vor das Problem gestellt »erst einmal wie Kolumbus herauszufinden, auf welchem Kontinent sie auf ihrer Reise in die Praxis eigentlich gelandet« (20) ist. Beck/Bonß formulieren eine Reihe analytischer Differenzierungen (einfache vs. reflexive Verweissenschaftlichung; institutionelle, berufliche und alltägliche Verwendung), die möglicherweise die weitere Kartographie dieses Kontinents anleiten können. Defizitär bleiben sie jedoch zumindest in zweierlei Hinsicht: Sozialwissenschaft wird als eine monolithische Wissensform gefaßt, deren Spezifikum darin bestehe, »handlungsentlastet produzierte Deutungsangebote« (32) hervorzubringen. Auf diesem Abstraktionsniveau werden Differenzen zwischen Theorien beliebig. Die Frage nach den handlungspraktischen Implikationen von Theorien, warum also bestimmte Theorien bestimmte Weisen ihrer Verwendung erleichtern — wie etwa eine behavioristische Psychologie Formen der Verhaltenstherapie, Varianten der Testpsychologie die Legitimation von Normalitätsdefinitionen und Ausgrenzung — wird so kategorial ausgeblendet. Zweitens legt die Betonung der »qualitativen Differenz« von Wissenschaft und Praxis eine tendenziell idealisierende Sichtweise von Wissenschaft nahe, die die handlungspraktischen Bedingungen der Wissenschaftsproduktion, ihre Einbindung in Zwänge der beruflichen Karriere von Wissenschaftlern, der Forschungsförderung und Forschungs-Nichtförderung vernachlässigt. Wissenschaftliches Wissen wird als Ergebnis eines idealen Modells von handlungs- und entscheidungsentlastetem *Procedere* der scientific community gefaßt. Die Vergesellschaftung dieses Wissens, seine Einpassung in die »Eigenrationalität des jeweiligen Handlungsfeldes« (36) wird als Ergebnis der Prozesse der Verwandlung dieses Wissens im Zuge seiner Verwendung verstanden. Sozialwissenschaft erscheint als eigentümlich konturlose zweckfreie Manövierrasse. Sicher ist es nicht bestreitbar, daß Sozialwissenschaft die Verwendung ihrer Ergebnisse nicht kontrollieren kann — die empirischen Studien zu Fallbeispielen aus pädagogischen Handlungszusammenhängen, psychosozialer Praxis, beruflicher Fortbildung, behördlicher Sozialarbeit, Unternehmensberatung, Arbeitsmarktpolitik, administrativer Auftragsforschung, Medienforschung, Sozialpolitik, Kriminaljustiz und Erwachsenenbildung belegen hinreichend, daß Sozialwissenschaftler keine alleinige Definitionsmacht für die jeweiligen Segmente sozialer Wirklichkeit haben. Soll jedoch Sozialwissenschaft nicht als Lieferant von Deutungsangeboten verstanden werden, deren Verwendung im Sinne tendenziell beliebiger Verwandlung dem Verwender freigestellt ist, muß es als unverzichtbar gelten, daß sozialwissenschaftlich der Versuch unternommen wird, am Definitionsprozeß über den gesellschaftlichen Status des Wissens teilzunehmen. Den Beiträgen von Keupp/Straus/

Gmür (149ff.) und Schmitz/Bude/Otto (122ff.) sind deutliche Belege für die sozialwissenschaftlich informierte Perfektionierung von Herrschaftsverhältnissen zu entnehmen. Lau sieht Soziologie als »befugt und möglicherweise sogar dazu verpflichtet, ... die ... soziologische Kompetenz der Wahrnehmung und Interpretation gesellschaftlicher Probleme und das kumulierte 'Wissenskapital' ... öffentlich zu vertreten« (415). Eine stärker puristische Variante einer angemessenen Verwendung sozialwissenschaftlichen Wissens formulieren Dewe/Radtke in der idealtypischen Figur des klinischen Soziologen, der Wissensverwendung an die diskursive Interaktion von Sozialwissenschaftlern und Professionellen in Bildungsprozessen bindet. In ihnen entwickeln Sozialwissenschaftler fallbezogene Strukturdeutungen, deren Verwendung der »klugen Selbstapplikation« (Habermas) der Professionellen überlassen bleibt. Institutionelle Macht- und Herrschaftsverhältnisse kennt dieser Idealtypus nicht und ist deshalb als eine Folie der Kritik zu verstehen, die eine Begründung gesellschaftlicher Verwendungsformen von Sozialwissenschaft ermöglichen würde. Daß dieser Idealtypus im Band als »Leitfigur« (46) präsentiert wird, ohne daß die empirischen Analysen darauf Bezug nehmen — obwohl etwa bei Henschel u.a. (457ff.) sich parallele Überlegungen finden —, kann auch als Aussage über die Hilflosigkeit der Verwendungsforschung gegenüber einem Prozeß des Praktischwerdens verstanden werden, dessen arbeitsteilige Ausdifferenzierungen der akademischen Soziologie die Position einer bloßen Beobachtungsinstanz zuweisen, die diese zwischenzeitlich mehrheitlich zu akzeptieren scheint. Ein Selbstverständnis von Sozialwissenschaft als Kritik, als »eingreifendes Denken« (Brecht) bleibt, jedenfalls für den von Beck und Bonß programmatisch formulierten Stand der Verwendungsforschung, randständig. In diese Richtung formulierte Ansätze in den materialen Analysen des Bandes werden dort nicht systematisch aufgegriffen. Trotz der Einwände stellt der Band einen wichtigen Schritt zur Klärung des Verhältnisses von Sozialwissenschaft und Praxis dar. Naive Anwendungsvorstellungen emanzipatorischer wie technokratischer Provenienz lassen sich auf der Basis der Forschungsergebnisse nicht aufrechterhalten. Welche Schritte auf dem Weg der von Lau reklamierten Verpflichtung der Sozialwissenschaften zur Teilnahme an der öffentlichen Auseinandersetzung über ihre Verwendung möglich sind, kann nunmehr auf empirisch informierter Grundlage diskutiert werden.

Albert Scherr (Darmstadt)

Cobet, Christoph (Hrsg.): Einführung in Fragen an die Soziologie in Deutschland nach Hitler 1945-1950. Verlag Christoph Cobet, Frankfurt/M. 1988 (145 S., br., 48,- DM)

Dies ist die vierte Publikation des »Handbuchs der Geistesgeschichte in Deutschland nach Hitler 1945-1950« (HDG). Das HDG »erschließt in einer systematischen bio-bibliographischen Dokumentation die Wissenschafts- und Geistesgeschichte in Deutschland nach 1945. Bisher sind die beiden lexikalischen Bände zur Literatur (1983) und zur Politik (1985) erschienen, dazu das Begleitheft zur Geschichtswissenschaft (1986).« Jetzt liegt das Beiheft zur Soziologie vor. Es ist ein Präludium für den bibliographischen Teil, der mehr als 500 Monographien und 2000 Aufsätze und Rezensionen zwischen 1945 und 1950 erfassen wird, dazu die Aufsätze und Rezensionen der in die USA emigrierten Soziologen aus den Jahren 1933 bis 1950.

Im Rahmen seines sehr verdienstvollen Unternehmens versucht Cobet, seine Hauptthese von der Soziologie her zu entfalten: Die ersten fünf, sechs Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges zeigten eine neue und offene historische Situation, in der die späteren Entwicklungen zur Bundesrepublik noch nicht ohne weiteres abzusehen waren. Doch an die Stelle einer durchgreifenden geistigen Aufarbeitung der Ent-

stehung und des Verlaufs des Nationalsozialismus und einer entsprechenden Reflexion auf die Neugestaltung der politisch-sozialen, ökonomischen, wissenschaftlichen usw. Verhältnisse schoben sich restaurative Tendenzen, personell repräsentiert durch die alten Eliten. Sie blieben oder wurden nach kurzer Pause zurückgeholt und konnten sich ungehindert von neuem ins soziologische Geschäft begeben. Einige wurden im Fach so mächtig, daß sich selbst die Remigranten mit ihnen gut stellen mußten. Soziologisches Fragen nach den Bedingungen der nationalsozialistischen Herrschaft unterblieb ebenso wie das Fragen nach der Rolle des eigenen Faches im totalitären Staat. Damit wurden Kontinuitäten weitergezeichnet, denn schon vor 1933 waren Faschismus und Nationalsozialismus selten Gegenstand sozialwissenschaftlicher Forschung. Widerstand hatte sich — sieht man von den spektakulären Protesten von Ferdinand Tönnies ab — nirgends lautstark in den Gelehrtenkreisen bemerkbar gemacht. All dem gehen die sieben Beiträge des Beiheftes auf verschiedenen Wegen nach. Die DDR bzw. SBZ und Österreich sind in eigenen Studien aus der Feder von dort tätigen Forschern berücksichtigt; ebenso die deutsche Exilsoziologie.

Rainer Waßner (Hamburg)

Zinser, Hartmut (Hrsg.): Religionswissenschaft. Eine Einführung. Dietrich Reimer Verlag, West-Berlin 1988 (300 S., br., 29,50 DM)

Zinser, Professor für Religionswissenschaft an der FU Berlin, unternimmt hier den Versuch, religionswissenschaftliches Basiswissen zusammenzustellen. Angesichts der Schwierigkeiten des Faches — es gibt kein allgemeines verbindliches Paradigma —, entscheidet er sich für ein problemorientiertes Vorgehen. Bereits bei der Definition des Gegenstands der Religionswissenschaft scheiden sich die Geister: Stehen »Gott«, »Götter«, das »Heilige« im Zentrum oder die »Vorstellungen« darüber, also der Mensch? Mit anderen Worten: Begreift sich die Religionswissenschaft als eine Sozial- und Kulturwissenschaft oder als eine Pseudo-Theologie? Historisch bedingt finden wir das Fach entweder bei den Philologen oder den Theologen, ganz selten bei den Sozialwissenschaftlern. Andererseits werden theologische Fakultäten in einigen Fällen verschleiern als »Religionswissenschaft« zusammengefaßt.

Eingeleitet wird der Sammelband durch einen Aufsatz von Burkhard Gladigow »Religionsgeschichte des Gegenstandes — Gegenstände der Religionsgeschichte«. Ist der Religionswissenschaftler ein »Gottsucher«? Muß also seinen Beruf aufgeben, wer die »jenseitigen Realitäten« nicht zu erleben vermag, wen das »Heilige« nicht irgendwie »existenziell bestimmt«? Frühere Vertreter des Faches verlangten dies. Gladigow geht die Geschichte des Faches durch und macht die verschiedenen Konzepte von Religionsforschung transparent, von den Anfängen des (gar nicht so alten) Faches bis hin zu neuesten Ansätzen, die Religion als Kommunikations-, Deutungs- und Symbolsystem darstellen. Gegenstand und Aufgabe von Religionswissenschaft sind eben nicht das »Wesen« von Religion oder eine urteilende »Wahrheitsfrage«, sondern der Funktionszusammenhang, die Kohärenz eines kulturellen Deutungs- (und Lenkungs-)systems. Objekte religionswissenschaftlichen Arbeitens werden so auch die »Deutungsmonopole« und deren Interessen am Monopol.

Die weiteren 14 Beiträge handeln speziellere Probleme ab, die hier nur summarisch vorgestellt werden können. Zu Quellenproblemen arbeiten Kurt Rudolph und Fritz Stolz, zur Religionsgeographie Karl Hoheisel. Die Bedeutung der Gruppenbildung wird in einem religionssoziologischen Aufsatz von Günter Kehrer dargestellt, Religion lebt und überlebt nur in einer »Sozialgestalt«. Bernhard Lang lenkt den Blick auf Soziologie und Ethnologie. Eine Rehabilitation der umstrittenen Religionsphänomenologie fordert und begründet Carsten Colpe. Peter Antes und Hans-Joachim

Klimkeit schreiben über »ethische« Fragen, Friedrich Stentzler über Säkularisation. Michael Pye gibt eine religionsethnologische Fallstudie aus Japan. Ebenfalls religionsethnologisch arbeitet Karl-Heinz Kohl, der nachweist, daß »Stammesreligionen« nicht ohne weiteres von missionierenden Weltreligionen verdrängt werden, sondern eine bislang nicht geahnte Widerstandskraft besitzen. Mit einer Warnung vor neuer »Irrationalität« beschließt Zinser den Band: Ekstatische Kulte sollen das Heraustreten aus dem als unzureichend empfundenen Alltag garantieren. Zinser weist das Trügerische und Reaktionäre solchen Religionstransfers nach.

Der Anspruch des Herausgebers, einen Überblick über die Vielfältigkeit des Faches Religionswissenschaft zu geben, wird eingelöst. Repräsentativ im Sinne von Vollständigkeit ist der Querschnitt allerdings nicht. Man wünscht sich jetzt eine Darstellung aus einem Guß.
Klaus Zinniel (Mainz)

Stolz, Fritz: Grundzüge der Religionswissenschaft. Verlag Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1988 (260 S., br., 21,80 DM)

Grundlegende Positionen innerhalb der Religionswissenschaft ergeben sich für Stolz, Professor für Allgemeine Religionsgeschichte und Religionswissenschaft an der Universität Zürich, aus Einzeldisziplinen wie der Religionsgeschichte oder der Religionssoziologie. Die Religionswissenschaft verbindet diese jeweiligen Zugänge und Methoden und ordnet sie in einen Rahmen ein, den sein Buch erarbeiten will. Stolz zufolge erhebt der Allgemeinbegriff »Religion« den Anspruch, »alle historischen Religionen zu umfassen. Es wird also vorausgesetzt, daß allen einzelnen Religionen etwas Gemeinsames innewohnt« (9). Davon ausgehend gibt der Autor eine funktionale Definition von »Religion« als »grundlegende und umfassende Orientierung des Menschen — eine Orientierung, derer er als 'Mängelwesen' bedarf« (329). Im Kern des Buches widmet sich Stolz den Einzelwissenschaften: der Religionssoziologie, die die Gemeinschaft als Trägerin der »Religion« begreift, der Religionspsychologie, die an Hand der »seelischen Vorgänge« (148) das Phänomen untersucht, der Religionsgeschichte und der Religionsphänomenologie, die in der Typologisierung von religiösen Erscheinungen und in der Möglichkeit des Verstehens von »Religion« ihre Problemfelder sieht. Dazu werden jeweils die wichtigsten Vertreter und ihre spezifischen Fragestellungen vorgestellt. Ein Drittel des Buches ist dem Versuch gewidmet, »Religion« oder Religionen als »grundlegendes Sinngewebes-« und »Symbolsystem« (79, 101) zu erläutern: Die verschiedenen Darstellungsmöglichkeiten »religiöser Botschaften« (79) durch Symbole stehen hier im Mittelpunkt; die jeweiligen Inhalte der Religionen werden mittels Handlungen (z.B. Ritual), Sichtbarem (z.B. Bilder) oder Sprachlichem (z.B. Mythen) mitgeteilt. Diskussionsbedürftig ist die Konzeption, Religionswissenschaft nur als Rahmen vieler Einzeldisziplinen zu betrachten. Die Eigenständigkeit der Religionswissenschaft ergibt sich aus den dem Untersuchungsgegenstand angemessenen Methoden und Zugängen, eine Stärke, die den von Stolz benannten »Fächern« fehlt. Herrühren mag diese Auffassung des Autors von seiner Grundannahme des Gemeinsamen aller Religionen in Verbindung mit »der Religion«, Konzepte, die auf Grund ihrer christlich-theologischen Herkunft wie auch ahistorischen Konstruktionen seit langem als fragwürdig kritisiert werden. Hier wird der Autor von seiner Vergangenheit eingeholt (er studierte Theologie und Orientalistik, dies spiegeln auch seine Beispiele wider). In dieser Hinsicht ist auch die Position zu verstehen, den theologischen Standpunkt innerhalb der Religionswissenschaft wieder hoffähig zu machen, was abzulehnen ist, da einer der Grundzüge der Religionswissenschaft darin besteht, nicht auf bestimmten Glaubens- und Wahrheitsansprüchen zu basieren.
Martin Baumann (Marburg)

Erziehungswissenschaft

Schmoldt, Benno (Hrsg.): Schule in Berlin — gestern und heute. Unter Mitarbeit von Hagen Gretzmacher. Colloquium Verlag, West-Berlin 1989 (207 S., Ln., 56,- DM)

Der Band enthält Referate einer Ringvorlesung, die im Sommersemester 1987 an der FU stattfand. *Müller* stellt unter der anspruchsvollen Überschrift »Kindheit und Jugend in den Berliner Schulen im 19. Jahrhundert« Äußerungen von Döblin, Tucholsky und Benjamin über ihre Schulzeit zusammen. Das Thema von *Scholtz* sind die Berliner Gymnasien im 18. Jahrhundert. Ausführlich geht er auf das Friedrichswerdersche Gymnasium ein, das er als »Modellschule der Spätaufklärung« charakterisiert. *Schonig* erörtert die Frage, ob in der Weimarer Republik Konzepte der Reformpädagogik Eingang in den Unterricht der Berliner Regelschule fanden. Er kommt, gestützt auf die Auswertung von Lebensläufen von Berliner Lehrern und Lehrerinnen, zu dem Schluß, »daß reformpädagogisches Handeln in der Berliner Normalschule durchaus praktiziert wurde« (50). *Wippermann* erhärtet in seinem Beitrag über das Berliner Schulwesen in der NS-Zeit die inzwischen nicht mehr originelle Auffassung, daß von den nationalsozialistischen Erziehungsidealen nicht umstandslos auf die Schulrealität geschlossen werden kann, daß die angestrebte »Gleichschaltung« nie vollständig gelang. *Sachs* schildert sehr eindringlich, was für ein jüdisches Kind Nationalsozialismus bedeutete. Sehr interessant sind seine Schilderungen des Unterrichts an der zionistischen Theodor-Herzl-Schule.

Sechs Referate beschäftigen sich mit der Nachkriegszeit. *Strong* schildert Eindrücke über das Leben der Berliner Jugend in den Jahren 1945-49. *Johnston* würdigt seine eigene Rolle bei der Gründung der FU Berlin. Landesschulrat *Bath* gibt (aus Berliner Sicht) einen unkritischen Kurzüberblick über die Geschichte der Kultusminister-Konferenz. *Lawson* skizziert die besonders stark vom Ost-West-Konflikt geprägte Entwicklung des Schulwesens in den Jahren 1945-69. Besondere Aufmerksamkeit widmet er der Auseinandersetzung um die Einheitsschule. Das Schulgesetz vom Juni 1948 sah vor, die nebeneinander bestehenden verschiedenen Schularten aufzuheben und durch eine integrierte und differenzierte Einheitsschule zu ersetzen, die mit dem Kindergarten beginnt und mit der »Reifeprüfung« nach der 12. Klasse endet. Die umstrittene Einheitsschule wurde 1951 endgültig demontiert. Über eine Ausnahme, die Fritz-Karsen-Schule in Berlin-Neukölln, berichtet *Radde*. *Marion Klewitz* zeigt in ihrem Beitrag über Lehrerinnen in Berlin, »wie um die Trennungslinien zwischen Lehrer- und Lehrerinnenbeschäftigung gekämpft wurde und um welchen Preis sich die Integration der Frauen in das Berufsfeld Schule vollzog« (142). In ihrem quellen- und datenreichen Referat erfährt der Leser sowohl Neues als auch über Berlin hinaus Relevantes.

Drei Beiträge gingen nicht aus der Ringvorlesung hervor. In einem Literaturbericht gibt der Herausgeber einen Überblick über regionalspezifische und überregionale Forschungen zur Schulpolitik für den Zeitraum 1945-68. In einem weiteren Beitrag informiert er über die historische Bildungsforschung an der 1978 eingerichteten Arbeitsstelle für die Schulgeschichte Berlins. Der Band schließt mit einem Plädoyer von *Leschinski* für die Erforschung der Berliner Erziehungs- und Schulgeschichte sowie bibliographischen Hinweisen zur Berliner Schulgeschichte.

Die Beiträge informieren über Aspekte der Geschichte des Berliner Schulwesens — aktuelle Probleme werden nicht angesprochen. Die Auswahl erscheint zufällig. Warum wurde ein Beitrag über die Gründung der FU Berlin aufgenommen, das Berufsschulwesen, zum Beispiel, nicht berücksichtigt? Sicher ist es Sache des Heraus-

gebers, Schwerpunkte zu setzen. Nur hätte ich gerne eine Begründung erfahren. Und sicher hätte sich auch eine Möglichkeit gefunden, auf die Forschung zu den Themen hinzuweisen, die nicht berücksichtigt wurden, zum Beispiel auf die beiden Bände der Berliner »Arbeitsgruppe Pädagogisches Museum« über die Schulgeschichte von Minderheiten in Berlin (vgl. *Argument* 167) oder auf die verdienstvolle Arbeit »80 Jahre berufsbildende Schule für Metalltechnik in Berlin« (West-Berlin 1987). Was macht es so schwer, darauf hinzuweisen, daß in Berlin auch außerhalb der Freien Universität über die Berliner Schulgeschichte geforscht wird?

Norbert Franck (Bonn)

Hahn, Kurt: Erziehung und die Krise der Demokratie. Reden, Aufsätze, Briefe eines politischen Pädagogen. Hrsg. v. Michael Knoll. Klett-Cotta, Stuttgart 1986 (112 S., br., 22,- DM)

Am 5. Juni 1986 jährte sich zum hundertsten Mal der Geburtstag des Reformpädagogen Kurt Hahn (nicht zu verwechseln mit dem vormaligen baden-württembergischen Kultusminister Wilhelm Hahn). Obwohl er 1933 nach Großbritannien emigrierte — und dort 1934 die British Salem School und 1941 die Outward Bound Sea School gründete —, geriet Kurt Hahn in den sechziger Jahren in Mißkredit und — noch vor seinem Tode (1974) — bald auch in Vergessenheit. Ursächlich dafür war sein ungebrochenes Eintreten für die Heranbildung von »Verantwortungseliten«, das den Verdacht aufkommen ließ, er sei ein Wegbereiter und womöglich sogar ein Sympathisant des Nationalsozialismus gewesen.

In der Tat macht Hahn es uns Heutigen nicht leicht, ihm zu folgen. Seine strikte Ablehnung jedes auf Egalität gerichteten Denkens, seine Befürwortung einer verantwortungsbewußten, selbstlosen Minderheit als Korrektiv für populistische Anfälligkeiten gegen unverantwortliche Mehrheitsmeinungen, seine gelegentlich biologistische Begrifflichkeit (»Krankheit« und »Verfall« versus »Gesundheit« und »heilende Kräfte«) und seine unnachsichtige Unterscheidung zwischen »Volk« und »Masse« oder gar »Pöbel« stellen Lese- und Toleranzbereitschaft auf eine harte Probe. Der Leser muß in Rechnung stellen, daß es eine gradlinige Entwicklung von einer autoritären zu einer »kindgerechten« Erziehung nicht gab. Wer bei dem Wort »Aristokratie« nicht gleich und nicht nur an preußische Junker oder englische Lords denkt, sondern auch — oder zuerst — an Platons Ideal einer Herrschaft der (moralisch) Besten; wer die Schriften des »politischen Pädagogen« und Befürworters einer »Aristokratie der Bildung« gegen den Strich zu lesen bereit ist, der wird seinen Gewinn daraus ziehen können, und sei es auch nur in der Weise, daß er sein Urteil überprüft.

Da Kurt Hahns Ende der fünfziger Jahre erschienene Schriften (»Die nationale und internationale Aufgabe der Erziehung«, 1958, und »Erziehung zur Verantwortung«, 1959) längst vergriffen sind, bietet die hier vorgestellte Aufsatzsammlung erstmals wieder Gelegenheit, sich aus erster Hand zu informieren. In chronologischer Reihenfolge — beginnend mit einem Brief des Studienanfängers Hahn aus Oxford und endend mit der Dankesrede des Sechundsiebzighährigen anläßlich der Verleihung des Frh. vom Stein-Preises 1962 in Hamburg — präsentiert Michael Knoll, Lehrer an der Schule Schloß Salem, insgesamt vierzehn Reden, Berichte und Memoranden, die ihren Verfasser als den politischen Pädagogen ausweisen, als der Hahn auch in den Lexika durchgängig apostrophiert wird. Schenkt man dem hand-out des Verlags Glauben, dann war die Jubiläumsschrift vorzugsweise für die Anhänger der Hahnschen Reformpädagogik, für Freunde und Förderer der von Hahn gegründeten oder initiierten Internatsschulen, insbesondere für den Kreis der Ehemaligen, Schüler, Eltern und Lehrer der Schule Salem am Bodensee bestimmt gewesen. Doch der

provozierende Titel mit seiner Unterstellung, die parlamentarische Demokratie befinde sich in einer Krise, sowie sein Erscheinen in einem renommierten Verlag weisen über diesen Kreis deutlich hinaus.

Alle, die sich um die Funktionstüchtigkeit des staatlichen Bildungswesens sorgen oder die alarmiert sind von neokonservativen Eliteparolen, sind aufgefordert, sich kundig zu machen über die Motive wie über die praktischen Schlußfolgerungen des streitbaren Humanisten und Liberalen, der früh über den nationalen Rahmen hinausdachte und der nicht resignierte angesichts der Ereignisse, die uns in zwei Weltkriege geführt haben, sondern unbeirrt eine »Erziehung zur Verantwortung« annahmte und selbst tatkräftig vorantrieb. Die Anziehungskraft, die nationalistische Parolen neuerdings, nach mehr als vierzig Jahren demokratischer Erziehung, auf einen Teil der Jugend erschreckenderweise wieder ausüben, muß zu denken geben. Intellektuelle Belehrung und die Aufforderung zu Bekundungen moralischen Abscheus reichen nicht aus. In der dokumentierten Hamburger Rede erinnert Hahn an Joseph Conrads Roman »Lord Jim«, in dem es um das moralische Versagen eines edlen und wohl-erzogenen Seeoffiziers geht: »Er war nie erprobt worden durch Erfahrungen, die seine Widerstandsfähigkeit und Nervenkraft auf die Probe stellten, ebensowenig wie die Echtheit seiner Pose vor anderen und vor sich selber.« Hahns »vorbeugende Kur« sind persönliche Bewährungsproben in Ernstsituationen, wie sie zum Beispiel Rettungsdienste ermöglichen, und »Projekte« — konstruktive Aufgaben, die einem klar definierten Ziel zustreben und also Sorgfalt bei der Planung ebenso verlangen wie Ausdauer bei der Ausführung. Eine »achtungsgebietende Minderheit« würde, so Hahn, schon ausreichen, um in kritischen Situationen Opportunismus und Demagogie Paroli bieten zu können.

Es soll freilich nicht übersehen werden, daß Kurt Hahn, wie viele andere egalitärem Denken abholde Männer damals, von denen hat vereinnahmt werden können, die der Weimarer Republik das Grab geschaufelt haben. Nur wenige waren frei von Ressentiments gegen die 1919 errichtete parlamentarische Demokratie bzw. gegen deren Repräsentanten. Albrecht Lehmann weist in seinem Beitrag »Militär und Militanz zwischen den Weltkriegen« zum Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte (Bd. V, München 1989) darauf hin, daß der dem parlamentarischen System inadäquate Ruf nach einem »Führer« nicht nur auf seiten der Nationalkonservativen und der Nationalsozialisten erscholl, sondern daß auch Sozialdemokraten und Kommunisten nolens volens dem Führerprinzip huldigten. »Golo Mann erinnert sich aus seiner Schülerzeit in Schloß Salem, daß der Pädagoge Kurt Hahn, Gründer und Leiter dieses Landeserziehungsheims und 1918 politischer Berater des Reichskanzlers Prinz Max von Baden, in den zwanziger Jahren immer wieder als ein wichtiges Ziel seiner Pädagogik die Erziehung einer Generation von »Führern« propagierte — besseren als jenen des Kaiserreichs« (410). Bernd Schwiedrzik (Berlin-West)

Duchrow, Ulrich, und Rainer Eckertz (Hrsg.): Die Bundeswehr im Schulunterricht. Ein Prozeß gegen Indoktrinierung. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1988 (196 S., br., 19,80 DM)

Fragen der Sicherheitspolitik, der Funktion der Bundeswehr in der Gesellschaft und der Friedenserziehung waren bis zum Ende der siebziger Jahre in den Schulen der Bundesrepublik Deutschland kaum von Interesse oder Brisanz. Mit dem Erstarren der Friedensbewegung im Kontext des sogenannten »Doppelbeschlusses« und zunehmend schwieriger werdenden Legitimationsproblemen der »Nachrüstungs«-Befürworter, die sich nicht zuletzt darin zeigten, daß immer mehr Schülerinnen und Schüler, aber auch eine steigende Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern sich kritisch

mit der herrschenden Militärpolitik auseinandersetzen, änderte sich diese Situation rapide. In zahlreichen Schulen der Republik war die Auseinandersetzung mit Fragen von »Krieg und Frieden« ins Zentrum des allgemeinen Interesses gelangt, so daß aus der Sicht der Kultusminister der Länder dringender Handlungsbedarf in Richtung auf die Steuerung bzw. ein Containment der wachsenden Kritik an der Militärpolitik, und insbesondere der Rolle der Bundeswehr, bestand.

In dieser Situation preschten die CDU-regierten Länder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mit einem Konzept für eine Verwaltungsvorschrift vor, die die Thematisierung sicherheitspolitischer Fragen im Unterricht regeln sollte. Auf dieses Konzept, dessen Titel »Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht« bereits markierte, welche Präferenzen in der Behandlung der Friedenthematik hier verfolgt wurden, reagierten die SPD-regierten Länder Hessen und Nordrhein-Westfalen mit ihrem Entwurf »Friedenserziehung im Unterricht«, der vergleichsweise offen und kritisch gefaßt war. Nachdem in einem zum Teil erbittert geführten Streit um die Modalitäten der Friedenserziehung in der Schule keine Einigung zwischen den Ländern erzielt werden konnte, setzte Baden-Württemberg seine Verwaltungsvorschrift, in der festgelegt ist, Schule müsse »die Notwendigkeit und den Auftrag der Bundeswehr für die äußere Sicherung unserer Demokratie einsichtig machen«, womit dem entgegenstehende religiöse und ethische Haltungen marginalisiert und diskriminiert werden, einseitig durch.

Der Prozeß, den vier evangelische Familien gegen diese Verwaltungsvorschrift angestrengt haben, ist in diesem Band, der unter anderem theologische, juristische und didaktische Gutachten und Stellungnahmen und im Anhang die für den Streit relevanten Dokumente dokumentiert, er ist eine Fallstudie, und als solche ein Lehrstück, mit dem sich im schulischen und außerschulischen Bereich der politischen Bildung, insbesondere projektartig und interdisziplinär, gut arbeiten läßt. Nicht nur Vertreter einer sogenannten Konflikt-Didaktik finden hier fallstudienartig arrangierte Materialien, sondern auch Theologie-, Rechtskunde-, Geschichts- und Sozialkundelehrer, die eher »immanent« operieren, könnten mit diesem Handbuch, das nicht zuletzt ob seines vertretbaren Preises als »Klassensatz« in jede Schul- und Schülerbibliothek gehört, zeitgemäße politische Bildungsarbeit leisten. Wengleich sich die Klagenden letztendlich nicht haben durchsetzen können — das zuständige Verwaltungsgericht hat die Klage abgewiesen, und der zuständige Verwaltungsgerichtshof wies die Berufung dagegen zurück —, so werten die Kläger die Begründung für die Berufungsrückweisung doch als Teilerfolg, da dort explizit die Notwendigkeit von Toleranz, Offenheit und Zurückhaltung bei der schulischen Bearbeitung der Friedensproblematik gefordert und jeder Indoktrination eine Absage erteilt wird. »Rechtskräftig — aber nicht erledigt«, so lautet denn auch das Fazit der Klagenden, die mit dem hier dokumentierten »Fall« ein Exempel für die Notwendigkeit und mögliche Teilerfolge politischer Partizipation geben.

Das Sachregister ist — aus der Perspektive des praktizierenden Lehrers gesehen — gut geeignet, Suchprozesse und Orientierungen zu erleichtern, insbesondere dann, wenn mit dem Buch unter Beteiligung verschiedener Fächer projektartig gearbeitet wird.

Rolf Schellhase (Münster)

Rolff, Hans-Günter: Bildung im Zeitalter der neuen Technologien. Neue Deutsche Schule Verlagsgesellschaft, Essen 1988 (158 S., br., 16,80 DM)

In dem Band sind elf Aufsätze bzw. Vorträge zusammengestellt. Sie entstanden zwischen 1983 und 1987; die Mehrzahl ist bereits an anderer Stelle veröffentlicht. In fünf Beiträgen geht Rolff Zusammenhänge zwischen Bildung und neuen Technologien

nach. Er schreibt gegen Problemreduzierungen (Computer-Euphorie vs. strikter Ablehnung der »Stationierung« von Computern in der Schule) und gegen die Hektik, mit der die Schuladministration Computer anschafft, ohne nach einem pädagogischen Konzept für den lehrenden und lernenden Umgang mit diesen Technologien zu fragen. Nicht noch mehr Spezialwissen, der »Computerführerschein« oder ein Pflichtfach Informatik, sondern eine breite Allgemeinbildung sind für Rolff die angemessene Konsequenz aus den »Herausforderungen der Informationsgesellschaft«. Und es geht nicht nur um neue Lerninhalte, sondern vor allem um die Lernfähigkeit selbst. Schule muß die veränderten Sozialisationsbedingungen, den »Wandel der Aneignungsweisen von Kindern und Jugendlichen« berücksichtigen (77f.). Langfristig brauchen Bildungseinrichtungen »nicht mehr Informationsvermittlung oder -verarbeitung, sondern mehr konkretes, anschauliches und wirkliches Leben« (39). Eine »informations- und kommunikationstechnische Bildung« ist nicht durch bloße Adaption oder in Konkurrenz zu den neuen Technologien zu entwickeln, sondern im Horizont eines »erneuerten Bildungsverständnisses«, des Bildungsauftrags der Schule. Diese Überlegungen werden konkretisiert in einem Rahmenkonzept »Neue Informations- und Kommunikationstechnologie« in der Schule« (45ff.).

Die Frage, was »Bildung« im »Zeitalter der neuen Technologien« heißen könne, bildet die inhaltliche Klammer der übrigen Beiträge, die sich mit Chancengleichheit, Begabung, Weiterbildung, Organisationsentwicklung und (innerer) Schulreform beschäftigen, mit dem Bielefelder Oberstufen-Kolleg und mit Einstellungen der Bevölkerung zur Bildungs- und Schulreform.

Norbert Franck (Bonn)

Lichtenberg, Hans-Jürgen: Männer für Mädchen — Die Darstellung des anderen Geschlechts in der Jugendzeitschrift *Mädchen* — Eine Inhaltsanalyse. Haag und Herchen, Frankfurt/M. 1987 (125 S., br., 16,80 DM)

Lichtenberger will mit der Publikation seiner abschließenden Hausarbeit im Rahmen des Studiums der Pädagogik und Sozialwissenschaften auf den Mangel an »Untersuchungen zum spezifischen Männerbild« hinweisen und das Angebot an Veröffentlichungen zu geschlechtsspezifischen Problemen erweitern. Er will die Komplexität des Untersuchungsgegenstands bewahren und entscheidet sich für einen qualitativen, inhaltsanalytischen Ansatz. Mit dieser eng an die subjektiven Beurteilungen und Entscheidungen des Autors gekoppelten Herangehensweise will er dem Leser den Nachvollzug seines Forschungsprozesses ermöglichen.

In seiner Darstellung beschäftigt er sich auf rund zehn Seiten mit Aspekten geschlechtsspezifischer Sozialisation, dann folgt ein etwa gleichlanger Abschnitt über Massenkommunikation und Jugendzeitschriften. Den Hauptteil bilden die Kapitel »Die Jugendzeitschrift *Mädchen*« und schließlich »Das Männerbild in der Jugendzeitschrift *Mädchen*«. Im erstgenannten Kapitel trägt er die Untersuchungen verschiedener Autoren zusammen und gibt so einen ausgewählten Überblick über erforschte Unterschiede geschlechtsbedingten Verhaltens (auch wenn der »Zeitgeist« inzwischen wohl auch Männer und Jungen veranlaßte, einem »Schönheitsideal« zu folgen; vgl. 19). Im folgenden Kapitel verliert sich der Autor in der Darstellung von Untersuchungen, die zum Teil schon mehr als zehn Jahre zurückliegen und im Gegensatz zum Anspruch auf Aktualität ihre Aussagekraft im Laufe der Zeit sicher eingebüßt haben dürften. Bei der anschließenden Beschreibung der Zeitschrift erfolgt zunächst die Darstellung eines laut Autor zufällig ausgewählten Exemplars zur Verdeutlichung der inhaltlichen und formalen Aufmachung dieser Publikation. Er blättert Seite für Seite für den Leser durch und beschreibt diese genau; freilich kann er dennoch einen eigenen Eindruck von der Aufmachung nur schwer ersetzen. Bevor er

die Untersuchungen der schwerpunktmäßig ausgewählten Hefte aus den Jahrgängen 1981 und 1986 darlegt, stellt er diesen die auf die Fachliteratur gestützten Vermutungen hinsichtlich der zu erwartenden Darstellung von Männern voran. Beispielsweise erwartet er die Zuordnung bestimmter Eigenschaften zum männlichen Geschlecht (stark, rational, aggressiv, dominant usw.) genauso wie zum weiblichen Geschlecht (schwach, emotional, sich unterordnend usw.); er erwartet die Darstellung des Männlichen als »älter, körperlich größer, selbstbestimmter«, vermutet aber auch, »daß sich die Geschlechtsunterschiede zwischen Mädchen und Jungen gegenüber früher in der letzten Zeit teilweise nivellieren« (61). Daß diesen Erwartungen die Untersuchungsergebnisse grundsätzlich entsprechen, dürfte den Leser nicht sehr überraschen, und so ist die ausführlich aufgezeigte Herangehens- bzw. Forschungsweise das eigentlich Interessante an diesem Buch. Michael Barre (Oldenburg)

Geschichte

Rechtzeitig zur 200jährigen Feier der Großen Revolution haben Historikerinnen bisher unbekannt Quellen, die von der alltäglichen Nahrungsfrage bis zur »großen« Politik reichen, erschlossen. Auf Grund dieser Neuerscheinungen kann die aktive Präsenz von Frauen in den Jahren 1789 bis 1795 auch von der »allgemeinen« Revolutionsgeschichtsschreibung nicht mehr geleugnet werden. Hat sich aber damit unsere Sicht von der Französischen Revolution geändert? Dieser Frage wird in einem der nächsten Besprechungsteile nachgegangen Annette Kuhn

Petersen, Susanne: Die Große Revolution und die Kleinen Leute. Französischer Alltag 1789-1795. Kommentare — Dokumente — Bilder. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1988 (342 S., br., 22,80 DM)

»Wie kann ein Volk wie dieses jemals eine Revolution machen, um die Freiheit zu erlangen?« schrieb der englische Reisende Arthur Young 1789, verzweifelt darüber, daß es in einer großen Provinzhauptstadt Frankreichs keine einzige Zeitung zu kaufen gab. Ein Blick auf die »großen Tage der Revolution« aus der Sicht von Zeitgenossen verdeutlicht, wie das französische Volk seine Revolution dennoch machte.

An Hand vielfältiger Dokumente — Tagebüchern populärer Gestalten, Artikeln aus der Revolutionspresse, Reiseberichten, Petitionen der Bevölkerung an die neugeschaffenen politischen Institutionen, Quellen des Polizei- und Justizapparates sowie sehr schönem Bildmaterial — ermöglicht die Verfasserin Einblicke in wenig beachtete Territorien der Revolution: Unter welchen Bedingungen die Menschen in den Städten oder auf dem Lande lebten, arbeiteten oder sich vergnügten, wie sich ökonomische, politische und kulturelle Veränderungen nach 1789 im Bereich des täglichen Lebens niederschlugen, wie die »kleinen Leute« sich im Wirbel der großen Umwälzungen behaupteten, passiv blieben oder enttäuscht wurden, litten und kämpften, wird anschaulich gemacht. Dabei wird die bisher in allgemeinen Darstellungen zur Revolution vernachlässigte oder in einem separaten Kapitel »angehängte« weibliche Hälfte der Menschheit in die thematischen Schwerpunkte integriert: Verschiedene Texte verdeutlichen die wichtige Rolle der Frauen im Arbeitsleben auf dem Lande und in der Stadt sowie die Probleme arbeitsloser oder alleinstehender Frauen, die auch der alltäglichen Gewalt ihrer männlichen Mitbürger ausgeliefert waren. Zudem werden die Widerstände und Vorurteile aufgezeigt, die jenen Frauen entgegenstanden, die sich öffentlichkeitswirksam für die Emanzipation einsetzten oder sich in die politischen Diskussionen eingeschaltet haben. Das bislang schwer zugängliche Quellenmaterial wird durch ausführliche Kommentare eingeleitet, die das »Alltägliche«

in größere Zusammenhänge rücken: Der Selbstmordversuch eines stellenlosen Dienstmädchens aus Versailles, tägliche Schlägereien vor den Bäckerläden — Vorfälle, die als solche wenig bedeutsam erscheinen, werden zum Spiegel zentraler politischer Auseinandersetzungen. Genau das macht die Lektüre von Susanne Petersens Quellensammlung so spannend. Ihre Alltagsgeschichte der Revolution erschöpft sich nicht in einer bunten Schilderung der »Welt der kleinen Leute«, im Blick auf das »ewig Menschliche«. Die Autorin will den vermeintlichen Gegensatz von Revolution und Alltag in der Dokumentation der alltäglichen Dimension des Politischen, aber auch der politischen Dimension des Alltäglichen beleuchten.

Die ausgewählten Texte dokumentieren, in welchem Umfang der Alltag zur Zeit der Revolution politisiert wurde. Nicht nur wurden kirchlich geprägte Feierlichkeiten wie Hochzeiten, Taufen, Bestattungen durch »republikanische« Zeremonien verdrängt, selbst Spaziergänge und andere Freizeitvergünungen erhielten eine neue Färbung: In einem Pariser Café kommt es 1793 zu einem Streit, weil der Kellner zwei Kunden gesiezt hatte — denn das Duzen war während der Revolutionszeit zum Ausdrucksmittel bewußt egalitär denkender Anhänger der Revolution geworden. Es werden aber auch die alltäglichen Widerstände aufgezeigt, mit denen die traditionsbewußte Landbevölkerung den revolutionären Neuerungen begegnete. Der Wechsel der Perspektive von den »Großen« der Geschichte zu den kleinen Leuten mündet weder in eine Opferschau der Besiegten und Unterdrückten noch in einer Heroisierung des kleinen Mannes und der kleinen Frau. Nicht nur die aktiven Revolutionsanhänger finden Berücksichtigung, sondern auch jene, die sich indifferent verhielten, sich von der Revolution distanzierten oder gar aktiven Widerstand leisteten. Damit werden Einblicke mögliche in die Brüche und Veränderungen, die die revolutionären Neuerungen nach sich zogen, ebenso wie in die Beharrlichkeiten, die diesen auf der konkreten Alltagsebene entgegenstanden.

Kerstin Michalik (Hamburg)

Petersen, Susanne: Marktweiber und Amazonen. Frauen in der Französischen Revolution. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1987 (250 S., br., 16,80 DM)

Große Männer, ihre Ruhmestaten und Verdienste geistern wahrlich genug durch die Geschichtsschreibung — auch während der Französischen Revolution hatte eine solche Sichtweise lange Zeit Hochkonjunktur. Kann es Anliegen der feministischen Forschung sein, ihnen große Frauen an die Seite zu stellen? Die Hamburger Historikerin Rita Bake hat die Frage entschieden verneint. Solche »Powerfrauen« seien »Ausnahmefrauen, aus solchen Lebensläufen ist nichts abzuleiten« (siehe *Der Spiegel* 45/1989).

Aus der Soboul-Schule kommend hat sich Susanne Petersen seit den späten siebziger Jahren mit der »Revolutionsgeschichte von unten« befaßt. Ihre Dissertation »Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik in Paris 1792-1793« (1979) bezeichneten Ruth Ferrari, Annette Kuhn und Wilma Wirtz-Weinrich 1985 als vorzügliche Darstellung der Politik der Sansculotten und Jakobiner in den akuten Versorgungskrisen dieser Zeit, sie bedauerten allerdings das Fehlen einer geschlechtsspezifischen Aufschlüsselung der Aktivitäten und der Handelnden. Nun hat Susanne Petersen ihre Aufmerksamkeit also diesen vergessenen Frauen gewidmet. Bereits seit den siebziger Jahren hatten Historikerinnen es ansatzweise unternommen, Spuren weiblicher Präsenz auch in der Französischen Revolution ausfindig zu machen. Der Blick war zunächst auf politische Akteurinnen gerichtet. So erschien in deutscher Sprache zu nächst die Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin von Olympe de Gouges. Susanne Petersen hat darauf hingewiesen, wie entfernt dieses Konzept »weiblicher Menschen- und Bürgerrechte« von den Interessen auch der Zeitgenossinnen war.

Gleichwohl hat sie in Kapitel 4 (»Auf dem steinigen Weg zur Gleichheit«) die entsprechenden Ausnahmen berücksichtigt. (Neuere Untersuchungen — wie die von Ute Gerhard — richten sich mehr auf den utopischen Gehalt von Olympe de Gouges' Forderungen.) In der Folgezeit wurden hierzulande, aber vorab in Frankreich und im angelsächsischen Raum Arbeiten zu allgemeinen politischen Aktivitäten von Frauen veröffentlicht (vgl. dazu die umfangreiche Literaturliste des Bandes). Eine der Ausnahmen, die mehr den sozialgeschichtlichen Aspekt in den Vordergrund rückten, ist die Studie von Olwen Hufton über den »weiblichen Alltag« in der Französischen Revolution. Susanne Petersen knüpft daran an. Sie stellt zum ersten Mal die soziale Lage der Frauen der unteren Volksschichten in den Mittelpunkt, ohne deshalb den Bezug zu politischen Aktivitäten außer acht zu lassen. Methodisch recurriert sie überwiegend auf klassische Quelleneditionen bzw. zeitgenössische Literatur, komplettiert um Dokumente aus eigenen Recherchen. Das Quellenmaterial wird durch kenntnisreiche Kommentare ergänzt.

Wie Frauen an der Revolution teilgenommen haben, welche Veränderungen sich für sie in den ersten Revolutionsjahren ergaben, welche Erfahrungen sie mit den neu geschaffenen politischen Institutionen machten, ihre Erfolge, ihre Mißerfolge, ja auch ihre Kämpfe untereinander — wie das Beispiel des »Konkardentreits« im September 1793 (Kapitel 9) zeigt —, all dies wird vor dem Hintergrund der Lage der Frauen in Stadt und Land im vorrevolutionären Frankreich nachgezeichnet. Im Zentrum stehen ihre wichtige Rolle in der Familienökonomie (Kapitel 6): die Kämpfe um Brot, aber auch Dokumente, die bezeugen, daß Frauen nicht nur bereit waren, von den knappen, mühsam errungenen Mitteln — für deren Erhalt sie sich nun auch an die neuen Sektionsversammlungen und an die Kommune wandten, lautstark und mit Bittschriften, für die sie Demonstrationen veranstalteten (Kapitel 7) und sich in Volksgesellschaften organisierten — noch etwas für die Vaterlandsverteidiger abzuwickeln, sondern daß ein Teil selbst mit in den Krieg ziehen wollte und einige das auch taten, bis es ihnen verboten wurde.

Wenn auch nicht alle »Mosaiksteine«, die Susanne Petersen zu einem farbigen Bild zusammengestellt hat, erwähnt werden können, so sei doch noch ihre zentrale These hervorgehoben, daß das, was die Frauen auf die Straße brachte, »die Ziele der Revolution selbst« waren. Aber — und das ist entscheidend — indem sie Forderungen aufstellten, indem sie die neuen politischen Institutionen für diese Forderungen nutzten, »verwirklichten sie, wenn auch nur für kurze Zeit, ein Frauenrecht, ohne es explizit als solches einzuklagen: das Recht auf Teilnahme am öffentlichen Leben«.

Elke Harten (West-Berlin)

Harten, Elke, und Hans-Christian Harten: Frauen — Kultur — Revolution 1789-1799. Centaurus Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1989 (352 S., br., 38,- DM)

Der kenntnisreich kommentierte Quellenband liefert Äußerungen und kulturelle Initiativen von revolutionären Zeitgenossinnen, wie sie auch im Revolutionsland erst seit diesem Jahr zu finden sind, dank Elke und Christian Harten. Neben Petitionen und Briefen von Frauen an die Abgeordneten der Nationalversammlungen von 1789 bis 1794 werden Entwürfe von Frauen für Revolutionsfeste dokumentiert sowie patriotische Lieder, Gedichte und sogar ganze Theaterstücke. Besonders interessant sind jene Dokumente, die sich mit weitgehend unbekanntem Projekten zur Hebung der Mädchenerziehung und ersten Realisierungsansätzen befassen.

Ein kleiner Wermutstropfen ist die Komposition. Denn zunächst gilt es, die 100 Seiten starke Einleitung durchzuarbeiten und sich erst dann der 44 Dokumente zu widmen, die auf 250 Seiten die folgenden neuen Aspekte veranschaulichen sollen:

»Neue kulturelle und moralische Ordnung«, »Revolutionsfeste«, »Oden, Hymnen, Lieder«, »Theaterstücke«, »Ästhetische Literatur«, »Kunstwerke«, »Pläne und Programme der Mädchenerziehung«, »Texte für die Moralerziehung« sowie »Die wundersame Geburt einer Tochter der Freiheit«. Dabei schwankt die Einleitung, die auch Bezug nimmt auf die abgedruckten Quellen und diese erläutern will, zwischen generalisierenden Betrachtungen und Detailinformationen, die besser bei der Quelle selbst oder im leider nicht vorhandenen Anmerkungsapparat hätten Platz finden können. Auch ein lobenswertes »Kleines Lexikon« von (31) Künstlerinnen der Revolution »findet sich hier in den Text integriert, gefolgt von einer in dieser Ausführlichkeit im deutschen Sprachraum bislang einmaligen Abhandlung über Mädchenerziehung und Pädagogik, mit denen die Einführung endet (64-100).

Abgesehen von diesen editorischen Mängeln, zu denen manchmal eine ungenaue Datierung kommt, von Fundortangaben oder der nicht vorhandenen Bibliographie ganz zu schweigen, ist der Band ausgesprochen lesenswert und bietet in Kommentar und Dokumentation wirklich Unbekanntes: Olympe de Gouges' Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin war durchaus nicht so einzigartig und auch nicht das radikalste Plädoyer für eine umfassende Gleichstellung von Frauen. Vielmehr findet sich hier ein anonymes Pamphlet, das darüber hinaus eine Umwälzung der männlichen Kultur anstrebt: »Bis in die Kleidung und in die Grammatik hinein soll die geschlechtsspezifische Ungleichheit in der Gesellschaft abgeschafft werden, weil nur so die alltägliche kulturelle Erniedrigung beseitigt werden kann.« (5) Die Zeugnisse aus dem politischen Alltag interessieren aber hier nur am Rande. Es geht dieser Dokumentation vor allem um die »Suche nach der 'republikanischen' Identität der Frau«, um Erklärungen des scheinbar so widersprüchlichen Phänomens der seit dem Spätherbst 1793 forciert betriebenen Verdrängung von Frauen aus dem politischen Leben, die mit der neuen Ideologie der Mutter und der Göttin der Vernunft korrespondiert: »Weibliche Repräsentationen spielten vor allem in den Festen der Jahre 93/94 eine herausragende Rolle; die Frauen waren hier keinesfalls bloß Begleitdekor, deren Aufgabe darin bestanden hätte, die Abläufe zu 'verschönern' und die heroischen Taten der Männer mit patriotischen Hymnen zu feiern. In den Festen der Dechristianisierung, oft auch noch in denen des 'Höchsten Wesens' stand die Frau als Verkörperung der Grundprinzipien und Heilserwartungen der Revolution nicht nur im Mittelpunkt der Inszenierung, sondern zahlreiche Feste wurden auch von den Frauen selbst organisiert.« (20) Das Bild der guten Mutter sei das Synonym für das republikanische Staatswesen schlechthin gewesen, Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit symbolisiert in ihrer Fürsorge und unterschiedslosen Liebe. Sie repräsentiere die neue natürliche, gute Ordnung, sei Quelle der Erneuerung. Insofern — und das ist in Verbindung mit Lieselotte Steinbrüggens Arbeiten zum »Frauenbild« der Aufklärung in seinen divergierenden Ausprägungen schon ein interessanter neuer Aspekt — interpretieren Elke und Christian Harten das revolutionäre Bild der Frau, wie es sich in ihrem Buch dokumentiert findet, durchaus nicht als ersten Schritt auf das bürgerliche Frauenbild des 19. Jahrhunderts. Vielmehr enthalte es »ein deutlich eschatologisches Moment; auf die größere Nähe der Frau zur Unmittelbarkeit der Natur gründen sich die tieferen Erlösungswünsche, die sich in der Revolution, insbesondere in ihren Festen artikulierten« (19).

Susanne Petersen (Hamburg)

Godineau, Dominique: Citoyennes Tricoteuses. Les femmes du peuple à Paris pendant la Révolution française. Editions Alinéa, Paris 1988 (420 S., br., 149,- FF)

»Die Frauen, deren moralische Erziehung gleich null ist, sind weniger aufgeklärt über die politischen Prinzipien als die Männer. Ihre Gegenwart in den Volksgesell-

schaften gäbe folglich jenen Leuten aktiven Anteil an der Regierung, die mehr zu Irrtum und Verführung neigen.« Wie wenig dieses Bild, das der Montagnard Amar im Oktober 1793 zur Begründung des Verbots politischer Frauenclubs zeichnete, der Realität entsprach, legt die Autorin in ihrer materialreichen Studie über die Frauen des Volkes zur Zeit der Französischen Revolution dar. Die in der Historiographie mythenhaft stilisierte Figur der »Tricoteuses«, jener blutrüstigen Strickweiber, die auf den Tribünen der politischen Versammlungen ihr Unwesen trieben oder die Guillotine umlagerten, bewußt aufgreifend, entwickelt Godineau ein differenziertes Bild der politischen Kultur einer »weiblichen Sansculotterie«.

Ausgangspunkt der Untersuchung sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Frauen des Pariser Volksmilieus. Bisher unerschlossene Quellen des Polizei- und Justizapparates vermitteln — ergänzt durch statistisches Material — wichtige Einblicke in die Situation der Frauen in Familie, Partnerschaft und im Arbeitsleben. Die Frauen des Volksmilieus waren keine »Hausfrauen« — Erwerbstätigkeit war nicht die Ausnahme, sondern die Regel. Die Autorin macht deutlich, in welchem Maße die schwierigen Ernährungsaufgaben der Mütter, die Probleme alleinstehender Frauen oder lediger Mütter oder der in »wilder Ehe« lebenden Pariserinnen, die tägliche Arbeit in harten, oft ausgesprochen »unweiblichen« Berufen wie der Metallverarbeitung oder des Druckereiwesens soziale Zielsetzung und politisches Verhalten bestimmten. Durch die Zeilen der Verhöre und Polizeiprotokolle läßt Godineau die Wäscherin, die Verkäuferin, Prostituierte, Näherin und Handwerksfrau ihr tägliches Leben erzählen und führt dabei eindrucksvoll vor, welche neuen Ergebnisse die Quellenanalyse aus veränderter Perspektive ermöglicht: Die Untersuchung eines Wohnungseinbruchs, bei der die Mieterin zu Protokoll gibt, zur Zeit des Vorfalles — wie an jedem Abend — gemeinsam mit ihren Nachbarinnen der Sitzung des Jakobinerclubs beigewohnt zu haben, wird zum Dokument der politischen Kultur jener zahlreichen Frauen, deren Engagement für die Revolution keinen Eingang in die Geschichtsschreibung gefunden hat. Die systematische Darstellung wird im Anhang komplettiert durch 20 Portraits politisch engagierter Frauen. Neben bekannteren Namen wie Pauline Léon und Claire Lacombe werden vor allem weniger spektakuläre Gestalten, deren Leben bisher in den Akten schlummerte, vorgestellt.

In den Sektionsversammlungen, den Volksgesellschaften, politischen Klubs und Revolutionstribunalen ergreifen Frauen — weder mit Wahl- noch Rederecht ausgestattet — das Wort, schalten sich mit Zustimmung- und Mißbilligungsbekundungen in die politische Diskussion ein. Sie finden — auf verschlungenen, oft mit Hindernissen gepflasterten Wegen — Möglichkeiten, die ihnen zugewiesene zweitrangige Position im öffentlichen Leben zu sprengen. Durch lautstarke Zurufe von den Zuschauerbänken oder durch heftige Attacken gegen Händler und Wucherer drücken Frauen, wenn auch auf indirektem Wege, ihren Willen zur Ausübung der Volkssouveränität aus. Denn die politisch engagierten Frauen waren mit dem Widerspruch konfrontiert, »Citoyennes« ohne Rechte zu sein — ob sie in eigenständigen Organisationen mit explizit politischer Zielrichtung aktiv wurden wie die »Revolutionären Republikanerinnen«, ob sie eher unregelmäßig politische Veranstaltungen besuchten oder als »weibliche Volksmannen« in Krisenzeiten durch ihre Teilnahme an den Volkserhebungen hervortraten. Die Französische Revolution hatte mit der Erklärung der Menschenrechte den »Bürger« zum Träger von Rechten gemacht, nicht aber die »Bürgerin«. Wie entscheidend die Situation der rechtlosen »Citoyenne« die politische Praxis der Frauen prägte, verdeutlicht Godineau am Beispiel der starken Affinität der Frauen zum »Terror« und ihres beinahe mystischen Vertrauens in die »Heilige Guillotine«: In seinem politischen Sinngehalt war der Kult der Guillotine eine Form

der Partizipation an politischen Handlungen, eine Art »passive Bewaffnung«, Gegenstück zur Pike der Sansculotten, dem Symbol der Volksmacht. Aus legalen Räumen politischen Engagements ausgeschlossen, war die Präsenz bei den öffentlichen Exekutionen ein symbolischer Weg zur Integration in das souveräne Volk.

Wie langwierig und schwierig der gegen Ende der Revolution einsetzende Prozeß, die Bürgerinnen, denen man bereits 1789 jegliche politischen Rechte abgesprochen hatte, nun auch praktisch aus dem öffentlichen Leben zu verdrängen und — gemäß dem Idealbild Rousseaus, das zu Beginn des 19. Jahrhunderts seinen Triumphzug antreten sollte — auf die häusliche Sphäre einzugrenzen, zeigt Godineau an Hand des politischen Diskurses über die »Natur« der Frau. Die Natur — Ausgangspunkt der Naturrechte — wurde nun bemüht, um die Prinzipien der Gleichheit und der Geschlechterdifferenz theoretisch zu vereinigen.

Die Arbeit Godineaus schließt eine elementare Lücke in der Sansculottenforschung, die sich bisher auf den männlichen Teil der revolutionären Bewegung beschränkt hatte. Zu hoffen ist, daß sie bald auch dem deutschsprachigen Leser/innenkreis zugänglich gemacht wird.

Kerstin Michalik (Hamburg)

Bertaud, Jean-Louis: Alltagsleben während der französischen Revolution. Ploetz Verlag, Freiburg, Würzburg 1989 (256 S., 21 Abb., br., 39,80 DM)

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit — mit dem Jahr 1789 wird eine neue politische Kultur aus der Taufe gehoben. Wie sich diese abstrakten Prinzipien auf der Ebene des täglichen Lebens gleichsam »materialisieren«, es durchdringen und formen, ist Leitfrage der Darstellung. Der Autor läßt ein zu einer ungewöhnlichen Entdeckungsreise, die er in drei große Zeitabschnitte einteilt: die Zeit der Schöpfung, die Zeit der Debatten und Kontroversen und die Zeit der bewaffneten Auseinandersetzungen, des Krieges nach außen und des Terrors gegen Verdächtige und Konterrevolutionäre im Inneren der Republik.

Der Ansatz Bertauds fällt in verschiedener Hinsicht aus dem Rahmen dessen, was hierzulande mit Alltagsgeschichte assoziiert und nicht immer zu Unrecht kritisiert wird: Er richtet den Blick nicht allein auf die unteren Ebenen der sozialen Stufenleiter, sondern unternimmt den Versuch, einen die gesamte Gesellschaft umfassenden Eindruck zu vermitteln. Der Leser/die Leserin findet sich wieder in den Backstuben der Pariser Bäcker, den Wohnungen armer und reicher Bürger, er schaut in die Werkstätten der Schmiede, in denen die Piken der Sans-Culotten, Symbole der Volkssouveränität und Brüderlichkeit, hergestellt werden, aber auch in die Werkstätten der »Meinungsmacher«, in die Redaktionsstuben und Druckereien der Zeitungen, die nach 1789 überall im Lande in großer Zahl entstehen. Man wird begleitet in die Volksgesellschaften, die »Lehrstätten der Demokratie«, in die neuen Schulen der Republik, in die Sitzungen der Sektionsversammlungen und Revolutionskomitees, in die Ausbildungslager der neuen Bürgerarmee, und man wohnt dem Verhör »Verdächtiger« vor dem Revolutionstribunal bei. Plastisch vermittelt wird die große Aufbruchstimmung, die Gründlichkeit des revolutionären Umgestaltungswillens, die weder vor der Kirche noch vor gesellschaftlichen Umgangsformen und der Zeitählung halt machte. Dargelegt wird, wie die von der Nationalversammlung dekretierte Meinungs- und Gedankenfreiheit durch die Medien der Presse, des Theaters und der Chansons, die als Mittel dienten, um breiten Kreisen der Bevölkerung politische Debatten und Konflikte nahezubringen, in die Tat umgesetzt wurde; wie sich in der selbstorganisierten Armenhilfe der Pariser Sektionen ein neuer, vom Ideal der Brüderlichkeit geleiteter Umgang mit den benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft manifestierte, und wie das Verhältnis der Ehepartner durch das neue Scheidungs-

gesetzt zu einem »Akt der sich täglich erneuernden Freiheit« wurde. Dabei wird nicht übersehen, daß auch in der neuen Ära der Freiheit und Gleichheit Jakobiner wie Sansculotten der Meinung waren, daß die Frau ins Haus und nicht in die Politik gehöre. Kritikwürdig ist, daß Bertaud, dem es ansonsten vorbildlich gelingt, eine Alltagsgeschichte unter Einbeziehung verschiedenster Bereiche und sozialer und politischer Gruppen zu präsentieren, die Frauen in einem separaten Abschnitt, gleichermaßen als »Sonderfall«, thematisiert.

Aufgezeigt werden auch die »Schattenseiten« der Revolution. Sowohl das Ausmaß des Terrors, der von einigen neueren Historikern zum innerfranzösischen Völkermord hochstilisiert wird, als auch die Ursachen der großen Anziehungskraft, die öffentliche Hinrichtungen für viele Bürger hatten, werden beleuchtet. Bertaud zeigt auf, wie volkstümliche Gewalt mit der Gewalttätigkeit und Härte der täglichen Lebensbedingungen korrespondierte, und inwieweit der volkstümliche Wille zur Bestrafung und die Bereitschaft, zu radikalen Mittel zu greifen, auch Ausdruck von Angst und Hilflosigkeit angesichts der vermeintlichen oder realen Bedrohung der Errungenschaften der Revolution war.

Die Darstellung ist gut lesbar, die recht eigenwillige Chronologie setzt jedoch ein Publikum voraus, das mit den Daten und Ereignissen der Revolution vertraut ist.

Kerstin Michalik (Hamburg)

Deuber-Mankowsky, Astrid, Ramming, Ulrike und E. Walesca Tielsch (Hrsg.): 1789/1989. Die Revolution hat *nicht* stattgefunden. Dokumentation des V. Symposions der Internationalen Assoziation von Philosophinnen. edition diskord, Tübingen 1989 (320 S., br., 28,- DM)

Gewiß: der Titel ist falsch. Die Revolution hat 1789 stattgefunden — auch für Frauen. In entscheidenden revolutionären Wendepunkten waren die Frauen sogar führend. Zu denken ist an ihre Avantgarderolle am 5./6. Oktober 1789 oder ihren politischen Einsatz beim Sturz der Girondisten im Mai 1793. Die Revolution wandte sich auch gegen die Frauen; sie waren die großen Verliererinnen von 1789. Und dennoch: der Titel ist in einer provokativen Weise zutreffend. Denn das gesellschaftliche Ergebnis dieser Revolution, die patriarchal bürgerliche Gesellschaft, die Geburt des Bürgers bedeutete die politische und theoretische Aufhebung der gesellschaftlichen Ermöglichung der Bürgerin aus eigenem Recht. 1789, besser 1793 signalisierte die Geburt der Pseudo-Bürgerin, der Bürgerin von Ehemanns Gnaden. Der vorliegende Band macht die Dramatik dieses historischen Vorgangs sichtbar. Zu denken ist vor allem an den vorzüglichen Beitrag von Alice Pechriggl, die sich in die Geschichte dieses Widerspruchs dieser anderen Geschichte mit subtilen Beobachtungen hineinbegibt. Ihr Beitrag hat programmatischen Charakter: »'Die Revolution hat nicht stattgefunden' — statt dessen: Zur Bewegung der Frauen zwischen institutierendem Zerplatzen und Platznehmen in einer Stätte, die immer noch fremd ist«.

Aus dieser Sicht ist der Titel des Symposions in West-Berlin zutreffend. Über diesen Widerspruch der Geschichte und der Aufhebung der Geschichte der Frauen der Französischen Revolution nachzudenken, den Ursachen dieses Widerspruchs nachzuspüren und seine Folgen wahrzunehmen — im Guten wie im Bösen: hierin lag die Aufgabe. Eingeleitet wurde das Unternehmen durch den Beitrag von Herta Nagl-Docekal zur feministischen Philosophie; sie eröffnet den Diskurs mit den patriarchalen Erklärungsmodellen. Ob die feministische Philosophie der »patriarchalen Philosophie als Alternative entgegengesetzt werden soll«, kann in der Sicht der Autorin »im Rahmen einer formalen Überlegung wie der vorliegenden nicht geklärt werden« (17). Und dennoch: sie eröffnet einen feministischen Diskurs, der neue Wege und neue

Einsichten erschließt. In nicht weniger als 26 Beiträgen von Philosophinnen, Politologinnen, Philologinnen, Schriftstellerinnen, Historikerinnen wird dieser offene, sehr lebendige, keineswegs widerspruchsfreie Diskurs geführt. Der revolutionäre Frauenanspruch von 1789, der leeren Vernunft der Männer die Kraft der Vernunft von Frauen entgegenzustellen, ist in fast allen Beiträgen präsent. Hatte nicht Olympe de Gouges doch recht, als sie den Männern die Fähigkeit absprach, gerecht zu sein? Der Band gibt zu der ketzerischen Frage wiederholt Anlaß. Antworten auf sie finden sich auch: zwischen den Zeilen.

Barbara Schaeffer-Hegel geht dem »Weiblichkeitsmythos und den patriarchalen Menschenrechtsvorstellungen« im politischen Diskurs um 1789 nach, Lieselotte Steinbrügge trägt ihre vorsichtigen Thesen zur Vernunftkritik und Weiblichkeit in der französischen Aufklärung vor. Die Frage: Ist die Aufklärung in ihrem Universalanspruch ein Vehikel der Frauenbefreiung, auch dann, wenn die Geschlechterdifferenz nicht eigens im Lichte der Aufklärung reflektiert wird, sondern, im Gegenteil, unter ihrem grellen Schein verschwindet, zieht sich leitmotivisch durch andere Beiträge. In sehr grundsätzlicher, feministisch-kritischer Weise geht Christina Kulke ihr nach, indem sie der »Logik patriarchaler Vernunftkritik« nachspürt, um einen »weiblichen Zugriff auf die Dialektik der Aufklärung« zu wagen. Hier gilt es, die männliche Aufklärung mit ihren eigenen Mitteln zu schlagen. Diese Methode führt weiter; sie hat auch in der Geschichte feministischer Wissenschaft eine bemerkenswerte, von Philosophinnen und Historikerinnen erst heute wieder entdeckte Tradition. Auf diese feministischen Vorfahren machen mehrere Beiträge aufmerksam. Zu nennen sind vor allem Elisabeth Strauß' Deutung des Werkes von Margaret Cavendish (»Zur Wissenschaftskritik von M.C.«), Katherine Pepper-Smiths Gedanken zu Mary Astells Konzeption der menschlichen Natur (»Beating a light and frothy mind«) oder Hanna Lauterbach: »Universalistisches Naturrecht und Religionsphilosophie in Bettine von Arnims Schrift 'Die Klosterbeere'«. Plötzlich wird z.B. in dieser Spätschrift von Bettine von Arnim eine vergessene, religionsphilosophische Dimension der Aufklärung sichtbar, wenn etwa Bettine die Vernunftwidrigkeit der aufgeklärten Forderung der »Bekehrung« der Juden zur Vernunft aufdeckt. Hanna Lauterbach sieht »das seltene, möglicherweise einmalige Dokument einer Apologie des Judentums aus dem Munde einer nicht-jüdischen Frau« (212). Diese Beispiele neuer, vernünftiger Fraueneinsichten, vermittelt durch gebildete, an den Frauenentrechtungen leidenden Frauen der Frühaufklärung und der Romantik, lassen sich an Hand der Lektüre mehren. Am Anfang steht der Beitrag der Ehrenvorsitzenden und Mitbegründerin der IAPH: »Die Rolle der 'häuslichen Freiheit' bei der neuzeitlichen Demokratisierung von Ehe und Familie im eigenen Erfahrungshorizont des zeitgenössischen Philosophinnen-Philosophen-Ehepaares«. Eine heilsame Lektüre gerade für die gegenwärtige Diskussion unter Feministinnen in der BRD, die noch in dem Ideologiewust des 19. Jahrhunderts befangen sind.

Mit dieser Veröffentlichung treten wir in einen offenen Dialog mit den Teilnehmerinnen des Symposions, die alle aus der Betroffenheit von Frauen durch das Jahr 1789 heraus sprechen, die allerdings von dem Sieg des Familienvaters und des männlichen bürgerlichen Subjekts von 1789 in einer sehr unterschiedlichen Weise betroffen sind. Die Erfahrung der »Schändung von Menschenrechten von Frauen« (so Hannelore Schröder in ihrem Beitrag »Absolutistisches Subjekt contra 'subjektloses Subjekt' oder Objekt Pornographie — Schändung von Menschenrechten von Frauen«) ist allen Verfasserinnen gemeinsam. In vielen Beiträgen ist die Wut, die Empörung und die Trauer spürbar. Ursula Pia Jauch beginnt ihr Referat zum Thema: »Männliches Sittengesetz — weibliche Sitz-Samkeit: akute Reflexionen zu einem philosophischen

Dauerbrenner« mit dem Satz: »Beim Vorbereiten dieses Referats hat mich eine seltsame Wehmut befallen« (38). Hier liegt die Stärke dieser Beiträge: der bequemen Abspaltung von Gefühlen und Vernunft wird in intellektueller Redlichkeit widerstanden, auch wenn es weh tut und Mut und Kraft kostet. Die Mühe wird aber belohnt. Denn hier entstehen neue »Sachbezüge«, andere kulturelle Objektivationen, alternative Denkrichtungen und vor allem andere moralische Entscheidungskriterien. Zwar steht in vielen Beiträgen das harte Abarbeiten feministischer Wissenschaftlerinnen an den männlichen Objektivationen im Vordergrund. Dieses dürre, sich geistig Abrackern an den entsinnlichten Vernunftkonstruktionen wird den Feministinnen nicht erspart bleiben. Das wird u.a. am Beitrag von Brigitte Weisshaupt »Schatten des Geschlechts über der Vernunft« deutlich. Dennoch vermag auch sie »weibliches Denken, d.h. Aufklärung, die Aufklärung verändert, philosophisch zu begründen. Sie spricht hier von dem »Sensitiver-Werden der Vernunft« (298). Durch andere, vor allem politisch bestimmte Vermittlungswege gelingt es den Feministinnen aus Mailand (Libreria delle donne di Milano) aufzuzeigen, »wie weibliche Freiheit entsteht« (254).

Die Stärke des Buches ist die Vielfalt der aufgezeigten Wege. Denn Frauen müssen nicht nur ihre eigenen kulturellen Normen, ihre eigenen vernünftigen Denkwege wieder entdecken. Sie müssen auch ihre Sprache wiederfinden. Elfriede Huber-Abrahamowicz' Wiedergabe des »analogisch-intuitiven Denkens in Robin Morgans 'Anatomie der Freiheit'« ist ein beglückendes Beispiel der Erschließung der befreienden Sprache von Frauen; eine Sprachschöpfung, die nichts mit den dunklen braunen Sprachmythen eines Heidegger zu schaffen hat. Auch in dem freien Philosophieren »Über das Revolutionäre« von Margaretha Huber ist die Revolution von 1789, die nicht stattfand, wieder präsent, allerdings auch in ihren Beschneidungen, die bis in die feministischen Utopien hineindringen (dazu: Ulla Zöhler-Ernst: »Von der Sinnefeindlichkeit so mancher utopischer Modelle. Charlotte Perkins Gilman und die Frauen in 'Herland'«), aber auch in ihren realutopischen Möglichkeiten. Kurzum: eine wichtige Veröffentlichung. Annette Kuhn (Bonn)

Davis, Natalie Zemon: Frauen und Gesellschaft am Beginn der Neuzeit. Aus dem Amerikanischen von Wolfgang Kaiser. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1989 (171 S., br., 12,80 DM)

N.Z. Davis ist hochdekoriert (allein sechs europäische und US-amerikanische Ehrendoktorate), ihre Werke sind mittlerweile überwiegend auf deutsch zugänglich, und sie scheint eine Werkstatt zu betreiben, in der Geschichte zu Geschichten aufsteigt. Sechs der sieben Beiträge berichten über das 16. Jahrhundert an ausgesuchten Orten in Frankreich: Lyon (als das Städtische), das Hôtel-Dieu in Lyon, Väter und Kinder durch die Brille von Montaigne betrachtet, Bildung und Freiheit, Veränderungen des Familienlebens. Ganz leichthändig breitet sie die Quellen aus, unermesslich scheint der schriftliche Reichtum, aus dem sie schöpfen kann; Orte werden vorstellbar, fast sind sie riechbar. Unendlich könnte es so weitergehen. So untersucht sie, »wie eng das Heilige und das Profane, körperliche Krankheit und sexuelles Vergnügen Ende der dreißiger und Anfang der vierziger Jahre des 16. Jahrhunderts ... im Hôtel-Dieu von Lyon beieinander lagen.« (93) Und genau das — und nichts mehr — tut sie. Das ist spannend zu lesen, witzig manchmal — z.B. wenn weibliche Listen vorgestellt werden —, aber auch beliebig. Sie resümiert selbst, daß sie nur »flüchtige Einblicke« in die »von Ehevertrag und Bordellkommerz ... unabhängige Sexualkultur« gibt. Da die Personen des Vorfalles genau benannt und beschrieben werden, bleibt der Eindruck des Zufälligen, das die *Struktur* von Handlungen nicht freilegt.

Davis macht auch »Vorschläge für eine neue Frauengeschichte« (117ff.), die zunächst dadurch hervorstechen, daß die Autorin einen kurzen Abriss gibt, welche Arten von Geschichtsschreibungen es schon gab — sie reichen bis ins erste Jahrhundert zurück. Es werden moderne Forschungsergebnisse über die Haushaltsgröße referiert, die bis jetzt noch nicht in der soziologischen Diskussion angekommen sind und die »die alte These über den historischen Übergang in Europa von 'Groß-' zur 'Kernfamilie' zusammenbrechen lassen ...« (123). Ihr Ziel ist es, »zu erklären, warum Geschlechterrollen manchmal genau vorgeschrieben und manchmal fließend, manchmal entschieden asymmetrisch und manchmal gerechter waren« (126). Zudem möchte sie andere Periodisierungsvorschläge machen; z.B. mag es »manchmal wichtiger sein, Perioden zu nehmen, die durch wichtige demographische Veränderungen oder bedeutende Änderungen in der sexuellen Praxis gekennzeichnet werden« (131). Und drittens fragt sie, »ob eine Entdifferenzierung der Welten des Kindergebärens, der Produktion und der politischen Macht, eine Vereinfachung der Orte, an denen unser Leben abläuft, nicht zu *diesem* historischen Zeitpunkt ein nützlicher Schritt zu mehr Autonomie für beide Geschlechter sein könnte« (132). Aber sie bleibt bei ihren Vorstößen die Antworten — oder nur weitergehende Vermutungen — schuldig.

Die Übersetzung ist manchmal ärgerlich, weil sie den Sinn verstellt: so z.B. bleibt dunkel, was »die Bedeutung der *Geschlechter* von Geschlechtsgruppen« (126) sein kann. Insgesamt aber ist es ein informatives Buch mit einer Unzahl von Quellenangaben.

Kornelia Hauser (Bielefeld)

Soziale Bewegungen und Politik

Bednarz-Braun, Iris: Neue Techniken und Gewerkschafterinnen. Zur Technikdiskussion gewerkschaftlich organisierter Frauen in der Metallbranche. DJJ Forschungsbericht. Verlag Deutsches Jugendinstitut, München 1989 (101 S., br., 16,- DM)

Im Spannungsfeld langsam ansteigender Frauenerwerbstätigkeit, zugleich größerer Gefährdung von Frauenarbeitsplätzen durch neue Technologie und der frauenspezifischen Schwierigkeit, in qualifizierteren Arbeitsplätzen überhaupt Fuß zu fassen, untersucht die Autorin die Politik um die Frauenerwerbstätigkeit über drei Jahrzehnte. Es geht ihr um eine Entwicklung von Handlungsstrategien. Die gewerkschaftlichen Erfahrungen im Kampf um Frauenarbeitsplätze sind ein Hauptbezugspunkt und die Protokolle der Frauenkonferenzen wesentliche Informationsquelle. Die Untersuchung beschränkt sich auf den Metallbereich.

Die Studie ist für jede Frauenarbeitspolitik nützlich und ebenso wichtig für Frauenforschung in diesem Bereich. Man findet Zahlen zur Frauenerwerbsarbeit und zum Anteil ausländischer Frauen sorgfältig zusammengestellt und vorsichtig ins Verhältnis gesetzt zur Entwicklung der Technologie wie zur wirtschaftlichen Lage. Erwartungsgemäß findet sich ein Ansteigen weiblicher Erwerbsarbeit in der Phase der Konjunktur bis Anfang der sechziger Jahre. Der zusehends prekäreren Lage der Frauen entspricht eine relativ kraftlose Politik der Interessenvertreterinnen. Die Autorin stellt Zitate aus den Frauenkonferenzen vor, die erst ab Ende der siebziger Jahre energisch gegen die allgemeinen gewerkschaftlichen Versuche, männliche Arbeitsplätze auf Kosten von Frauen zu sichern, Gegenforderungen aufstellen. I. Bednarz-Braun bündelt die Stellungnahmen aus den Protokollen der Frauenkonferenzen zu spezifischen Auseinandersetzungsmustern: die Frage der Technikeinstellung von Frauen, die ihre Durchsetzungsfähigkeit im Betrieb mitbestimmen, wird erweitert um

die Problematik der Geschlechterverhältnisse. Sie zeigt, daß die Frauen aus der Gewerkschaft schon früh Frauenarbeitslosigkeit nicht nur den wirtschaftlichen Krisen, sondern auch der Spezifik der technologischen Veränderung von Frauenarbeitsplätzen zuschrieben. Die marginale Stellung der in der Metallindustrie beschäftigten Frauen (trotz hohen Anteils an der Gesamtbelegschaft) in bezug auf Löhne, Qualifikation und innerbetriebliche Hierarchie bestimmen nach Ansicht der Autorin die pessimistischen Einschätzungen der Gewerkschaftsfrauen zu den Perspektiven der Frauen bei fortschreitender Technologieentwicklung und damit eine gewisse Mutlosigkeit bei der Interessenvertretung. Diese sei über Jahrzehnte bestimmt gewesen von Schutzbildungen der Abmilderung von Gefahren (89). Erst Anfang der achtziger Jahre hätten die Gewerkschaftsfrauen begonnen, Mitgestaltungskonzepte vorzulegen, die die besonderen Interessen von Frauen berücksichtigen (Frauenförderpläne). »Es geht vor allem darum, strukturelle Rahmenbedingungen so zu verändern, daß auch Frauen zu den 'Rationalisierungsgewinnern' gehören können.« (90) Diese interessante Änderung in der Politik der Gewerkschaftsfrauen schreibt sie der Erfahrung mit den männlichen Kollegen zu. Die lange Zeit der Versuche, Gewerkschaftsmänner für Frauenforderungen zu gewinnen, hatte zu einer erfolglosen Politik der Einbettung von Frauenforderungen in allgemeine Forderungen — wesentlich die Verkürzung der Gesamtarbeitszeit, Mitbestimmung und Investitionslenkung — geführt. Die Erfolglosigkeit ihrer Zugeständnisse entthob die Gewerkschaftsfrauen schließlich ihrer einseitigen Solidarität mit den männlichen Kollegen. An die Stelle traten Kritik, Konflikte, die Veröffentlichung von Gegensätzen. Vorsichtig beschließt I. Bednarz-Braun ihre Studie mit der Hoffnung auf eine Verschärfung dieser Kämpfe unter den weiblichen und männlichen Gewerkschaftern — z.B. durch Quotierung von Arbeitsplätzen — als Grundlage für eine kraftvollere Gewerkschaftspolitik für beide Geschlechter (92).

Das Buch ist ein wichtiges Arbeitsmittel, gegen das ich nur einen kritischen Einwand vorbringen möchte, der zunächst rein sprachlich anmutet. Immer wieder ist die Rede von den »Wirkungen« neuer Technologie auf Arbeitsplätze (so u.a. auf Seite 7, 10, 14, 15, 21, 27, 29, 48, 69, 86). Diese Redeweise kennzeichnet sowohl die Stellungen der Gewerkschafterinnen als auch die Schreibweise der Autorin. Ich denke, daß in dieser Logik der *Wirkungen* die kraftlose Politik des »Schutzes und der Abmilderung« beschlossen liegt, die die Autorin zu Recht kritisch sieht. Nimmt doch der Blick auf die *Wirkungen* von Technologien geradezu zwangsläufig einen Automatismus an, der die interessierten Akteure auf beiden Seiten ausblendet. Wie anders müßte die Geschichte der Veränderung der Arbeit durch neue Technologien geschrieben werden, ginge man davon aus, daß die Technik von Menschen gemacht, ebenso wie ihr spezifischer Einsatz von Managern angeordnet ist; daß es der arbeitenden Menschen bedarf, die sich diese Bedingungen aneignen, sich widersetzen, sie verbessern usw. Diese Gedanken stehen an und für sich nicht im Widerstreit zu den Auffassungen der Autorin oder zu denen der Gewerkschaftsfrauen. Beider Interesse ist es zudem, Handlungsstrategien zu finden. Der Vorschlag, die mechanische Redeweise von der *Wirkung* der Technologie in ihrer subjektlosen Anonymität jeweils zu ersetzen durch die Nennung der Täter auf den verschiedenen Seiten des Kampfplatzes, kann daher auf fruchtbaren Boden fallen. Er bedarf zwar zusätzlicher konkreter Forschung; aber die Geschichtsschreibung über die Arbeit würde die Dynamik erhalten, die für politische Eingriffe notwendig ist.

Frigga Haug (West-Berlin)

Dirks, Walter: Sagen was ist. Politische Publizistik 1950-1968. Gesammelte Schriften, Band 5, Hrsg. von Fritz Boll, Ulrich Bröckling und Karl Prünn. M. e. Vorwort v. Walter Dirks u. e. Einleitung v. Ulrich Bröckling. Ammann Verlag, Zürich 1988 (360 S., br., 39,80 DM)

18 der 31 Aufsätze diskutieren die politischen Kontroversen in der Aufbauphase der BRD, die im Jahre 1956 einen ersten politischen Abschluß fand mit der Angliederung des Saarlandes und der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht: Westorientierung der BRD und europäische Integration, Remilitarisierung und Wiedervereinigung, das Nachleben faschistischer Tendenzen in der Demokratie und die Formen legitimer Partizipation im politischen Prozeß. Dirks' Position in der Frage der Wiedervereinigung läßt die zentralen Werte erkennen, an denen seine politischen Stellungnahmen orientiert sind: »Weder eine formale Neutralität noch auch die deutsche Einheit sind letzte Werte ... es käme darauf an, ob die unbekannte Lösung, die das Wort 'Neutralisierung' ansteuert, der Freiheit und dem Frieden dienen würde oder nicht.« (87) Dirks mahnt die Deutschen, die »schwere Mühe der Freiheit« (122) und die harte »Arbeit am Frieden« (47) auf sich zu nehmen, fordert die Herstellung politischer Öffentlichkeit im Staat (44, 210), aber auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung (53), und rät zu beständiger »demokratischer Wachsamkeit« (200).

Dirks optiert für die europäische Einigung und für Europa als »dritte Macht« (44) als ein wesentliches Mittel, die Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion zu entschärfen. Er wendet sich damit gegen die Nationalstaatskonzeption der Schumacher-SPD. Er wendet sich aber auch gegen ein Europa, das von »militärischen Notwendigkeiten und Schein-Notwendigkeiten« aus organisiert ist, statt »von seinem wirtschaftlichen und sozialen Leben her«: zuerst gelte es, schreibt Dirks 1952, ein europäisches Parlament, eine europäische Regierung und einen europäischen Gerichtshof zu etablieren, erst dann solle über eine europäische Armee und den deutschen Beitrag hierzu diskutiert werden (112). Die Frage der deutschen Wiederbewaffnung ist ein zentrales Anliegen in Dirks' politischer Publizistik, und er beschreibt im Vorwort zu dem vorliegenden Band die Stufen seiner Haltung zur Remilitarisierung: »Kein deutscher Wehrbeitrag; ein Beitrag nur im Rahmen einer europäischen Armee; wenn schon deutsche Soldaten, dann ohne Wehrpflicht; wenn schon Wehrpflicht, dann 'innere Führung'.« (11)

Die zeitgeschichtlich interessierten Leser sowie all diejenigen, die angesichts der Reformprozesse in der DDR und in Osteuropa zu einer eigenständigen Beurteilung der »deutschen Frage« gelangen wollen, werden von der Lektüre dieser Aufsätze profitieren. Die Einleitung von Ulrich Bröckling sowie die zahlreichen Anmerkungen der Herausgeber zu den einzelnen Kapiteln ermöglichen eine klare geschichtliche Einordnung der bezogenen politischen Positionen. Andererseits ist festzustellen, daß diese Texte als journalistische Einmischungen »für den Tag« geschrieben wurden. Als solche sind sie ein wichtiger Bestandteil der »politischen Kultur« der fünfziger Jahre und als solche für die politikwissenschaftliche Forschung erschließbar. Aber diese Tagesbezogenheit, und damit die Bezugnahme auf eine bestimmte Leserschaft, hat Rückwirkungen auf den Erklärungsansatz. In keinem der vorliegenden Aufsätze wird die kapitalistische Dimension der westdeutschen Restauration analysiert. Eine solche Analyse der Machtstrukturen der kapitalistischen bundesdeutschen Gesellschaft hätte auch eine Diskussion des globalen Hegemonieanspruchs der USA erfordert; es wäre zu fragen gewesen, inwieweit die amerikanische Strategie der Beherrschung des Weltmarktes die kapitalistische Restauration wie auch die Remilitarisierung der BRD mitbedingte. Ebenso wäre zu untersuchen gewesen, welche Chance für ein soziales und demokratisches Europa als »dritte Macht« angesichts der

geopolitischen, wirtschaftlichen und ideologischen Konfrontation der Supermächte bestand. Eine angemessene Analyse der bundesdeutschen Restauration müßte deshalb sowohl die Ebene interner (sozio-ökonomischer und politischer) Machtstrukturen wie auch die internationaler (weltwirtschaftlicher und geopolitischer) Machtstrukturen und deren wechselseitige Determinierung untersuchen.

Roland Axtmann (Aberdeen)

Blumenwitz, Dieter, und Gottfried Ziegler (Hrsg.): Das deutsche Volk und seine staatliche Gestalt. Verlag Wissenschaft und Politik, Köln 1988

(142 S., br., 24,- DM)

Nach wie vor (und erst recht durch die Öffnung der Grenzen der DDR) ist die »deutsche Frage« virulent, ungeachtet der 1972 erfolgten staatsrechtlichen Anerkennung der »Ostzone« als selbständigem staatlichem Gebilde. Selbst in der Erklärung der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages vom 6.11.1984 (Ziff.12) hieß es: »Die deutsche Nation ist eine von der Teilung unabhängige Realität, die sich in dem Zusammengehörigkeitsgefühl der Menschen in beiden deutschen Staaten ausdrückt.« Grundlage bilden so indifferente Begriffe wie »Volk« und »Nation«, eine Indifferenz, die, wie im vorliegenden Band, dem manipulativen Einsatz durch eine revanchistisch, ordoliberal-antikommunistisch orientierte Autorenschaft entgegenkommt. Wo nicht revanchistisch, leidet die Debatte unter partiellem Wahrnehmungsverlust gerade dort, wo dem der Präambel des Grundgesetzes entnommenen Wiedervereinigungsgebot de facto eine Reihe grundlegender »Systemdifferenzen« gegenüberstehen, deren politische — nicht: militärische — Eliminierung sich, da sich diese Differenzen insbesondere auf methodologische und politische Eckpfeiler der jeweiligen Verfassungsdoktrin unter besonderer Bedeutung unterschiedlicher Grundwertorientierungen beziehen, als vergleichsweise schwierig erweisen dürfte.

Dessen ungeachtet rückt *Otto Luchterhand* (»Grundrechte und Grundpflichten im geteilten Deutschland«) die jeweiligen verfassungsmäßig gewährleisteten Rechte in das Zentrum, ohne die unterschiedliche sozialökonomisch fundierte Logik des Entstehungs- und Geltungszusammenhangs von Grundrechten zu würdigen. Der Autor kommt zum Schluß, daß sich das Grundrechtsschrifttum der DDR als »Polemik gegenüber dem 'bürgerlichen' Grundrechtsverständnis« verstehe, was dazu berechtige, vom »unfruchtbaren Propagandacharakter dieser Literaturgattung« (37) zu sprechen. Luchterhand mißt Grundrechte eines sozialistischen Staates mit dem begrifflichen Instrumentarium des liberalen Grundrechtskatalogs, um, jegliche Befassung mit unterschiedlichen Besetzungsmodi der Höchstgerichte, unterschiedlicher demokratischer Legitimation und unterschiedlicher Kompetenzen penibel aussparend, zum Schluß zu kommen, daß die Grundrechte der DDR-Verfassung »durch offene Verfassungs- und Gesetzesvorbehalte und fehlende gerichtliche Rechtsschutzmöglichkeiten uneingeschränkt zur Disposition der Staatsgewalt gestellt« (41) sind. Eine Reihe weiterer Spekulationen dieser Art kulminieren in der These, die DDR sei von inferiorer staatsrechtlicher Qualität, was sich insbesondere an ihrem Menschenrechtsverständnis zeige, weil diese dem individual- und subjektivrechtlichen Ansatz der bundesdeutschen Völkerrechtslehre unverträglich sei.

Auch *Gottfried Ziegler* (»Staats- und Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland«) verläßt den Boden gesicherter Erkenntnis, wenn er darauf verweist, daß sich die BRD gemäß Art. 146 GG als Provisorium bis zur Verabschiedung einer gesamtdeutschen Verfassung statuiert hat, und hierfür die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ins Treffen führt, derzufolge der Präambel des Grundgesetzes rechtliche Qualität insofern zukomme, als »keine Rechtsposition aus dem

Grundgesetz, die der Wiedervereinigung auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung des deutschen Volkes dienlich ist, aufgegeben werden (darf) und kein mit dem Grundgesetz unvereinbares Rechtsinstrument unter Beteiligung der Verfassungsorgane der BRD geschaffen werden (darf), das der Bemühung der Bundesregierung um Wiedervereinigung entgegengehalten werden kann.« (BVerfGE 36, 1; 24) Daraus aber läßt sich nur die Pflicht ableiten, auf verfassungsrechtlicher Ebene die Option einer Wiedervereinigung nicht zu unterbinden; umgekehrt aber steht Art. 146 GG einer deutschen Staatsbildung nicht im Wege. Ziegler nun leitet hiervon aber die prinzipielle *Offenheit* der deutschen Frage ab, wenn er aus einem *Verbot ein Gebot* konstruiert und anmerkt: »Eine Normalisierung i.S. der Herstellung gleichberechtigter Beziehung zwischen souveränen deutschen Staaten ist hier noch im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ausgeschlossen«.

Die Autoren bemüßigen sich, die strukturelle Überlegenheit der »streitbaren Demokratie« der BRD — vorgeblich greifbar an der Institutionalisierung des Freiheits- und Gleichheitssatzes, an der verfassungsgesetzlich gewährleisteten Würde des Menschen, am Sozialstaatsgebot sowie an einer Reihe weiterer bürgerlich-rechtsstaatlicher Doktrinen und Elemente eines positivistisch verstandenen Stufenbaus der Rechtsordnung — als Beweis für die Überlegenheit der freien Marktwirtschaft ins Treffen zu führen. »Die *soziale Komponente* unserer Marktwirtschaft zeigt sich auch im Kartellrecht auf europäischer und deutscher Ebene, im Aufsichtswesen über die Bonität und Einlagensicherheit der die Ersparnisse der Bürger verwaltenden Banken und Sparkassen, in der Förderung der Ersparnisbildung, dem Bausparen, den Privatisierungsrunden und der progressiven Staffelung der Steuersätze, welche etwa in der DDR in dieser Allgemeinheit unbekannt ist« (70). Es entbehrt nicht einer gewissen Originalität, einer nichtkapitalistischen Gesellschaft die fehlende Regulierung kapitalistischer Konzentrationskontrolle vorzuhalten. Freie Marktwirtschaft und bürgerlich-rechtsstaatliche Verfaßtheit werden auf dieser Ebene der »Systemauseinandersetzung« gleichsam als eine höhere Entwicklungsstufe staatsrechtlicher Entwicklung definiert. Daraus erst legitimiert sich ein parakolonialer Einverleibungsanspruch, dessen Denkansatz zwingend darauf hinausläuft, wesentliche Bestandteile der Ostverträge zu eliminieren oder möglichst restriktiv auszulegen.

Dieter Blumenwitz (»Die staatliche Gestalt Deutschlands — Möglichkeiten einer Reorganisation«) redefiniert deshalb die Ostverträge als interimistische, worin die BRD »keine förmliche völkerrechtliche Anerkennung des bestehenden beiderseitigen Besitzstandes aus(spricht)«; darüber hinaus korrespondiert dem Verzicht auf Gebietsansprüche dezidiert kein Gewaltverzicht: »die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland *nicht* [Hervorh. N.D.] vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für heute bestehende Grenzen« (121). *Herbert Czaja* polemisiert in seinem Schlußwort unter Verweis auf ein »christliches Hoffen« angesichts des grundlegenden politischen Wandels in den sozialistischen Ländern, »das der Marxismus-Leninismus ... jetzt wieder mit Zuckerbrot und Show (arbeitet), mit Umarmungen für die obersten Führungskräfte und für die öffentliche Meinung. (...) Es bleibt abzuwarten, ob für mehr Menschenrecht und Entspannung dauerhaft gehandelt oder mit Zuckerbrot und Freundlichkeit die Hegemonie gefestigt werden soll« (131f.). So soll die Option auf eine gesamtdeutsche Endlösung bei gleichzeitigem Nicht-Verzicht auf Gewalt aufrecht erhalten bleiben, muß eine diffuse Kapitalismusapologetik einer Staatsrechtslehre assistieren, deren Selbstverständnis zu sein scheint, hinter grundlegende Vertrauenstatbestände des Völkerrechts zurückzugehen.

Nikolaus Dimmel (Salzburg)

Spo, Eckart (Hrsg.): Wie weiter? Plädoyers für eine sozialistische Bundesrepublik. Verlag am Galgenberg, Hamburg 1988 (200 S., br., 19,80 DM)

Ist sozialistische Politik in der Bundesrepublik heute noch notwendig und möglich? Über vierzig Beiträge im Spektrum vom linken Flügel der SPD und der Gewerkschaften bis zur »fundamentalistischen« Strömung der Grünen und zur DKP versuchen eine Antwort. Waren im 19. und frühen 20. Jahrhundert krasse Armut und politische Rechtlosigkeit die entscheidenden Motive, so treten heute neue Probleme in den Vordergrund. *Jutta Dittfurth* etwa setzt sich mit einer vermeintlichen Naturbeherrschung auseinander, die inzwischen zur Bedrohung für das Überleben der Menschheit geworden ist, *Erich Wulff* kritisiert die Orientierung der Medizin auf die Beseitigung von Gesundheitsschäden (statt auf ihre Verhinderung) und *Detlef Henschel* schreibt über die wirtschaftlichen Machtstrukturen auf den »Kommunikationsmärkten«. Andere Beiträge nennen weitere Konfliktbereiche: Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise — allein in den Industrieländern gibt es über 40 Millionen Arbeitslose; Abbau sozialer Sicherungen und Abdrängung immer größerer Bevölkerungsgruppen an den Rand der Gesellschaft; der weiterhin anarchische und irrationale Charakter der kapitalistischen Produktionsweise; der Umschlag von Produktivkräften in Destruktivkräfte, wenn gleichsam mit der einen Hand Wohlstand geschaffen und mit der anderen seine natürlichen Voraussetzungen zerstört werden oder wenn Automatisierung der Produktion nicht zu mehr freier Zeit für alle, sondern zu Arbeitslosigkeit führt; Ressourcenverschwendung und Bedrohung durch gigantische Aufrüstung; ständig zunehmende Konzentration von wirtschaftlicher Macht auf großer Stufenleiter (transnationale Konzerne, EG-Binnenmarkt etc.); Ausplünderung der Dritten Welt durch den Neokolonialismus des »Schuldenmanagements«. Sozialistische Kritik bezieht sich im Kern nach wie vor auf das privatwirtschaftliche Gewinninteresse als Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Die strukturbestimmenden Investitionsentscheidungen werden, wie *Jörg Huffschmid* hervorhebt, nach wie vor von einer verschwindend kleinen Zahl von Personen getroffen, nämlich den Kapitaleigentümern und Topmanagern der großen Industrie-, Handels- und Bankkonzerne.

Der Sozialismus hat keine Perspektive, wenn er sich nicht mit seiner realen Vergangenheit und Gegenwart auseinandersetzt. Der »Sozialismus« der Ära Stalin oder Breschnew war faktisch die unkontrollierte, z.T. offen terroristische Herrschaft einer Schicht von Bürokraten. Mit dieser Problematik beschäftigen sich etwa die Beiträge von *Wolfgang Fritz Haug* und von *Erasmus Schöfer*. Wurde hier der Sozialismus (wie er von Marx, Lenin, Rosa Luxemburg u.a. projiziert war) zur Karikatur verzerrt, so haben sich die sozialdemokratischen Parteien des Westens — allen Verlautbarungen zum Trotz — längst von sozialistischen Zielen gelöst.

»Warum haben Sozialisten in der Bundesrepublik so wenig Erfolg?« fragt *Detlev Albers*. Als hauptsächliche Faktoren werden von ihm und anderen Autoren (u.a. *Max von der Grün* und *Oskar Negt*) analysiert: die Tradition des »Antisozialismus von Staats wegen«, vom Kaiserreich über den Faschismus zum Kalten Krieg und Radikalerlaß der siebziger Jahre; der hohe Lebensstandard großer Bevölkerungsgruppen; die Abschreckung durch den »realen Sozialismus«; die Anpassung der SPD an die Logik der kapitalistischen Sachzwänge; autoritäre Strukturen und kulturelle Erstarrung in den sozialistischen Organisationen selbst; Diskreditierung der radikalen Linken durch den Terrorismus etc. — »Wie weiter?« Erstaunlich ist es, daß in vielen Beiträgen des Buches — gerade im Kapitel »Wie ich mir den Sozialismus vorstelle« — der Sozialismus-Begriff sehr unscharf bleibt. Für *Michael Molsner* etwa (»Sozialismus ist für mich kein Zustand, ... sondern eine Tätigkeit, die ich alltäglich betreibe«,

78) gilt jede Verbesserung der Lebensbedingungen ohne weiteres als Schritt zum Sozialismus. Nicht zuletzt die Umbrüche in der Sowjetunion (und jetzt in der DDR) verlangen jedoch auch von der westlichen Linken konkretere Antworten darauf, wie auf den Trümmern des bürokratischen Sozialismus ein wirklich demokratischer Sozialismus aufgebaut werden kann.

Winfried Roth (West-Berlin)

Fritsche, Klaus (Hrsg.): »Verlorene Träume?« Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt. Schmetterling Verlag, Stuttgart 1989 (142 S., br., 16,80 DM)

Das Scheinwerferlicht der westlichen Medien ist auf die Umbrüche in den real-sozialistischen Staaten in Europa gerichtet. Im Dunkeln bleibt die Diskussion von möglichen Reformen in den sozialistischen Entwicklungsländern. »Was sind die Ursachen dafür, daß Ziele der Revolutionen und die sozialistischen Träume der Solidaritätsbewegung nicht verwirklicht werden konnten? Welche Reformmaßnahmen werden dort heute ergriffen, um einen Ausweg aus der Krise zu finden? Und welche Folgen ergeben sich daraus für die sozialistische Entwicklung in der Dritten Welt?« (5) Das stalinistische Entwicklungsmodell wird inzwischen »über Bord geworfen« (18), die Konzentration auf den staatlichen Sektor gilt auch in den Entwicklungsländern nicht mehr als »Allheilmittel« (19), stellt der Herausgeber, Mitarbeiter der Dokumentationsstelle der Bewegung blockfreier Staaten, einleitend fest. Es wird Kritik an der Übertragung der sowjetischen Industrialisierungskonzeption geübt, eine grundsätzlich stärkere Berücksichtigung der Landwirtschaft gefordert und in den Außenwirtschaftsbeziehungen auf die »Strategie des exportorientierten Wachstums« gesetzt. Welche Konzepte sich konkret durchsetzen, hänge aber stark vom Verlauf des Reformprozesses in der Sowjetunion ab.

Die starre Orientierung am sowjetischen Modell kennzeichnet die beiden RGW-Mitgliedsstaaten Vietnam (*G. Will*) und Kuba (*P. Gey*). Beide sind so etwas wie Frontstaaten der real-sozialistischen Staatengemeinschaft. Was heute in Kuba unter dem Stichwort »rectificación« (Fehlerberichtigung) geschieht, ist für Will kein Bruch mit der bisherigen Politik, da die Ursachen für Fehlentwicklungen lediglich im mangelnden revolutionären Engagement einzelner Personen gesucht werde. In Vietnam dagegen seien seit den eingeleitenden Reformen vom VI. Parteitag erste positive Ergebnisse zu verzeichnen. — In Angola (*Meyns*) stellt sich das Problem anders. Es gehört zu einer »zweiten Welle« (131) sozialistischer Staatsgründungen (1976), ist nicht RGW-Mitglied und wurde in der sowjetischen Theorie als Land mit sozialistischer Orientierung in einer »vorsozialistischen Etappe der Entwicklung« eingeschätzt. Die Gründe für die prekäre wirtschaftliche Lage sind nicht nur im verheerenden Bürgerkrieg mit der UNITA, im Verfall der Rohstoffpreise und in der Verschuldung zu suchen, sondern auch in der ineffektiven Arbeit in den verstaatlichten Betrieben, was auf das »Fehlen einer Tradition industrieller Arbeitsdisziplin« sowie der »Unmöglichkeit und/oder der fehlenden Bereitschaft, sie von außen durchzusetzen« (Bhagavan, zit. 39), zurückgeht. Zwar propagierte Präsident Neto schon im Dezember 1978 die Notwendigkeit, die Privatinitiative bei Kleinbetrieben zu fördern, doch trotz zahlreicher Versuche der Regierungspartei (MPLA), schrittweise zu dezentralisieren und den einzelnen Betrieben größere Entscheidungskompetenzen zu geben, änderte sich die Situation bei dato nicht wesentlich. — »Gibt es einen chinesischen Weg zum Sozialismus?« *T. Heberer* und *R. Weigelin* bejahen die Frage, wobei der Entwicklung kein »allgemeingültiger Modellcharakter« (114) zugestanden werden kann. Allerdings sei nicht »sozialistisch oder nicht?« die Kernfrage, sondern die, ob China »einen Weg findet, sich ohne Aufgabe der nationalen Unabhängigkeit und

ohne erneute Klassenpolarisierung, d.h. ohne gravierende Verarmung eines Teils der Bevölkerung und einiger Regionen, zu entwickeln« (115). Das Gelingen hängt ganz entscheidend davon ab, daß »wirtschaftliche Reformen durch gesellschaftliche ergänzt werden« (118).

Abschließend versucht *P. Meyns*, Elemente für eine »Neubewertung sozialistischer Entwicklungen« zusammenzutragen. Grundsätzlich gelte es, verschiedene Wege und Varianten zu akzeptieren. Die wesentliche Bestimmung für eine ansonsten offene Definition von Sozialismus sei die Verbesserung der Lebensbedingungen wie auch deren demokratische Gestaltungsmöglichkeit durch die Bevölkerung. Der Dogmatismus der marxistischen (stalinistischen) Stadientheorie müsse aufgeben werden, ohne dabei »eine historische Abfolge von gesellschaftlichen Systemen in den verschiedenen Teilen der Welt« zu leugnen. Für agrarisch geprägte Länder sieht Meyns keine Alternative zum Markt, um die Produktivität kleinbäuerlicher Haushalte optimal zu nutzen. Insgesamt sei die »Bestimmung eines differenzierten Verhältnisses Plan—Markt« (138) das Kernproblem des Sozialismus. — Vieles wird hier bloß angedeutet oder bleibt oberflächlich. Dennoch ist die Lektüre dieses für einen breiten Leserkreis geschriebenen Buches zu empfehlen, schon weil es derzeit die einzige deutschsprachige Publikation zum Thema ist. Uwe Jungfer (Freiburg)

ak

Alle reden von der Krise der Linken. Wir auch.

Aber zugleich entwickelt sich in der marxistischen Linken eine Offenheit für streitbaren Dialog, die es jahrelang nicht gegeben hatte. Blicke über die Zäune der eigenen Schrebergärten sind angesagt. Dabei kommt man/frau am ARBEITERKAMPF nicht vorbei.

Wir berichteten, kommentierten und diskutierten in den letzten Monaten u.a. zu diesen Themen:

- Perspektiven und Handlungsmöglichkeiten einer „organisationsübergreifenden“ linksradikalen Politik. Mit Beiträgen von Georg Fülberth, Karl-Heinz Roth und Thomas Ebermann.
- Krise und Strömungskampf in der DKP und SDAJ.
- Chancen und Grenzen linker Politik bei den Grünen.
- Aufarbeitung der Geschichte der KPdSU und KPD.
- Gentechnologie — eine neue Destruktivkraft.
- Rechtsradikaler Aufschwung und Strategiediskussion der CDU/CSU.
- Sowjetische Außenpolitik zwischen Reflexion und Illusion.
- Nationalitätenprobleme in der UdSSR und Jugoslawien.
- Volksaufstand in China.

Der **ARBEITERKAMPF** erscheint vierwöchentlich als Zeitschrift des **KOMMUNISTISCHEN BUNDES** mit 40 Seiten im Zeitungsformat zu einem Preis von DM 5 pro Ausgabe. Er ist zu erhalten in allen linken Buchläden sowie in gut sortierten Zeitungsläden oder direkt bei der

Hamburger Satz- und Verlagskooperative

Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20, Tel. 040 / 43 53 20

Der **ARBEITERKAMPF** kostet im Abonnement jährlich DM 60; halbjährlich DM 33 (Einzelbestellungen DM 5 + DM 1 Porto). Kostenloses Probexemplar bestellen!

VerfasserInnen

A: =Arbeitsgebiete; V: =Veröffentlichungen M: =Mitgliedschaften

Ammon, Ulrich, 1943; Dr.phil., Prof. an der Univ.-GH Duisburg. V: *Schulsschwierigkeiten von Dialektsprechern* (1978); *Perspektiven der Deutschdidaktik* (Mithrsg., 1981). A: Soziolinguistik, Sprachdidaktik

Anders, Günther, 1902; promovierte 1923 bei E. Husserl; Mitinitiator der internationalen Anti-Atom-Bewegung. V: *Der amerikanische Krieg in Vietnam oder philosophisches Wörterbuch heute*, in: *Argument* 45 (1967); *Die Antiquiertheit des Menschen* (Bd.1: 1960; Bd.2: 1980); *Hiroshima ist überall* (1980); *Ketzereien* (1982). M: PEN Wien, Akademie der Künste Berlin

Axtmann, Roland, 1956; M.A., Lecturer am Dept. of Politics, Univ. of Aberdeen. A: Vergleichende politische Soziologie; Politische und soziologische Theorie

Barre, Michael, 1963; Studienreferendar. A: Wirtschaftspädagogik

Dimmel, Nikolaus, 1959; Dr.jur.; Univ.Ass. V: *Recht und Politik* (Mithrsg., 1988). A: Rechtssoziologie; Rechtstheorie; Neokorporatismus

Dornuf, Stefan, 1956; M.A. Publizist. V: *Leo Kofler. Avantgardismus als Entfremdung* (Hrsg., 1987); *Filosofia e prassi: György Lukács e Ernst Bloch* (Mitautor, 1989). A: Philosophie und Soziologie; Literatur und Film

Fallschessel, Helmut, 1960; Studium der Philosophie, Ethnologie und Religionswiss. an der FU Berlin

Franck, Norbert, 1950; Dr.phil., Pressesprecher. V: *Schulperspektiven*, AS 148 (Mithrsg., 1987); *Schreiben wie ein Profi* (1990). A: Bildungstheorie und -geschichte. M: AL, GEW

Gièse, Heinz W., 1949; Dr.phil., DAAD-Lektor an der Université Hassan II in Casablanca. V: *Alphabetismus und Grundbildung in Europa* (Mithrsg., 1989). A: Schriftlichkeit, Textverarbeitung, Deutsch als Fremdsprache

Hänel-Ossorio, Gisela, 1936; Dipl.-Soz., Wiss. Mitarb. am Inst. für Soziologie der TH Darmstadt. V: *Frauenbewegung in der Welt*. Bd.2: Dritte Welt, AS 170 (Mitred., 1989). A: Sozial- und Klassenstruktur, Sozialpolitik und Sozialplanung, Lateinamerika

Harten, Elke, 1948; Dr.phil. V: *Die Versöhnung mit der Natur* (Mitautorin, 1989); *Frauen-Kultur-Revolution* (Mitautorin, 1989); *Museen und Museumsprojekte der Französischen Revolution* (1989)

Haug, Frigga, 1937; Dr.phil.habil, wiss. Mitarbeiterin an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Hrsg. des *Argument*, Mitglied der Frauenredaktion. V: *Frauenformen*, AS 45 (Hrsg., 1980), AS 90 (Hrsg., 1983); *Subjekt Frau*, AS 117 (Mithrsg., 1985); *Der Widerspenstigen Lähmung*. AS 130 (Mithrsg., 1986); *Widersprüche der Automationsarbeit* (zus. mit Projekt Automation und Qualifikation, 1987). A: Arbeit und Automation; Frauenforschung

Haug, Wolfgang Fritz, 1936; Dr.phil., Prof. f. Philosophie an der FU Berlin. V: *Kritik der Warenästhetik* (1971, ⁹1983); *Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«* (1974, ³1975); *Warenästhetik und kapitalistische Massenkultur* (1980); *Der Zeitungsroman* (Realsatire, 1980); *Pluraler Marxismus* (1985/87); *Die Faschisierung des bürgerlichen Subjekts*, AS 80 (1986); *Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt* (1987); *Gorbatschow — Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken* (1989). M: GEW

Hauser, Kornelia, 1954; Dr.phil., wiss. Ass. an der Univ. Bielefeld, Mitglied der *Argument*-Frauenredaktion. V: *Strukturwandel des Privaten?* (1987); *Viele Orte überall?* (Hrsg., 1987); *Küche und Staat*, AS 180 (Mithrsg., 1989). A: Erfahrung und Theorie, weibliche Vergesellschaftung. M: ÖTV

Honold, Alexander, 1962; Studium der Germanistik, Philosophie und Lateinamerikanistik an der FU Berlin. M: ÖTV

Jäger, Lorenz, 1951; Dipl.-Soz., Dr.des., 1985-88 Lektor Hokkaido-Univ. Sapporo. V: *Hofmannsthal und der »Ursprung des deutschen Trauerspiels«* (1986). A: Walter Benjamin und Umkreis

Juquin, Pierre; Germanist. V: *Autocritiques* (1985); *Fraternellement Libre* (1987). A: Ökologische Erneuerung des Sozialismus-Konzepts

Kramer, Dieter, 1940; Dr.phil., Wiss. Mitarb. in der Kulturverwaltung Frankfurt/M., Priv.Dozent an der Univ. Wien. V: *Theorien zur historischen Arbeiterkultur* (1987); *Der sanfte Tourismus* (1983). M: Kulturpolitische Gesellschaft; Naturfreunde

Kuhn, Annette, 1934; Prof. f. Neuere Geschichte und Frauengeschichte und ihre Didaktik an der Univ. Bonn. V: *Einführung in die Didaktik der Geschichte* (1974); *Die französische Revolution* (1975); *Frauen in Geschichte und Gesellschaft* (Hrsg.)

Maase, Kaspar, 1946; Dr.phil. V: *Lebensweise der Lohnarbeiter in der Freizeit* (31989); *Leben einzeln und frei wie ein Baum und brüderlich wie ein Wald. Wandel der Arbeiterkultur und Zukunft der Lebensweise* (21987). A: Theorie und Soziologie von Kultur und Lebensweise: Arbeiterbewegung und Kultur

Michalik, Kerstin, 1963; M.A., Doktorandin an der Univ. Hamburg. V: *Der Marsch der Pariser Frauen nach Versailles am 5. und 6. Oktober 1789* (1990). A: Frauenforschung

Morgenstern, Matthias, 1959; wiss. Ass. an der Univ. Tübingen. V: *Wer ist ein Israeli?* (1987); *Die theologische Bedeutung des Staates Israel* (1988); »Israel und der Historikerstreit«, *Argument* 170. A: Judaistik, jüdisch-christl. Dialog, Nahostkonflikt, Staat und Religion in Israel

Petersen, Susanne, 1949; Dr.phil., Historikerin und Lehrerin. V: *Lebensmittelfrage und revolutionäre Politik* (1979); *Marktweiber und Amazonen. Frauen in der Französischen Revolution* (21988); *Die große Revolution und die kleinen Leute* (1988). M: GEW, BdWi

Rehmann, Jan, 1953; arbeitsloser Lehrer für Geschichte und Französisch, Mitarbeiter der Berliner Volksuni, Redakteur des *Argument*. V: *Theorien über Ideologie*, AS 40 (Mitautor, 31986); *Faschismus und Ideologie*, AS 60/62 (Mitautor, 1980); *Die Kirchen im NS-Staat. Untersuchung zur Interaktion ideologischer Mächte*, AS 160 (1986)

Roth, Winfried, 1952; Dipl.-Volkswirt. freier Journalist. V: *Orlando Wardones: »Mensch, du lebst noch!« Ein Chilene erzählt* (Hrsg., 1989). A: Politik, Wirtschaft, Kulturgeschichte

Schellhase, Rolf, 1951; Dr.phil., Lehrbeauftragter am Inst. für Soziologie der Univ. Münster. V: *Soziologie im Arbeitnehmerinteresse* (1977); *Die industrie- und betriebssoziologischen Untersuchungen der Sozialforschungsstelle Dortmund in den 50er Jahren* (1982). A: Geschichte der Soziologie, Industriesoziologie, Militärsociologie

Scherr, Albert, 1958; Dr.phil., Dipl.-Soz., Vertreter der Prof. f. Soz. und Jugendarbeit der FH Darmstadt. V: *Strukturelle Bedingungen und alltagskulturelle Formen individueller Reproduktion* (1984). A: Kultursociologie, Subjekttheorie

Schwiedrzik, Bernd, 1938; Wiss. Dir. am Bundesinstitut f. Berufsbildung. V: *Kooperation und Blocksystem* (1980); *Lernbuch Deutsch* (Mitautor, 1980); *Der betriebliche Ausbildungsverbund* (1987). A: Lernorganisation, Schlüsselqualifikationen. M: GEW

Sprenger, Knut, 1964; Studium der Psychologie und Philosophie an der FU Berlin

Veil, Susanne, 1963; Studium der osteuropäischen Geschichte an der Univ. Tübingen

Vogl, Jörg-Michael, 1954; Gesamtschullehrer. A: Parteientheorie

Warneken, Bernd Jürgen, 1945; Dr.phil., Priv.Do., Akad. Rat am Ludwig-Uhland-Inst. für empirische Kulturwissenschaft der Univ. Tübingen. V: *Populäre Autobiographik* (1985); *Als die Deutschen demonstrieren lernten* (Hrsg., 1986). A: Arbeiterkultur, Populärliteratur, Kulturtheorie und -politik. M: GEW, BdWi

Waßner, Rainer, 1944; Dr.phil., M.A., Lehrbeauftragter am Inst. für Soziologie der Univ. Hamburg. V: *Magie und Psychotherapie* (1984); *Wege zum Sozialen. 90 Jahre Soziologie in Hamburg* (1988). A: Wissenschaftsgeschichte, Kultursociologie

Willis, Paul, 1945; Advisiting Prof. an der Polytechnischen Hochschule in Wolverhampton; 1968-82 Mitarbeiter des Centre for Contemporary Cultural Studies (CCCS) in Birmingham. V: *Learning to Labour* (1977; dt.: *Spaß am Widerstand*, 1979); *The Youth Review* (1988), *Common Culture* (1990)

Wolf, Frieder Otto, 1943; Priv.Do. an der FU Berlin, Mitglied im Europäischen Parlament. Redakteur des *Argument*. V: *Umwege* (1983); *Althusser. Schriften* (Mithrsg., 1985ff.); *Elements of Eco-Socialism* (Mithrsg., 1990). A: Philosophie, Politik. M: Die Grünen. Alternative Liste

Zinniel, Klaus, 1948; Univ.Ass. an der Univ. Mainz. A: Religionsethnologie und -theorie

A L T E R N A T I V E
MONATSZEITUNG
 M O Z FÜR POLITIK, WIRTSCHAFT UND KUNST

Die Neue
 Gesellschaft
 Frankfurter
 Hefte

2 '90

H.Hofbauer: Himmel über Mitteleuropa. Zwischen Donauföderation und deutscher Einheit

Innenpolitik

S.Hausner: Alles Walzer. Eine Auseinandersetzung mit der Politik der Autonomen

Grüne: »Angepaßt und ohne Gesellschaftsanalyse«. Interview mit Freda Meissner-Blau

Streitgespräch

Gewerkschaften: Mit wem zieht die neue Zeit? Ulrich Briefs, Peter Michael Lingens, Helmut Oberchristl, Hannes Hofbauer

Außenpolitik

R.Vioret: Zusammenbruch einer Entwicklungsdiktatur. Weihnachtsrevolution in Rumänien

Medien in der Sowjetunion: »Pressefreiheit ist eine Utopie«

M.Antova/A.Cicero: »Sie haben das Land liquidiert.« Ökologiasnost in Bulgarien

U.Klußmann: SED — Ade!

G.Dalos: Revolution der Wendehälse

G.Hodel: Operation »Gerechte Sache«. US-Überfall auf Panama

Kultur

O.Eder: Zur Person Peter Greenaways

U.Sladek: Kokoschka-Preis 1990: Geniale Grenzüberschreitung?

Ch.Feichtinger: Adolf Loos: Funktionalismus hautnah

1 '90

Aktuelles — ČSSR/Ostmitteleuropa — Sowjetunion

E.Adam: Wahlen in Namibia

D.Adler: Rückkehr der Tschechoslowakei nach Mitteleuropa

Gespräch mit Pavel Kohout

U.Ackermann: Atlantis — Palais Jalta

O.Rumjanzew: Autoritäre Modernisierung und sozialdemokratische Alternative

Diskussion: H.M.Enzensberger/B.Kagarlitsky/A.Barnett: Back in the USSR

St.Gorol: Zum Verhältnis von Kultur und Perestrojka

W.Majakowskij: Deutschland

Thema: Deutsche Umbrüche

P.Glotz: Renaissance des Vorkriegsnationalismus?

R.Hilf: Sackgasse und Horizonte

T.Fichter: Magnetwirkung

R.Stillwater: Wiedervereinigung als Wiederkehr des Verdrängten

W.Geiger: Die »deutsche Frage« aus französischer Sicht

J.Holzer: Polen und die deutsche Selbstbestimmung

K.Bloemer: Glückliche Deutschländer

J.Petzold: Gedanken eines Historikers zur Erneuerung der SED

W.Templin: Die DDR-Opposition am runden Tisch

37. Jg. 1990

Hrsg.: Grün-Alternativ Verlagsges. m.b.H. — Redaktion: Hannes Hofbauer, Karl Lind, Christof Parnreiter, Claudia Pilhatsch, Ulrike Sladek. — Erscheint monatlich. Einzelheft 32,- ÖS; Jahresabo 320 ÖS/50,- DM. — Verlag: Redaktion: Neulerchenfelder Straße 12, A-1160 Wien

Hrsg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Holger Börner, Walter Dirks, Günter Grass, Johannes Rau, Carola Stern, Heinz O. Vetter, Hans-Jochen Vogel, Herbert Wehner †. Redaktion: Peter Glotz (Chefredakteur), Ulrike Ackermann, Norbert Seitz (beide verantw.) - Erscheint monatlich. Einzelheft 12,80 DM frei Haus; Jahresabo 90,- DM frei Haus. - Verlag J.H.W. Dietz Nachf., In der Raste 2, 5300 Bonn 1



77 '89

Arbeitslosigkeit

Prokla-Redaktion: Editorial

K.Hinrichs: Irreguläre Beschäftigungsverhältnisse und soziale Sicherheit. Facetten der »Erosion« des Normalarbeitsverhältnisses in der Bundesrepublik

H.G.Zilian/J.Moser: Der rationale Schmarotzer

H.Ganßmann: Sog-Effekte durch Arbeitslosigkeit

D.Bögenhold: Deproletarisierung: Die Arbeitslosen als Reservearmee des Unternehmertums?

Z.Ferge: Arbeitslosigkeit in Ungarn

D.M.Gordon: Die Weltwirtschaft: Neues Bauwerk auf bröckelnden Fundamenten

Prokla-Redaktion: Replik auf die Stellungnahmen zum USA-Editorial (Prokla 74)

M.Lüken-Klaßen/K.Betz: Grenzen der Regulierung. Eine Kritik an Herr/Westphal (Prokla 75)

20. Jg. 1989

Hrsg. v. d. Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V. — Redaktion: E.Altwater, H.Ganßmann, M.Heinrich, K.Hübner, B.Mahnkopf (geschäftsführend) — Erscheint mit 4 Nummern im Jahr. Einzelheft 16 DM, Jahresabo 52 DM — Verlagsadresse: Rotbuch Verlag GmbH, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30. — Redaktionsadresse: Postfach 100 529, 1000 Berlin 10.

50 '89

Sozialistische Länder

F.Heidenreich/A.Westphal: DDR: Demokratischer Sozialismus oder Anschluß

D.Albers: Annäherungen an die »deutsche Frage«

W.Momper: Die zweite erfolgreiche Revolution in Deutschland

C.Chung: Sozialistische Polemik über den Sozialismus und seine Perspektive

Rechtsradikalismus

J.Günther: Wie umgehen mit den Republikanern?

S.Rosendahl: Die »Republikaner« in Nordrhein-Westfalen

Frauenbewegung

K.Gröning: Love is in the air ...

Fortschritt '90

F.O.Wolf: Fortschritt in die Sackgasse!

M.Krätke: Mit Öko-Steuern steuern?

M.Machnig: Konferenz von *Marxism Today*

B.Biel: Bericht vom Erneuerungskongreß

T.Janssen: Zum Parteitag der Hamburger SPD

K.P.Kisker: Gewerkschaftstag der IG Metall

G.Wartenberg: Wie weiter mit der Aussiedlerpolitik?

Besprechungen

12. Jg. 1989

Hrsg.: Detlev Albers, Heinz Albrecht, Katrin Fuchs, Josef Hindels, Klaus Peter Kisker, Heinrich Lienker, Ursula Pausch-Gruber, Olaf Scholz, Klaus Thüsing, Kurt Wand, Klaus-Peter Wolf, Burkhard Zimmermann — Redaktion: J.Blume, J.Günther, F.Heidenreich, S.v.Ingersleben, M.Karnatz, D.Scholz, A.Wehr, A.Westphal. — spw erscheint 1989 in 6 Heften, Jahresumfang 576 S. — Einzelheft: 9,50, Jahresabo 7,50. — DM zzgl. Vers. Bestellungen: spw-Vertrieb, Graefestr. 71, D-1000 Berlin 61

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst



168 '89

Kulturelle Vielfalt gegen nationale Einfach

H.Jähner: Das »Haus der Kulturen der Welt« in Berlin (West). Ein neuer Impuls für den Dialog

U.Beier: Kunst und Identität in Australien

T.Dudene: Die Spitzen

R.Hiepe: Demonstration mit wehendem Vorhang. Die Malerin Ruth Schloss, Israel

B.Karkutli: Eine farbige Form der Freiheit. Der palästinensische Maler Ibrahim Haziemeh

E.Antoni: Zum ersten Band einer »Enzyklopädie« über die »Kunst in Deutschland 1933-1945«

A.Gutzeit: Kunst und Holocaust. Eine Tagung in Loccum

M.Adams-Rösing: Medizin und Kunst in Auschwitz — Überlebensmittel?

Bücher und Kataloge zum Thema Faschismus und Verfolgung

S.Hoffmann: Nicht nur Galionsfigur. Das Frauenwandbild im Hamburger Hafen

U.Leibinger-Hasibether: Wider die Beliebtheit! Die Ausstellungen »Freiheit — Gleichheit — Brüderlichkeit« in Nürnberg und Recklinghausen

Was tut sich? Weitere Beiträge zur tendenz-Diskussion »Kunstverhältnisse '89«

Ausstellungen, Bücher, Tagungen

Redaktion: E.Antoni, H.Erhart, W.Grape, R.Hiepe, U.Krempel, Th.Liebner, W.Marschall (verantwortl.), C.Nissen, C.Schellemann, G.Sprigath, G.Zingerl. — tendenzen erscheint in 4 Nummern jährlich. Jahrsabonnement 32 DM (inkl. MWSt und Porto); Lehrlings-, Schüler-, Studenten-Abo 27 DM. — Redaktionsanschrift: Hohenzollernstr. 146 Rg, 8000 München 40. — Verlag: Pahl-Rugenstein, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

3 '89

Autoren/Theater

P.Jehle: Zur Genese des Theaterautors

A.Rumler: Das Brimborium des Schöpfersischen. Der »freie« Autor auf dem »freien« Markt

M.Victor: Ein Material nach Shakespeare

I.Hentschel/W.Hänel: Freiheit als Folge von Befreiung ...?! Autoren am Freien Theater

»Die Besserwisserie der Regisseure ist lachhaft«. Interview mit Klaus Pohl

»Es gibt keine Objektivität am Theater«. Interview mit Gert Voss

P.Kastner: »Am Theater sind wir der letzte Dreck«. Zur Lage deutschsprachiger Bühnenautoren

G.Burger: Hanglage Meerblick. Die achtziger Jahre — ein goldenes Zeitalter für US-amerikanische Dramatiker?

»Der Text muß ein unauflösbarer Gegenstand bleiben!« Gespräch mit Michel Vinaver

»Ich möchte, daß meine Stücke Herausforderungen an die Regisseure sind!« Gespräch mit Jean-Marie Piemme

H.Finter: Zu Gedächtnis und szenischer Schrift im zeitgenössischen Theater

Zu Florian Felix Weyhs »Skizze eines Deutschen Autorentheaters«

B.Büscher: Veränderungen im DDR-Theater

Rezensionen

Herausgegeben vom Verein zur Erforschung theatraler Verkehrsformen e.V., Berlin. — Erscheint viermal jährlich. Einzelheft 12 DM, Jahrsabo 34 DM (Stud. 30 DM) !!! Versand. — Bestelladresse: Wochenschau-Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 103, 6231 Schwalbach Ts. — Adresse der Redaktion: TheaterZeitschrift, Baerwaldstraße 69, 1000 Berlin 61

vorgänge

Zeitschrift für Bürgerrechte
und Gesellschaftspolitik

**WECHSEL
WIRKUNG**
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

102 '89

Weltmarkt und Ökonomie vor Ort

I. Pickerodt: Bürgerrechtsbewegung ohne Unterbau?

H. Mattfeldt: Ist das Grundgesetz noch »international wettbewerbsfähig«?

J. Wolf: Der Gö-Ring und der Fortgang der Geschichte. Eine Region ringt um ihre Zukunft

Exkurs 1: IGM: Regionale Beschäftigungsgesellschaften

J. Rannenberg: Erfahrungen bei dem Versuch, eine Beschäftigungsgesellschaft zu gründen

Exkurs 2: GHI Hannover: Der Arbeitsbeauftragte

W. Gruber: Betriebsratsarbeit für die Region

H. Krey: Über Rüstungskonversion und das Verlangen nach sinnvoller Arbeit

H. Mattfeldt/J. Wolf: Regionale Arbeitslosigkeit und Politik. Oder: Warum gibt es keine »Soziale Bewegung« gegen Massenarbeitslosigkeit?

W. Widuckel-Mathias: Wandern auf dem Grat, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren

G. Schröder: Eine neue (Struktur-)Politik für Niedersachsen

Kritik

S. Ott: Literarischer Maulwurf III. Die vermarktete Revolution

Dokumentation

Komitee für Grundrechte und Demokratie: Erklärung zu den weiteren sog. Sicherheitsgesetzen

28. Jg. 1989

43 '89

Umweltgifte

H. H. Dieter: Gebt dem Grenzwert eine Chance!

W. Karmaus: Risiko Dioxin. Ein Zusammenspiel von Industrie, Behörden und Wissenschaft

A. Ahrens/K. O. Henseling: Vom lästigen Salzsäuregas zum Margarinenbecher. Die Geschichte des PVC

L. Berthe-Corti/I. Beck: Pestizideinsatz in Nicaragua. Ein Beispiel für angepasste Technologie zur Minderung von Umweltgefahren

S. Groth: Mehrlingsreduktion durch Fetozid

DDR-Konkret

K. Steinich: Autonomie für die Hochschule Die Gründung des Unabhängigen Studentenrates

Erklärung des Präsidiums der Akademie der Wissenschaften der DDR

J. Bogumil: Chancen einer Gegenmacht? Computereinsatz in umweltpolitischen Gruppen

G. Trautwein-Kalms: Berufsentwicklung von InformatikerInnen und DV-Fachkräften

D. Walter: Wege zu einer »befreiten« Euge-nik. Zur Kontinuität einer diskreditierten Wissenschaft.

II. Jg. 1989

Herausgeber: Vorgänge e.V., in Zusammenarbeit mit der Gustav-Heinemann-Initiative, der Humanistischen Union und dem Komitee für Grundrechte und Demokratie. — Redaktion: Dieter Hoffmann. — Erscheint zweimonatlich. Einzelheft 13 DM (Doppelheft 20 DM); Jahressabo 58 DM zzgl. Versand. — Verlag: Vorgänge e.V., Kurfürstenstr. 22, 8000 München 40

Redaktion: Reinhard Behnisch (verantwortl.), Regine Hebestreit, Herbert Mehrrens, Barbara Orland, Ralph Ostermann, Rainer Schlag, Rainer Stange, Matthias Tang, Patricia Wolf. — Erscheint vierteljährlich. — Einzelheft 7 DM, Jahressabo 28 DM. — Verlag und Redaktion: Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

WIDERSPRUCH

Beiträge zur
sozialistischen Politik

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im
Bildungs-Gesundheits- u. Sozialbereich

18 '89

Aufklärung und Verdrängung

Psychoanalyse und politische Macht / Antisemitismus als Destruktionskraft / Kulturkritik nach Auschwitz / Vergangenheit, Analyse des Unbewußten und Konfliktverarbeitung / Heidegger und Nationalsozialismus

P.Parin, G.Parin-Matthèy, D.Claussen, R.Heim, E.Reinke, V.Farías, M.Züfle

Diskussion

M.Rufer: Rassismus und Psychiatrie

P.Lehmann: Reform- oder Antipsychiatrie?

U.Ruckstuhl: Sozialarbeit und Komplizenschaft

Ch.Rehmann: Gentechnologie und Ethik

NOGERETE: Technik oder Leben?

Berichte

Faschismus im Alltag

Dialektik der Aufklärung: Th.W. Adorno

Kritik und Emanzipation: H. Marcuse

Rezensionen / Zeitschriftenschau

9. Jg. 1989

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv Widerspruch: Martin Bondeli, Franz Cahannes, Peter Farago, Pierre Franzen, Susi Lindig, Giaco Schiesser, Walter Schöni, Urs Sekinger, Jakob Tanner, Reto Tognina. — Erscheint zweimal jährlich. — Einzelheft Fr. 12.-, im Abo 2 Hefte pro Jahr: Fr. 21.-. — Redaktionsanschrift: Redaktionskollektiv Widerspruch, Postfach 652, CH-8026 Zürich

32 '89

Region — Eigensinn sozialer Räume

Widersprüche-Redaktion: Sozialpolitik oder Politik des Sozialen. Anmerkungen zum analytischen Zugang zu einem Politikfeld

C.-W.Macke: Stadtmodernisierung und ihre sozialen Kosten. Das Beispiel München

L.Böhnisch: »Dranbleiben ist alles!« Bilder des ideologischen Regionalismus im modernen ländlichen Raum

B.Wanger: »Kultur für Alle« oder »Der Parvenu und seine Scheckbuchkultur«. Zwanzig Jahre Frankfurter Kulturpolitik

C.A.Chassé: Ist das Land noch ländlich?

Forum

H.Gläss/U.Otto: Denn nur eines ist die Rente — sicher!

R.Koch-Oehmen: Überflüssige oder überfällige Debatten um die Gesamtschule. Zur Auseinandersetzung zwischen Hurrelmann und Klemm/Rolff um ein zweigliedriges Schulsystem

K.Körber: Krise der Gesellschaft — Krise des Individuums. Referat beim Weiterbildungsforum der Grünen in der Bremer Bürgerschaft

E.Rohrmann: Die Pathologisierung von Armut. Aufgezeigt am gesellschaftlichen Umgang mit den sog. »Nichtseßhaften«

Magazin

Herausgeber: Sozialistisches Büro. Redaktion: N.Diemer, E.Schmid, F.Schütte, Ch.B.Kimmich, Th.Kimmich, T.Kunstreich, F.Düchting, R.Laux, F.Manke, B.Rose, K.Dehnobstel, H.Narr, H.Dorn, K.Bianc, D.Hail, C.W.Macke, W.Völker, G.Pabst, M.Hentschel, A.Wagner, A.Schaarschuch - Jährlich 3-4 Hefte. - Einzelh. 9 bis 15 DM incl. Versand. Jahresabo 39 DM. - Redaktion Widersprüche: Postf. 102062, 6050 Offenbach. Vertrieb: Verlag 2000, Postfach 102062, 6050 Offenbach

Zündstoff für neue Diskussionen:

**Medien und Bewegungen -
Bewegungen und Medien** Heft 1/89

**Alternativökonomie zwischen
Utopie und Realität** Heft 2/89

**Institutionalisierung von Neuen
Sozialen Bewegungen** Heft 3/89

**Gegenexperten in der Risiko-
gesellschaft** Heft 4/89

*Aufsätze, Berichte, Kommentare, Analysen,
Dokumente, Rezensionen, Bibliographie &
Infomarkt: Termine, Material, Aktionen und
Konferenzen. Viermal pro Jahr auf 76 Seiten.*

Ich bestelle:

- Jahres-Abonnement des Forschungs-
journals NSB (DM 35,- gegen Rechnung)
- Einzelexemplar Nr. _____ /89
(DM 9,70 per Scheck oder in Briefmarken)
- Einzelexemplare des Jahrgangs 88
(Vorzugspreis von DM 6,70 per Scheck oder
in Briefmarken)
- Geschlechterverhältnis in den NSB
- Parteien und NSB

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Ich weiß, daß ich diese Bestellung inner-
halb einer Woche widerrufen kann.

Datum _____

Unterschrift _____

02/89

Coupon einsenden an: Forschungsgruppe Neue Soziale
Bewegungen, c/o Thomas Leif, Taunusstraße 66, 6200 Wiesbaden

Heft 12: Essen – Ge-
schmack – Kultur

Heft 13: **Nachkriegszeit**

Heft 15: **Juden.** Innenan-
sichten vergangener
Lebenswelten

Heft 16: **Gewalt – Kriegs-
tod – Erinnerung.**

Heft 17: **Film – Geschich-
te – Wirklichkeit**

Heft 18: **USA. Geschich-
te.** Eine Einladung zur
Entdeckung

Heft 19: **Zwangsarbeit:**
Ausbeutung – Terror –
Entschädigung

Abschneiden und einsenden an den Ergebnisse-Verlag, Abendrothsweg 58, 2000 Hamburg 20

Bitte senden Sie die Geschichtswerkstatt zum Jahresabpreis
von DM 27,- für ein Jahr an mich. Die Lieferung soll mit
Heft ... beginnen. Eine Abbestellung ist möglich. Preisände-
rungen vorbehalten.

Name _____

Straße/Nr. _____

Ort _____

Diese Bestellung kann ich innerhalb von
8 Tagen beim Ergebnisse-Verlag,
Abendrothsweg 58, 2000 Hamburg 20,
schriftlich widerrufen. Zur Wahrung der
Frist genügt die rechtzeitige Absendung
meiner Widerrufserklärung.

Datum, Unterschrift _____

■ Keine Umwege ■

Die **Geschichtswerkstatt**, die Zeitschrift der
Geschichtswerkstätten, ist nicht nur eine
»amüsante und nicht selten auch fachlich anre-
gende Zeitschrift«, wie die FAZ zugeneigt
urteilt. Die **Geschichtswerkstatt** verbindet
empirische Forschungsarbeiten mit der Debat-
te um Theorie und Praxis einer »Geschichte
von unten«. Sie stellt konkrete Projekte aus Ge-
schichtswerkstätten vor und setzt sich kritisch-
streitbar mit den Büchern der KollegInnen aus-
einander. Die **Geschichtswerkstatt** erscheint
dreimal im Jahr und ist in jeder Buchhandlung
erhältlich.

Summaries

Paul Willis: Education between Reproduction and Cultural Production

Why do the powerless accept their subordinate status? Which part do they play in »reproduction«? To delimitate himself from various kinds of functionalist theories of reproduction (Althusser, Gintis/Bowles, Bourdieu) which regard education as the privileged place where subjects are to conform with the demands of the social system, Willis shows that for instance the habituation to work does not come about except by means of a good many coordinated proceedings at various social locations. This is not a matter of passive adaption but rather a kind of »cultural production«: The subjects are active in providing meaning and sense to the structures of dominance. This will create (expanded) reproduction of the existing social structures but also provide a potential to transform them.

Kaspar Maase: Can the Chain of Self-Exclusion from Culture be Broken? Comments Regarding the Debate on Reading and New Mass Media

Referring to the »knowledge gap« theory it is stated that the future of democracy depends on the reading capacities of more and more people. Exclusion from reading and preference for entertainment by mass media must be understood as parts of a whole way of life yielding social and symbolic profits under certain working class conditions. Democratization from the bottom up may stimulate new popular strategies of gaining and using knowledge.

Bernd Jürgen Warneken: Walking in an Upright Position. Concerning the History of an Idealized Bearing

To have an erect posture and to walk in an upright position were matters which played an essential role in the fight between the ancien regime and the rising bourgeoisie, and this fight was partially staged by means of body language. Thereby, civic uprightness became from the outset a configuration of several ambiguous rules of physical posture, unfolding and diversifying as the development of bourgeois society went on and yet articulated in a seemingly unilateral meaning.

Wolfgang Fritz Haug: Market-Socialism? Preliminary Questions Concerning the »Economic Mechanism« of a Democratic Socialism

The inability of centralistically planned economy to develop a working mechanism of economization contributed to its epoch-making failure. This fact requires a self-critical scrutiny of Marxist thought in the West as well. But instead of simply seeing the solution in the »market«, first one has to analyse what failed. Based on this analysis the author sets forth first ideas about the interaction between economical mechanisms and political as well as civil (»zivilgesellschaftliche«) institutions in a society which, contrary to Capitalism, wants to shape its material process of life at the same time ecologically and humanely.

Jan Rehmann: Anticipated Capitulation. The Manifest of the »Radical Left«

The manifest of the »Radical Left«, one of the contenders for reorganizing the Left outside of the SPD and the Greens, opposes »pink-green drungeness« and aims at uniting the »victims of the modernization offensive« by means of a new project for marginal groups. Self-Socialization as perspective is extradited from the realm of social production and identified with anti-authoritarian opting-out. The crisis of state socialism is confounded with the end of the socialist project per se. The debate on pauperization prevents the perception of chances to intervene on the part of the left.

Gisela Hänel-Ossorio: Poverty is Female

Poverty in the FRG is not but rather ought be a political theme especially because of the female character of the rise of a new poverty in the welfare state and in spite of it. Discussed are dimensions of poverty and especially of female poverty in connection with the historical development of the labour market and the social structure of the FRG.

Jörg Michael Vogl: Thatcherism — Kohlism. Party Structures within the Block of the Right

In view of the discussion on party theory the author investigates the organizational structures of the big right wing parties in Great Britain and the Federal Republic. Thus he discovers that the party structure of lining-up, distinguishing the Christian-Democratic Party from the British Conservatives, constitutes a singular type of the political process which also determines the discursive structure as well as the discursive posture against the political left.

Matthias Morgenstern: Israel's Arabs between Socialism and Islam

After secular nationalism as well as socialism seem to have failed to contribute to a solution for their national problem and being confronted with Israeli-Jewish claims, that are ultimately based on or motivated by religion, many Israeli Arabs turn back to their Islamic roots in order to redefine their identity. In a moment when a realistic search for compromise is most urgently needed, this adds a new dimension to the Israeli-Arab conflict and endangers the legitimacy of the PLO in the Palestinian society both inside and outside the State of Israel.

Geschichte

<i>Petersen, Susanne</i> : Die Große Revolution und die Kleinen Leute. Französischer Alltag 1789-1795 (<i>K.Michalik</i>)	148
<i>Petersen, Susanne</i> : Marktweiber und Amazonen. Frauen in der Französischen Revolution (<i>E.Harten</i>)	149
<i>Harten, Elke, und Hans-Christian Harten</i> : Frauen — Kultur — Revolution 1789-1799 (<i>S.Petersen</i>)	150
<i>Godineau, Dominique</i> : Citoyennes Tricoteuses. Les Femmes du peuple à Paris pendant la Révolution française (<i>K.Michalik</i>)	151
<i>Bertaud, Jean-Louis</i> : Alltagsleben während der französischen Revolution (<i>K.Michalik</i>)	153
<i>Deuber-Mankowsky, Astrid, Ramming, Ulrike und E. Walesca Tielsch</i> (Hrsg.): 1789/1989. Die Revolution hat <i>nicht</i> stattgefunden (<i>A.Kuhn</i>)	154
<i>Davis, Natalie Zemon</i> : Frauen und Gesellschaft am Beginn der Neuzeit (<i>K.Hauser</i>)	156

Soziale Bewegungen und Politik

<i>Bednarz-Braun, Iris</i> : Neue Techniken und Gewerkschafterinnen. Zur Technikdiskussion gewerkschaftlich organisierter Frauen in der Metallbranche (<i>F.Haug</i>)	157
<i>Dirks, Walter</i> : Sagen was ist. Politische Publizistik 1950-1968 (<i>R.Axtmann</i>)	159
<i>Blumenwitz, Dieter, und Gottfried Ziegler</i> (Hrsg.): Das deutsche Volk und seine staatliche Gestalt (<i>N.Dimmel</i>)	160
<i>Spoö, Eckart</i> (Hrsg.): Wie weiter? Plädoyers für eine sozialistische Bundesrepublik (<i>W.Roth</i>)	162
<i>Fritsche, Klaus</i> (Hrsg.): »Verlorene Träume?« Sozialistische Entwicklungsstrategien in der Dritten Welt (<i>U.Jungfer</i>)	163

LOUIS ALTHUSSER

**MACHIAVELLI
MONTESQUIEU
ROUSSEAU**



SCHRIFTEN 2

Louis Althusser
Machiavelli - Montesquieu - Rousseau
Zur politischen Philosophie der Neuzeit
Schriften Band 2
Hrsg. v. P.Schöttler und F.O.Wolf

Dieser Band bringt den bisher unveröffentlichten Aufsatz über »Die Einsamkeit Machiavellis« und macht drei frühe Schriften Althussters erstmals in deutscher Sprache zugänglich:
Montesquieu — Politik und Geschichte /
über Rousseaus »Gesellschaftsvertrag« /
Anmerkungen zur Rezeption John Lockes
220 Seiten, br., DM 28,-
Subskriptionspreis DM 24,-

Argument-Rückschau

178: Luhmann Kritik

C.Sigrist: Das gesellschaftliche Milieu der Luhmannschen Theorie / K.Zimmermann: Die Abschaffung des Subjekts / A.Metzner: Die ökologische Krise und die Differenz System und Umwelt / F.Beckenbach: Die Wirtschaft der Systemtheorie / C.Cockburn: Perestrojka und Feminismus / S.Hall: Rassismus / Th.Laugstien: Die Gründung der Hochschule für Wirtschaft und Politik / Dokumentation: Zur Lage in der DDR / Besprechungen: Subjekt-Effekte; Marxismus und Religion; Erziehung und Gesellschaft; Frauenpsychologie; Frühe Neuzeit und Aufklärung; »Republikaner«; Gewerkschaften; Galbraith

177: Feminismus in der Frauenforschung

J.Acker: Was wurde aus dem Paradigmenwechsel? / F.Haug, K.Hauser: Frauenerfahrung und Geschlechtsbegriff / I.Dölling: Marxismus und Frauenfrage in der DDR / D.Bubeck: Marx' »Reich der Freiheit« und die Frauenarbeit / A.Kuhn: Frauengeschichtsforschung und NS / K.Hauser: Wissenschaftlicher Feminismus / Su Shaozhi: Marxismus und Theoriepolitik in der VR China / A.G.Frank: Weltverschuldungskrise, Europäische Herausforderung und 1992 / D.Boer: Thesen zur Intervention ins Religiöse / Besprechungen: Brecht, Literaturgeschichte; Stadtsoziologie; Mädchen; Geschichtswissenschafts-Geschichte; Trotzki, Stalin, Gorbatschow

176: Revolution

G.Labica: Begriff der Revolution / N.Levine: Jakobinismus und europäische revolutionäre Tradition / A.Weberling: Politik der Frauen in der Französischen Revolution / W.F.Haug: Die Perestrojka als Revolution — wogegen? / D.M.Søndergaard: Revolutionierung der Geschlechterverhältnisse? / D.Heubrock: Materialistische Utopieforschung / K.Hauser: Christa Wolfs »Sommerstück« / H.Keupp: Psychokultur und New Age / R.Lichtman: Psychoanalyse als Prototyp kritischer Sozialwissenschaft bei Habermas / Besprechungen: Heidegger; Horkheimer; Frauen und Technik; Familie; Erwachsenenbildung; Max Weber und die Geschichtswissenschaft; Französische Revolution; Marxismus in Lateinamerika; Staat und Revolution; Arbeitsmarktpolitik.

175: Rassismus — Kulturelle Identität

E.Wulff: Requiem für einen vietnamesischen Freund / R.Miles: Bedeutungskonstitution und Begriff des Rassismus / E.Balibar: Gibt es einen »neuen Rassismus«? / G.Auernheimer: Kulturelle Identität — ein gegenauflärerischer Mythos? / R.Ng: Geschlecht, Ethnizität oder Klasse? / G.Axeli-Knapp: Zur Mikropolitik von »Technikdistanz« / H.Goebels: Prince and the Revolution / V.Gransow, Wayne Miller: Carl Schmitt in den USA / Besprechungen: Christentum und Marxismus; Sprachpolitik; Ästhetik und Kulturindustrie; junge und alte Menschen; Erziehungsgeschichte; Weimarer Republik und Faschismus; Wirtschafts- und Sozialpolitik; Politische Ökonomie

174: Das Lafontaine-Projekt — Eingriffe von Frauen

F.Haug: Die Perestrojka auf sozialdemokratischer? / P.Frerichs, M.Steinrücke: Symbolische Interessen von Frauen im Betrieb / S.Andresen: Frauen—Technik—Arbeit / J.Rehmann: Christlich-marxistischer Dialog in Perestrojka-Zeiten? / M.Morgenstern: Religiöse Parteipolitik in Israel / J.C.Bengtsson: Peter Weiss und die Filmzensur / Polizeipräsidentin in Nicaragua / Besprechungen: Sartre; Literatur und Anti/Faschismus; Arbeitspolitik; Subjektivität in der Bildung; 19. Jahrhundert; Eurokommunismus; Perestrojka; Frauen und Ökonomie

173: Universität

K.Heinrich: Zur Geistlosigkeit der Universität heute / W.Nitsch: Vom beamteten Gelehrtentum zum soziokulturellen Dienstleistungsbetrieb / E.Lämmert: Zum Status der Geistes- und Sozialwissenschaften / A.Lipietz: Europa als letztes Aufgebot für weltweiten Wirtschaftsaufschwung? / T.Yamada: Marxismus in Japan / E.Nohara: Geistige Wurzeln der Revolution in Nicaragua / L.Alanen: Soziologie der Kindheit / Besprechungen: Habermas; Gramsci-Edition; Gesellschaftstheorien — Wissenschaftspraxis; Sozialpädagogik; Konservatismus; Nation und Rassismus

Buchhandlungen, die das Argument-Verlagsprogramm führen

- Augsburg »probuch« GmbH, Gögginger Str. 34; Tel. 0821/57 91 73
Berlin 12 Buchladen am Savignyplatz, Carmerstr. 9; Tel. 030/313 40 17
das europäische buch, Knesebeckstr. 3; Tel. 030/313 50 56
Berlin 19 Buchhandlung G. Zimmermann, Schloßstr. 29; Tel. 030/341 74 32
Berlin 33 das europäische buch, Thielallee 32; Tel. 030/832 40 51
Jürgens Buchladen, Königin-Luise-Str. 40; Tel. 030/831 50 89
Berlin 41 Wohlthät'sche Buchhandlung, Rheinstr. 11; Tel. 030/851 15 09
Berlin 62 Elwert & Meurer, Hauptstr. 101; Tel. 030/78 40 01
Bremen 1 Georg-Büchner-Buchhandlung, Vor dem Steintor 56; Tel. 0421/720 73
Essen Heinrich-Heine-Buchhandlung, Viehofer Platz 8; Tel. 0201/23 19 23
Frankfurt Uni-Buch, Jügelstr. 1; Tel. 0611/77 50 82
Wiss. Buchhandlung Theo Hector, Gräferstr. 77; Tel. 0611/77 73 03
Karl-Marx-Buchhandlung, Jordanstr. 11; Tel. 069/77 88 07
Freiburg Jos Fritz, Politische Buchhandlung, Wilhelmstr. 15; Tel. 0761/2 68 77
Fulda Sozialwissenschaftliche Fachbuchhandlung, Friedrichstr. 24; Tel. 0661/749 34
Gießen Buchladen Kleine Freiheit, Bismarckstr. 9; Tel. 0641/718 50
Göttingen Rote Straße-Buchladen, Rote Str. 10
Hamburg ARGUMENTE, Rentzelstr. 1; Tel. 040/45 36 80
Heinrich-Heine-Buchhandlung, Grindelallee 26; Tel. 040/44 97 78
Buchladen Gegenwind, Grindelhof 45; Tel. 040/45 38 01
Kassel ABC-Buchladen, Goethestr. 77; Tel. 0561/77 704
Köln 41 Der Andere Buchladen, Zülpicher Str. 197; Tel. 0221/42 02 14
Konstanz Zur Schwarzen Geiß, Obermarkt 14; Tel. 07531/1 54 33
Marburg Politische Buchhandlung Roter Stern, Am Grün 28; Tel. 06421/24 787
Collectiv-Buchhandlung Wilhelm Liebknecht, Wettergasse 19; 06421/63 662
München Maria Bernsdorf KG, Amalienstr. 67; Tel. 089/28 14 24
München 40 BASIS, Sozialwiss. Fachbuchhandlung, Adalbertstr. 41b; Tel. 089/280 95 22
Münster Collectiv Buchhandlung, Roggenmarkt 15-16; Tel. 0251/51 414
ROSTA-Buchladen, Aegidiistr. 12; Tel. 0251/44 926
Nürnberg Bücherkiste, Jakobstr. 26
Oldenburg Carl v. Ossietzky Buchhandlung, Achternstr. 15/16; Tel. 0441/13 949
Osnabrück Autonomie-Buchladen, Martinistr. 9
Regensburg Ulrich Dombrowsky, Wollwürgergasse 4; Tel. 0941/5 15 35
Saarbrücken Der Buchladen GmbH, Försterstr. 4; Tel. 0681/3 11 71
Stuttgart Buchhandlung Wendelin Niedlich, Schmale Str. 9; Tel. 0711/22 32 87
Tübingen Die Gruppe, Alternativer Buchladen GmbH, Münzgasse 15; Tel. 0707/2 33 58
Würzburg Werner Beyer, Sanderstr. 33/35; Tel. 0931/5 99 43
Schweiz Bern, Münstergass-Buchhandlung, Münstergasse 41; Tel. 031/22 82 18
Zürich, Limmatbuchhandlung, Pinkus-Genossenschaft,
Froschaugasse 7; Tel. 01/25 12 674
Österreich Wien 1, Buchhandlung Heinz Kolisch, Rathausstr. 18; Tel. 0222/43 32 21
Wien 10, Karl Winter OHG, Landesgerichtstr. 20; Tel. 0222/42 12 34

Frauenbuchläden, die das Argument-Frauenprogramm führen

- Berlin 12 Lilith Frauenbuchladen, Knesebeckstr. 86-87; Tel. 030/312 31 02
Berlin 62 Frauenbuchladen Labrys, Hohenstaufenstr. 64; Tel. 030/215 25 00
Bielefeld bambule e.V., August-Bebel-Str. 154, Tel. 0521/6 84 61
Bochum Frauenbuchladen Amazonas, Schmidtstr. 12
Bonn Nora-Frauenbuchladen, Wolfstr. 30; Tel. 0228/65 47 67
Brauenschweig Frauenbuchladen im Magniviertel, Magnikirchstr. 4; Tel. 053/4 07 44
Bremen Frauenbuchladen Hagazussa, Friesenstr. 12; Tel. 0421/7 41 40
Dortmund frauenbuchladen zimpzicke, Adlerstr. 45; Tel. 0521/6 84 61
Düsseldorf Frauen-Bücher-Zimmer, Duisburger Str. 50, Tel. 0211/46 44 05
Frankfurt 90 frauenbuchladen gmbh, Kiesstr. 27, Tel. 069/70 52 95
Göttingen Frauenbuchladen Laura, Burgstr. 3
Hamburg 20 Frauenbuchladen »Von heute an«, Bismarckstr. 98; Tel. 040/420 47 48
Hannover Annabee Frauenbuchladen, Hartwigstr. 7; Tel. 0511/32 40 24
Heidelberg Frauenbuchladen GmbH, Theaterstr. 16; Tel. 06221/2 22 01
Kassel Aradia Frauenbuchladen, Reginastr. 14; Tel. 0561/1 72 10
Mainz Cardabela Buchladen GmbH, Frauenlobstr. 40; Tel. 06131/61 41 74
Mannheim Frauenbuchladen Xanthippe, T 3, 4; Tel. 0621/2 16 63
München 40 Lillemor's Frauenbuchladen, Arcisstr. 57; Tel. 089/272 12 05
Tübingen Frauenbuchladen Thalestris, Bursagasse 2; Tel. 07071/2 65 90
Schweiz Bern, Frauenbuchladen, Münstergasse 41; Tel. 031/21 12 85
Zürich, Frauenbuchladen, Stockerstr. 37; Tel. 01/202 62 74